

Deutschland:
Ist Bonn ein souveräner Staat oder US-Vasall?

Zur Lage der Nation: Verwahrlosung der Jugend, statt Politik Diffamierung, Hetze und Verleumdung

Rentenversicherung:
Verluste auf dem Verschiebe-Bahnhof

Balkan-Krieg:
Ein neues weiteres Vietnam?

Nordkorea:
Mit einem Atomschlag die USA erpressen

Adnan Khashoggi:
Ereignisse im Nahen Osten sind kein Zufall

Netzwerke:
Schwarzes Geld statt Kredite für Osteuropa



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-71229 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

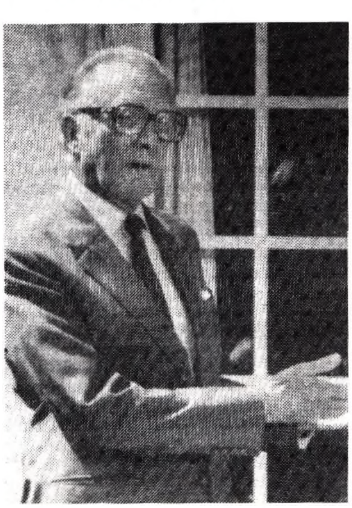
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

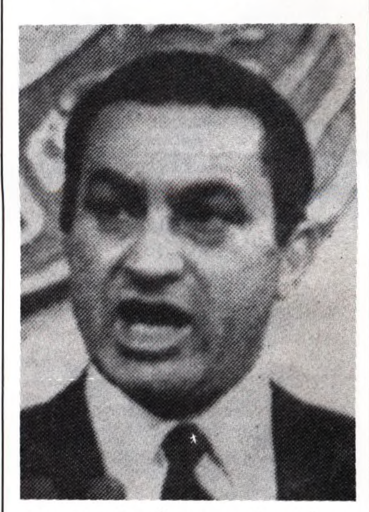
Deutschland

Finanzen



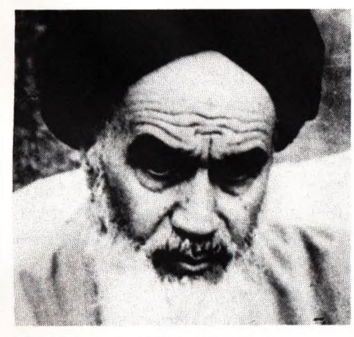
Lord Peter Carrington, ehemaliger Generalsekretär der NATO, leitete die diesjährige Bilderberg-Konferenz.

Internationales



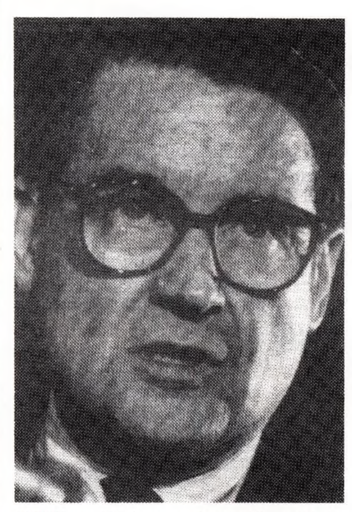
Die Zeit für Ägyptens Präsident Hosni Mubarak ist abgelaufen.

7. Jahrgang Nr. 9 September 1993



Ayatolla Ruholla Khomeini sollte im Auftrag des CIA durch eine Verschwörung ehemaliger iranischer Luftwaffenoffiziere ermordet werden.

Netzwerke



William Webster, damaliger Leiter des CIA: »Unsere politischen und militärischen Ziele sind auch unsere wirtschaftlichen Konkurrenten.«

Ständige Rubriken

Moslemische Sitten

Die Integration der Ausländer treibt seltsame Blüten. So wurde jüngst in Krefeld eine 16jährige Schülerin von ihrem Klassenlehrer mit Billigung des Rektors nach Hause geschickt, weil sie es gewagt hatte, bei rund 30 Grad Celsius Außentemperatur Shorts anzuziehen.

Die »Krefelder Zeitung« begründete diese Entscheidung der Schulleitung wie folgt: »In der Gemeinschaftshauptschule Danziger Straße, Klasse 10a, werden elf türkische, elf deutsche und ein äthiopischer Schüler unterrichtet. Rektor Helmut Kron: Bei der Entscheidung sei die ›aufreizende Kleidung‹ der Schülerin ebenso zu berücksichtigen gewesen wie der ›hohe moslemische Anteil‹ der Kinder ... Unsere Hauptschule ist die Integrationsschule in Krefeld. Verena muß sich der Schule entsprechend anziehen.« Die Frage des Mädchens ist wohl begründet: »Müssen sich deutsche Schüler in die moslemischen Sitten integrieren?«

Bei solchen Vorfällen, wo auf ausländische und einer fremden Kultur angehörende Personen mehr Rücksicht genommen wird als auf Deutsche, darf man sich nicht wundern, wenn die Vorbehalte speziell gegen Moslems immer größer werden. Denn es gehört doch wohl zu den Grundpflichten von Gästen in anderen Ländern, daß diese sich den Gebräuchen ihres Gastlandes anpassen und nicht umgekehrt. □

Großzügige Krisler

Der Wolfsburger Automobilkonzern VW ist ebenso wie seine Mitkonkurrenten von der Strukturkrise in der Autobranche erfaßt worden. Nur durch drastische Kürzungsmaßnahmen konnte das Unternehmen die Probleme wenigstens halbwegs wieder in den Griff bekommen. Dazu gehörte auch, daß vom Ursprungsplan, dem Abbau von rund 12 500 Arbeitsplätzen, abgegangen werden mußte – nun sollen sogar noch mehr Beschäftigte eingespart werden.

Umso verwirrender, sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Aktionäre, denen das Unternehmen letztendlich gehört, muß dann folgendes erscheinen

In einer Presseerklärung, die den Titel »Aktiver Widerstand gegen das Vergessen – Volkswagen fördert Gedenk- und Jugendbegegnungsstätten in Auschwitz« gab die Konzernleitung bekannt: »Die Volkswagen AG hat jetzt erneut die Jugendbegegnungsstätte sowie die Gedenkstätte in Auschwitz/Birkenau unterstützt. Dr. Peter Frerk, Mitglied des Vorstandes der Volkswagen AG, und Klaus Volkert, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der VW AG, übergaben in Auschwitz Schecks über insgesamt 500 000 DM an den Direktor des Museums sowie an einen VW-Auszubildenden und an den Stadtpräsidenten von Auschwitz sowie Vertreter der Jugendbegegnungsstätte.«

Doch mit diesem Betrag ist es nicht genug. Vielmehr sei er nur »Teil einer Gesamtsumme von 12 Millionen Mark«, die der Wolfsburger Konzern zur »Bewältigung« der deutschen Geschichte bereitstellte. Daneben hat die VW-Stiftung auch weitere große Beträge »zur Unterstützung von Projekten der Integration ausländischer Mitbürger« zur Verfügung gestellt.

Angesichts der Finanznöte des Konzerns und der Beschäftigten, die aufgrund der Strukturkrise ihren Arbeitsplatz verlieren und damit zum Teil erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, ist das Verhalten des Vorstands in höchstem Maße als unerträglich zu bezeichnen. Wäre allein auf die Unterstützung Auschwitz' verzichtet worden – was hat ein Automobilkonzern hiermit eigentlich am Hut? –, hätte 1000 Personen für ein Jahr Arbeit gegeben werden können.

Es ist lobens- und wünschenswert, wenn ein Unternehmen gleich welcher Größe bemüht ist, seine ausländischen Beschäftigten so gut wie möglich zu integrieren, nur darf es doch nicht Sinn sein, betriebseigene Gelder für politische Sachen im wahrsten Sinne des Wortes herauszuschmeißen. □

Freie Autoknacker

Ein Vorfall aus Deutschlands multikultureller Stadt, Frankfurt, beweist, daß man eigentlich zu den Dummen gehört, wenn man heute noch seinen Lebensunterhalt aus Geldern, die aus ehrlicher Arbeit stammen, bestreitet. Was war geschehen?

Die Frankfurter Polizei nahm kürzlich einen 39jährigen innerhalb von nur vier Monaten zum achten Mal wegen »Autoknakkens« fest. Den störte dies allerdings ganz und gar nicht. Freimütig erklärte er den Beamten: »Ich seh' nicht ein, wie die anderen Deppen malochen zu gehen. Mit meinem Job mache ich rund 20 000 Mark im Monat. Und der Richter sperrt mich sowieso nicht ein.«

Und so geschah es dann auch. Weil der Serientäter einen festen Wohnsitz und »soziale Bindungen« habe, und weil er in den vergangenen fünf Jahren nicht rechtskräftig verurteilt wurde, ließ der Richter mit Zustimmung des Staatsanwalts den Verbrecher wieder laufen.

Der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Harth, begründete dies wie folgt: »Die Freilassung des 39jährigen stößt sicherlich nicht auf viel Verständnis bei der Bevölkerung, die tagtäglich mit Kriminalität in dieser Stadt konfrontiert wird.« Und jetzt kommt es: »Doch mit schnellen Inhaftierungen haben wir im Dritten Reich genug üble Erfahrungen gemacht. Wenn wir einen liberalen Rechtsstaat wollen, müssen wir auch damit leben, daß Straftäter nicht gleich in U-Haft genommen werden. Das ist eben das Risiko, das wir in einer Demokratie einzugehen haben.«

Selten hat man eine derart unsinnige Begründung gehört wie die von Staatsanwalt Harth. Denn selbst wenn es im Dritten Reich zu viele vorschnelle Inhaftierungen gegeben haben sollte, so kann man jetzt nicht einfach sagen: »Okay, laßt uns die Herren Verbrecher liebevoll behandeln und sie auch nicht in Haft nehmen, dann stimmt es wenigstens wieder in der langfristigen Statistik.« Nach dem Motto: Wenn einer ein ganzes gebratenes Hühnchen ißt, ein anderer aber keines, dann hat statistisch gesehen jeder von ihnen ein halbes Hähnchen gegessen.

Angesichts der immer größer werdenden Kriminalität ist es sicher ein Problem, daß die Gefängnisse schon jetzt überfüllt sind. Einer der Hauptgründe hierfür ist aber die immer größer werdende Abschwächung des Strafrechts.

Während heute jeder Autofahrer, der nur fünf Minuten zu lang an einer Parkuhr parkt, allerbeste Chancen hat, ein Protokoll hinter den Wischerblättern seines Wagens vorzufinden, so werden heute Diebstahls-Verfahren bei einem Warenwert von unter 50 oder 100 Mark meistens gegen eine mündliche Verwarnung eingestellt. Und handelt es sich nicht gerade um Mord oder zumindest schwere Körperverletzung oder natürlich um irgendein »ausländerfeindliches« Vergehen, dann sind die Chancen für den Betreffenden gar nicht einmal so schlecht, mit einer Bewährungsstrafe davonzukommen. □

Falscher Fuffziger

Wenn es nicht so traurig wäre, dann könnte man lauthals darüber lachen: In der »Bild am Sonntag« regte sich der ehemalige Vorstandsvorsitzende und jetzige Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank darüber auf, daß es in der Politik heute zu wenig Anstand und Ehrlichkeit geben würde.

Dies sagt ein Mann, der allen Grund hat, sich an die eigene Nase zu fassen. Denn unter seiner Führung als Vorstandsvorsitzender der größten deutschen Privatbank sind mehr als nur ein oder zwei Dinge geschehen, die alles waren, nur nicht anständig oder ehrlich.

Man erinnere sich nur an die Löschung der sogenannten Altbank, also, wenn man es so will, der Muttergesellschaft der jetzigen Deutschen Bank, die nach

Kriegsende von den Alliierten in vier Teile zerschlagen wurde. Während man sich in den siebziger Jahren kurzerhand mit dem früher in Bremen und heute im Schweizerischen Chur lebenden Milliardär Krages einigte und diesem seine Altbankaktien, die sogenannten Restquoten, für teures Geld abkaufte – an der Börse wird von einem Betrag von 35 Mark je Restquote gemunkelt, versteckt in höheren Kaufkursen für niederländische Aktien –, wurde Mitte der achtziger Jahre die Gesellschaft dann mit dem Hinweis, daß die von den Alliierten angeordnete Abwicklung beendet sei, im Handelsregister gelöscht und die Aktionäre damit quasi enteignet.

Auf einer Hauptversammlung seines Unternehmens in Hamburg bezeichnete Christians die in diese Richtung gehenden Vorwürfe eines Aktionäres noch als Lüge. Erst als ein anderer Aktionär dann ein Jahr später in Frankfurt entsprechende Unterlagen hatte, mußte Christians dann, wie selbst die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« schrieb, mit zornesrotem Kopf und wutbebender Stimme zugeben, daß sehr wohl mit Krages ein entsprechendes Geschäft gemacht wurde.

Christians ist auch der gleiche Mann, der in den letzten Jahren seiner Amtszeit der sowjetischen Regierung Millionen und Abermillionen Mark an Krediten im wahrsten Sinne des Wortes hinterherwarf. Gelder, die heute als uneinbringlich gelten und die Bilanz der Deutschen Bank in starkem Maße belasten.

Aber nicht nur die Bilanz, sondern auch das Staatssäckel. Denn in den vergangenen Jahren bildete Deutschlands größtes Bankhaus lustig Rückstellungen für eventuell eintretende Verluste aus der Nichtrückzahlung der sowjetischen, jetzt russischen Kredite. Diese Rücklagen minderten aber den Gewinn der Deutschen Bank, was zur Folge hatte, daß hierauf auch keine Gewinnsteuern gezahlt werden müssen.

Die Deutsche Bank dagegen kann gleichzeitig aber weiter mit den zurückgestellten Beträgen arbeiten.

Wenn theoretisch nur eine Milliarde Mark zurückgestellt und dieses Geld in absolut sicheren Bundesschatzbriefen investiert wurde, die um die acht Prozent Zinsen brachten, heißt dies nichts anderes, als daß die Deutsche Bank jährlich alleine für diese eine Milliarde Mark 80 Millionen Mark Zinsen erhält. Zwar müssen diese versteuert werden, nur bringt dies dem Steuersäckel bedeutend weniger Geld, als wenn die ursprüngliche Milliarde versteuert worden wäre.

Dem selben Christians ist es zu »verdanken«, daß der überzeugte Leninist und Kommunist Michail Gorbatschow an die Macht kam beziehungsweise sich so lange an der Spitze des Sowjetimperiums halten konnte und wesentlich dazu beitrug, die Welt in das Chaos zu führen, in dem sie sich jetzt befindet.

Gleichzeitig war dieses nicht nur eine Finanzierung, sondern sogar eine massive Unterstützung des mörderischsten Systems, das diese Welt je gesehen hat. Man kann es mit Fug und Recht behaupten: Hätte es die Deutsche Bank nicht gegeben, dann wäre der Kommunismus und damit auch die Teilung West- und Mitteldeutschlands wohl viel eher überwunden gewesen. Von den anderen Konsequenzen, die dieses gehabt hätte, erst gar nicht zu reden. □

Gegendarstellung

In der Ausgabe Juli 1993 der Zeitschrift »CODE« wird in einem Bericht unter dem Titel »Gerüchte um Schönhuber« die Behauptung aufgestellt, laut Gerüchten soll ich »bei der Stasi unter der Bezeichnung Rosenberg oder Rosenheim in den Akten geführt worden sein und mindestens ›Informeller Mitarbeiter‹ (IM), gegebenenfalls sogar mehr, gewesen sein.«

Hierzu stelle ich fest, »daß ich niemals informeller oder sonstiger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR war und in der Zentralen Personenkartei des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit nicht erfaßt bin.

Im genannten Bericht wird ferner die Behauptung aufgestellt, ich habe die Zeitung »Deutsche Woche« überwiegend als Korrespondent im Ostblock vertreten.

Hierzu stelle ich fest, daß ich die »Deutsche Woche« niemals als Korrespondent im Ostblock vertreten habe.

München, den 22.07.1993
Franz Schönhuber

Nach dem Pressegesetz des Landes Baden-Württemberg ist es uns vorgeschrieben, daß wir eine Gegendarstellung ohne eine vorherige gerichtliche Prüfung der Fakten veröffentlichen müssen. □

Paradies für Dealer

Als wahres Paradies für Drogendealer und ihre Hintermänner erweist sich die Öffnung der Landesgrenzen seit Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes.

Sind früher wenigstens ab und zu mal Rauschgiftkuriere bei Grenzkontrollen aufgefallen, so ist das Risiko heute auf fast Null gesunken.

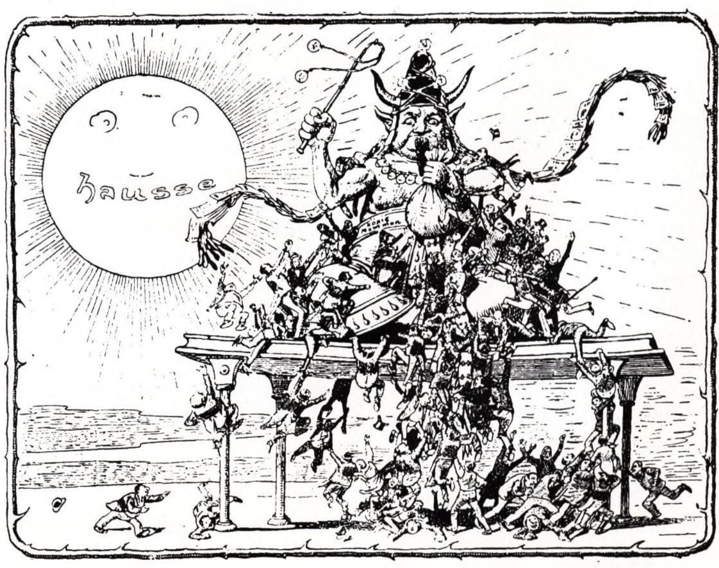
Man braucht sich nur einmal die deutsch-niederländische Grenze anzusehen, wo ein großer Teil des Rauschgiftes nach Deutschland geschmuggelt wird. Es ist eine absolute Seltenheit, wenn wenigstens jemand in dem früheren Zöllner-Häuschen steht. Ja, zwischen Kleve und Venlo sind die Fensterscheiben des ehemaligen Grenzer-Häuschens eingeschlagen und es sieht wie eine Ruine aus.

Sicherlich, ab und zu steht mal ein Polizeiwagen dort oder ist ein unauffällig auffälliger Zivilwagen der Polizei im Einsatz, doch wenn man einen Mittelklassewagen fährt und wie ein biederer Angestellter mittleren Alters aussieht, dann ist es fast ausgeschlossen, kontrolliert zu werden.

Wurden früher an der deutsch-niederländischen Grenze Unmengen von Rauschgift sichergestellt, so sind diese Zahlen seit Inkrafttreten des Binnenmarktes nur noch verschwindend gering. Nach einer jüngst veröffentlichten Statistik der Oberfinanzdirektion Düsseldorf wurden in ihrem Bereich im ersten Halbjahr 1993 nur noch 1347 Rauschgiftverfahren eingeleitet, nach noch 1934 im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dies ist ein Rückgang um 30,4 Prozent.

Die Zahl der Beschuldigten ging um 37,4 Prozent auf 1716 Personen und die Zahl der Haftbefehle sogar um 38 Prozent auf 204 zurück. 47 Kuriere fielen auf, nach 121 in den ersten sechs Monaten des Vorjahres, was einem Rückgang um sage und schreibe 61 Prozent entspricht.

Steigend ist auch die Gewaltbereitschaft der Dealer. Nie zuvor wurden nämlich so viele und so schwere Waffen entdeckt, wie in den ersten sechs Monaten 1993. Dies reichte von gebrauchten und neuen Kalaschnikows über NATO-Gewehre, Maschinenpistolen und Revolvern bis hin zu Schrotflinten und Karabinern. Messer, Schlaghöler und Totschläger gar nicht mitgerechnet. □



Bonn

Deutschland – Vasall der USA

Alfred König

Deutschland, ein souveräner Staat? Wer nach den jüngsten Vorfällen hieran noch glaubt, ist selber schuld und dem ist wahrscheinlich auch nicht mehr zu helfen. Denn gerade in den vergangenen Wochen hat sich gezeigt, daß Deutschland – zumindest in der Hand der derzeitigen Bundesregierung – in Wirklichkeit nur ein Vasall der USA ist.

Mit am deutlichsten wurde dies nach dem völkerrechtswidrigen Raketenangriff der USA auf die Zentrale des irakischen Geheimdienstes in Bagdad. Statt, wie es richtig gewesen wäre, seine Abscheu hierüber zu äußern, selbst wenn dies in schöne diplomatische Worte gekleidet gewesen wäre, nannte Bundeskanzler Kohl diesen Akt der Barbarei »absolut gerechtfertigt«. Wie sich später herausstellte, war Kohl von Clinton bereits vorab über den Militärschlag informiert worden und hatte nicht dagegen protestiert, ihn sogar begrüßt.

Die Kritik der Amerikaner

Aber anscheinend war Kohls Kniefall notwendig geworden, nachdem er sich bezüglich Bosnien nach Ansicht der Amerikaner und auch der Franzosen zu weit vorgewagt hatte.

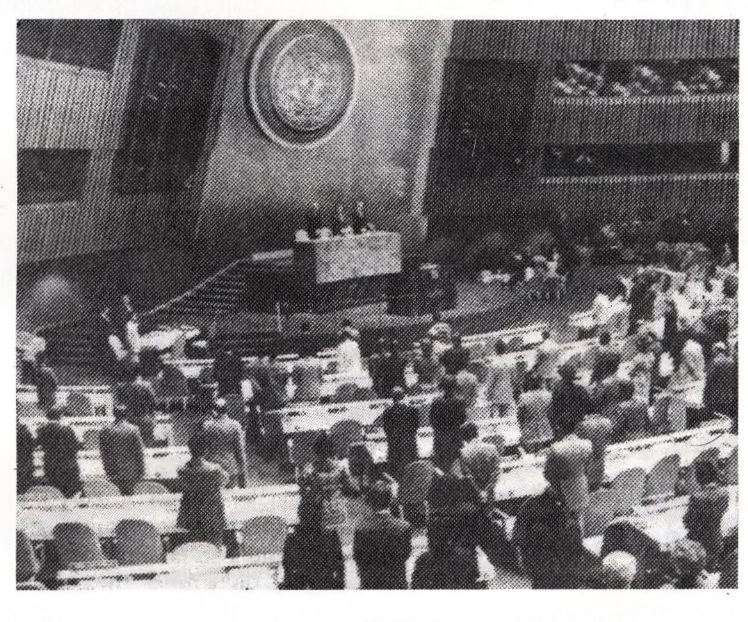
Man erinnere sich nur an die Kritik des amerikanischen Außenministers Christopher, der sich dann auch der Franzose Dumas anschloß, wonach Deutschland aufgrund der Anerkennung Bosniens als eigenen Staat an der Eskalation des militärischen Konflikts dort eine große Portion Mitschuld habe. Dann »wagte« es Kohl auch noch, sich für eine Aufhebung des Waffenembargos einzusetzen, wogegen alle, aber auch restlos alle anderen Regierungschefs auf dem EG-Gipfel stimmten.

Die Bundesregierung zeigte sich hierüber zwar empört – das war es dann aber auch schon. Zwar wurde dem amerikanischen Botschafter in Deutschland in ganz höflicher Form der Protest der Bundesregierung über dieses in Wirklichkeit skandalöse Verhalten der »befreundeten« Regierung geäußert, ernsthafte Konsequenzen auf das deutsch-amerikanische Verhältnis waren aber nicht einmal in den leisesten Zwischentönen herauszuhören.

Man stelle sich einmal vor: Da wird der Bundesregierung von einem der mächtigsten Minister eines »befreundeten« Landes vorgeworfen, erst durch ihr Verhalten das barbarische Abschlachten von hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen von Menschen verschuldet zu haben – und nichts geschieht.

Was wäre denn passiert – muß die (rhetorische) Frage lauten –, wenn etwa Deutschland erklärt hätte, daß es Israel nur durch die bedingungslose amerikanische Unterstützung möglich war, in den vergangenen Jahren hunderte unschuldige Kinder und mindestens genausoviele Erwachsene zu ermorden, fremdes Gebiet völkerrechtswidrig zu okkupieren, zu foltern und den Atomwaffensperrvertrag zu brechen – was vollkommen der Wahrheit entspricht –?

Die Antwort ist einfach: Es hätte eine riesige Hetzkampagne größten Ausmaßes gegen Deutschland eingesetzt, an der sich so ziemlich alle Medien rund um den Globus – mit Ausnahme der arabischen Staaten – beteiligt hätten. Es wäre erneut das Bild des häßlichen Deutschen gezeichnet worden und wäre auf die besondere Verantwortung Deutschlands für den Staat Israel hingewiesen worden. Wahrscheinlich hätte sogar das deutsch-amerikanische Verhältnis größten Schaden erlitten und wäre Deutschland weitestgehend isoliert worden – wenn schon nicht wirtschaftlich, so doch politisch –.



Bei den Vereinten Nationen gilt für Deutschland immer noch die Feindstaatenklausel, das heißt, die UN kann ohne formellen Beschluß fremde Truppen nach Deutschland schicken.

Die deutsche Regierung geht aber über das skandalöse Verhalten der Amerikaner und Franzosen einfach darüber weg, so als ob man sich lediglich darüber streiten würde, ob es im amerikanischen auch weiterhin 3 pm oder demnächst 15.00 Uhr heißen soll.

So gut wie eine Reaktion

So gut wie keine Reaktion gibt es auch, wenn sich amerikanische Politiker massiv in die deutsche Innenpolitik einmischen und bezüglich der »Brandanschläge« gegen Ausländer heftigste Kritik üben.

Kein Wort hört man von der Bundesregierung darüber, daß sich die Politiker doch selber um die Probleme in ihrem Land kümmern sollen – siehe die bürgerkriegsähnlichen Vorfälle in Los Angeles –, oder daß darauf hingewiesen wird, daß etliche der sogenannten »Brandanschläge« auf Ausländer in Wirklichkeit von den in dem betreffenden Haus lebenden Ausländern selber gelegt worden sind. So ist es dann auch kein Wunder, daß hiervon in den ausländischen Medien nichts darüber berichtet wird.

Ebenfalls gibt es keinerlei Bestrebungen der Bundesregierung, die für Deutschland in der UNO noch immer geltende Feindstaatenklausel streichen zu lassen. Von den hierfür eigentlich verantwortlichen Politikern wird immer darauf verwiesen, daß diese Klausel praktisch mit dem Eintritt Deutschlands in die Vereinten Nationen außer Kraft gesetzt wurde.

Dies stimmt aber – natürlich – nicht. Entweder müßte ein entsprechender Passus im »Kleingedruckten« der Feindstaatenklausel stehen – also etwa: »Mit dem Eintritt eines in den Feindstaatenklauseln genannten Staates in die Vereinten Nationen erlischt ohne besonderen Beschluß der Status eines ›Feindstaates‹« oder ähnlich – oder in anderen Punkten des UN-Vertrags müßte drinstehen, daß ein Feindstaat kein Mitglied der UNO sein kann, so daß die Feindstaatenklausel damit wirklich als erloschen angesehen werden kann.

Da beides und auch andere entsprechende Passagen aber nicht

in den Verträgen der Vereinten Nationen enthalten sind, gilt die Feindstaatenklausel für Deutschland eben weiter. Alleine dadurch ist die Souveränität Deutschlands aber wesentlich eingeschränkt, da selbst ohne einen formellen Beschluß der UNO fremde Truppen in Deutschland einmarschieren können. Hierzu reicht schon ein entsprechender Verdacht aus, daß Deutschland wieder zu einer »Gefahr für den Weltfrieden« werden könnte.

Das Problem der Feindstaatenklausel

Oder anders ausgedrückt: Schaffen es wahrhaft national eingestellte Parteien irgendwann einmal, die Mehrheit und damit die Regierung in »diesem unserem Lande« zu stellen und entsprechende Gesetze, die am Wohle des deutschen Volkes und nicht am Wohl anderer Länder ausgerichtet sind – um nur ein Beispiel zu nennen: Da Türken, die ihre Staatsbürgerschaft abgeben, um Deutscher zu werden, dann ihren Erbanspruch verlieren, will die Bundesregierung ihnen eher die Doppelstaatsbürgerschaft geben, anstatt die türkische Regierung zu einer Änderung dieser Vorschrift zu bitten –, zu beschließen, vielleicht sogar darauf besteht, das von der derzeitigen Bundesregierung völkerrechtswidrig an Polen verschenkte Ostdeutschland zurückzufordern, dann können ohne weiteres Truppen Deutschland besetzen.

Und dies zynischerweise sogar mit deutscher Unterstützung. Denn Deutschland hat bei Eintritt in die UNO auch die sogenannte Feindstaatenklausel allgemein – jetzt nicht bezogen auf Deutschland selber – und die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten akzeptiert.

Und diese Klausel dient in Wirklichkeit nur dazu, Deutschland für alle Zeiten am Boden zu halten. Denn seit Ende des Zweiten Weltkriegs ist kein anderes Land mehr in die Feindstaatenklausel aufgenommen worden, selbst der Irak und Libyen, die derzeit die Verkörperung des Leibhaftigen sind, nicht. Obwohl die Amerikaner Saddam Hussein stets mit Adolf Hitler auf eine Stufe stellen, ist der Irak aber von einer Aufnahme in die Feindstaatenklausel noch genauso weit entfernt wie es Deutschland bezüglich einer Streichung ist.



Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Regierung dulden, daß Deutschland weiter ein Vasall der USA ist.

Und was soll man von solchen »Freunden« halten, die zwar lautstark verkünden, daß dieser Passus ohnehin nur noch auf dem Papier steht, aber daß man in der Vergangenheit schon oft genug bewiesen hat, daß Deutschland als Freund angesehen wird, wenn diese »Freunde« noch nicht einmal zu dem dann ohnehin nur symbolischen Akt bereit sind, Deutschland aus der Feindstatenklausel zu streichen?

Oder sollte etwa doch mehr dahinter stecken? Diese ebenfalls rhetorische – Frage kann sich jeder selbst ganz einfach beantworten! □



Bonn

Der Zwang zum Sparen

Die Finanzpolitik in Deutschland stochert im Nebel. Auch mitten in der schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg dienen noch immer unsichere Wachstumsprognosen als Grundlage für die mittelfristige Finanzplanung. Sicher ist gegenwärtig nur eines: Anstatt energisch zu sparen, bedient sich der Staat lieber beim Bürger und bei den Unternehmen – die volkswirtschaftliche Steuerquote strebt langsam, aber sicher einem historischen Hoch entgegen.

Mit der offiziellen Steuerschätzung und der Fortschreibung wichtiger Eckdaten hat der Finanzplanungsrat die mittelfristige Haushaltsplanung bis 1997 verabschiedet.

Vom Musterknabe der EG weit entfernt

Einschließlich der Nebenhaushalte sollen sich Einnahmen und Ausgaben auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene wie folgt entwickeln.

Einnahmen: Für 1994 erwarten die Finanzexperten ein Einnahmeplus von sechs Prozent, 1995 soll der Solidaritätszuschlag diese Rate sogar auf 7,5 Prozent hochschrauben.

In den beiden folgenden Jahren rechnen die Haushälter mit einer sieben und einer fünf vor dem Komma.

Ausgaben: Für das Jahr 1994 wird eine Steigerung der Ausgaben von 4,5 Prozent unterstellt. Bis 1997 soll das Tempo auf drei Prozent verringert werden.

Falls diese Rechnung aufgeht, könnten die öffentlichen Kassen ihre Finanzierungsdefizite von derzeit 156 Milliarden DM auf 43 Milliarden DM in 1997 zurückfahren. Schöner noch: Ab 1996 würde Deutschland beim Kriterium der Neuverschuldung die Maastricht-Vorgabe von höchstens drei Prozent des BSP erfüllen.

Derzeit ist der einstige Musterknabe der EG weit davon entfernt. Im laufenden Haushaltsjahr liegt der Finanzierungssaldo bei fünf Prozent – und die Neuverschuldung dürfte sich in ähnlicher Größenordnung bewegen.

Die Wachstumsraten stehen in den Sternen

Doch das optimistische Szenario bei Einnahmen und Ausgaben ist aus zwei Gründen eher unwahrscheinlich:

Den Einnahmen liegen unsichere Wachstumsprognosen zugrunde. In der amtlichen Steuerschätzung, die als Basis für die mittelfristige Finanzplanung dient, werden für 1995 bis 1997 nominale 5,5 Prozent im Westen und 11 Prozent im Osten prognostiziert.

Doch bei langfristigen Prognosen, wie sie die mittelfristige Finanzplanung erfordert, ist das Unsicherheitsmoment naturgemäß sehr groß. So wurden die Prognosen für das laufende Haushaltsjahr ständig nach unten korrigiert.

Als das Finanzministerium im Mai 1993 die mittelfristige Finanzplanung aufstellte, rechneten die Experten für dieses Jahr noch mit einem nominalen Wachstum von 1,5 Prozent in Westdeutschland und 16,5 Prozent in Mitteldeutschland; gesamtdeutsch sollten 2,5 Prozent herauskommen.

Im Kalkül der Finanzplaner ist der Aufschwung programmiert: Das nominale Sozialprodukt soll 1994 bundesweit um 4,5 Prozent und in den Jahren 1995 bis 1997 um jeweils sechs Prozent steigen. Diese ansehnlichen Wachstumsraten stehen jedoch noch in den

Bonn

Der Zwang zum Sparen

Sternen – es könnte auch schlechter kommen.

Träfe das zu, hätte das fatale Folgen. Denn das Steuersystem reagiert äußerst sensibel: Jeder Prozentpunkt, um den das BIP schrumpft, führt zu überproportionalen Steuerausfällen und macht die Haben-Seite der Finanzplanung schnell zur Makulatur.

So wundert es nicht, daß die amtlichen Steuerschätzer ihre schon bescheidene Einnahmeprognose seither gleich zweimal nach unten korrigieren mußten.

Vorsicht bei den Sparbekenntnissen

Bei den Ausgaben zeigt sich, daß sie selbst in guten Zeiten oft schneller wachsen als die gesamtwirtschaftliche Leistung. So kletterte die Staatsquote in Deutschland von 45,5 in 1989 auf 49,1 Prozent in 1991. Im vergangenen Jahr wurde die 50-Prozent-Marke überschritten, und in diesem Jahr wird der Staat voraussichtlich sogar 51,5 Prozent des BIP für sich beanspruchen – das wäre deutscher Rekord.

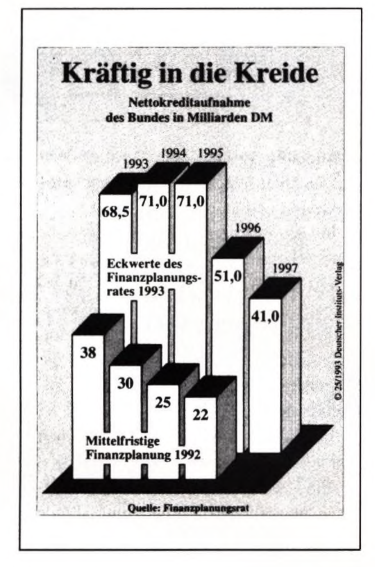
Zum Vergleich: Innerhalb der europäischen Gemeinschaft haben lediglich Dänemark (56,2 Prozent), die Niederlande (54,6 Prozent) und Italien (53,8 Prozent) in diesem Jahr noch höhere Staatsquoten als Deutschland.

Auch bei der Übersee-Konkurrenz liegen die Quoten deutlich niedriger als hierzulande: Die USA kommen 1993 auf 36 Prozent und Japan auf 32 Prozent.

Angesichts solcher Daten sind die offiziellen Sparbekenntnisse in Deutschland mit Vorsicht zu genießen.

Nachdem die Ausgaben 1992 um 9,5 Prozent und heuer um sechs Prozent gestiegen sind, will der Staat dem Ausgaben-Rad nun kräftig in die Speichen greifen: Bis 1997 soll der jährliche Zuwachs auf drei Prozent gebremst werden.

Die ausufernde Staatstätigkeit erweist sich immer mehr als Wachstumsbremse. Denn zum einen fließt ein Großteil der Finanzmittel in den Konsum anstatt in Investitionen.



Anstatt energisch zu sparen, geht das Schuldenmachen des Bundes immer weiter und erreicht Jahr für Jahr einen größeren Umfang.

Das Verhältnis zwischen Personalausgaben und Sachinvestitionen steht in diesem Jahr bei drei zu eins – und mit vier Prozent wachsen die Ausgaben für Personal immerhin einen halben Punkt schneller als die Sachinvestitionen.

Hinzu kommt die gerade in Rezessionen ausgabentreibende Arbeitslosigkeit: Schon 1992 mußte Bonn die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit mit rund 13 Milliarden DM alimentieren, für dieses Jahr wird mit 18 Milliarden DM gerechnet.

Auch bei den hohen Transferleistungen in die neuen Bundesländer zeigen die Investitionen deutliche Schlagseite:

Rund vier Fünftel der West-Ost-Transfers werden derzeit konsumtiv verwendet.

Angesichts dieser strukturellen Probleme ist die mittelfristige Finanzplanung mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Wie sehr die Planung von der Realität abweichen kann, zeigt zum Beispiel die Entwicklung der Neuverschuldung des Bundes.

Für 1993 war ursprünglich ein Defizit von 38 Milliarden DM geplant – tatsächlich werden es vermutlich knapp 69 Milliarden DM werden.

Für die nächsten beiden Jahre klaffen ursprüngliche und revidierte Planung sogar noch weiter auseinander.

Eine Modellrechnung zeigt, was passiert, wenn die Ausgaben auf der gesamtstaatlichen Ebene wie in der Vergangenheit weiterhin aus dem Ruder laufen:

Bei einer Fortschreibung der Ausgaben-Steigerungen von jährlich sechs Prozent wächst das Finanzierungsdefizit aller Gebietskörperschaften einschließlich der Nebenhaushalte von derzeit 156 Milliarden DM bis 1997 auf 179 Milliarden DM – und das auch nur für den Fall, daß die Einnahmen wie geplant fließen.

Bislang sehen die öffentlichen Haushalte nur einen Weg aus der Misere: Um die eigene Kasse zu schonen, bürden sie die Konsolidierungs-Lasten vor allem dem Steuer- und Beitragszahler auf – Bürgern und Unternehmen.

Der monatliche Obulus an die Rentenversicherung wird steigen, die Vermögen- und Versicherungssteuer wurden bereits angezogen und ab 1995 gibt es ein Revival für den Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent auf die Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld.

Zwei kräftige Tritte auf die Wachstumsbremse mit Folgen: Zum einen wird der private Konsum behindert, zum anderen die Investitionstätigkeit der Unternehmen.

Worten könnten auch Taten folgen

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote spiegelt den Versuch des Staates wider, die konjunkturbedingten Mindereinnahmen über Steuermehreinnahmen auszugleichen.

Bis 1997 wird die Steuerquote, der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt, von derzeit 24 auf über 25 Prozent steigen.

Ähnlich hohe Werte gab es zuletzt im Ölkrisen-Jahr 1977.

Die Abgabenquote, die neben den Steuern noch die Sozialbeiträge einrechnet, zeigt einen ähnlichen Trend. Im Laufe der achtziger Jahre war sie unter die 40-Prozent-Marke gedrückt und ein Garant für den acht Jahre dauernden Boom. Inzwischen steht längst wieder eine 42 vor dem Komma.

Der einzige wachstumsfreundliche Weg, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, heißt: sparen.

Doch alle konkreten Versuche sind bislang weitgehend ins Leere gelaufen.

Vielleicht wären deshalb inzwischen auch strenggläubige Subventions-Jäger schon mit der Anwendung der Rasenmäher-Methode zufrieden.

Ein Beispiel: Um den ab 1995 wieder erhobenen Solidaritätszuschlag gänzlich überflüssig zu machen, müßten pro Jahr 28 Milliarden DM eingespart werden – das entspräche 1995 einer pauschalen Kürzung aller geplanten Ausgaben um 2,3 Prozent.

Der Begriff der konsequenten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurde bislang genügend strapaziert. Worten können auch Taten folgen – das hat gerade die neue Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein bewiesen. Ihre Ankündigung, die Arbeitszeit der Beamten um wöchentlich eine Stunde zu verlängern, ist zwar unpopulär, aber offenbar ein Schritt in die richtige Richtung – binnen weniger Tage sind andere Ministerpräsidenten diesem Beispiel gefolgt. □



Bonn

Das Reich des Schalk-Golodkowski

Er sei im Herbst 1989 tief überzeugt gewesen, daß die DDR es schaffen würde, weil er nicht wußte, »wie tief die Sowjetunion im Dreck steckt«, erklärte der letzte Generalsekretär der SED, Egon Krenz, am 23. Juni dieses Jahres während einer über fünfstündigen Aussage vor dem 1. Untersuchungsausschuß. Er hob dabei die Verdienste des Chefs des Bereichs »Kommerzielle Koordinierung« (KoKo), Dr. Alexander Schalck-Golodkowski, für die wirtschaftliche Situation der DDR, die Entspannungspolitik und für die Verbesserungen in den Beziehungen zur Bundesrepublik hervor. Krenz verwies hier auf die zahlreichen Kontakte Schalcks zu Bundeskanzler Dr. Kohl, dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß, den früheren Kanzleramtsministern Dr. Wolfgang Schäuble und Rudolf Seiters sowie zu Fraktionsvorsitzenden und Ministerpräsidenten der Länder.

»Würden all jene, die es einst gut mit ihm konnten, heute im Gesicht erröten, wenn sie ihn verleumden, würden wir in West und Ost viele haben, die mit rotem Kopf herumlaufen müßten«, so Krenz.

Der Buhmann der Nation

Es habe in der DDR Gruppen gegeben, die diesen Staat erhalten wollten und dafür Sündenböcke brauchten. So habe man Schalck zum »Buhmann der Nation« gemacht und ihn auch bedroht. Er habe aber nicht mit dessen Flucht in die Bundesrepublik, sondern in die Sowjetunion gerechnet.

Schalcks Kontakte zu München und Bonn hätten wesentlich dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik auch dann weiterzuführen, als in Moskau erklärt wurde, daß sich die Deutschen »künftig nur noch über Raketenzäune unterhalten könnten«.

Der Koko-Chef, mit dem er persönlich befreundet sei, habe ihn seit 1984/85 eingehend über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der DDR mit ihrem hohen Schuldenstand informiert. Davon hätten Honecker und der im Politbüro für Wirtschaftsfragen zuständige Günter Mittag aber nichts wissen dürfen, da dies sonst schlimme Folgen für Schalck gehabt hätte. Nur Honecker und Mittag seien gegenüber Schalck weisungsberechtigt gewesen.

Als SED-Generalsekretär habe er im Oktober 1989 zeitweilig erwogen, Schalck zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Dieser habe dem Politbüro eine reale Einschätzung der ökonomischen Lage der DDR bei einem Schuldenstand von rund 50 Milliarden DM vorgelegt. Die Veröffentlichung der ungeschminkten Analyse über die wirtschaftliche Lage, die auch Gorbatschow zugeleitet wurde, hätte bedeutet, den Lebensstandard in der DDR um 30 Prozent zu senken.

Krenz verwies auf eine Bemerkung Gorbatschows vom 1. November 1989, er kenne keinen vernünftigen Politiker auf der Welt, der für die Einheit Deutschlands sei. Es habe zwei Linien in der sowjetischen Deutschlandpolitik gegeben: Einmal die DDR als eine Art Sowjetrepublik zu halten und zum zweiten die DDR bei Verhandlungen mit den USA als eine Art Spielball zu betrachten. 1989 habe sich die zweite Linie durchgesetzt.

Von der Breschnjew-Doktrin habe die Sowjetunion nie echt Abstand genommen. Er wisse nicht, was passiert wäre, wenn eine Fraktion in der DDR sich an die Sowjetunion wegen eines Angriffs auf den Warschauer Pakt, der noch funktionierte, gewandt hätte: »Ich bin froh, daß niemand in der DDR diese Frage gestellt hat.« Die Sowjetunion habe die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik teils mit kritischer Solidarität, teils mit Furcht und teils mit Mißtrauen verfolgt.

Die Breschnjew-Doktrin blieb

Die KoKo-Arbeit steht laut Krenz im Kontext mit den Existenzbedingungen der DDR und der Einbindung der deutschen Staaten in den Kalten Krieg: »Die DDR war trotz des Fleißes ihrer Bürger immer der ärmere der deutschen Staaten, hatte keinen Marshall-Plan, zahlte Reparationen für den verlorenen Krieg, stand auf Embargo-Listen und wurde nach Belieben ihrer Gegner politisch bestraft und ökonomisch boykottiert.« Schalck, der weder dem Politbüro noch der Regierung angehört habe, könne man nicht für die verfehlte Wirtschaftspolitik verantwortlich machen.

Gorbatschow habe ihn am 13. November 1989 vertraulich über ein Telefonat mit Bundeskanzler Kohl informiert, in dem dieser die Reformen in der DDR begrüßt und gewünscht habe, daß sie in einer »ruhigen Atmosphäre« stattfinden. Der KoKo-Bereich sei eine Insel der Marktwirtschaft in der Planwirtschaft gewesen: »Dies verstieß nicht gegen die Interessen der Bundesrepublik oder die Gesetze der DDR.«

Heute gelte die gleiche Politik für den Gesprächspartner West als nationales Verdienst, während die Gesprächspartner Ost kriminalisiert würden. Er selbst kenne kein Gespräch, »in dem unsere westdeutschen Partner die DDR einen Unrechtsstaat gescholten und ihre Funktionäre als Kriminelle bezeichnet« hätten.

Zur Lage während der Ablösung Honeckers sagte der Zeuge, Stasi-Chef Mielke habe zwar »einen Koffer mit Akten« gehabt, er glaube aber nicht, daß dieser damit erpressen wollte oder konnte. Er habe nicht gewußt, daß Schalck im Auftrag Mielkes abgehört wurde.

Es gab keine Opposition gegen Honecker

Nach seinem Verhältnis zu Dr. Hans Modrow befragt, erklärte Krenz, dieses habe sich normal entwickelt, wobei es keine besondere Freundschaft und keine besonderen Abneigungen gegeben habe: »Aber vielleicht sieht Modrow das anders.« Der Ruf des späteren DDR-Ministerpräsidenten als »Reformer« sei offensichtlich entstanden, weil dieser sich auf Gorbatschow berufen habe.

Gegen Modrow als Bezirkssekretär in Dresden seien verschiedene Vorwürfe erhoben worden. Die Partei habe ihn aber nie gemaßregelt. In der SED-Führung, zu der die Bezirkssekretäre gehörten, habe es keine Opposition gegen Honecker oder das Politbüro gegeben, es sei denn, man habe sie so geheimgehalten, daß niemand sie bemerkt habe.

Er habe nach einem Besuch in Leipzig bei Honecker erreicht, daß dieser einen Befehl unterschrieb, bei Demonstrationen auf keinen Fall zu schießen, so Krenz. Am 9. November 1989 habe er nach einem Anruf Mielkes, daß man wegen der großen Menschenmenge an der Ostberliner Mauer entweder Militär einsetzen oder die Grenze öffnen müsse, entschieden, die Mauer zu öffnen.

Die Prüfung von KoKo-Firmen war tabu

Die Firmen im Bereich »Kommerzielle Koordinierung« (KoKo) der DDR sind bis zur Wende praktisch nie bilanzmäßig überprüft worden, erklärte Hubert Jauer vom früheren DDR-Finanzministerium als Zeuge vor dem 1. Untersuchungsausschuß.

Jauer, der im Dezember 1989 Beauftragter für eine außerordentliche Finanzrevision war, betonte, daß bis dahin vor allem der innere Bereich der KoKo, dessen Chef Dr. Alexander Schalck-Golodkowski war, »tabu« gewesen sei. So hätten Angehörige der Finanzrevision selbst die Gebäude der KoKo-Firmen nicht betreten dürfen. Zum Tabu-Bereich hät-

Das Reich des Schalk-Golodkowski

ten unter anderem die Waffenhandelsfirmen und die Lieferungen für die Prominentensiedlung Wandlitz gehört.

Grundsätzlich seien vom zuständigen Ministerium die Firmen, bei denen geprüft werden durfte, genau benannt worden, wobei die Prüfungsaufträge sehr unterschiedlich waren. Erstmals sei 1988 eine KoKo-Firma geprüft worden. In der Wendezeit 1989 habe er einen Schnellauftrag für die Prüfung von Fleischexporten erhalten.

Eine Änderung der Prüfungsaufgaben für den KoKo-Bereich habe es erst Anfang Dezember 1989 zusammen mit einer Kontensperrung gegeben. Zunächst sei eine Statusprüfung der Betriebe erfolgt, an die sich eine Bilanzvorprüfung anschloß, um zum 31. Dezember eine ordnungsgemäße Bilanz vorlegen zu können. Dann habe der Generalstaatsanwalt den Auftrag gegeben, den Gesamtbereich der KoKo zu prüfen. In zwei Fällen sei allerdings die Überprüfung von der Regierung Modrow mit dem Hinweis auf Sicherheitsinteressen ohne weitere Begründung untersagt worden.

Vermögen im Pappkarton

Um genaue Angaben über Einnahmen und Ausgaben, Anlage- und Umlaufvermögen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zu ermöglichen, habe man zunächst die Betriebsleiter und Finanzchefs der betroffenen Firmen besonders schulen müssen.

Derartige Prüfungen sowie Untersuchungen wegen Korruption und Unterschlagung seien für den inneren Koko-Bereich »absolut neu« gewesen. Hier habe alles in »mühseliger Kleinarbeit« zusammengetragen werden müssen.

Festgestellt worden sei, daß größere Beträge, zum Beispiel 123000 DM in einem Pappkarton, ohne Belege aufbewahrt und daß Millionenbeträge in Valuta an die SED transferiert wurden.



Der verstorbene bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß hatte gute Kontakte zu Schalk-Golodkowski.

Nach der komplizierten Einzelprüfung der drei Hauptabteilungen von KoKo und der Zuordnung der zahlreichen Firmen sei er sich, so der Zeuge, bis heute noch nicht sicher, ob alle Auslandsbetriebe erfaßt werden konnten. Eine Haushaltsrechnung für den Gesamtbereich habe man nicht vorgefunden.

Die Prüfung sei eine »Sisyphusarbeit« gewesen und dadurch erheblich erschwert worden, daß keinerlei Anweisungen für die Rechnungsführung und die Verantwortlichkeiten vorhanden waren. Deshalb sei nur eine Stichprobenprüfung nach Konten möglich gewesen. Weiter habe es keine Belege sowie Zeichnungsberechtigungen für Auslandskonten gegeben.

Die Prüfung habe aber ersichtlich gemacht, »daß mit Geld außerordentlich leichtfertig umgegangen worden ist«. Die Kooperation der KoKo-Firmen bei der Prüfung sei »nicht doll« gewesen.

Da mehrere Kassen ohne Kassenordnung festgetellt wurden, könne er nicht sagen, »was an Geld weg war oder nicht weg war«. Nach den ersten Prüfungsergebnissen sei er für eine weitere Prüfaktion ab Januar 1990 durch die Finanzministerin der Modrow-Regierung wegen Befangenheit abgelehnt worden.

Dem Insiderkomitee gehörten auch keine früheren Angehörigen der dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellten Arbeitsgruppe »Bereich Kommerzielle Koordinierung« (AG BKK) an. Er selbst sei Führungsoffizier von bis zu 18 Informellen Mitarbeitern gewesen.

Der KoKo-Bereich und der Waffenhandel

Weil die Liquiditätssituation der DDR stark angespannt war, habe das Politbüro angeordnet, in allen Bereichen der Volkswirtschaft, einschließlich Waffenverkäufen, über den bisherigen Rahmen hinaus die Deviseneinnahmen zu erhöhen. Dies teilte Dr. Alexander Schalck-Golodkowski als Zeuge vor dem 1. Untersuchungsausschuß mit. Auf diese Weise sei der von ihm geleitete Bereich »Kommerzielle Koordinierung« (KoKo) in der DDR mit dem Waffenhandel, mit dem er vorher nichts zu tun hatte, befaßt worden.

Zunächst seien hauptsächlich Kalaschnikows und Munition aus Beständen der Nationalen Volksarmee angeboten und vor allem in den Iran geliefert worden. An Terror-Organisationen sei mit seiner Billigung nichts verkauft worden.

Bei Waffen wisse man aber nie, wo sie landen: »Sie schwirren überall herum, und keiner war es gewesen.«

Der Waffenexport der DDR sei im Vergleich zu NATO-Ländern, der Sowjetunion und China nur unbedeutend gewesen und aus Qualitätsgründen immer schwieriger geworden. Die Sowjetunion habe diese Exporte, da die Waffen generell lizenzgebunden waren, argwöhnisch beobachtet.

Honecker habe aber trotz mehrerer Beschwerden den Verkauf angeordnet. Für jedes größere Geschäft sei die Zustimmung des Staatsratsvorsitzenden erforderlich gewesen. Er habe keine Vollmacht gehabt, allein Geschäfte abzuschließen. Das sei über das Politbüromitglied Günter Mittag gelaufen.

Er habe sich, so der Zeuge, zwar nicht um Einzelheiten gekümmert, stehe aber für alles voll ein, was er unterschrieben habe.

Dazu stellte der Vorsitzende Friedrich Vogel (CDU/CSU) fest, er sehe keine Straftatbestände, gegen die der Zeuge verstoßen haben könnte. Das gelte für das Strafrecht in der ehemaligen DDR und das DDR-Recht, was laut Einigungsvertrag noch heute gilt. In der DDR habe es weder ein Kriegswaffenkontrollgesetz noch ein Außenwirtschaftsgesetz wie in der Bundesrepublik gegeben.

Devisen durch Erbschaften

Die meisten Länder, die DDR-Waffen haben wollten, seien aber zahlungsunfähig gewesen, stellte Schalck fest. Von Überlegungen, Raketenträger für atomare und chemische Sprengkörper an den Irak zu liefern, höre er zum ersten Mal: »Das ist nach meiner Vorstellung nicht denkbar.«

Es sei auch nicht vorstellbar, daß die Sowjetunion dem zugestimmt hätte. Zu Namen von internationalen Waffenhändlern, die mit DDR-Stellen in Kontakt standen, sagte der Zeuge, ihm seien diese Personen weitgehend unbekannt. Mit Ausländern habe er kaum Kontakt gehabt, sondern

außerhalb der DDR hauptsächlich mit Politikern in der Bundesrepublik.

Zu den »Erbschaftsfällen« räumte der Zeuge ein, daß auch hier der Staat Devisen haben wollte. Bei Erbschaften von DDR-Bürgern mit Erblassern in der Bundesrepublik sei in 99,9 Prozent der Fälle ein Weg gefunden worden, um einen Teil des Erbes in DM auszahlen zu können. Nur einmal sei Margot Honecker im Fall einer Schuldirektorin eingeschaltet worden. Bei Frau Honecker sei man nie sicher gewesen, »was am Ende herauskommt«.

Dies sei aber für ihn nur ein Nebenkriegsschauplatz gewesen. Hier habe es sich jährlich um Beträge zwischen zwei und fünf Millionen DM gehandelt, während sein Bereich 2,8 Milliarden Valutamark realisiert habe.

Abgleiten in Anarchie verhindern

Als er am 13. November 1989 von der Volkskammer zum DDR-Ministerpräsidenten der DDR gewählt wurde, sei es seine feste Absicht gewesen, Schluß mit der SED-Herrschaft zu machen, erklärte MdB Dr. Hans Modrow (PDS/Linke Liste) als Zeuge vor dem 1. Untersuchungsausschuß. Es sei sein Ziel gewesen, nicht der Partei, sondern dem Volk zu dienen und ein Abgleiten in Chaos und Anarchie zu verhindern. Als Aufgabe seiner Fünf-Parteien-Regierung habe er eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft, die Einführung der sozialen Marktwirtschaft und eine Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik Deutschland gesehen.

Für einen erfolgversprechenden Neuanfang sei es aber zu spät gewesen, die Zeit sei davongelaufen. Entscheidend sei aber gewesen, daß die Wende ohne Gewalt verlief und eine wirtschaftliche Katastrophe verhindert werden konnte.

Für die neue Regierungsstruktur habe er angeordnet, die »Kommerzielle Koordinierung« (KoKo) nicht länger als selbständigen Bereich bestehen zu lassen, sondern sie in das Ministerium für Außenhandel einzugliedern. Die KoKo, von der er damals keine genauen Vorstellungen gehabt habe, sei somit nicht mehr Sache des SED-Generalsekretärs gewesen.

Am 1. Dezember sei er von Arbeitern der Borsig-Werke aufgefordert worden, Dr. Alexander Schalck-Golodkowski abzulösen, habe aber einen derartigen Schritt wegen der Verhandlungen mit der Bundesrepublik, die der KoKo-Chef seit Jahren geführt habe, als nicht sinnvoll bezeichnet.

Nach einem Treffen mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 19. Dezember habe er erkannt, daß von seiten der Bundesregierung keine Vertragsgemeinschaft mit der DDR zu erwarten sei und diese sich für eine schnelle Wiedervereinigung entschieden habe mit »allen fatalen Folgen, die jetzt zu spüren sind«.

Am 3. Dezember habe er von der Flucht Schalcks erfahren und sei tief enttäuscht gewesen. Er habe schnell handeln müssen, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Sofort habe er eine Bestandsaufnahme bei KoKo und die Sperrung aller Konten veranlaßt, um einen Zugriff für Dritte zu verhindern.

Kritik von Honecker

Am 21. Dezember sei dann eine Sonderkommission eingesetzt worden, um KoKo gründlich zu untersuchen. Durch die von ihm getroffenen Maßnahmen habe die Bundesregierung »noch beträchtlichen Gewinn gezogen«. Mit Schalck sei er seit 1966 freundschaftlich verbunden gewesen. Es stimme nicht, daß er gegenüber dem KoKo-Chef den Vorwurf des Hochverrats erhoben hätte. Er habe im Gegenteil derartige Anschuldigungen von anderer Seite nachdrücklich zurückgewiesen.

Zu Egon Krenz habe er keine besondere Beziehung gehabt. Obwohl der Altersunterschied nur zehn Jahre betragen habe, hätten er und Krenz zu einer anderen Generation gehört.

Zur Ablösung Honeckers sagte der Zeuge, er selbst habe sich in einer Sitzung der Bezirksparteisekretäre kritisch geäußert, worauf Honecker ihm eine »parteienfeindliche Plattform« vorgeworfen habe. Seine Einsetzung als Ministerpräsident habe Krenz offensichtlich in Moskau mit Gorbatschow besprochen. Seine Bedingung, der Ministerpräsident müsse künftig eine andere Stellung gegenüber dem SED-Generalsekretär haben, habe Krenz akzeptiert.

Als SED-Bezirkssekretär in Dresden sei die KoKo für ihn ein Handelsunternehmen mit großen Einfluß und für die Importe von Hochtechnik, zum Beispiel für Robotron und Zeiss/Jena, von entscheidender Bedeutung gewesen. Über den tatsächlichen Umfang des KoKo-Einflusses habe er keine Vorstellung gehabt und die tatsächlichen Dimensionen erst später erfahren.

Er erinnerte sich nicht, daß Schalck ihm jemals eine umfassende Darstellung über KoKo gegeben habe. Vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten sei er nicht über den finanziellen Status der DDR informiert gewesen. Über die erhebliche Verschuldung habe er sich aber durch die Lektüre westdeutscher Zeitungen in seiner Dresdner Zeit ein Bild machen können. So habe er diesen Betrag Mitte der achtziger Jahre auf 30 Milliarden DM geschätzt.

Anonyme Drohungen erhalten

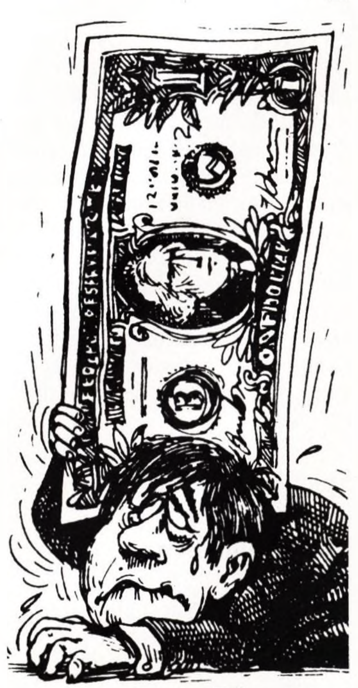
Zu den Waffenexporten sagte Modrow, er habe von Lieferungen in Länder außerhalb des Warschauer Paktes im nordafrikanischen Raum und von Reparaturen von MiG-Flugzeugen in Dresden gewußt, die von der Sowjetunion geliefert worden waren. Sonst habe er keine Einzelkenntnisse gehabt.

Als Ministerpräsident habe er entschieden, die von der KoKo in Kavelstorf bei Rostock gelagerten Waffen in den militärischen Bereich zu überführen und so zu schützen, daß sie im Hinblick auf die politische Konfliktsituation in der DDR nicht mißbraucht werden konnten.

Nach der Flucht Schalcks habe er einen kleinen Personenkreis zu einer Sondersitzung einberufen, um Schaden abzuwenden. Dazu hätten auch hohe Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit und Markus Wolf gehört, der seinerzeit einen neuen Parteitag der SED vorbereiten sollte.

Seine Anordnung, die Hauptabteilung I von KoKo staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht zugänglich zu machen, sei erfolgt, um den Import der dringend benötigten Hochtechnologie nicht zu gefährden. Ihm sei es damals nur um diese Technologie gegangen, wobei er nicht gewußt habe, was im einzelnen der Hauptabteilung I zuzuordnen sei.

Aus der CDU/CSU wurde dazu angemerkt, daß Modrow über diese Hauptabteilung mit einer Arbeitsgruppe für Sonderbeschaffungen und mehreren Firmen in Westeuropa nicht die volle Wahrheit gesagt habe. Dazu erklärte der Zeuge, es sei damals um Stunden gegangen. Markus Wolf sei für ihn eine Vertrauensperson und sein Rat nicht unwichtig gewesen.
Modrow räumte ein, daß die Stasi zu den Unterlagen der Hauptabteilung I bis zum 20. Dezember weiter Zugang gehabt hatte. Er habe auch anonyme Drohungen erhalten: »Es war keine Freude, damals dort zu regieren.« Der langjährige Büroleiter des DDR-Ministerratsvorsitzenden, Günter Böthling, teilte als Zeuge mit, daß die Anordnung Modrows zu KoKo in einer für das Büro des Vorsitzenden des Ministerrats nicht üblichen Form getroffen wurde. Die Formulierung könne eventuell aus dem KoKo-Bereich stammen. □



Deutschland

Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen

Rudolf Krause

Sofort nach Veröffentlichung der Denkschrift verlangte man von Dr. Rudolf Krause, Mitglied des Deutschen Bundestages, den Stop der Verbreitung seiner Gedanken. Krause lehnte das strikt ab und erklärt, »nicht einmal die SED und DDR-Zeiten habe eine solche Unterdrückung von Meinungsäußerungen zustande gebracht«. CDU-Multikulti Heiner Geißler schäumte. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte, Krause habe damit die Grundlagen des CDU-Programms verlassen, der Parteiausschluß wurde beantragt. Diesem ist Rudolf Krause zwischenzeitlich durch Austritt zuvorgekommen.

Die Wiedervereinigung hat für die Menschen in den neuen Bundesländern unseres Vaterlandes sehr tiefe Einschnitte und Umschichtungen im persönlichen Leben gebracht. In Westdeutschland dagegen hatte die nationale Euphorie der Wiedervereinigung eine zeitweise Stagnation für nationalkonservative Kräfte außerhalb der CDU verursacht. Helmut Kohl, als der in die Geschichte eingegangene Kanzler der Einheit, wurde 1990 mit vollem Recht als nationaler Führer anerkannt und bejubelt, aber die angestauten Probleme in der alten Bundesrepublik wurden dadurch nur aufgeschoben und durch neue Probleme der Vereinigung vermehrt. Hinzu kam für die Bewohner Westdeutschlands die neue Wahrnehmung, daß durch den Wegfall des eisernen Vorhanges in nie gekanntem Ausmaß Wirtschaftsflüchtlinge ins Land strömen, was aber auch ohne Wiedervereinigung eingetreten wäre.

Spezifische Probleme in den neuen Bundesländern

Lassen Sie mich deshalb bitte zuerst zu den spezifischen Problemen in den neuen Bundesländern sprechen, und im zweiten Abschnitt der Analyse zu den gemeinsamen Problemen in Mittel- und Westdeutschland.

Was hat sich für die Menschen in den neuen Bundesländern grundlegend verändert, was ist qualitativ besser geworden, und was wird als neue Probleme empfunden und erlitten?

Wesentlichster Erfolg der deutschen Einheit ist die Befreiung aus der Knechtschaft des Kommunismus. Geschichtlich betrachtet haben die Bürger der DDR mit gesellschaftlichen Eigenschaften von Sklaverei und Leibeigenschaft zu tun gehabt, aber das auf einem in vielen Bereichen des täglichen Lebens in der Welt doch recht hohen Niveau. Es gab keine Armut, keinen Hunger, keine Obdachlosigkeit. Es gab aber persönliche Unfreiheit und Angst vor der Allgewalt des kommunistischen Staates. Diese Freiheit, die Reisefreizügigkeit nach der Maueröffnung war der erste große Erfolg der friedlichen Revolution.

Volldeutscher im erlebbaren Sinne wurden wir Mitteldeutsche aber erst durch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, als zum Namen »Deutscher« auch die in aller Welt vollgültige Deutsche Mark kam. Erst von diesem Tage an konnten wir diesen Nationalstolz im In- und Ausland zeigen und aufgrund der Deutschen Mark auch die nötige Anerkennung dafür erleben.

Die Dürftigkeit in vielen Bereichen der materiellen Sphäre hörte auf, alle lang gehegten Wünsche hinsichtlich Autos, besserem Wohnen, moderner Unterhaltungselektronik, schöner hochmoderner Kleidung, Südfrüchten, besonderer Nahrungs- und Genußmittel wurden zur täglichen Wirklichkeit und recht schnell zur Gewohnheit.

Offene Grenzen und der Zugang zu den erforderlichen Zahlungsmitteln führten 1990 zu einer ungekannten Euphorie und Begeisterung, von welcher vor allem CDU und FDP politisch profitieren konnten. Die Unkenrufe von SPD und PDS, teilweise auch der pararevolutionären linksintellektuellen Bürgerbewegungen in der DDR über sofortige Erhöhung der Mieten und Halbierung von Gehältern und Renten erfüllten sich nicht.

Eine ungekannte Euphorie und Begeisterung

Noch gab es auch keine Arbeitslosigkeit, es wurde weiter vor sich hing gewerkelt beziehungsweise auf Halde produziert. Die sofort einsetzende Überproduktion im eigenen Lande, das Zusammenbrechen von Binnenmarkt, innerdeutschem und innereuropäischem Markt sowie Ostmärkten wurde noch nicht persönlich erlebt.

Die Angst der Studenten vor Abwicklung und hinsichtlich der Weiterführung ihrer Studien wich sehr schnell, als die in der DDR begonnenen Studien von sehr vielen im Westen fortgesetzt wurden. Selbst numerus-clausus-Fächer wurden daheim nicht mehr besetzt, und jeder kann lernen und studieren, was er will.

Bis zum heutigen Tage und wahrscheinlich auch in nächster Zukunft sind auch die alten Menschen die Gewinner der deutschen Einheit in Mitteldeutschland. Die Renten stiegen sehr schnell, und für die Mehrheit der Bevölkerung, die keine privilegierten Sonderversorgungssysteme in Anspruch nehmen konnte, haben sich die Renten und deren Kaufkraft schon mehr als verdoppelt.

Hinzu kommt die durch das uneingeschränkte Warenangebot möglich gewordene gesunde, individuelle und abwechslungsreiche Ernährung. Es gibt alle Sorten Fisch, Gemüse, Obst, und das zu jeder Zeit – billig und teuer, mannigfaltig, gesund oder wohlschmeckend – und bis in die entlegendsten Winkel der bisherigen DDR.

Im Jahr 1992 kann anerkennend und dankbar auch konstatiert werden, daß trotz der hohen Arbeitslosigkeit alle Jugendlichen eine Lehrstelle beziehungsweise einen Studienplatz erhalten haben, und das im Gegensatz zu den DDR-Zeiten auch in einem Beruf ihrer Wahl. Moped und Motorrad der Jugendlichen sind längst über Trabant und Wartburg mit einem schönen Golf, Polo und vielen anderen kleinen und mittleren Wagentypen vertauscht worden.

Für unsere Jugendlichen ist der Dürftigkeit nun Fülle und Sorglosigkeit gefolgt. Die Ängste vor der Schulreform sind gewichen, fast die Hälfte der Kinder besucht Gymnasien, wenn auch mit gerade in den naturwissenschaftlichen Fächern auf gegenüber DDR-Zeiten sehr herabgeschraubtem Niveau.

BAFöG und Lehrlingsentgelt sind meist höher als der frühere Verdienst ihrer früher vollbeschäftigten Mütter.

Soweit in groben Zügen die positiven Veränderungen, wie sie von den Menschen in den neuen Bundesländern täglich erlebt werden.

Unbekannte und beängstigende neue Erfahrungen

Aber auch unbekannte und in ihrer existentiellen Wucht beängstigende neue Erfahrungen müssen die Menschen in Mitteldeutschland und Mecklenburg nun erleben und in großem Maße auch erleiden. Das Wegbrechen vom Binnenmarkt, innerdeutschem und innereuropäischem Markt sowie weitgehend auch der Ost-

märkte hat zur Arbeitslosigkeit von einem Drittel der Männer und von zwei Dritteln unserer Frauen geführt.

Besonders für unsere Frauen, deren Lebensinhalt neben oder noch vor der Familie ja Arbeit und Bildung, berufliche Selbstverwirklichung auf hohem intellektuellem Niveau war, ist dieser Umschwung mit großen psychischen Deformationen verbunden. Immer noch brechen mehr Gewerke zusammen, als neue Arbeitsplätze entstehen. Die materielle Warenproduktion ist auf 20 Prozent herabgesunken. Gleichzeitig führt das überwiegend kolonialherrenhafte, unsensible und sehr oft auch dümmlichgroßkotzige Verhalten der westdeutschen Wirtschaftseroberer und Politabsahner zu tiefer menschlicher Verunsicherung und Depression.

Besonders kränkend wird die Mißachtung für die ungeheure Arbeits- und Aufbauleistung in Mitteldeutschland durch den westdeutschen linksintellektuellen Snobismus empfunden, der die hart errungenen Ergebnisse unserer ehrlichen deutschen Arbeit als minderwertig und aus der Sicht früherer westdeutscher Eigentümer und deren Erben sogar noch als Unrecht diffamiert. Persönliche Gespräche in Westdeutschland selbst mit Leuten, die nie in den neuen Bundesländern waren, und die schmerzhafte Erfahrungen mit einer einäugigen, linksparteiisch einseitigen und die deutsche Ehre verhöhnende westdeutsche Medienlandschaft lassen es uns durch 40 Jahre kommunistische Knechtschaft ungebrochene aufrechte Deutsche wirklich unverständlich und verräterisch erscheinen, wenn kriminellen Asylbetrügern mehr Aufmerksamkeit, Verständnis und Herzenswärme entgegengebracht wird als den eigenen deutschen Volksgenossen.



Die Verhöhnung durch die Medien

Diese Unterschiede werden besonders augenscheinlich von den Auslandsdeutschen in den Ländern Osteuropas registriert.

Das zweite negative Syndrom ist die Enttäuschung über die hilflose und dabei geckenhaft großspurige Wirkungslosigkeit des Rechtsstaates bei der juristischen und vor allem auch materiellen Aufarbeitung und Wiedergutmachung des kommunistischen Unrechtes. In die Enttäuschung über die materielle Verstetigung der kommunistischen Schäden kommt die Erfahrung einer Rechtspraxis, die nach den bisherigen Vorstellungen von christlich-germanischer Kameradschaft und Volksverbundenheit als ungleich, ungerecht und Unrecht empfunden wird.

Nicht als Deutscher unter Deutschen

Die dritte und am meisten psychisch wirkende Enttäuschung und Erschütterung ist die Erfahrung, daß man in Westdeutschland nicht als Deutscher unter Deutschen aufgenommen wird, weil vor allem die intellektuelle Hälfte der westdeutschen Bevölkerung kaum noch ein deutsches nationales Empfinden besitzt. Einfach unverständlich sind für uns diese rheinisch-alemannischen Mitteleuropäer, die ge-

Die Wiedervereinigung hat für die Menschen in den neuen Bundesländern sehr tiefe Einschnitte und Umschichtungen im persönlichen Leben gebracht.

Deutschland

Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen

meinsam mit den früheren Feindnationen auf die deutsche Ehre, die deutsche Größe, das deutsche Volksempfinden herabblikken und dem gesunden Nationalstolz unserer europäischen Nachbarn nichts auch nur annähernd Gleichwertiges entgegenzusetzen haben.

Soweit zur notwendigen Diagnose der Befindlichkeiten in Mitteldeutschland, ohne deren Kenntnis ein wirksames Zusammengehen und Zusammenarbeiten der westdeutschen und mitteldeutschen deutschnationalen Kräfte nicht möglich ist.

Zu diesen spezifischen Problemen in Mitteldeutschland kommen nun im wesentlichen drei Hauptprobleme, unter denen wir in ganz Deutschland gemeinsam zu leiden haben.

Asylrecht, Asylmißbrauch und Asylkriminalität sind in diesem Jahr – 1992 – in Deutschland eng miteinander verbunden. Das sehr weitherzige deutsche Asylrecht beruht auf der schmerzlichen Erfahrung, die die verfolgten Juden in Deutschland von 1933-1941 mit den Demokratien Europas und Amerikas erleiden mußten. Monatelange Warteschlangen vor den Konsulaten aufgrund von sehr restriktiven Einwanderungsquoten sorgten dafür, daß bis Mitte 1941 nur etwa 200 000 ausreisewillige Juden aus Deutschland ins Ausland gelangen durften. Bis zum damaligen Zeitpunkt wurden die Juden nicht an der Ausreise gehindert, wie dies die kommunistischen Machthabe mit ihren unterjochten Völkern getan hatten, sondern durch die Demokratien der westlichen Welt wurde ihnen die Einreise nicht im erforderlichen Umfange gestattet.

Ähnliches erleben wir heute in der Aufnahmebereitschaft der Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien: Während das freie, gastfreundliche Deutschland 200 000 Bürgerkriegsflüchtlingen Aufenthaltsrecht gewährt hat, nimmt das große Frankreich bisher weniger auf als das kleine Luxemburg. Nach Angaben der Flüchtlingsbeauftragten beim Europarat sind es für Frankreich und England jeweils weniger als 2000 Bürgerkriegsflüchtlinge, und zahlreiche der perversen Vernichtungslager im ehemaligen Jugoslawien könnten sofort evakuiert werden, wenn sich die westlichen Demokratien nicht weiterhin auf ihre ausländerfeindliche Haltung von 1933-1992 versteifen würden.

Die deutsche Weitherzigkeit und Gastfreundschaft

Deshalb sollten sich Protestaktionen gegen Ausländerfeindlichkeit zuerst gegen die uneinsichtigen und herzlosen Länder wenden, die keine oder nur sehr wenige Bürgerkriegsflüchtlinge als echt Verfolgte aufnehmen wollen, und nicht wegen einer kleinen Handvoll unerzogener Jugendlicher die deutsche Gastfreundschaft, die deutsche Weitherzigkeit und Opferbereitschaft beschimpfen.

Zu diesem Asylrecht kommt nun in vielfältigem Umfange Asylmißbrauch. Die Scheinasylanten aus Osteuropa kommen nicht etwa deshalb zu uns, weil nach dem Sturz der kommunistischen Diktaturen die politische Verfolgung fortdauern würde; ganz im Gegenteil, weil die Grenzen offen sind, kommen sie auch, ohne daß sie zu Hause verfolgt werden.

Scheinasylanten sind vor allem kriminelle Polen und rumänische Zigeuner. Ich habe mich in diesen Ländern selbst davon überzeugt, daß es dort keinerlei politische Verfolgung gibt. Asylmißbrauch sind hierbei Falschangaben und Falschbeurkundungen über eine angebliche Verfolgung, um sich bei uns ungesetzliche Sozialzahlungen zu erschleichen. Jeder Deutsche würde bei solcher Urkundenfälschung und falscher Beurkundung sowie dadurch erreichter Ergaunerung von tausenden und zehntausenden Deutscher Mark hart nach unseren Gesetzen bestraft werden.

Deswegen ist eine Lösung gegen Asylmißbrauch: Sofort abschieben, bevor Straftaten begangen werden; bei Falschangaben Strafen wegen Vorteilserschleichung vollziehen und genau wie bei anderen Kriminellen erst nach Abbüßung ihrer Strafen in die Heimatländer abschieben.

Das Problem der Asylkriminalität

Der besonders leichte Asylmißbrauch in Deutschland führt dazu, daß über 60 Prozent aller angeblichen Asylbewerber nach Deutschland kommen. Aus diesem Grunde ist eine europäische Quotenregelung entsprechend der Einwohnerzahl oder nach dem Bruttosozialprodukt unbedingt erforderlich. Freiwillig werden das unsere westlichen Nachbarn nicht tun, deswegen kann man als eine Übergangsregelung von Deutschland aus eine Quoteneinschätzung und eine Begrenzung bei 150 Prozent dieser vorläufig selbst errechneten Quote vornehmen.

Das bedeutet, daß alle weiteren Asylbewerber von uns in Nichtverfolgerstaaten Westeuropas abgeschoben werden müssen, die nach den offiziellen Angaben der Flüchtlingsbeauftragten bei UNO und Europarat große Defizite zu diesen Quoten aufweisen.

Hauptursache der Asylkriminalität in Deutschland ist die Tatsache, daß Scheinasylanten ohnehin ihrer Abschiebung entgegensehen und keinerlei Risiko für kriminelle Taten befürchten müssen. Das bedeutet, wenn sie nach erfolgter Straffälligkeit gestellt werden, werden sie schlimmstenfalls an die Grenze gebracht und dort ohne Bestrafung in Deutschland freigelassen. Auch im Wiederholungsfalle droht ihnen immer nur Abschiebung. Diese Praxis kommt einer Einladung nicht nur für Scheinasylanten gleich, sondern auch einer indirekten Aufforderung, in Deutschland ungesühnt Straftaten begehen zu können.

Eine Beleidigung für den deutschen Sozialstaat

Die Angst vor ausländischer diplomatischer Intervention und vor allem der Auslandspresse hat bisher dazu geführt, daß völliges Fehlen von Nationalstolz zu immer größerer Nachgiebigkeit gegenüber den Interessen des Auslandes und gegenüber ausländischen Straftätern geführt hat.

Das Ansehen Deutschlands wird erst dann im Ausland signifikant geschädigt sein, wenn anteilig zu wenig Asylbewerber zu uns kommen. Davon sind wir aber in der Tat weit entfernt. Drei Opfergruppen der Asylkriminalität gibt es zur Zeit in Deutschland: Hauptopfer sind die Kinder und Frauen der Zigeuner. Sie werden mit List und Tücke nach Deutschland verbracht, begeben sich in die Schuldknechtschaft krimineller Schlepperbanden. Sie müssen ihre erhaltenen Geldbeträge fast vollständig abliefern, wovon sich die Zigeunerkönige in Rumänien und anderswo kiloschwere Goldkronen und Mercedes ab 500 aufwärts zulegen.

Es ist eine Beleidigung für den deutschen Sozialstaat, daß durch diese Asylkriminalität von Schlepperbanden, vor allem von rumänischen Zigeunern, trotz hoher gezahlter Sozialleistungen in DM hungernde und frierende Zigeunerkinder auf unseren Straßen herumlungern. Der Rechtsstaat sieht tatenlos zu, wie auf diese Weise das Ansehen Deutschlands in der Welt herabgewürdigt und die Großzügigkeit Deutschlands schamlos ausgenutzt und beleidigt wird.

Die Lösung hier: Sozialhilfe ausschließlich durch Sachleistungen. Nur so wird den Opfern der kriminellen Schlepperbanden wirklich geholfen. Zum ersten Mal im Leben werden die Zigeunerkinder eine ordentliche Mahlzeit erhalten und im Winter bis zur Entscheidung ihres Antrages in warmen und trockenen Unterkünften verbringen.

Nur durch ausschließliche Sachleistungen entfällt der finanzielle Anreiz für die kriminellen Asylbanden.

In meinem Wahlkreis ist – wie fast überall schon die Regel – in einer Asylunterkunft in Henningen eine wahre Diebeshöhle entdeckt worden, für deren Abtransport mehrere Fahrzeuge erforderlich waren.

Auch die Cranachbilder in Weimar wurden von Zigeunern gestohlen, ohne daß die Beteiligten entsprechend strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden.



Helmut Kohl sieht sich als Kanzler der Einheit, aber die politischen Probleme in der alten Bundesrepublik wurden bisher nur aufgeschoben und durch neue Probleme der Vereinigung vermehrt.

Bettelei und Kaufhausdiebstahl für den Eigenverbrauch und vor allem für den Weiterverkauf sind die Regel. Besonders ältere deutsche Frauen werden belästigt und bestohlen. Ganze Diebesbanden von Zigeunerfrauen und -kindern überfallen kleinere Geschäfte und Kaufhäuser, verwikkeln das Personal durch Fäkalien und andere Unverschämtheiten zur Unaufmerksamkeit und verlassen in Scharen mit dem Diebesgut die Läden, ohne daß die deutsche Polizei und die deutsche Justiz eingreifen.

Lösung: Die Hehlerei durch deutsche Käufer muß unterbunden werden, indem Ausländern auf den Unter-Freiem-Himmel-Märkten nichts mehr von Deutschen abgekauft werden sollte. Des weiteren: Wohnheime mit strenger Heimordnung, Ausgang nur mit aktenkundiger Kontrolle, harte Bestrafung für Hehlerei. Die Asylwohnheime dürfen keine frei zugänglichen Räuberhöhlen mehr sein. Die deutsche Bevölkerung muß wirksam vor dieser Form von Asylkriminalität geschützt werden.

Opfer sind auch die friedlich und integriert unter uns lebenden und arbeitenden sechs Millionen Ausländer. Opfer sind außerdem die echten Asylbewerber, die von der deutschen Bevölkerung nicht von den Asylkriminellen unterschieden werden können.

Unter dieser Asylkriminalität leidet auch die Opferbereitschaft der Bevölkerung, echte Asylbewerber aufzunehmen und auf eigene Erhöhung der Sozialhilfe zu verzichten, um diese organisierte Diebesbrut reich zu machen.

Lösungen sind hier: Konsequente Haftstrafen, die in Deutschland verbüßt werden müssen. Keine Entlassung Straffälliger ins Ausland ohne Strafverbüßung.

Und diese Bestrafung darf nicht in einem Gammel- und Lotterleben in Wohlstandsgefängnissen sein, sondern muß harte Arbeit zum Wohle der deutschen Gemeinschaft beinhalten, wie Straßenbau, Wegebau auf dem Lande, Arbeit in den Forsten, Gräben- und Kanalbau. Die Medien sollten dann auch wöchentlich ausführlich über diese Art der Sühne berichten, um im Ausland klarzumachen, daß es für Kriminelle in Deutschland kein Schlaraffenland mehr gibt.

Das Bild der inneren Sicherheit

Die Berliner Demonstration am 8. November 1992 hat gezeigt, daß der deutsche Rechtsstaat auch an diesem Tag nicht in der Lage war, seine führenden Repräsentanten vor der Gewalt der linken Politkriminalität zu schützen. Viele hätten sich in dieser Situation gewünscht, der Herr Bundespräsident wäre von seiner vorgesehenen Rede abgewichen und hätte zu diesen linkskriminellen Chaoten gesprochen, was auch für das Bild Deutschlands vor der gesamten Weltöffentlichkeit nützlicher gewesen wäre.

Die Demonstration wurde so zu einer Einladung an alle Linksintellektuellen und Linksradikalen, den Rechtsstaat vor den internationalen Medien vorzuführen. Viele weiterblickende nationalkonservative Politiker haben sich an dieser Demonstration nicht beteiligt.

Die meisten Demonstranten haben sich passiv verhalten zwischen den unter PDS- und SPD-Fahnen geschützten Steinewerfern und linken Politchaoten. Nicht die Länder, die sich weigern, die verfolgten Opfer der sozialistischen Verbrechen und sozialistischen Völkermorde in Jugoslawien aufzunehmen, nicht diese Länder waren Ziel, waren Adressat der Proteste, sondern das großherzige Deutschland, das 200000 Bürgerkriegsflüchtlinge und 60 Prozent aller Asylbewerber in Europa aufnimmt. Gerade in der Stammwählerschaft der bürgerlichen etablierten Parteien hat dieser Tag einen nur schwer wiederbringlichen Vertrauensverlust verursacht.

Der Straftatbestand des Landfriedensbruches muß konsequent von der deutschen Polizei und vor allem von der deutschen Justiz gegen linke und auch gegen die irregeleiteten Politkriminellen angewandt werden.

Deutschland

Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen

Italien hat gezeigt, wie es mit zehntausenden ungebetenen Wirtschaftsflüchtlingen fertiggeworden ist.

Der gegenwärtige Rechtsstaat einer Nation von 80 Millionen Deutschen aber ist nicht in der Lage, mit insgesamt 2000 Politchaoten fertigzuwerden.

Nicht nur die Straflosigkeit dieser Gewalt, sondern vor allem seine Ursachen in den Medien müssen Hauptangriffspunkt einer Veränderung der inneren Sicherheit sein.

Im Fernsehen wird nicht das Leid gezeigt, das durch Gewalt entsteht, sondern es wird die Gewalt verherrlicht und sozusagen mit einer sportlichen Aura umgeben.

Die Einäugigkeit der Medien gegenüber linken Extremisten und die völlig verzerrte Darstellung des Umfanges rechtsextremer Aktivitäten ermuntern die linken Kriminellen geradezu, gegen den Staat vorzugehen. Sie sind sich der Verschonung und des Beifalls durch die Medien immer gewiß.

Die Medien bringen Aufrufe zu Ausschreitungen dergestalt, daß sie Datum, Uhrzeit und Ort tagelang vorher und regelmäßig wiederholt in den Äther hinausposaunen: »In dieser Stadt wird dann und dann, um die und die Zeit, mit Ausschreitungen gerechnet...;« kostenlose Einladungen für Gewalttäter, die sich vor den in- und ausländischen Fernsehkameras ungestraft produzieren können.

Die Medien sind bewußt einäugig

Was wir brauchen, ist eine konsequente Strafverfolgung. Nicht die Höhe der Strafe ist entscheidend, sondern ihre Unausweichlichkeit. Wer sich an Ausschreitungen beteiligt, ob krimineller Scheinasylant oder deutscher Jugendlicher, muß sofort aus dem Verkehr gezogen werden und mit unausweichlicher empfindlicher Bestrafung rechnen.

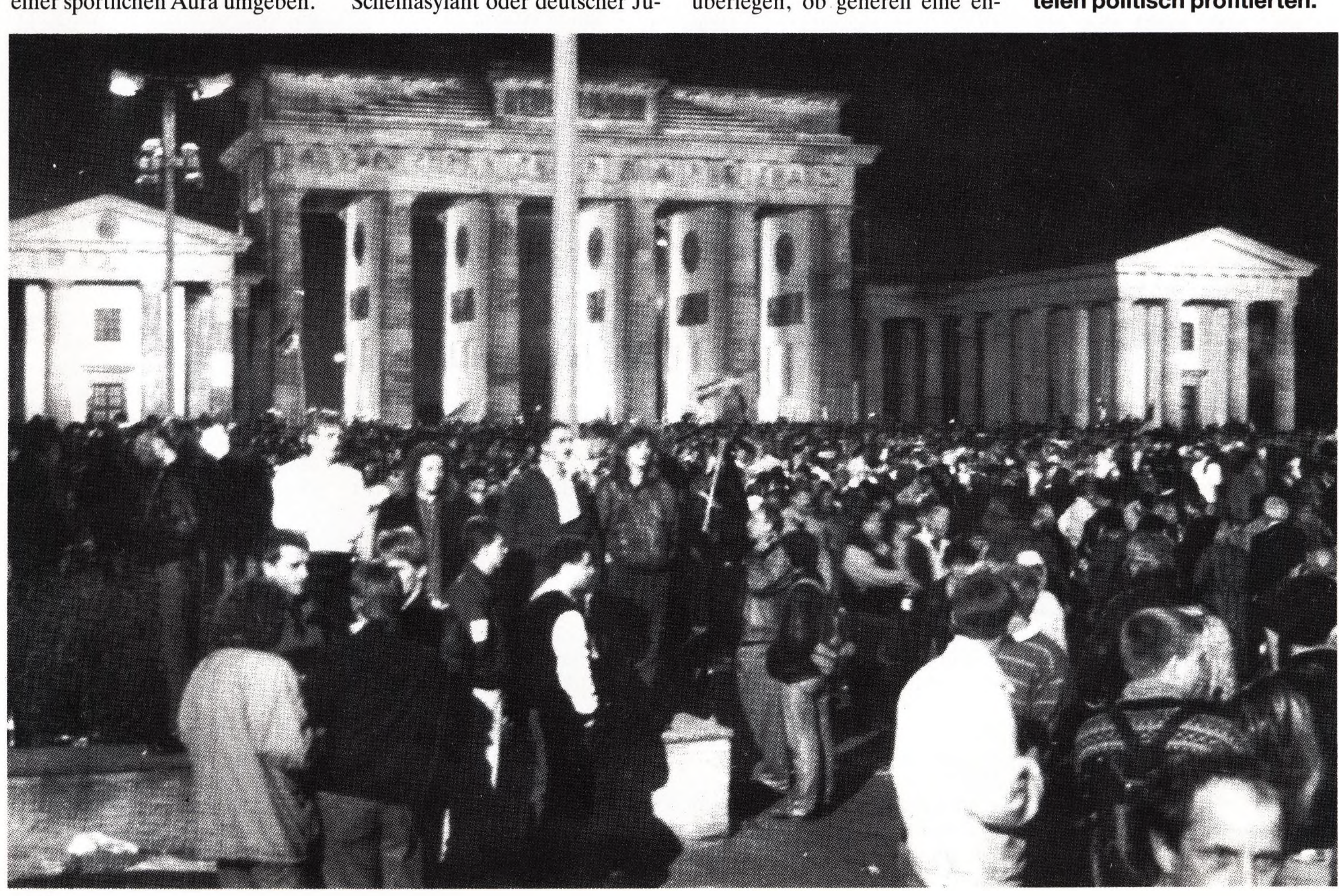
Das deutsche Volk wird sich niemals zu Grausamkeiten hinreißen lassen, so wie es auch in Unkenntnis gehalten 1933-45 niemals Grausamkeiten zugestimmt hat. Jede Äußerung in der Öffentlichkeit wurde seinerzeit strengst bestraft. Die Masse des deutschen Volkes wußte nicht, was damals geschah.

Heute aber weiß die Weltöffentlichkeit, was in Jugoslawien geschieht; heute weiß sie um die Wurzeln und die Auswüchse der Asylkriminalität, und der Rechtsstaat tut immer noch nichts dagegen. Die Medien sind bewußt einäugig und laden viel größere Schuld auf sich, als es der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes vor 1945 überhaupt möglich war, bewußt Schuld auf sich zu laden.

Die innere Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Freie Bürger müssen auch wehrhafte Bürger sein. Wir müssen uns überlegen, ob generell eine ehrenamtliche Polizeibereitschaft durch die demokratisch gewählten Kommunalparlamente installiert werden soll.

Die wachsende Kriminalität

Sie muß als Polizeihelfer ebenso wie die Feuerwehr eine wehrhafte Bürgerwehr darstellen, die bei Gefahr in Minutenschnelle zur Stelle ist und kriminellen Straftätern eine unausweichliche Strafverfolgung zukommen läßt. Wir brauchen ebenso den Schutz der Asylanten vor kriminellen Jugendlichen wie auch den Schutz der deutschen Bevölkerung vor kriminellen Scheinasylanten. Ein sehr großer Teil der in Deutschland lebenden Polen ist bereits kriminell auffällig geworden, ohne daß er bestraft und nach Po-



Ein offenes Brandenburger Tor und keine Grenzen mehr zwischen West- und Mitteldeutschland führten zu einer ungekannten Euphorie und Begeisterung, von der vor allem die Bonner Parteien politisch profitierten.

len abgeschoben wurde. 90000 deutsche Wagen werden gestohlen und unter den Augen des Rechtsstaates über die Grenze geschafft.

Die Kriminalität unter den Zigeunern, unter den Vietnamesen wird tatenlos vom deutschen Rechtsstaat geduldet. Wie konsequent dagegen bekämpft das von Feinden umgebene Israel politische Kriminalität in einer Weise und über seine Grenzen hinaus, die wir als Deutsche für Deutschland in diesem Jahr nicht einmal auszusprechen und kaum zu denken wagen.

Wir nach dem Kriege Geborenen sind Europäer unter Europäern und als Deutsche stolz auf unser kluges und fleißiges, sauberes und anständiges Volk. Wir brauchen uns nicht hinter anderen Nationen zu verkriechen, die in Vergangenheit und Gegenwart ihre eigenen Probleme mit Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit haben.

Hinsichtlich der inneren Sicherheit: Wir müssen die Ursachen von Ausländerfeindlichkeit beseitigen. Nur Gäste sind uns willkommen, ausländische Kriminelle sollen nicht nur mit Strafe rechnen, sondern in Deutschland bestraft und erst nach Verbüßung ihrer Strafe abgeschoben werden.

Diffamierungen und Verleumdungen sind keine Politik

Die CDU, die CSU und andere rechtsstaatliche Volksparteien müssen die verläßliche Sicherheit für alle Deutschen und alle ehrlichen Ausländer in Deutschland garantieren. Dazu ist nicht nur eine Ergänzung des Grundgesetzes nötig, sondern ein neues Pressegesetz. Die politische Einäugigkeit der Presse, der staatszersetzende krankhafte Liberalismus dürfen nicht länger ungestraft Verleumdungen, Verdrehungen, Beleidigungen und Verhöhnung der deutschen Würde in der deutschen Presselandschaft verbreiten. Das gilt ebenso für die Hoffähigmachung von Gewalt in den Medien.

Es darf keine Haftentlassung von Eigentums- und Gewaltstraftätern vor der Verurteilung geben. Es ist ein Hohn, wenn von 40 linksextremistischen Gewalttätern nur ein einziger kurzzeitig der Polizei zugeführt wird. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Täter zu neuen Straftaten ermuntert werden, ehe die Sonne untergeht. Wer an Ausschreitungen teilnimmt, muß mindestens vier Wochen zur Klärung aller Sachverhalte inhaftiert werden.

Ob die in ihrer Programmatik noch weitgehend unbekannten Republikaner die letzte Hoffnung unserer enttäuschten Wähler werden oder ob eine konservative »Vierte Partei« politisches Gewicht bekommt, entscheidet die Wirtschafts-, aber auch die Sicherheitspolitik der etablierten Parteien.

In der gegenwärtigen desolaten Wirtschaftssituation in Mitteldeutschland und ebenso desolaten inneren Sicherheit in Gesamtdeutschland ist es unredlich und gefährlich, wenn die etablierten Parteien sich gegenüber möglichen rechten und halbrechten Konkurrenten weitgehend mit Diffamierungen, Unterstellungen und Verleumdungen zur Wehr setzen und auf sachliche Argumente nicht eingehen.

Mit Franz-Josef Strauß und Alfred Dregger dürfen die letzten großen Führer nationaler Politik in der Union nicht ausgestorben sein, wenn die Union nicht zur zweitklassigen, alten ultramontanen Zentrumspartei herabschrumpfen will.

Wahlentscheidend ist nicht, was die linksliberale Auslandspresse über uns schreibt, sondern was unsere Menschen Tag für Tag in Deutschland erleben. Ein freies Volk muß auch die Sicherheit seiner Bürger garantieren.

Charakterloser Internationalismus, selbstmörderischer Liberalismus und das Fehlen von Nationalstolz, nationaler Würde, nationaler Verantwortung, nationaler Ehre und nationaler Identität im gesamten linkslastigen Bildungssystem haben besonders in der Zeit der Verwahrlosung der religiösen Grundsätze und ethischen Normen verheerende Folgen auf die Jugend.

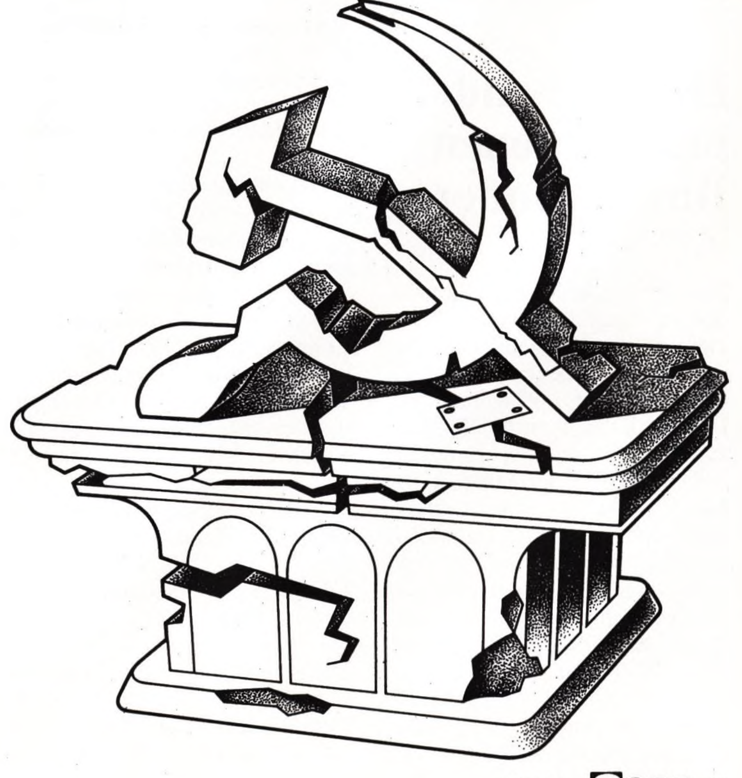
Hierzu kommt die kriminell-militante Aggression von Medien, intellektueller Öffentlichkeit und verhetzten linken Jugendlichen, die jede gesunde nationale Regung in eine gleichermaßen kriminelle, aber rechte Ecke zu stellen versucht und das Wachsen einer gesunden nationalen Jugendbewegung verhindert, die unseren heranwachsenden Mädel und Jungen wieder inneren Halt, Achtung vor den alten Menschen, Achtung vor der deutschen Handarbeit, Achtung vor der deutschen Mutter, Achtung vor der deutschen Familie und Achtung auch vor dem verwundeten und wehrlosen Ausländer anerzieht. Eben das Fehlen all dessen, was man deutschen Edelmut, sittliche Größe, gesundes Volksempfinden und kerndeutsche Anständigkeit nennen kann. Wenn es eine politische Einmütigkeit der deutschnationalen konservativen Kräfte gibt, diese Probleme in Mitteldeutschland und in Gesamtdeutschland gemeinsam anzupacken mit wehrhafter Stärke nach innen und außen, mit Achtung vor dem Tüchtigen, Mitempfinden mit dem Schwachen, Achtung vor dem nationalen Wertgefühl der Nachbarn unseres Vaterlandes ebenso wie mit tiefer, heiliger Ehrfurcht vor der Würde und Größe unserer deutschen Nation, dann können und müssen sich Deutsche über die jetzt noch bestehenden Parteigrenzen hinweg die Hand reichen: »Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen, noch Gefahr.« Wenn über diese Inhalte Einigkeit besteht, dann ist es an der Zeit, sich über die Ziele sowie die Mittel und Wege zu ihrer politischen Durchsetzbarkeit zu verständigen.

Zu den möglichen Formen, diese gemeinsamen nationalen Ziele, insbesondere die Beseitigung der Ursachen der Arbeitslosigkeit in Mitteldeutschland politisch auch durchzusetzen, habe ich an anderen Stellen schon hingewiesen.

Der konservative deutsche Wähler wird sich zwischen einem wiedererstehenden nationalkonservativen Flügel in CDU/CSU, einer bundesweiten DSU/Deutsche Partei in allen Bundesländern einschließlich Bayern und einer rechtsstaatlichen vereinigten Rechts-Partei nur dann entscheiden können, wenn es solche programmatischen und personellen Alternativen gibt. Dabei sind vor Ort aber auch konservative Allianzen denkbar.

Noch ist es mein Wunsch und meine Hoffnung, daß auf dem Wege von sachlicher Einigung und personellem Zusammenwirken, mit Vereinigung statt Spaltungen ein gemeinsamer Weg gegangen wird.

Aber die Zeit der politischen Phrasen neigt sich dem Ende – das deutsche Volk will Taten sehen. Deutschland will keine neuen Programme, sondern Persönlichkeiten der Tat. □



Banker-Journal

Der Trend zum Konsum

Die westdeutschen Privathaushalte standen 1992 bei Banken, Teilzahlungsbanken, Bausparkassen und Versicherungen mit insgesamt 1215 Milliarden DM in der Kreide – je Haushalt waren das durchschnittlich 42200 DM. Damit hat sich die nominale Verschuldung seit 1980 glatt verdoppelt. Die verfügbaren Einkommen der Privathaushalte sind im gleichen Zeitraum nur um 80 Prozent gestiegen. Über alle Haushalte hinweg gerechnet wären heute 8,5 Monatseinkommen nötig, um die Verschuldung auf Null zu bringen; im Jahr 1980 waren es nur 7,7 Monate.

Den größten Anteil an der Verschuldung der westdeutschen Haushalte stellen nach wie vor die Wohnungsbaukredite. Doch der Verschuldungs-Trend geht eindeutig zu den Verbraucherkrediten: Im Zeitraum 1985 bis 1992 expandierten sie doppelt so stark wie die Bankkredite. Finanziert wurde damit der Kauf hochwertiger Güter, beispielsweise von Autos und Wohnungseinrichtungen. □

Der Osthandel und die neuen Bundesländer

Von der Außenhandels-Position der einstigen DDR ist nur ein kleiner Rest übrig geblieben. Die Ausfuhren der neuen Bundesländer erreichten 1992 gerade ein Drittel des letzten DDR-Niveaus, die Einfuhren schrumpften auf ein Viertel des Jahres 1989. Die Verluste liegen im Osthandel: Mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn läuft so gut wie nichts mehr. Der Warenaustausch mit der ehemaligen Sowjetunion, Polen und der Ex-CSFR ging um 70 bis 80 Prozent zurück.

Gleichwohl bildet die frühere Wirtschaftsgemeinschaft Ost auch heute noch den wichtigsten Absatzmarkt: Mehr als die Hälfte des mitteldeutschen Exports gehen nach Mittel- und Osteuropa. Die alte Verbundenheit gilt auch in umgekehrter Richtung: Fast 50 Prozent aller mitteldeutschen Importe stammen aus Ländern der früheren Comecon-Partner in Mittel- und Osteuropa – im Westen der Republik sind es nicht einmal fünf Prozent. □

Kleine Schritte zum Einheits-Preis

Für die Lebensführung mußten die Westdeutschen im vergangenen Jahr in der Regel wesentlich kürzer arbeiten als die Mitteldeutschen. Dennoch sind die Unterschiede im Vergleich zu 1991 geringer geworden.

Jahr für Jahr schickt das Statistische Bundesamt Mitarbeiter aus, um die Einzelhandelspreise für rund 750 Güter zu ermitteln. Seit 1990 sind die amtlichen Preiserheber auch in den neuen Bundesländern unterwegs.

Am Beispiel allgemein gebräuchlicher Waren kann die Kaufkraft in West- und Mitteldeutschland miteinander verglichen werden.

Ergebnis: 25 der 31 Produkte waren 1992 in Mitteldeutschland billiger; Strom, Normalbenzin, Waschmaschinen und Kühlschränke waren teurer; beim Porto und den Telefongebühren gab es keine Unterschiede mehr.

Trotzdem mußten die mitteldeutschen Industriearbeiter, Mann wie Frau, mehr Zeit und Energie zum Erwerb dieser Güter aufwenden als die westdeutschen. Grund: Das mitteldeutsche Lohnniveau lag 1992 bei knapp 60 Prozent des West-Niveaus – der Durchschnittslohn in der ostdeutschen Industrie stieg im vergangenen Jahr um 28,5 Prozent.

Westlich von Elbe und Weser verdiente ein Industriearbeiter im vergangenen Jahr brutto 22,66 DM in der Stunde, östlich waren es 13,43 DM.

Die Folge: Um sich den Einkaufskorb mit den gleichen Waren zu füllen, mußte ein mitteldeutscher Industriearbeiter 1992 länger arbeiten als seine westdeutschen Kollegen und Kolleginnen. Gleichzeitig hat sich jedoch die Kluft im Vergleich zu 1991 bei den meisten Produkten verringert. Beispiel:

Für einen Fernseher stand ein Westdeutscher 1992 gut 71 Stunden an seinem Arbeitsplatz – der Mitteldeutsche mußte fast 50 Arbeitsstunden mehr investieren.

Doch immerhin: Ein Jahr zuvor ging in Mitteldeutschland noch gut doppelt soviel Arbeitszeit für den Kauf eines TV-Geräts drauf wie im Westen.

Wie stark sich die Kaufkraft im Westen erhöht hat, zeigt ein Vergleich mit dem Jahr 1958. Vor 25 Jahren verdiente ein Industriearbeiter brutto 2,32 DM in der Stunde. Seitdem haben sich die Löhne in Westdeutschland fast verzehnfacht – der Preisindex für die Lebenshaltung dagegen hat sich nur etwas mehr als verdreifacht.

In Stunden und Minuten gerechnet: Um alle 31 Waren, vom Mischbrot bis zum Fernseher, einmal zu kaufen, mußte ein Industriearbeiter in Westdeutschland 1992 rund 230 Stunden lang arbeiten – vor 25 Jahren waren allein für den Kauf einer Waschmaschine 245 Stundenlöhne nötig. □

Rezession auch beim DGB

Die westdeutschen Gewerkschaften haben 1992 einen Teil ihres einigungsbedingten Mitgliederzuwachses wieder verloren. Anfang 1993 waren 13 Millionen Personen gewerkschaftlich organisiert – 750000 weniger als ein Jahr zuvor. Die Vereinigung hatte den westdeutschen Gewerkschaften insgesamt 4,2 Millionen neue Mitglieder beschert.

Der jüngste Mitgliederschwund trifft vor allem den DGB: Er büßte 780000 Mitglieder ein. Glimpflicher kam die DAG davon, die nur ein Minus von 7000 Organisierten zu verkraften hatte. Der Deutsche Beamtenbund und der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands registrierten im Jahresverlauf 1992 sogar ein leichtes Plus. Hauptursache für die starken Verluste des DGB ist der Beschäftigungsrückgang in der mitteldeutschen Industrie. Nach aller Erfahrung geben die meisten Gewerkschafter bei Verlust ihres Arbeitsplatzes ihren Mitgliedsausweis zurück. Der Organisationsgrad der Beschäftigten hat sich 1992 von 42 auf 40 Prozent verringert. □

Bei der Betrieblichen Altersversorgung laufen die Kosten davon

Die Betriebliche Altersversorgung ist unter zweifachen Druck geraten. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation durchforsten die Unternehmen den Katalog der freiwilligen Sozialleistungen nach Einsparmöglichkeiten. Gleichzeitig treibt die deutsche und die europäische Rechtsprechung die Kosten der Betrieblichen Altersversorgung kräftig in die Höhe.

Die Betriebe verfolgen hauptsächlich zwei Zielrichtungen, um die Kosten in den Griff zu bekommen:

Für neue Mitarbeiter bleiben die Türen zum Versorgungswerk verschlossen.

Erteilte Versorgungszusagen werden eingeschränkt – unter Mitwirkung des Betriebsrats, sofern vorhanden.

Neben der Rezession haben die Sparmaßnahmen noch eine zweite Ursache: Die Rechtsprechung hat die Betriebliche Altersversorgung für die Unternehmen zu einem teuren und unkalkulierbaren Risiko werden lassen.

BAG-Entscheidung: Nach § 16 Betriebsrentengesetz hat der Arbeitgeber alle drei Jahre eine Anpassung der laufenden Leistungen der Betrieblichen Altersversorgung zu prüfen und hierüber nach billigem Ermessen zu entscheiden. Dabei sind laut Gesetz die Belange des Versorgungsempfängers und die wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers zu berücksichtigen.

Das Bundesarbeitsgericht hat diesen Passus jedoch sehr restriktiv ausgelegt – und damit die Betriebsrenten praktisch indexiert. Nach der BAG-Entscheidung hat der Arbeitgeber die laufenden Betriebsrenten grundsätzlich entsprechend der Inflationsrate anzupassen. Das BAG verlangt somit auch die Nachholung von Rentenanpassungen, die in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten unterbleiben mußten oder unter der Inflation lagen.

Das Finanzamt spielt hier aber nicht mit: Es verweigert nachträgliche Rückstellungen.

EuGH-Entscheidung: Der Europäische Gerichtshof hat unlängst auf die Klage eines Engländers hin entschieden, daß die Gewährung einer Betriebsrente für Frauen ab 57 Jahren und für Männer ab 62 Jahren mit dem Gleichbehandlungsgebot des Artikel 119 EG-Vertrag nicht in Einklang steht.

Die Entscheidung hat auch für deutsche Unternehmen Folgen. Experten rechnen bei entsprechenden Forderungen der Männer im Hinblick auf die niedrigere Frauen-Marke mit Mehrkosten von fünf Milliarden DM pro Jahr. Gegen die Entscheidung sind Nachfolgeverfahren vor dem EuGH anhängig mit dem Ziel, den Schaden für die Betriebliche Altersversorgung zu begrenzen.

Die bisherigen rechtskräftigen Urteile haben den Spielraum der Unternehmen schon stark genug eingeengt. Obwohl die betrieblichen Aufwendungen in den achtziger Jahren um 50 Prozent gestiegen sind, bleibt für neue Zusagen immer weniger übrig – 1991 waren es gerade noch einmal 14 Milliarden DM. Die Zahlungen an Pensionäre haben sich gleichzeitig von 11,8 Milliarden DM in 1980 auf 29,4 Milliarden DM in 1991 fast verdreifacht.

Ein weiteres Hemmnis für die Betriebliche Altersversorgung könnte die in die Diskussion gebrachte neuerliche Anhebung des Rechnungszinsfußes werden. Zur Erinnerung:

Mit dem zweiten Haushaltsstrukturgesetz von 1982 wurde der steuerlich relevante Rechnungszuschuß für Pensionsrückstellungen auf sechs Prozent angehoben. Diese Neuregelung hat die Möglichkeit der Unternehmen, steuermindernde Rückstellungen zu bilden, eingeengt.

In Deutschland bieten 35 Prozent der Unternehmen ihren Belegschaftsangehörigen eine Betriebliche Altersversorgung. Dadurch können 47 Prozent der Arbeitnehmer mit einer späteren Betriebsrente rechnen.

Die Deckungsmittel für die Betriebliche Altersversorgung betrugen in westdeutschen Unternehmen 1990 rund 380 Milliarden DM. Auf Pensionsrückstellungen entfielen 225 Milliarden DM, auf Pensionskassen 80 Milliarden DM, auf Direktversicherungen 40 Milliarden DM und auf Unterstützungskassen 35 Milliarden DM.

Seit 1974 garantieren die Unternehmen die Zahlung der Betriebsrentenansprüche auch für den Fall der Insolvenz über den Pensionssicherungsverein. Die Beiträge betrugen im Jahr 1992 rund 226 Millionen DM. □

Zoll-Senkung verursacht hohe Verluste an Arbeitsplätzen in Australien

Zollermäßigungen haben 100 000 Australiern den Arbeitsplatz gekostet, stellte ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß für Zollfragen fest, schrieb die Melbourner Zeitung »The Age«. Aus der Untersuchung ging auch hervor, daß mehr als die Hälfte der Manufakturwaren, die Australier kaufen, jetzt eingeführt werden, als Teil des Vorstoßes der Bundesregierung, den Schutz der heimischen Industrie zu beschneiden.

Die Untersuchung, die von den australischen Demokraten durchgeführt wurde, nachdem die Hauptparteien sich geweigert hatten, sich daran zu beteiligen, kam zu dem Schluß, daß die Beschneidung der Zölle und Quoten die Hersteller sehr geschwächt und der Wirtschaft hohe Kosten auferlegt habe.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Senator Sid Spindler, rief zu einer 12monatigen Pause in dem Programm zur Verringerung der Zölle auf. Er vertrat die Auffassung, daß dies eine Neubewertung der Auswirkungen und eine erneute Konzentration auf die Industriepolitik ermöglichen werde, so daß lebensfähige Industriebetriebe geschützt und bei ihrem Wachstum unterstützt werden.

Die Untersuchung kam zu dem Schluß, daß kein anderes Land die Schutzzölle schneller abbaue als Australien. 1980 wurden nur 35 Prozent der in Australien verkauften Produktionsgüter eingeführt; jetzt sind es mehr als 50 Prozent, und das Land verzeichnet ein chronisches Kontokorrent-Defizit und eine Million Arbeitslose. □

Weltbank friert Darlehen an den Sudan ein

Die Weltbank ließ ihre Bindungen zum Sudan wegen dessen Rückstände bei der Tilgung von Darlehen, aus denen dem Land eine Schuldenverpflichtung von rund zehn Millionen Dollar pro Monat erwächst, einfrieren. Die Bank stellte Ende 1992 die Gewährung von Neudarlehen an den Sudan ein.

Die Bank stoppt 15 Projekte, darunter eine Renovierung des Landwirtschaftsplanes von Gezira in der Größenordnung von 80 Millionen Dollar, ein neues Kraftwerk bei Khartum, und die Beratung für das Privatisierungsprogramm des Landes, wofür die Bank sich gerade zur Zahlung von 700 Millionen Dollar verpflichtet hatte.
Die Entscheidung kommt zu einem Zeitpunkt, wo der Sudan eine akute Energieknappheit erleidet und versucht, Öl aus Libyen zu bekommen, berichtete Reuter. Der sudanesische Finanzminister ist nach Libyen gereist, um ein Tauschabkommen, unter dem Libyen Öl an den Sudan als Gegenleistung für Vieh und andere landwirtschaftliche Produkte liefert, zu neuem Leben zu erwecken. Ein solches Abkommen war vor dem vergangenen Jahr in Kraft.

Der Sudan zahlt derzeit bis zu 300 Millionen Dollar pro Jahr für Öl auf dem Kassamarkt. Regierungsbeamte berichten, daß einige Fabriken wegen des Treibstoffmangels nur mit 20 Prozent ihrer Kapazität betrieben werden, und Besitzer von Privatwagen müssen zehn Dollar pro Gallone für Benzin bezahlen. Obwohl es im südlichen Sudan große Ölfelder gibt, hat der Bürgerkrieg das Land zu 100 Prozent von Ölimporten abhängig gemacht, ein Hauptaderlaß für die Devisenreserven. □

Weltbank gibt zu, daß Asien ohne Freihandel vorange-kommen ist

Eine kommende Studie der Weltbank über das »asiatische Wunder« räumt ein, daß Japan, Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Thailand, Malaysia und Indonesien bedeutsame wirtschaftliche Fortschritte außerhalb des Rahmens eines freien Marktes erzielt haben, und daß das Eingreifen der Regierung der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg dieser Länder war, schreibt die Londoner »Financial Times«.

»Die meisten der asiatischen Hochflieger haben auch in den Marktmechanismus eingegriffen. Sie haben die Fähigkeit des Personalsektors zu konsumieren begrenzt und den Finanzsektor stark reguliert, um einen vorausschaubaren Bedarf an billigem Kapital für die Industrie decken zu können«, berichtete der amerikanische Korrespondent dieses Blattes. »Ein über das andere Mal haben staatseigene Industriebetriebe in vielen der Wirtschaften eine bedeutende Rolle gespielt ... Alle Hochflieger griffen selektiv ein, um besondere Industrien zu fördern ... Die Bank hat selektive Interventionen in der ganzen Region dokumentiert, sogar auf dem angeblichen freien Markt Hongkong.«
Selbst Vinod Thomas, ein wütender Ideologe des freien Marktes, der Chef-Wirtschaftswissenschaftler der Weltbank für Ostasien ist, räumte ein, daß in vielen Fällen »die Regierung eine große Rolle spielte, der Handel nicht offen war und die Finanzmärkte unterdrückt wurden.« □

Neue Bundesländer

Die Treuhandanstalt vor dem Endspurt

Drei Jahre nach Ihrer Gründung und anderthalb Jahre von ihrer voraussichtlichen Auflösung ist die Treuhandanstalt an einem kritischen Punkt angelangt. Einerseits hat sie beachtliche Privatisierungs-Erfolge vorzuweisen, andererseits hat sie einen Riesenberg an Schulden aufgetürmt und schleppt zudem einige schwer zu verkraftende Betriebe mit sich. Für das letzte Stück des Weges muß eine neue Gangart gefunden werden: Weg von der Einzelfallprüfung, hin zu formalisierten Verkaufs- und Sanierungsverfahren.

Die Treuhandanstalt hat bis einschließlich März 1993 von ursprünglich 12900 ihrer Unternehmen 5722 privatisiert, 1274 reprivatisiert, 307 kommunalisiert und 2579 Betriebe stillgelegt. Alles in allem hatte die Berliner Behörde 4,1 Millionen Beschäftigte unter ihren Fittichen – heute sind es noch rund 420000.

Der Schuldenberg der Treuhand

Mit den Privatisierungen waren 1,44 Millionen Beschäftigungszusagen verbunden. Gut die Hälfte der Investitionen soll zwischen 1994 und 1996 realisiert werden.

Der eindrucksvollen Privatisierungsbilanz steht allerdings eine ernüchternde Kostenrechnung gegenüber.

Bis Ende 1994 wird die Treuhandanstalt ein Defizit von 275 Milliarden DM aufgetürmt haben.

Allein für ihr Kerngeschäft, der Privatisierung, Sanierung und Stillegung von Unternehmen sowie für Zinsen auf Altschulden gibt die Treuhand bis Ende 1993 einschließlich der Mittel aus dem Solidarpakt und ohne Bilanzhilfen rund 93 Milliarden DM aus. Die Verluste aus dem operativen Geschäft addieren sich von 1991 bis 1993 auf ein Minus von mehr als 58 Milliarden DM. Hinzu kommen acht Milliarden DM, die im Solidarpakt zum Ausgleich für Mehrausgaben und Mindereinnahmen vorgesehen sind.

Die Defizite sind Folge der durchweg schlechten Geschäftslage der Treuhandunternehmen. Ohne Subventionen könnte fast kein Betrieb am Markt überleben. In vielen Industriebranchen türmten sich die Verluste im Jahr 1992 auf 30 Prozent der Umsätze. Beispiel Maschinenbau:

Je 100 DM Umsatz erwirtschaftete die Branche im vergangenen Jahr ein Minus von fast 32 DM.

Ein neues Sanierungskonzept ist gefragt

Wenn diese Unternehmen nicht dauerhaft am Tropf der Subventionen hängen sollen, bleiben nur zwei Alternativen: Stillegen oder ein neues Privatisierungs- und Sanierungskonzept fahren. Konkret gilt es, das bisherige Verfahren der Berliner Behörde in drei Punkten zu erneuern.

Beschränkung der Aufgaben: Die Treuhandanstalt sollte ihr Kerngeschäft darauf beschränken, zu privatisieren, stillzulegen und passiv zu sanieren. Dagegen sollten das Vertragscontrolling, der Verkauf von Immobilien und das Schuldenmanagement auf private oder öffentliche Einrichtungen übertragen werden.
Regelbindung statt Einzelfallentscheidung: Die Verkäufe der Treuhandunternehmen sollten nach einem formalisierten Verfahren mit Höchstgebot ablaufen, die Sanierungsbudgets sollten nach festen Regeln vergeben werden.

Bislang entscheidet die Treuhandanstalt auf der Grundlage von Einzelfallprüfungen. Sie verkauft nach bilateralen Verhandlungen:

Den Zuschlag erhält derjenige, dessen Konzept das zweite und unklare Ziel der Treuhand am besten erfüllt.

Zu diesem Ziel gehören derzeit aber nicht nur die Privatisierung, sondern auch strukturpolitische Aufgaben und die Abfederung sozialer Probleme – Aufgaben, mit denen die Treuhand überfordert ist und die einen viel zu großen Spielraum für industriepolitisch motivierte Entscheidungen lassen.

Die Knackpunkte der Treuhandpolitik

Gewährung von Verwertungsfreiheit: Beim Abschluß eines Kaufvertrages verlangt die Treuhand vom Interessenten zum einen Investitions- und Beschäftigungszusagen, zum anderen ist der Vertrag an eine Nachbewertungsklausel gebunden.

Das schreckt viele potentielle Investoren ab – und bringt nichts als Kosten. Denn die, die sich auf den Handel einlassen, sind letztendlich ohnehin nicht zu kontrollieren. Die Erfahrung hat gezeigt, daß zwischen Arbeitsplatzzusagen und tatsächlichen Arbeitsplätzen nicht selten eine Kluft besteht.

Sollen aus politischen Gründen trotzdem Arbeitsplatzzusagen berücksichtigt werden, muß die Treuhandanstalt in den Ausschreibungen exakt definieren, wieviel der betreffende Arbeitsplatz wert ist – das heißt, wie die Komponenten Preis und Arbeitsplatzzusage zu gewichten sind. Ansonsten bleiben Tür und Tor für Interpretationen geöffnet.

Die Sanierung und der Erhalt industrieller Kerne – das sind die Knackpunkte der derzeitigen Treuhandpolitik.

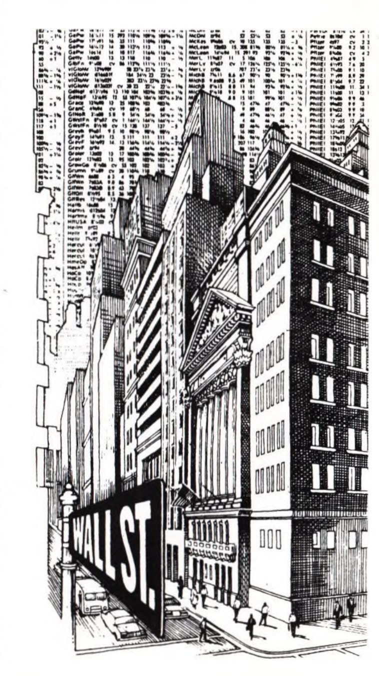
Anfangs stellte die Treuhandanstalt den Sanierungsauftrag hintenan – getreu dem Motto, daß Privatisierung die beste Form der Sanierung ist.

Unter dem Eindruck, daß es keine schnelle Strukturerneuerung in den neuen Ländern geben wird, gewann ab Mitte 1991 die Sanierungsaufgabe an Bedeutung. Im Mittelpunkt stand, was die Treuhand passive Ansanierung genannt hat: Sie unterstützte alle Maßnahmen, die ein Investor nach Übernahme des Unternehmens tätigen mußte und die keinen Vorgriff auf die strategische Ausrichtung bedeuteten. Voraussetzung war, daß das Unternehmen als sanierungsfähig eingestuft wurde.

Milliarden in nicht überlebensfähige Betriebe

Die Sorge um eine zunehmende Entindustrialisierung der neuen Länder leitete zum Jahreswechsel 1992/93 die dritte Phase ein – die aktive Sanierung. Die Treuhandanstalt übernahm damit endgültig die Rolle eines Unternehmens und leitete strategisch ausgerichtete Investitions- und Umstrukturierungsvorhaben ein.

Damit haben sich die Gewichte grundsätzlich verschoben. Zunächst arbeitete die Treuhand nach der Devise: erst privatisieren, dann sanieren. Jetzt ist es umgekehrt – doch diese Sichtweise ist dem Markt völlig fremd. Da die Politik dies offenbar nicht akzeptieren will, wird sie weiterhin Milliarden in die Sanierung betriebswirtschaftlich nicht überlebensfähiger Unternehmen pumpen. Von Managern solcher Unternehmen stammt der Satz: Bei uns stimmt alles – uns fehlt nur der Markt. □



Rentenversicherung

Verluste auf dem Verschiebe-Bahnhof

Die Rentenversicherung wird im kommenden Jahr ihren Beitragsatz von 17,5 voraussichtlich auf 19,3 Prozent erhöhen. Nur so kann sie ihre Ausgaben finanzieren und am Jahresende die vorgeschriebene Reserve von einer Monatsausgabe zurückbehalten.

Rentenversicherung: Die Last der Einheit

	Mindereinnahmen zugunsten der Bundesanstalt für Arbeit	Mehrausgaben für Auffüllbeträge in den neuen Bundesländern	Gesamtbelastung der Rentenversicherung
	– in Milliarden DM –		
1991	**7,7**	**–**	**7,7**
1992	**12,8**	**6,6**	**19,4**
1993	**15,4**	**6,3**	**21,7**
Insgesamt	**35,9**	**12,9**	**48,8**

Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten;
Ursprungsdaten: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger

Ende 1992 sah die Lage für die Rentenversicherung überhaupt nicht dramatisch aus: Das Reservepolster war aufgrund der zurückliegenden konjunkturstarken Jahre auf stolze 49,2 Milliarden DM angewachsen – ausreichend zur bundesweiten Finanzierung von 2,5 Renten-Monaten. Die aktuelle Hochrechnung für Ende 1993 lautet: nur noch 35 Milliarden DM Rentenkassen-Reserven, die gerade für 1,6 Monatsausgaben langen.

Für den Reserve-Schwund trägt Bonn die Verantwortung

Die Hauptverantwortung für den rasanten Reserve-Schwund trägt die Bundesregierung. Sie hat zur Finanzierung der deutschen Einheit der Rentenversicherung in den vergangenen zweieinhalb Jahren hohe Mehrausgaben aufgebürdet, die eigentlich aus dem Steuertopf hätten finanziert werden müssen. Außerdem wurden der Rentenkasse auch noch Milliarden-Einnahmen entzogen, um Finanzlöcher bei der Bundesanstalt für Arbeit zu stopfen. Auch diese Beträge hätten aus dem Staatssäckel gezahlt werden müssen.

Weniger Einnahmen: Zum 1. April 1991 wurde der Beitragssatz der Rentenversicherung von 18,7 auf 17,7 Prozent gesenkt.

Das Ziel der Operation: Milderung der Mehrbelastung für Arbeitnehmer und Betriebe aus der Anhebung des Beitragsatzes in der Arbeitslosenversicherung von 4,3 auf 6,8 Prozent. Am 1. Januar 1993 wurde das Manöver im Umfang von 0,2 Prozentpunkten wiederholt.

Gegen den Geist und Wortlaut des Rentengesetzes verstoßen

Mit den Beitragssatz-Verschiebungen hat die Bundesregierung gegen den Geist und gegen den Wortlaut des Rentenreformgesetzes von 1992 verstoßen. Denn in § 287 Abs. 1 heißt es: »Der am 31. Dezember 1991 geltende Beitragssatz gilt ... so lange, bis erstmals ein höherer Beitragssatz erforderlich ist.« An eine Senkung des Beitragssatzes war aufgrund der demographischen Entwicklung gar nicht gedacht worden.

Auf dem Verschiebe-Bahnhof wurden der Rentenversicherung seit 1991 rund 36 Milliarden DM Einnahmen abgekoppelt.
Dabei ist nicht einmal berücksichtigt, daß ein unverändert beibehaltener Beitragssatz von 18,7 Prozent auch einen höheren Bundeszuschuß bedeutet hätte. Denn die Zuzahlungen des Bundes richten sich auch nach dem geltenden Beitragssatz – und wenn dieser niedriger ist, gibt der Bund weniger dazu.
Allerdings: Auch die Rentenanpassungen wären höher ausgefallen, wenn die Abgaben auf die Arbeitseinkommen auf dem Stand von Anfang 1991 eingefroren worden wären. Hier gilt das Prinzip: Die Anpassung der Altersrenten richtet sich nach der Entwicklung der Netto-Arbeitseinkommen.

Mehr Ausgaben: Gleichzeitig muß die Rentenversicherung seit 1992 zahlreiche Renten in den neuen Bundesländern durch Auffüllbeträge aufstocken. Wem aufgrund geringen Einkommens oder kurzer Versicherungszeit nach dem Recht der ehemaligen DDR eine Mindestrente zustand, dem garantiert das Rentenüberleitungsgesetz den Besitzstand von Ende 1991.

Die Folgekosten politischer Entscheidungen für den Steuerzahler

Diese Garantie ist eine sozial verständliche, aber strenggenommen doch politische Entscheidung gewesen. Deshalb hätten die Folgekosten in Höhe von bislang fast 13 Milliarden DM von der Gemeinschaft der Steuerzahler, also vom Bund aufgebracht werden müssen – und nicht ausschließlich von Arbeitnehmern und Unternehmern.

49 Milliarden DM politische Belastungen

Jetzt drohen der Rentenversicherung zusätzliche Lasten in Mitteldeutschland: Politisch Verfolgte in der DDR konnten oft keine Erwerbstätigkeit ausüben oder wurden in unterbezahlte Jobs gedrängt. Ihnen gingen deshalb Rentenansprüche verloren.

Für einen Ausgleich dieses Nachteils soll die Rentenversicherung aufkommen. Dabei geht es immerhin um fast 800 Millionen DM allein in den Jahren 1995 bis 1997. In der Zeit danach kommen etwa 200 Millionen DM pro Jahr dazu.

Bis heute summieren sich die politisch bedingten Belastungen der Rentenkasse auf 49 Milliarden DM. Ohne diesen dicken Brokken stünde die Rentenversicherung trotz der Mindereinnahmen wegen der Rezession bestens da. Sie wird Ende 1993 über eine Schwankungsreserve von fast 83,5 Milliarden DM verfügen – mithin mehr als vier Monatsausgaben. Es bestünde kein Anlaß, den in diesem Fall seit 1987 konstanten Beitragssatz anzuheben.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Das Reservepolster erreicht zum Jahresende 1993 nur 35 Milliarden DM – und der Beitragssatz muß zum 1. Januar 1994 um 1,8 Prozentpunkte angehoben werden. □

Deutschland

Neue Produkte gut im Rennen

In allen Industrieländern hat die Suche nach Produkten und Dienstleistungen für das dritte Jahrtausend begonnen. Die lukrativsten Märkte werden auf den Gebieten Informationstechnik und Umwelttechnik gesehen. In der Umwelttechnik hält Deutschland im Rennen um die künftigen Märkte gut mit. Der Weltmarkt-Anteil deutscher Unternehmen beträgt immerhin 20 Prozent.

Die strukturelle Entwicklung der Patente gibt einen ersten Hinweis auf künftige Produkte und Produktions-Verfahren. Die Patente-Statistik liefert allerdings nur grobe Anhaltspunkte darüber, was technologisch in der Pipeline steckt. Denn nur etwa die Hälfte aller technischen Erfindungen landet bei den Patentämtern. Viele Unternehmen lassen sich ihre Forschungs-Früchte aus Geheimhaltungsgründen gar nicht erst schützen.

Technologisch durchaus potent

Erfahrungsgemäß dauert es nach der Patentanmeldung noch vier bis sieben Jahre, bis die Produktion der patentierten Waren anläuft. Es gibt aber deutliche branchenspezifische Unterschiede.

Ein Blick in die Statistik des Deutschen Patentamtes zeigt: Die Bundesrepublik ist durchaus technologisch potent. Das gilt zumindest im Vergleich mit Ländern wie Frankreich und Großbritannien.

Unterschiedliche Patentgesetze und Anmelde-Mentalitäten führen dazu, daß bei internationalen Patentvergleichen gewisse Unschärfen entstehen. Doch die Struktur der Anmeldungen erlaubt Rückschlüsse auf künftige Produktbereiche und Forschungsprioritäten.

Danach haben die Europäer in den Jahren 1987 bis 1992 die meisten Patente im Bereich der Kraftfahrzeugtechnik angemeldet: Weit führend mit 2259 Patentanmeldungen pro Jahr war die Bundesrepublik, mit großem Abstand folgten Großbritannien (619) und Frankreich (571).

Die Tüftler in den außereuropäischen Industrieländern haben dagegen andere Schwerpunkte gesetzt:

In den USA wurden am häufigsten Patente in der Medizintechnik gemeldet. Japan führt die Patentstatistik bei den Großcomputern an.

Die meisten Anmeldungen beim Deutschen Patentamt kamen 1992 aus folgenden Gebieten:

Mechanische Technologie: 29 Prozent, Allgemeiner Maschinenbau: 21 Prozent, Elektrotechnik: 20 Prozent, Chemie: 19 Prozent, Physik: 12 Prozent.

Patentanmeldungen garantieren allerdings noch lange nicht den wirtschaftlichen Erfolg. Entscheidend dafür ist, wie schnell und gut neue Ideen umgesetzt und weltweit vermarktet werden.

Patentanmeldungen garantieren noch keinen Erfolg

Über langfristig mögliche technische Entwicklungen wird in den meisten großen Industrieländern trotz aller Prognose-Unsicherheit intensiv nachgedacht. Zwei Beispiele:

Japan: Das National Institute of Science and Technology befragt zu diesem Zweck alle fünf Jahre 3000 Experten aus Universitäten, Regierung und privater Wirtschaft. Die nachträgliche Überprüfung solcher Zukunftsprognosen ergab, daß die Voraussagen von 1971 zu knapp 30 Prozent zutrafen, bei 68 Prozent war immerhin ein Teilerfolg festzustellen.

Für das kommende Jahrzehnt sagte die Science and Technology Agency 1992 die Entwicklung folgender marktreifer Produkte voraus: ultraschnelle Computer, digitale Kommunikations-Netze (Breitband-ISDN), Silizium-Datenspeicher mit einer Zugriffszeit von einer Milliardstel Sekunde (Nanosekunde). Bis zum Jahr 2013 sollen Medikamente zur Vermeidung von Krebs auf dem Markt sein. Auf das Jahr 2020 wird die Produktreife des Fusionsreaktors datiert. Er liefert saubere Energie und preiswerte Wärme.

Durchbruch bei der Anwendung neuer Werkstoffe

Deutschland: Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie erwartet noch in diesem Jahrzehnt einen Durchbruch bei der Anwendung neuer Werkstoffe – wie zum Beispiel Biokeramik als Knochenersatz.

Die Märkte für neue Produkte sind außerordentlich groß.

Neue Werkstoffe: Der Weltmarkt dafür betrug nach einer Untersuchung des Büros für Technologiefolgenabschätzung des Bundestages 1988 gut 300 Milliarden DM.

Bis zum Jahr 1995 soll er jährlich um 6,5 Prozent gewachsen sein. Der Weltmarktanteil der Bundesrepublik lag 1988 bei 8,4 Prozent. Für die Zukunft wird ein leichter Rückgang erwartet.

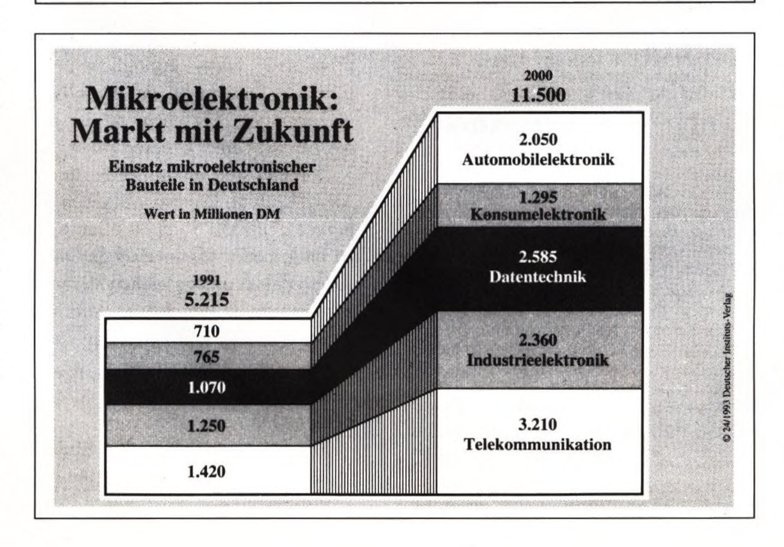
Neue Biotechnologie: Im Jahr 1990 wurden mit Produkten der neuen Biotechnologie weltweit zehn Milliarden DM umgesetzt.

Für das Jahr 2000 wird vom Euro-

Patentanmeldungen: Schwerpunkt Großcomputer

Patentanmeldungen von Inländern im Inland pro Jahr zwischen 1987 und 1992	D	F	GB	USA	J
Kraftfahrzeugtechnik	2.259	571	619	2.273	11.041
Medizintechnik	799	440	206	2.716	4.163
Großcomputer	326	238	153	1.631	19.567
Unterhaltungselektronik	281	135	118	644	10.740
Mikroelektronik	216	135	84	1.230	12.688
Biotechnologie	197	118	49	679	1.951
Bürotechnik	167	39	33	299	7.317
Lasertechnik	129	49	50	366	2.841
Luft- und Raumfahrt	117	62	33	272	347

© 24/1993 Deutscher Instituts-Verlag



päischen Chemieverband ein Umsatz in Höhe von rund 167 Milliarden DM prognostiziert.

Für gentechnisch hergestellte Produkte wird 1995 ein Weltmarktvolumen von rund zehn Milliarden DM erwartet.

Mikroelektronik: Als Schlüsseltechnologie beeinflußt die Mikroelektronik direkt die Märkte der Fünfergruppe – Maschinenbau, Elektrotechnik, Feinmechanik, Fahrzeugbau, Bürogeräte.

Deren Umsatz machte 1991 in Westdeutschland rund 790 Milliarden DM aus. Die mikroelektronischen Bauteile selbst hatten nur einen Marktwert von 5,2 Milliarden DM.

Der Weltmarkt der Mikroelektronik

Der Weltmarkt für Mikroelektronik wird nach VDI/VDE-Angaben von jetzt 91 Milliarden DM auf 233 Milliarden DM im Jahr 2000 steigen. In der Bundesrepublik allein werden im Jahr 2000 mikroelektronische Bauteile im Wert von 11,5 Milliarden DM in Produkte eingebaut.

Umwelttechnik: Diesen Markt taxierte die OECD 1990 auf 200 Milliarden DM. Er soll bis zum Jahr 2000 auf 300 Milliarden DM expandieren.

Die Bundesrepublik hatte 1991 einen Welthandelsanteil bei Umweltschutzgütern von 20 Prozent (USA 17, Japan 13, Großbritannien und Frankreich jeweils acht Prozent).

Telekommunikation: Derzeit werden weltweit Endgeräte im Wert von 47 Milliarden DM verkauft. Für die Jahrtausendwende werden von der Prognos AG bereits Umsätze in Höhe von 100 Milliarden DM erwartet. Die Bundesrepublik hat derzeit einen Verbrauchsanteil von 12 Prozent (USA: 33 Prozent, Japan: 17 Prozent).

Markt für Informationstechnik:

Bis 1994 wird der Markt für Computer, Bürogeräte, Kommunikationsmittel und Software in der Europäischen Gemeinschaft um 12 Milliarden ECU auf 122 Milliarden ECU wachsen – sagt die International Data Corporation.

Der weltweite Markt wurde 1992 auf 351 Milliarden ECU beziffert. Mit 37 Prozent haben sich die Staaten der EG und der EFTA den größten Anteil dieses Kuchens gesichert.

Der Staat darf die Umsetzung nicht erschweren

Allein die USA haben einen Weltmarkt-Anteil von 35 Prozent, gefolgt von Japan mit 17 Prozent.

Die Voraussetzungen dafür, daß die Chancen auf den Märkten der Zukunft tatsächlich realisiert werden:

Der Staat darf die Umsetzung von Forschungsergebnissen in Produkte nicht unnötig erschweren. Im Bereich der Gentechnik geschieht das in der Bundesrepublik. Deshalb sind Unternehmen in anderen Ländern auf diesem Gebiet im Vorteil.

Bedeutsam ist auch die frühere Einbindung der Nachfrageseite mit ihren immer individuelleren Ansprüchen. Das bedeutet: Eine breite Marktakzeptanz innovativer Produkte wird nicht allein von der Angebotsserie her bestimmt.

Die Kunden müssen in die Entwicklung neuer Produkte stärker eingebunden werden. So hat nach einer Umfrage des Ifo-Instituts jedes zwölfte deutsche Unternehmen spürbare Probleme, neue Produkte und Dienstleistungen beim Kunden einzuführen.

Innovative Unternehmen haben deshalb ihre Entwicklungsabteilungen eng mit den Marketingabteilungen verzahnt. Kundenreklamationen bei Vorgängerprodukten und neue Kundenwünsche werden systematisch erfaßt und in jeder Phase der Produktentwicklung berücksichtigt.

Dadurch wird Zeit gespart. Der Kunde hat ein funktionsfähiges, auf seine Bedürfnisse zugeschnittenes Erzeugnis schneller in der Hand. Zeitraubende Reklamationen und daran anschließend kostspielige Nachbesserungen entfallen. Auf diese Weise lassen sich die Entwicklungszeiten neuer Produkte um 30 bis 50 Prozent verkürzen. □

Bilderberg-Konferenz

Die Schau der Internationalisten

Peter Blackwood

Über das diesjährige Bilderberg-Treffen im Nafsika Astir Palace Hotel in Vouliagmeni, Griechenland, berichtete CODE bereits ausführlich und veröffentlichte auch die Teilnehmerliste dieses geheimen Absprachegremiums. Insgesamt nahmen 115 Mitglieder an dem Jahrestreffen teil, die Elite Nordamerikas und Europas. Die Bilderberg-Konferenz wurde zu Beginn des Kalten Krieges durch Prinz Bernhard der Niederlande auf Rat seiner »éminence grise«, Joseph Retinger, ins Leben gerufen, unterstützt vom Rockefeller- und Rothschild-Clan.

Die Teilnehmer des diesjährigen Treffens berichteten, daß die Sitzung zur Erörterung verschiedener Fragen stark in Fraktionen aufgeteilt war, so daß sehr viele Mitglieder den Eid der Gruppe, nichts über die Gespräche verlauten zu lassen, gebrochen haben. Die wichtigste dieser Fraktionen erörterte Fragen in bezug darauf, ob der Vance-Owen-Plan für eine geographische Nicht-Lösung des Problems des serbischen Völkermords auf dem Balkan, oder die jetzt von der amerikanischen Clinton-Regierung mit aufsässigen US-Verbündeten erörterten Pläne, militärische Gewalt anzuwenden, um zu verhindern, daß sich der serbische Angriffskrieg weiter ausbreitet, unterstützt werden sollten.

Lord Owen zieht seine Schau ab

Lord David Owen, der Vermittler der Europäischen Gemeinschaft für die internationale Konferenz über das ehemalige Jugoslawien und Mitverfasser des Vance-Owen-Plans, dominierte die Sitzung zu diesem Problem. Nach der revidierten Tagesordnung der Bilderberg Society war er einer von drei Sprechern in einem Gesprächsforum mit dem Titel: »Mit welcher Art von Europa werden es die USA zu tun haben«. Er sprach an der Seite des deutschen Verteidigungsministers Volker Rühe und des diplomatischen Korrespondenten von »Die Zeit«, Christoph Bertram.

Owen sprach auch in einem Forum mit dem Titel: »Derzeitige Ereignisse: Ehemaliges Jugoslawien«, zusammen mit Peter Rupert Lord Carrington, sein Vorgänger als EG-Vermittler, der Alec Douglas Lord Home als Vorsitzender der Bilderberg Society abgelöst hat. Carrington ist Mitglied des Gründungsvorstands von Kissinger Associates, Inc., dessen Vorstandsvorsitzender Henry Kissinger – ein häufiger Teilnehmer an Sitzungen der Bilderberg Society – wiederholt die Meinung vertreten hat, daß die Vereinigten Staaten sich auf dem Balkan nicht militärisch involvieren lassen sollten, sie dort keine geopolitischen – nur moralische – Interessen hätten.

Zwei der höchsten leitenden Herren von Kissinger Associates, Brent Scowcroft und Lawrence Eagleburger, Berater für nationale Sicherheit beziehungsweise letzter US-Außenminister in der Bush-Regierung, hatten mitgeholfen, den Balkan-Krieg zu schüren, indem sie eine pro-serbische Politik in die amerikanische Regierung einführten. Carrington verließ Kissinger Associates und wurde Generalsekretär der NATO, und obwohl er anschließend als Vorstandsvorsitzender des Auktionshauses Christie's diente, wurde er zum EG-Vermittler ernannt, mit Mitarbeitern aus dem britischen Außenministerium, das eine entschieden pro-serbische Neigung hat. Carrington begann auf der Sitzung der Bilderberg Society von 1992 damit, Unterstützung für die als »Großserbien« bekannte Politik zusammenzutrommeln, die darauf abzielt, Deutschland zu unterminieren.



Prinz Bernhard der Niederlande war der erste Vorsitzende der Bilderberger, mußte jedoch wegen eines Bestechungsskandales im Jahr 1978 zurücktreten.

Ein langjähriges Mitglied des nordamerikanischen Steuerungsausschusses der Bilderberg Society sagte, Owen habe auf der diesjährigen Sitzung für den Vance-Owen-Plan anstatt für den von der Clinton-Regierung vorgeschlagenen Militäreinsatz, »seine Schau abgezogen«. Er bekam Schützenhilfe von Carrington, der jeden Millitäreinsatz gegen die Serben ausschloß, sogar Owens früher gemachten Vorschlag, begrenzte Luftangriffe lediglich zu dem Zweck durchzuführen, die bosnischen Serben dazu zu zwingen, den Vance-Owen-Plan zu unterzeichnen.

Eine Woche nach dieser Intervention seitens Carringtons und Owens fand eine andere Verhandlungsrunde über den Vance-Owen-Plan im gleichen Nafsika Astir Palace Hotel in Vouliagmeni statt. Nach Ansicht des Mitglieds des nordamerikanischen Steuerungsausschusses war dies kein Zufall. Dieser Informant bestätigte, daß während der Sitzung der Bilderberg Society, Owen mit der griechischen Regierung zusammentraf, die Gastgeber der Bilderberg-Sitzung war. Der serbenfreundliche griechische Ministerpräsident Constantine Mitsotakis habe zugestimmt, bei den Verhandlungen als Gastgeber zu fungieren, weil er befürchtet habe, daß Makedonien überrannt und Griechenland in einen Krieg hineingezogen werden könnte, der das Potential hat, auch die Türkei darin zu verwikkeln.

Unterstützung für Großserbien

Am 1. Mai dieses Jahres unterzeichnete der Führer der bosnischen Serben, Radovan Karadzic, schließlich den Vance-Owen-Plan, nachdem der souveräne Staat Bosnien in zehn miteinander im Streit liegende ethnische Kantone aufgeteilt werden soll, also genau das, was Carrington und Owen wollten. Der Schritt war ein Trick, um einer Militäraktion seitens der Clinton-Regierung zuvorzukommen. Präsident Clinton hatte gerade seinen Außenminister Warren Christopher entsandt, um sich mit den Alliierten bezüglich deren Unterstützung für eine Kombination von Luftangriffen und Aufhebung des Waffenembargos gegen bosnische Moslems und Volkskroaten zu beraten. Es liegen Beweise dafür vor, daß viele Teilnehmer an Sitzungen der Bilderberg Society, die Gefahr eines sich ausweitenden Konflikts erkennend, sich gegen die Machenschaften von Carrington und Owen stellten, aber sie wurden von dem »Perfiden Albion« vor ein fait accompli gestellt.

Das nordamerikanische Mitglied der Bilderberg Society sagte, wenn dieser Plan von Carrington und Owen Bestand hat, könnte dies das Hinscheiden der Verein-

ten Nationen bedeuten, so wie es dem Völkerbund geschah, als dieser nicht in Äthiopien eingegriffen hatte. Er wies auf die Ironie des Arguments derjenigen hin, die nach »Wüstensturm« behaupteten, mit sogenannten »klugen Waffen« ausgerüstete Luftstreitkräfte könnten serbische Waffen, die viel primitiver als die der Irakis sind, nicht ausschalten. Eine hochstehende europäische Persönlichkeit in der Bilderberg Society meinte, die Bilderberger betreiben ihr Spielchen nur, um Zeit zu gewinnen. Er sagte drei Wochen, bevor es schließlich klar wurde, voraus, ob eine Feuereinstellung nach den Richtlinien des Vance-Owen-Plans durchgeführt und damit der »Friedensplan« der Clinton-Regierung vertagt werden könnte oder nicht. Die »positive Hypothese« dieser Einzelperson besteht darin, daß, sollten die bosnischen Serben den Vance-Owen-Plan offiziell ratifizieren, »wir es in Bosnien mindestens ein Jahr lang mit einer sehr unsicheren Welt zu tun haben werden«.



Lord Peter Carrington, ehemaliger Generalsekretär der NATO, leitete die diesjährige Bilderberg-Konferenz.

Plan der Bilderberger, Rußland auszuplündern

Eine andere Frage, deretwegen die Sitzung der Bilderberger in Fraktionen aufgeteilt war, lautete, ob Rußland weiterhin die »Schocktherapie« des Internationalen Währungsfonds (IWF), die die Wirtschaft des Landes schlimmer als in den Tagen der kommunistischen Herrschaft kaputt gemacht habe, auferlegt werden soll. Diese Frage wurde im Gesprächsforum mit dem Titel »Kosten der Gleichgültigkeit gegenüber der ehemaligen Sowjetunion« diskutiert. Sprecher waren: General William E. Odom, ehemaliger Leiter der US-National Security Agency; Rodric Braithwaite, Berater des britischen Premierministers John Major für Außenpolitik; und der ehemalige stellvertretende Außenminister John C. Whitehead.

Ein Mitglied des Gesprächsforums berichtete, man habe sich in der Sitzung darauf geeinigt, daß etwas getan werden müsse, aber es gebe keine Antwort auf die Frage, woher das Geld kommen und wofür es verwendet werden soll. Er sagte, niemand denke über den Aspekt, die russische Infrastruktur zu modernisieren und sie in die des Westens einzugliedern, nach.

Befragt, ob es stimme, daß viele Europäer die Gefahren einer fortdauernden »Schocktherapie« fürchten, sagte das Mitglied des Gremiums, die meisten Anwesenden auf der Bilderbergsitzung seien dafür. Er setzte hinzu, daß dies auch die ungeteilte Meinung auf der letzten Sitzung der Gruppe der Sieben (G7) über Hilfe an Rußland war, auf der der IWF zum Hauptvehikel für Hilfsleistungen gemacht worden sei.

Diese Ansicht steht im Widerspruch zu einer hochstehenden Bilderberg-Persönlichkeit, die vor der Sitzung sagte: »Ich sehe zu diesem Zeitpunkt keine wirkliche Reaktion seitens der G7 gegenüber Rußland. Tatsache ist, niemand hat auch nur die leiseste Vorstellung davon, was jetzt zu tun ist. Schlimmer noch, die bisherige Politik gegenüber Rußland in den neunziger Jahren war eine Schande, äußerst armselig im Vergleich zum Marshall-Plan. Wir hätten eine Organisation zur Kanalisierung von Hilfsleistungen aufbauen sollen, anstatt jene Horden von Beratern dorthin zu schicken, die nichts Gutes zustandegebracht haben ... Unsere Problemlösung hat lediglich die russische Wirtschaft in den Abgrund getrieben, wegen unserer närrischen Besessenheit von dem Gedanken, daß der Markt alle Probleme lösen wird, und daß jegliche Planung schrecklich ist ... Hoffentlich werden sich jetzt bei Clinton die Dinge ändern.«

Der Hohe Rat der Zwölf

Trotz einer derartigen Opposition bestand die endgültige Entscheidung der Bilderberg Society darin, einen »Hohen Rat der 12« ins Leben zu rufen, dessen Aufgabe darin besteht, Vorkehrungen zur Ausbeutung billiger russischer Rohmaterialien zu treffen, berichtete ein Journalist, der in Vouliagmeni anwesend war. Ein Ausschuß wurde ernannt, um 12 Mitglieder der Bilderberg Society auszuwählen, die eine ausreichende Statur haben, um Zugang zu jeder Regierung zu bekommen. Sie würden die Dinge so deichseln, daß weitergehende Auslandshilfe an Rußland an die Forderung geknüpft wird, daß die Republiken die Rechte vergeben, Öl, Gold und andere Edelmetalle zu niedrigen Kosten abzubauen. Diese Entscheidung der Bilderberg Society war dekkungsgleich mit dem Beschluß der Länder der G7, den Sieben Schwestern Kredite zu gewähren, um russische Ölfelder ausbeuten zu können, die verzweifelt einer Infusion moderner westlicher Technologie bedürfen, um weiter produzieren zu können.

Andere Höhepunkte der Tagesordnung

Andere Höhepunkte auf der Agenda waren: »Wiederherstellung des Vertrauens in Führung und Institutionen«. Podiumsgäste waren: James Hoagland, Chef-Auslandskorrespondent der »Washington Post« und Teilnehmer an der kürzlichen Sitzung der Trilateralen Kommission; Vernon E. Jordan jun., Seniorpartner in der Anwaltspraxis Akin, Gump, der die Übergangsmannschaft der Clinton-Administration angeführt hatte; und William Rees-Mogg, Vorsitzender, Broadcasting Standards Council.

»Aussichten für den Welthandel«. Forumsmitglieder waren: Arthur Dunkel, Generaldirektor, General Agreement on Tariffs and Trade (GATT); Lane Kirkland, Präsident, AFL-CIO; und Peter D. Sutherland, Vorstandsvorsitzender, Allied Irish Banks Plc.

»Belange der US-Außenpolitik«. Forumsmitglieder waren: Vernon E. Jordan jun. und Renato Ruggiero, Mitglied des Vorstands der Fiat SpA.

»Der Ausblick für Japans Wirtschaft«. Forumsmitglieder waren: Kenneth Courtis, erster Vizepräsident der Capital Markets Asia, Ltd., Tokio, der Deutschen Bank und James D. Wolfensohn, Präsident der James D. Wolfensohn, Inc.

»Derzeitige Ereignisse: Italien«. Forumsmitglieder waren: Renato Ruggiero und Eric Roll of Ipsden, Präsident der S.G. Warburg Group Plc.

»Außenpolitik der Clinton-Administration«. Die Forumsmitglieder waren: Samuel W. Lewis, Director, Policy Planning Staff, US-Außenministerium, Thierry de Montbrial, Direktor des French Institute of International Relations.

»Krisenbewältigung«. Die Mitglieder des Forums waren: Lord Carrington und Manfred Wörner, Generalsekretär der NATO. □

Europa-Journal

Schweizer Bundesräte verhandeln mit der EG

Die Schweizer Bundesräte Flavio Cotti (Departementsleiter für auswärtige Angelegenheiten) und Jean-Pascal Delamuraz (Departementsleiter für Volkswirtschaft) haben sich mit Kommissionspräsident Delors und den EG-Kommissionsmitgliedern Sir Leon Brittan, Henning Christophersen, Manuel Marin, Joao de Deus Pinheiro sowie Hans van den Broek in Brüssel getroffen.

Infolge des Schweizer »Nein« zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bestünden die Ziele der europäischen Integrationspolitik des Landes derzeit darin, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Isolierung abzuwenden, betonte die Schweizer Abordnung unter anderem im Verlauf des Gesprächs mit Jacques Delors. Der Bundesreat lasse alle Zukunftsmöglichkeiten offen: Vertiefung der sektoriellen bilateralen Beziehungen, Zustimmung zum EWR, Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Die unmittelbare Priorität gelte der Entwicklung bilateraler Beziehungen, da die Bedingungen für den Eintritt in ein fortgeschritteneres Stadium nicht erfüllt seien.

Im Gespräch mit den Kommissionsvertretern hoben Cotti und Delamuraz hervor, daß die Schweiz die Sorgen der EG bezüglich Wirtschaftswachstum und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit teilt. Das Land teile Delors' Vorschläge und sei bereit, auf europäischer Ebene zu kooperieren und einen raschen Abschluß der Urugay-Runde und daraus resultierend ein »substantielles und ausgewogenes« Abkommen wünsche. Sobald diese Verhandlungen abgeschlossen seien, werde sich der Bundesrat zügig einer weiteren Runde möglicherweise zu Handelsfragen im Zusammenhang mit Umwelt und Forschung zuwenden; eine Erweiterung der EFTA auf die mittel- und osteuropäischen Länder für recht unmöglich halte, da diese Länder einen EG-Beitritt anstreben; dem Kulturaspekt der EG viel Relevanz beimesse und vor allem das Programm MEDIA (Förderung von Kino und audiovisuellen Medien in Europa) reintegrieren möchte.

Presseangehörigen gegenüber bemerkte Delamuraz, die Begegnungen hätten der Schweiz seit Scheitern des EWR die »systematischste und vollständigste« Gelegenheit gegeben, EG-Verantwortlichen das Konzept des Bundesrats bezüglich der Europäischen Integration darzulegen. Die Landesregierung habe die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Entweder nehme sie eine passive Haltung ein und gebe sich mit den bestehenden Abkommen zufrieden oder sie gehe voran, wähle den »aktiven Weg«, das heißt, baue Bilateralismus aus.

»Wir haben uns eindeutig für den aktiven Weg entschieden; darum möchten wir unsere bilateralen Beziehungen zur Gemeinschaft vertiefen. Dies gilt insbesondere für die Sektoren Forschung, öffentliches Auftragswesen, Ursprungsvorschriften, verarbeitete Agrar-Erzeugnisse, Land- und Lufttransporte usw.«, so Delamuraz. »Allerdings«, erläuterte er, »wird dieses bilaterale Vorgehen von uns als eine Übergangsstufe angesehen, bis der multilaterale Weg erneut möglich ist ... Der Bundesrat wird die erste Gelegenheit für erneuten Multilateralismus ergreifen: Heute sind die Bedingungen hierfür jedoch noch nicht erfüllt«. Um die bilateralen Gespräche in den erwähnten Sektoren aufnehmen zu können, hofft der Minister auf die rasche Vergabe der Verhandlungsmandate an die Kommission.

»Bilateralismus verlangt, daß die Interessen beider Seiten berücksichtigt werden«, unterstrich Cotti, was »die Gemeinschaft uns klar mitgeteilt hat«. Diesbezüglich werde die Kommission unverzüglich eine Aufstellung der Prioritäten vorbereiten, die dann in die sektoriellen Verhandlungen mit der Schweiz einbezogen werden sollen. Um ausgewogene bilaterale Abkommen zu erreichen, sei die Schweiz bereit, in bestimmten sensiblen Bereichen Konzessionen einzugehen, hob Delamuraz hervor. Als Beispiel nannte er die derzeitige Regelung für den freien Verkehr von ausländischen Arbeitnehmern, die sich derzeit im Reformprozeß befinde. Die Abkommen müssen ausgewogen sein: Die Schweiz strebt zwar bestimmte Konzessionen an, kann der EG in verschiedenen Bereichen auch viel bieten. □

ADL verbreitet mehr Vorurteile in Deutschland

Die April-Ausgabe des Blattes »On the Frontline« der Anti-Defamation League der B'nai B'rith (ADL) trägt die stolze Schlagzeile: »ADL to Fight Prejudice in Germany: A World of Difference Program to Begin in Berlin« (etwa: »ADL soll Vorurteile bekämpfen: Das Programm der World of Difference [Welt der Unterschiede] soll in Berlin beginnen«). Wie es in dem Artikel heißt, wurden die Dinge im Januar durch die Reise einer Delegation der ADL, angeführt von dem landesweiten Vorsitzenden Melvin Salberg, der mit Bundeskanzler Helmut Kohl und anderen Regierungsbeamten zusammentraf, in die Wege geleitet.

Die World of Difference wurde benutzt, um in die amerikanischen Gesetzesvollzugsbehörden einzudringen, und wurde von dem vorbestraften Junk-Bonds-Schwindler Michael Milken mit einer Million Dollar finanziert. Einige Polizeibeamte, die für das Programm »vielversprechend« zu sein schienen, und gegen die jetzt in dem sich ausbreitenden Spionage-Skandal eine Ermittlung läuft, wurden mit Vergnügungsreisen nach Israel belohnt.

Während Salbergs Besuch im Januar schloß die ADL mit dem Büro des Beauftragten für ausländische Angelegenheiten der Berliner Senatsverwaltung für soziale Angelegenheiten einen Vertrag über die Durchführung eines Workshops der World of Difference für hohe Beamte des Beauftragten, der sich mit ausländischen Asylbewerbern befassen soll. In Rostock, wo Gewalttätigkeiten von Skinheads im vergangenen Jahr in Zusammenstöße mit der Polizei ausarteten, haben städtische Beamte den Wunsch geäußert, ein Pilotprojekt für eine World of Difference in öffentlichen Schulen auf die Beine zu stellen. Behörden in San Francisco, die in dem Spionage-Skandal der ADL ermitteln, berichten, daß der ADL/FBI-Informant Roy Bullock nach Deutschland gereist sei, wo er zweimal mit Behörden des Gesetzesvollzugs wegen Gewalttätigkeiten von Skinheads zusammentraf und das ADL-Profil schrieb, wofür sein Boß, Leiter der »Fact Finding« Gruppe der ADL, Irwin Suall, oft den Verdienst für sich in Anspruch genommen hatte. Es ist bekannt, daß Bullocks Informanten im Namen der ADL in amerikanische Neonazi-Gruppen eingedrungen sind. □

Brite fordert, der Westen sollte Bosnien aufgeben

Der Westen sollte die »Tatsache« Großserbien anerkennen und den »Phantom-Staat« Bosnien dem höheren Interesse der Unterstützung des Regimes von Boris Jelzin in Rußland opfern, schrieb der Brite Geoffrey Lee Williams vom Center for International Studies an der University of Cambridge in der Londoner »Times«.

Williams warnt davor, daß die Übernahme der kürzlich vom ehemaligen Premierminister Margaret Thatcher vertretenen Politik, gegen Serbien einzuschreiten, »die Vereinigten Staaten und Rußland unvermeidlich auf Kollisionskurs bringen würde. Grob gesagt, bedeutet Boris Jelzin dem Westen mehr als das Schicksal eines Phantom-Staats?«

Williams fährt fort: »Großserbien ist jetzt eine Tatsache. Die besiegten Moslems vor die größeren Interessen des Westens zu stellen, wäre äußerste Torheit. Es liegt daher im lebenswichtigen Interesse des Westens, Boris Jelzin nicht das Wasser abzugraben.

... Es gibt keine ideologische Rechtfertigung für einen militärischen Eingriff – NATO oder

UNO – über humanitäre Hilfsleistungen hinaus.« □

Italienische Zeitung sieht Raketen-Bedrohung durch die Serben

Die Mailänder Tageszeitung »Corriera della Sera« schrieb, »die am meisten beängstigende« Aussicht, die sich aus dem Krieg auf dem Balkan ergibt, ist die einer militärischen Bedrohung anderer europäischer Länder durch die Serben. Wie es in dem Artikel heißt, besitzen die Serben »Super-Raketen«, die Ziele bis zu einer Entfernung von 800 Kilometern treffen können, und die einige Beobachter »Scud B« nennen. Nach Schätzungen haben die Serben 30 bis 40 davon im Einsatz, und Gerüchten zufolge werden noch mehr davon aus Rußland geschickt.

Darüber hinaus spekuliert »Corriere« über Berichte, daß die Serben russische MiG-31, »elektronisch höchst ausgeklügelte Flugzeuge besitzen, die in großen Höhen operieren können«. Einige Beobachter glauben, daß die Russen, die nur 300 davon besitzen, sie niemals nach Serbien geliefert hätten, da sie »gefährlicher als Atombomben« seien, und die Russen sie niemals ins Ausland geschickt haben. »Nichtsdestoweniger bestätigen militärische Kreise, daß die Serben 12 davon haben, mit einer russischen Crew«, schreibt die Zeitung.

Was Flugzeuge im allgemeinen betrifft, so hat die serbische Luftwaffe 700 Maschinen, darunter 300 MiG-21 und MiG29, die in 20 Minuten die italienische Küstenlinie erreichen könnten, obwohl sie nicht in der Lage wären, die NATO-Verteidigung zu durchbrechen.

Weiter heißt es in dem Artikel, daß die Serben bereits Abschußrampen für Mehrfachraketen vom Typ Orkan und Raketensysteme vom Typ Luna (Frog 7) stationieren. Diese »werden jetzt überall rücksichtslos eingesetzt«. Sie haben eine Reichweite von 40 bis 60 km.

Um »möglichen Angriffen aus der Luft wirksam zu begegnen«, haben die Serben »bewegliche Radar-Geräte russischer Bauart«, darunter das PRV-11 mit einer Reichweite von 350 km, und das P12-NP, mit einer Reichweite von 300 km im Einsatz. Im Falle eines Angriffs könnten die Serben SAM-6- oder SAM-2-Raketen abfeuern. □

Britische Juden warnen vor bosnischem Holocaust

Fünf von sieben britischen Judenführern, die vom Londoner »Guardian« gebeten wurden, ihre Ansichten über die Situation in Bosnien darzulegen, riefen zu einer militärischen Intervention gegen Serbien auf, um einen neuen Holocaust zu verhindern, heißt es in einem Artikel im »Guardian« mit der Überschrift: »Der Zweite Holocaust?«

Der britische Parlamentarier Grenville Janner sagte: »Die Schlüssel-Lektion, die wir von Hitler, Chamberlain und dem Holocaust gelernt haben«, ist, daß militärische Aktionen unter solchen Umständen gefährlich sein können, aber besser als verfügbare Alternativen sind.

Lord George Weidenfeld sagte: »Es scheint unfaßbar zu sein, daß die kombinierte Brain Power der militärischen Führung des Westens keine sofortige militärische Lösung finden kann, um einen zweiten Holocaust zu vermeiden. Weitgehend hilflose Menschen zu bewaffnen ist ein moralisches Imperativ.«

Nachdem er die Gefahr einer russischen Gegen-Intervention oder eine Erweiterung des Krieges, wenn die Bosnier bewaffnet werden, verworfen hatte, warnte Weidenfeld: »Ein Hinausschieben bedeutet nur gründliche ethnische Säuberung und Eskalation des Flüchtlingsproblems über die Grenzen der Lösbarkeit hinaus.«

Weitgehend ähnliche Ansichten wurden von dem Dramatiker Arnold Wesker, dem britischen Oberrabbiner Jonathan Sacks und dem Herausgeber des »Jewish Chronicle« Ned Temko vertreten. □

Ukraine will Sicherheitszone in Mitteleuropa

Der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk äußerte während eines Besuches in Ungarn den Gedanken an eine »mitteleuropäische Zone der Stabilität und der Sicherheit«, als Brücke zwischen Rußland und Europa, schrieb die Londoner »Financial Times«.

In dem Artikel wird der ukrainische stellvertretende Außenminister Boris Tarasiuk wie folgt zitiert: »Heute ist die ernsthafteste Quelle der Unstabilität in Europa die Spannung zwischen den Ländern Mittel- und Osteuropas. Um dazu beizutragen, die Spannungen zu lösen, schlagen wir die Bildung einer Organisation von Staaten in dieser Region vor, die gemeinsame Interessen haben.«

Tarasiuk sagte, Ukraine habe damit begonnen, an dem Vorschlag »ernsthaft zu arbeiten« und erwarte Ergebnisse in »naher Zukunft«.

Nach dem ukrainischen Gedanken würde jeder Staat versprechen, keine territorialen Forderungen an irgendeinen anderen Staat zu stellen, völkische Minderheiten zu respektieren und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken. Die Zone würde aus Ukraine, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Moldova und Bulgarien bestehen. Früher hatte Ukraine gewollt, daß Weißrußland ebenfalls beitreten sollte, aber der Trend in Weißruland verlief in Richtung auf eine enge Eingliederung des Landes in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Tarasiuk erklärte, die Zone ziele darauf ab, die Eingliederung ihrer Mitgliedstaaten in Europa zu erleichtern: »Sie würden zwar eine schnelle Eingliederung in den Westen vorziehen, aber der Westen will sie nicht. Der Westen ist nicht dazu bereit, die Länder Osteuropas unverzüglich in die NATO aufzunehmen, aber sie brauchen eine Art Sicherheitsstruktur.«

Die ukrainische Idee stellt sich ausdrücklich nicht als russenfeindlicher Schritt dar. Tarasiuk betonte: »Unser Ziel besteht nicht darin, Rußland von Europa abzuschneiden. Im Gegenteil, es würde als Brücke zwischen Rußland und dem Westen dienen.« □

Bosnischer Minister greift britische Hinterlistigkeit an

Der bosnische Außenminister Haris Silajdzic beschuldigte Britannien, ein Haupthindernis gegen die Beendigung des Krieges in Bosnien zu sein. Er machte diese Bemerkung in einem Fernseh-Interview kurz nach Gesprächen mit dem britischen Außenminister Douglas Hurd in London.

»Ich muß sagen, daß die britische Regierung jetzt in vielen Teilen der Welt und in Bosnien wegen ihres Wiederstands gegen die Aufhebung des Waffenembargos als Haupthindernis gegen die Beendigung der Tragödie in Bosnien-Herzegowina gesehen wird«, sagte er. »Wir sehen keine andere Lösung, abgesehen davon, uns selbst zu verteidigen, wenn die Völkergemeinschaft zu feige ist, dies zu tun.«

»Britanniens politische Haltung ist sowohl aus moralischen als auch aus praktischen Gründen nicht zu vertreten. Bosnier müssen sich selbst verteidigen, ihnen müssen die Werkzeuge gegeben werden, um die Arbeit selbst zu erledigen, wenn die Völkergemeinschaft nicht bereit ist, den Krieg zu beenden«, äußerte er. Silajdzic lobte die humanitären Bemühungen der Vereinten Nationen, fragte jedoch: »Aber was hat es für einen Sinn, einen Mann zu ernähren, der doch morgen getötet wird?«

Ein ähnlicher Angriff auf Britannien als »Haupthindernis« erfolgte auch durch Hajrudin Somun, den bosnischen Botschafter für die Türkei, auf der islamischen Konferenz in Karachi, Pakistan. □

Europa

Ein neuer Glaubenskrieg droht

Gerd Waldenhaupt

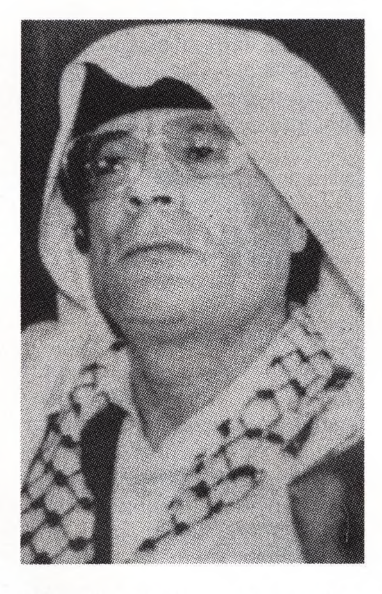
Die Welt steht heute vor der gefährlichsten Situation seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Niemals zuvor in den vergangenen 48 Jahren gab es eine Situation, die zu so schwerwiegenden Konsequenzen führen könnte wie derzeit. Selbst die Kuba-Krise, bei der die Welt ja angeblich kurz vor dem Ausbruch des Dritten Weltkriegs stand, ist mit heute nicht vergleichbar. Während die Sowjetunion damals nämlich lediglich hoch pokerte und angesichts des massiven westlichen Widerstands schließlich »den Schwanz einzog«, droht heute der Ausbruch eines neuen Glaubenskriegs. Und diese sind wegen ihres Fanatismus besonders schwer einzuschätzen und verselbständigen sich oft.

Erneuter Kriegstreiber sind – einmal mehr – die USA. Angefangen hat es genau genommen schon vor vielen Jahren, als die Amerikaner ihren heiligen Krieg gegen Libyen und dessen Präsidenten Ghaddafi begannen. Sicher ist, daß Ghaddafi mehr als einmal aktive Solidarität mit der PLO und dem Freiheitskampf der Palästinenser allgemein bekundete und ihnen Unterschlupf bot.

Die Lügen Washingtons

Tatsache ist aber auch, daß praktisch nicht einer der gegen Ghaddafi gerichteten Terrorismus-Vorwürfe bis heute bewiesen werden konnte. Hieß es zum Beispiel jahrelang, daß Libyen für den Anschlag auf die Berliner Discothek »La Belle« verantwortlich war, so mußte im vergangenen Jahr kleinlaut bekanntgegeben werden, daß wohl nicht Libyen, sondern vielmehr der Iran und schiitische Fanatiker den Anschlag verursachten.

Nächster Schritt war Lockerbie. Obwohl CODE in der Vergangenheit mehrfach die wahren Hintergründe des Attentats auf den Pan Am-Jumbo offengelegt hat, erklären die Amerikaner auch weiterhin, daß der Staat Libyen hierfür verantwortlich war.



Mit der Hetze gegen den libyschen Präsidenten Muhammar Ghaddafi begann Washington den Krieg mit der moslemischen Welt.

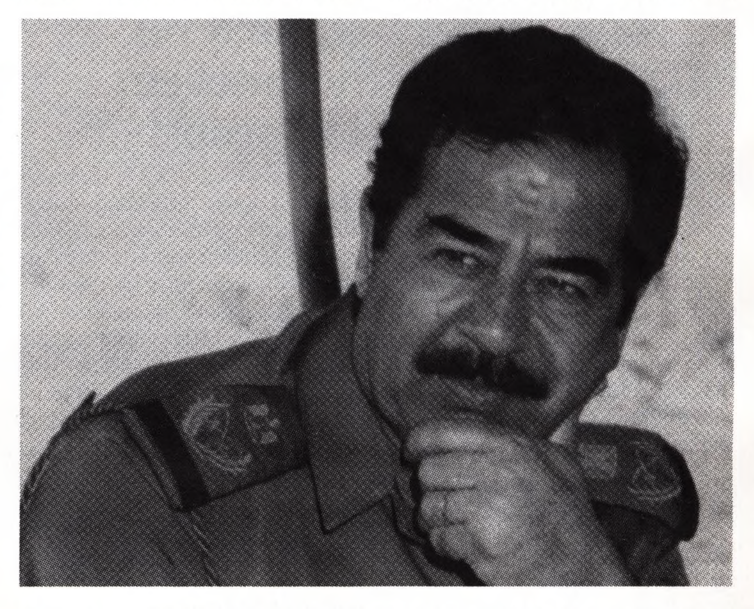
Gleichzeitig wird – gegen jedes Völkerrecht - gefordert, daß Libyen zwei des Anschlags verdächtige Einwohner seines Landes an die UNO ausliefern soll.

Da Libyen sich weigert, dem nachzukommen, haben die Amerikaner Sanktionen verhängt. Dabei gibt es hierfür keinerlei Handhabe. In praktisch jedem Land der Welt ist in der Verfassung festgehalten, daß Bürger seines Landes nicht an einen dritten Staat ausgeliefert werden dürfen. Auch das deutsche Grundgesetz schreibt ganz eindeutig vor, daß deutsche Staatsbürger nicht ans Ausland ausgeliefert werden dürfen, sondern bei einer Verhaftung in Deutschland auch nur hierzulande vor Gericht gestellt werden dürfen!

Auch die USA weigern sich, im Ausland beschuldigte Amerikaner dorthin auszuliefern – und dies mit vollstem Recht. Unverständlich ist nur, wenn dies von dritten Staaten – besonders wenn es sich »nur« um einen moslemischen Staat handelt – verlangt wird. Das Völkerrecht gibt hierfür keinerlei Handhabe. Von daher verstoßen auch Sanktionen gegen Libyen gegen das Völkerrecht.

Der nächste Schritt zur Aufstachelung der moslemischen Welt gegen den Westen war der Krieg gegen den Irak. Man kann, ja man muß wohl den Schritt Saddam Husseins, Kuwait mit Gewalt wieder in die Heimat zurückzuführen, kritisieren. Tatsache bleibt aber, daß Kuwait über Jahrtausende ein Teil des Iraks war und erst von den Briten Anfang dieses Jahrhunderts völkerrechtswidrig dem Irak im wahrsten Sinne des Wortes gestohlen wurde.

Keine Zweifel können aber an Husseins Worten bestehen, nie etwas anderes als die Rückholung eines Landesteils im Sinn gehabt und nie geplant zu haben, auch in andere arabische Länder, sprich vor allem Saudi-Arabien, einzumarschieren. Sicher ist auch, daß der Einmarsch des Iraks in das totalitär geführte Kuwait insgesamt wohl weniger als hundert Todesopfer forderte. Dennoch wurde mit gefälschten Beweisen, Übertreibungen, ja Lügen der übelsten Art ein Riesenpropagandakrieg gegen den Irak seitens der USA begonnen und wurde dem Land ein nur wenige Monate langes Ultimatum gestellt, »Kuwait wieder den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben«.



Der Krieg gegen den Irak und seinen Präsidenten Saddam Hussein war der nächste Schritt zur Aufstachelung der moslemischen Welt.

Als der Irak dem nicht nachkam, sehr wohl aber zu Gesprächen über eine einvernehmliche Lösung bereit war, begann einer der blutigsten Kriege der Weltgeschichte, in dem Amerikaner sich sogar nicht davor zurückscheuten, fliehende unbewaffnete irakische Truppen im wahrsten Sinne des Wortes abzuschlachten.

Obwohl völkerrechtlich ebenfalls nicht erlaubt, wurde Kuwait nach Kriegsende irakisches Territorium zugesprochen und wurde der Irak durch umfangreiche Sanktionen, die mehr an eine Knebelung erinnern, am Wiederaufbau seines Landes gehindert. Mit mehreren Militärschlägen in den darauffolgenden Monaten,

die – man braucht es nicht zu wiederholen – ebenfalls gegen das Völkerrecht verstießen, wurden weitere Dutzend Zivilisten getötet und wurde irakisches Eigentum zerstört.

Eine sehr bedrohliche Entwicklung

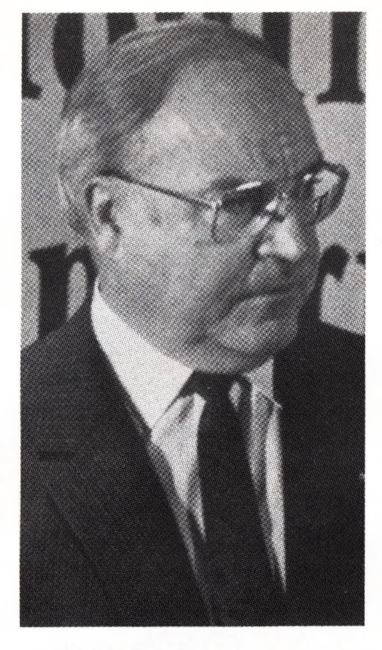
Gleichzeitig wurde das Land durch Flugverbotszonen gedrittelt. Begründet wurde dies mit angeblichem militärischen Vorgehen des Iraks gegen die Schiiten im Süden und die Kurden im Norden des Landes. Seltsamerweise gibt es hierüber bis heute keine Filme.

Was auffällt ist, daß das Vorgehen der Amerikaner sowohl gegen Libyen als auch gegen den Irak beide Male Länder umfaßte, die zwar auf dem Papier moslemisch, in Wirklichkeit aber westlich orientiert waren – so mußten die Frauen weder im Irak noch in Libyen den Schador tragen und waren auch ansonsten sehr frei in ihrem Tun und Lassen –, aber versuchten einen eigenständigen dritten Weg, losgelöst vom Kommunismus und losgelöst vom Kapitalismus zu führen.

Damit waren diese beiden wegen ihres Ölreichtums und auch wegen des Fleißes ihrer Einwohner sehr reichen arabischen Länder aber eine Gefahr für die USA geworden, da sie eben zu unabhängig waren.

Hatte das Vorgehen gegen diese beiden Länder schon viele Moslems gegen die USA aufgebracht – besonders die fanatischen –, so steigerte sich diese Wut bei vielen ins schier Unermeßliche, wenn man sah, wie die Moslems im ehemaligen Jugoslawien niedergemetzelt wurden.

Dabei ist gerade die jüngste Entwicklung für den Westen sehr bedrohlich. Hatten zuerst nämlich die stalinistischen serbischen Truppen auch Kroatien angegriffen und den Kroaten Teile ihres Landes abgenommen, so verbündeten sich serbische und kroatische Truppen nur Monate darauf in Bosnien-Herzegowina und marschierten gemeinsam gegen die Moslems. Obwohl diese vor dem »Bürgerkrieg« einen Großteil der bosnischen Bevölkerung stellten, sollen ihnen nun nach den Plänen der kroatischen und



Bundeskanzler Helmut Kohl setzte sich auf dem jüngsten EG-Gipfel in Kopenhagen für eine Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien ein.

serbischen Verantwortlichen nur noch winzige Reservate, ähnlich denen der Indianer in den USA, übrigbleiben.

Was macht der Westen? Er schaut tatenlos zu. Man muß es Bundeskanzler Helmut Kohl zugute halten, daß er auf dem jüngsten EG-Gipfel in Kopenhagen als einziger Regierungschef die Aufhebung des gegen Bosnien verhängten Waffenembargos verlangte.

Die anderen Länder – unter Führung der Briten, der Franzosen und der Griechen, alles traditionelle Verbündete der Serben – stimmten, wie nicht anders zu erwarten war, natürlich dagegen.

Salbungsvoll heißt es, dies würde nur zu einer Ausweitung des Kriegs führen. Man stelle sich diese Perversität des Denkens nur einmal vor: Da stehen zwei hochgerüstete Staaten (Serbien und Kroatien), einem nahezu wehrlosen dritten Staat (Bosnien) gegenüber, wo die Toten nicht in Tausenden, sondern in Zehntausenden gezählt werden, und nichts geschieht.

Die USA begannen in Kuwait einen Krieg wegen weniger als hundert Toten, die mittlerweile rund 140000 Toten im Balkankrieg, davon hauptsächlich Moslems, sind dagegen der »westlichen Schutzmacht« kein Eingreifen wert.

Ja, die eingesetzten mehrere tausend Soldaten umfassenden Blauhelm-Truppen der UNO sind noch nicht einmal das Papier wert, auf dem ihre Einsätze vermerkt sind. Werden sie angegriffen, dann dürfen sie zum Teil noch nicht einmal zurückschießen. Versuchen sie mit irgendwelchen Hilfskonvois von den Serben und Kroaten eingeschlossene Städte zu erreichen und diese wenigstens mit dem allerwichtigsten zu versorgen, dann lassen sie sich von jeder beliebigen serbischen Einheit daran hindern. Sie sind noch nicht einmal in der Lage, die Luftbrücke nach Sarajewo aufrechtzuerhalten. Wozu sind sie denn dann überhaupt da, muß doch die Frage lauten! Bewirken tun sie ohnehin kaum etwas.

Die Gefahr für Westeuropa wächst

Zwar verweisen die Amerikaner darauf, daß sie schließlich als einziger westlicher Staat bei der UNO für den von moslemischen Staaten gestellten Antrag stimmten, das Waffenembargo aufzuheben – nur stinkt dies meilenweit gegen den Himmel.

Und der Grund hierfür ist einfach. Die Amerikaner wußten von vornherein, daß der Antrag der Moslems im UN-Sicherheitsrat wegen der entschiedenen Ablehnung der europäischen Staaten zum Scheitern verurteilt war. Also konnte man guten Gewissens dagegen stimmen und später erklären: »Was wollt ihr denn? Wir haben doch dafür gestimmt. Wenn es nun zu einem Konflikt zwischen der westlichen und der moslemischen Welt kommt, dann müßt ihr den auf Europa beschränken, denn wir standen ja hinter euch!«

Und dies ist auch der wahre Grund. Die USA wollen sich einmal mehr als westliche Schutzmacht aufspielen und ihren Status als westliche Führungskraft untermauern. Dies geht aber wegen der beginnenden »Aufmüpfigkeit« einiger europäischer Staaten nur über einen neuen Konflikt, bei dem sich die Amerikaner dann als »Retter in der Not« aufspielen können. Genauso waren die USA auch bereits während des Ersten und Zweiten Weltkriegs vorgegangen.

Und die Gefahr für Westeuropa wächst – anscheinend unbemerkt von den verantwortlichen politischen Führern dieser Länder – immer mehr an. Eines der deutlichsten Warnzeichen war, daß mehrere moslemische Staaten jetzt rund 18000 eigene Soldaten als Blauhelme in Bosnien einsetzen. Davon kommen mehr als 10000 alleine aus dem Iran.

Dadurch wächst immer mehr die Gefahr, daß sich der derzeit noch auf Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien beschränkte Konflikt sich zu einem Glaubenskrieg entwickelt, der sich dann sehr schnell auch auf Westeuropa ausweiten kann. Denn Geheimdienste verfügen Informationen zufolge heute schon über Erkenntnisse, daß die meisten Moscheen Deutschlands mit Waffen im wahrsten Sinne des Wort bis unters Dach vollgepfropft sein sollen.

Die angeblich christliche Nächstenliebe

Man kann sich angesichts des bis zum Selbstmord reichenden Fanatismus vieler Moslems vorstellen, was hierzulande los sein wird, wenn es wirklich einmal zu einem Glaubenskrieg kommt. Die besten Beispiele hierfür waren die Vorfälle nach Solingen, als der durch ganz Nordrhein-Westfalen tobende türkische Mob, unterstützt durch deutsche Autonome, selbst durch Hundertschaften der Polizei nicht in Schach gehalten werden konnte. Sicherlich gibt es viele hier lebende Moslems, die sich auch bei einem eventuellen Glaubenskrieg friedlich verhalten würden, nur steht zu befürchten, daß es sich hierbei um eine Minderheit handelt. Auf der anderen Seite ist ihre Wut aber auch verständlich, denn während der Westen mit Raketenangriffen reagiert, wenn auch nur angeblich ein Attentat gegen den früheren US-Präsidenten George Bush geplant war, so wird tatenlos zugeschaut, wenn hunderttausende Moslems abgeschlachtet werden. Selten wurde besser bewiesen, daß die christliche Nächstenliebe, auf die sich die westlichen Politiker gerne berufen, in Wirklichkeit der reinste Hohn ist! □

Rußland

Der Mittelstand steckt in den Kinderschuhen

Der Transformationsprozeß in Rußland kommt nur stockend voran: Noch immer beherrschen große, unbewegliche Industriekomplexe den Wirtschaftsalltag. Für den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen ist daher die Etablierung eines tragfähigen Mittelstandes unerläßlich.

Auf die Politik wartet hierbei noch viel Arbeit. Denn der russische Mittelstand befindet sich noch im Stadium des Werdens. Das zeigt eine wegen der schwierigen Datenlage noch unscharfe Momentaufnahme im Frühjahr 1993.

Gemessen an westlichen Strukturen ist in Rußland ein riesiges Potential mittelständischer und selbständiger Existenzen zu erschließen:

In Anlehnung an die rund 2,7 Millionen Selbständigen in Westdeutschland errechnet sich allein für Rußland eine Zahl von 5,7 Millionen gewerblicher Unternehmen, selbständigen Landwirten und Freiberuflern.

Nach dem Maßstab der im Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft noch höheren Zahl von Selbständigen würde Rußland sogar 11 Millionen Unternehmer brauchen. Diese Größenordnung wird auch von russischen Ökonomen für erforderlich gehalten.

Im Vergleich zu diesem Idealbild sieht die Wirklichkeit recht düster aus. Das zeigt eine Schätzung des Forschungsinstituts beim Russischen Wirtschaftsministerium:

Danach zählt Rußland heute bestenfalls 500000 kleine Betriebe. Der Anteil der Selbständigen an der Gesamtbeschäftigung liegt damit deutlich unter ein Prozent – in Westdeutschland sind es rund neun Prozent.

Lichtblicke beim Aufbau des russischen Mittelstands gibt es überall dort, wo sich besonders aktive Führungspersönlichkeiten für die Marktwirtschaft engagieren.

Dies gilt zum Beispiel für die Regionen um Nishni-Nowgorod, Moskau und St. Petersburg. Dort sind insbesondere Betriebe des Einzelhandels, der Gastronomie und anderer Dienstleistungen in beträchtlichem Umfang privatisiert worden.

Diese wenigen Positiv-Beispiele täuschen: Landesweit überwiegen die ungeklärten politischen Verhältnisse, die unstabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die bürokratischen Leistungs-Kader.

Erschwerend kommt hinzu: Der Mangel an unternehmerischer Tradition in Rußland erzwingt eine mentale Neuorientierung.

Großer Nachholbedarf besteht außerdem beim reinen kaufmännischen Know-how. Diese mikroökonomischen Defizite werden durch makroökonomische Fehlentwicklungen noch verschärft. Folge: Der Aufbau des russischen Mittelstands, der unmittelbar nach der politischen Wende recht gut vorankam, ist in jüngster Zeit ins Stocken geraten.

Die galoppierende Inflation treibt den Kapitalbedarf für Neugründungen in astronomische Höhen.

Einkaufspreise, Raummieten, öffentliche Tarife sind so stark in Bewegung, daß eine plausible Investitionsrechnung für potentielle Unternehmer kaum zu erstellen ist. Daher scheuen sich die Geschäftsbanken, Kredite an neue Kleinunternehmer zu vergeben.

Trotz aller widrigen Umstände bieten sich zwei Methoden an, die Entwicklung des Mittelstands voranzutreiben:

Privatisierung von unten: Die staatliche Förderung von Existenzgründungen verspricht den schnellsten Erfolg. Dazu muß ein Konzept für Starthilfen erarbeitet werden, das günstige Kredite und Steuererleichterungen einschließt. Das Förderkonzept darf nicht nur auf dem Papier stehen, es muß auch zügig umgesetzt werden.

Damit nicht genug: Privates Engagement gedeiht auf Dauer nur in einem unternehmerfreundlichen Umfeld unter kalkulierbaren und stabilen Rahmenbedingungen. Die Lösung der gesamtwirtschaftlichen Stabilitätsprobleme ist somit eine zentrale Vorbedingung für die Privatisierung von unten.

Privatisierung von oben: Noch schwieriger ist der Weg zu einem breiten Mittelstand über die Entflechtung und Privatisierung der Staatskonzerne. Zur Zeit zeichnen in vielen Gütergruppen nur ganz wenige Unternehmen für fast die gesamte Produktion verantwortlich. Sie sind somit nach wie vor in der Lage, die Preise ihrer Erzeugnisse zu diktieren.

Kennzeichnend für die großbetriebliche Struktur der Ex-Sowjetunion:

In der russischen Industrie kommen auf einen Betrieb im Durchschnitt 780 Beschäftigte. Nur 11000 der insgesamt rund 27000 russischen Industriebetriebe haben weniger als 200 Mitarbeiter.

Zum Vergleich: In Westdeutschland zählen 39600 Betriebe zu dieser Größenklasse – immerhin 85 Prozent aller Industriefirmen. Besonders überdimensioniert sind die russischen Betriebe im Vergleich zu den westdeutschen im Investitionsgüter- und Grundstoffsektor.

Im russischen Maschinen- und Fahrzeugbau liegt die durchschnittliche Mitarbeiterzahl bei 1840. Sie sind in knapp 5300 Betrieben tätig.

Die Vergleichsgröße für Westdeutschland: 227 Beschäftigte; sie arbeiten in rund 8700 Betrieben.

In der Gruppe Chemie und Holzindustrie lauten die Größen-Proportionen 630 zu 147 Beschäftigten pro Betrieb – bei den Produktionsstätten 4600 zu 5800.

In der stärker verbraucherorientierten Lebensmittelindustrie beträgt das Verhältnis 270 gegenüber 102 Beschäftigten je Betrieb.

Die kleinen Betriebe bieten günstigere Voraussetzungen für die Privatisierung von oben als die großen.

Abgesehen von leichter lösbaren technischen und organisatorischen Schwierigkeiten sind auch die Arbeitsmarktprobleme geringer: Mögliche Entlassungen von Mitarbeitern nach der Privatisierung fallen bei Kleinbetrieben nicht so stark ins Gewicht.

Privatisierungschancen hat besonders der russische Einzelhandel:

Mit durchschnittlich 11 Beschäftigten pro Betrieb sind dort nur halb so viele Mitarbeiter tätig wie im westlichen Einzelhandel. Dabei sind über 95 Prozent der Betriebe noch im öffentlichen Eigentum.

Die wenigen privatwirtschaftlich betriebenen Einzelhandelsunternehmen sehen sich vielfältigen bürokratischen und organisatorischen Hemmnissen gegenüber.

Obendrein ist ihr Anteil am gesamten Einzelhandelsumsatz außerordentlich gering.

Das kann sich demnächst ändern. Denn in Rußland setzt sich die Einsicht durch: Ohne ein Groß- und Einzelhandelssystem westlichen Musters ist die reibungslose Versorgung der Bevölkerung nicht zu sichern. □

IHR KÖRPER LÜGT NIE!

Die Grundlage der Gesundheit ist, daß der Säure-Basen-Haushalt (ein wichtiges metabolisches Regulativ) in unserem Organismus richtig arbeitet.

... DAS KAPITAL SIND UNSERE BASEN

Übersäuerung – durch unrichtige oder zuviel Ernährung, Angst, Streß, Elektro-Smog usw. usw.; zuviel Säure im Körper fördert Schmerzen, Unwohlsein – Eckpfeiler für Krankheiten.

»Sie« alleine sind in der Verantwortung!
Vater und Mutter in besonderer Weise **für Ihre Kinder**!

ÜBERSÄUERUNG IST MIT DER ANFANG VON SCHMERZEN U. WEITEREM ELEND.

Viele Menschen sind unwissend – noch mehr werden täglich verunsichert! Autoren, Therapeuten, Experten usw. streiten und widersprechen sich einander.

TESTEN SIE PERSÖNLICH

mehrmals täglich Ihren Urin mittels einem Indikatorpapierstreifen. Schreiben Sie Ihre Meßwerte = pH-Wert, Uhrzeit und Datum auf. Führen Sie Buch über Ihr Kapital, wie ein Buchhalter über Soll und Haben (basisch ist = pH-Wert 7,0 bis 7,4).



SIE BEKOMMEN 200 STREIFEN FREI HAUS FÜR DM 12,-

Vorkasse per Verrechnungsscheck an Firma Tölle GmbH – 86576 Schiltberg.

Lieferung per Rechnung möglich.
200 Streifen DM 16,00 plus Porto.

Schreiben Sie uns, wenn Sie an unseren Gesundheitsseminaren teilnehmen wollen.



Optimale Gesundheit – in kleinen Schritten.

ANTON KARL TÖLLE GMBH · D-86576 SCHILTBERG

Telefon: 08259-426 oder 1591 · Telefax: 08259-1522

Ohne Bettwäsche – gesund schlafen im Naturhaarbett

Niederlande

Die politische Lage bei unseren Nachbarn

Der überraschende Rücktritt von zwei Staatssekretären hat die amtierende niederländische Mitte-Links-Regierung aus Christ- und Sozialdemokraten in Schwierigkeiten gebracht und die mitregierende sozialdemokratische Partij von de Arbeid (PvdA) in eine Krise gestürzt.

Es begann mit dem Rücktritt von Elske ter Veld (PvdA), bis Anfang Juni dieses Jahres Staatssekretärin im Sozialministerium. Sie mußte ihren Hut nehmen, weil die PvdA-Fraktion des Haager Parlaments kein Vertrauen in die Staatsministerin mehr hatte und sich von ihr nicht ausreichend über im Kabinett derzeit diskutierte Reformpläne, wie der niederländischen Sozialstaat umgebaut werden könne, informiert fühlte. Frau der Veld, die ihren Rücktritt unter Tränen der Öffentlichkeit mitteilte, ging nun in die Offensive gegen die eigene Partei: »Ich weiß bis heute nicht, warum ich eigentlich abtreten mußte«, sagte sie in einem Fernsehinterview.

Staatssekretär mit der kürzesten Amtszeit

Roel In 't Veld – die Namensähnlichkeit mit Frau ter Veld ist rein zufällig – dagegen kennt den Grund, weshalb er nach nur achttägiger Amtszeit seinen Staatssekretärssessel im Haager Erziehungsministerium wieder räumen mußte. Die Amsterdamer Wochenzeitung »Vrij Nederland« enthüllte nämlich nur einen Tag nach Amtsantritt von In 't Veld, daß der Professor in seiner Eigenschaft als Hochschullehrer an der Rotterdamer Erasmus-Universität während seiner Dienstzeit florierende Nebentätigkeiten als Consultant ausübte und sich dafür fürstlich honorieren ließ. Der ihm vorgesetzte Minister für Erziehung und Wissenschaft, Jo Ritzen, ebenfalls Sozialdemokrat, legte seinem Staatssekretär daraufhin den Rücktritt nahe. Roel In 't Veld, so spotteten niederländische Zeitungskommentatoren, wird als der »Staatssekretär mit der kürzesten Amtszeit« in die Geschichte eingehen.

Die erzwungenen Rücktritte der beiden sozialdemokratischen Staatssekretäre für Erziehung und für Soziales aus der Regierung entfalteten inzwischen eine erhebliche politische Sprengkraft. Sie wirken sich vor allem sehr negativ auf die Partij van de Arbeid (PvdA) aus. Jüngste Meinungsumfragen ergaben, daß die PvdA derzeit gerade noch etwa 14 gegenüber 31,9 Prozent bei den letzten Wahlen 1989, der Wählerstimmen erhielte. Das heißt, würde jetzt gewählt, würde die PvdA mehr als halbiert und 27 ihrer bisher 49 Abgeordneten verlieren.

Aufgrund dieser für die holländischen Sozialdemokraten erschütternden Umfrageergebnisse wird nun sogar offen über die Position des PvdA-Spitzenpolitikers Wim Kok diskutiert. Kok ist in dem von dem Christdemokraten Ruud Lubbers geführten Haager Mitte-Links-Kabinett Finanzminister und Vize-Premier. Aber auch die mit der PvdA seit 1989 regierenden Christdemokraten



Von Provo-Aktivisten geschleuderte Rauchbomben begrüßten Prinzessin Beatrix und Claus von Amsberg am Tag ihrer Vermählung. Der Protest gegen die Verbindung der Prinzession mit einem Deutschen.

(CDA) fürchten, sie könnten in den Abwärtssog der PvdA mithineingezogen werden. Die CDA/PvdA-Regierungskoalition steht also vor einer schwierigen Bewährungsprobe.

Politisch heiß umstritten und Dauerthema der öffentlichen Debatte ist ein anderes Regierungsprojekt: Der Bau der Betuwe-Lijn, einer neuen Zugverbindung zwischen Rotterdam und dem Ruhrgebiet in Deutschland. Diese direkte Zugverbindung, die durch den grünen Obstgarten »de Betuwe« und wunderschöne Naturgebiete führen soll, ist nach Meinung der Haager Regierung, der Rotterdamer Hafenverwaltung und führender Wirtschaftsvertreter notwendig, damit Rotterdam auch in Zukunft seine Position als Welthafen behaupten kann. Außerdem, so die Befürworter der Betuwe-Lijn, entspreche der Bau dieser neuen Bahnverbindung dem EG-Verkehrskonzept, wonach der Frachtverkehr weg von der Straße geholt und stärker auf die Schiene verlagert werden soll.

Es gibt nicht nur von Naturschützern und Einwohnern jener Regionen durch die die Betuwe-Lijn gebaut werden soll, heftigen Protest gegen das Projekt, das mehr als sechs Milliarden Gulden kosten wird. Die Gegner argumentieren, eine solche neue Schienenverbindung sei überflüssig. Das künftige zusätzliche Frachtaufkommen im Rotterdamer Hafen könne auch per Schiff weitertransportiert werden. Im Rahmen der immer noch andauernden öffentlichen Debatte um die Betuwe-Lijn, für deren Bau sich das Kabinett Lubbers grundsätzlich aussprach, rücken nun mehr und mehr auch technische Aspekte in den Mittelpunkt.

So wird nun ernsthaft darüber diskutiert, das gesamte Schienennetz unterirdisch in einem Tunnel anzulegen. Ein Tunnel, der in einer Länge von mehr als 120 Kilometern quer durch Holland führen würde und die einzigartige Landschaft der Region Betuwe und Ablasserwaard in Takt ließe. Die Frage ist aber, ist so ein Tunnelprojekt, das aufwendiger wäre als der Kanaltunnel zwischen Frankreich und Großbritannien, ist so ein Projekt technisch realisier- und bezahlbar. Wie üblich in der Politik, soll nun eine unabhängige Kommission alle möglichen Bauvarianten der Betuwe-Lijn prüfen. Dann soll neu entschieden werden, ob und wenn ja, wie diese Zugverbindung gebaut wird.

Unklar ist weiterhin die Zukunft der Niederländischen Antillen. Sollen die sechs seit 400 Jahren zu den Niederlanden gehörenden Karibikinseln völlig unabhängig werden oder nur als Überseegebiete eine weitgehende Autonomie erhalten. Die »Zukunftskonferenz« über die Antillenfrage, die im März dieses Jahres erfolglos abgebrochen werden mußte, wurde nun Ende Juni wieder aufgenommen.

Klare Lösungen zeichnen sich noch nicht ab. Möglicherweise wird Curacao ähnlich wie Aruba einen »Status Aparte« und damit noch mehr Selbstbestimmungsrechte erhalten und werden die übrigen vier Karibikinseln der Niederländischen Antillen administrativ enger an die Niederlande angebunden. Umfragen unter den rund 350000 Einwohnern der sechs niederländischen Antilleninseln ergaben, daß sich 86 Prozent gegen eine völlige Unabhängigkeit aussprachen. Sie wollen Teil der Niederlande bleiben.

Die Rezession macht sich mehr und mehr bemerkbar

Die Rezession macht sich unterdessen auch in den Niederlanden mehr und mehr bemerkbar. Die Angaben des Zentralamtes für Statistik (CBS) beweisen dies:

So sank das Bruttosozialprodukt der niederländischen Wirtschaft im ersten Quartal 1993 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,9 Prozent.

So stieg die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1991 um mehr als 57000 auf 371000 Erwerbslose. Befürchtet wird, daß im Laufe des Jahres 1993 mehr als 400000 Niederländer arbeitslos sein könnten.

Rückläufig war im ersten Quartal 1993 nur die Inflationsrate. Sie sank auf 2,3 Prozent gegenüber 3,7 Prozent im Jahr 1992.

Mit Spannung erwartet man in den Niederlanden den bisher um-

Niederlande

Die politische Lage bei unseren Nachbarn

fangreichsten Privatisierungsakt in der hiesigen Börsengeschichte: Das bevorstehende Going Public der holländischen Post PTT: Es soll, wenn alles nach Plan verläuft, 1994 beginnen. Und zwar mit der Ausgabe einer ersten Tranche von einem Drittel der PTT-Aktien, die nun noch zu 100 Prozent vom Staat gehalten werden. Die Börseneinführung der Post, insbesondere der PTT-Telecom, die bei Anlegern als »Leckerbissen« gilt, wird den niederländischen Finanzminister Wim Kok allein aus der ersten Tranche nach Schätzungen der führenden Banken des Landes mindestens vier Milliarden Gulden in die Staatskasse bringen. Damit ist einer der Hauptgründe für die Privatisierungspolitik Den Haag genannt: Geld generieren für die nicht zuletzt auch wegen der Rezession chronisch leeren Staatskassen.

Mit der geplanten Börseneinführung der PTT setzt die amtierende niederländische Mitte-Links-Regierung ihre bereits vor Jahren eingeleitete Privatisierungspolitik konsequent fort. Im Zuge dieser Politik des staatlichen Rückzugs aus elementaren Wirtschaftsbereichen ist neuerdings selbst die Privatisierung der Bahn kein Tabuthema mehr.
Getrennt hat sich die niederländische Regierung in der Vergangenheit von zahlreichen ehemaligen Staatsunternehmen. So wurde der Chemiekonzern DSM an die Börse gebracht, dessen Performance in den letzten beiden Jahren aber inzwischen viele Anleger enttäuschte. Ebenso trennte sich der Staat von seiner Aktienmehrheit bei dem Nutzfahrzeughersteller DAF. Doch DAF konnte seine Chance am Markt nicht nutzen und mußte kürzlich nach Abschluß eines Vergleichsverfahrens wieder mit staatlicher Finanzhilfe gerettet und saniert werden. Die Haager Regierung ist seither wieder DAF-Großaktionär. Eine Rolle, die bei den Fokker-Flugzeugwerken durch den Verkauf einer staatlichen Drittel-Beteiligung an die Deutsche Aerospace AG gerade erst aufgegeben wurde.

Weiterhin als Unternehmer tätig ist die holländische Regierung auch beim letzten niederländischen Automobilhersteller Nedbar, der gerade einen Verlust für 1992 in Höhe von 243 Millionen Gulden bekannt gab. An Nedcar, der die Viererserie von Volvo produziert, sind neben der Haager Regierung die schwedische Volvo AB und die japanische Mitsubishi zu je einem Drittel Anteilseigner.

Die beiden Negativ-Beispiele Nedcar und DAF zeigen deutlich, daß staatliche Privatisierungsstrategien nicht immer erfolgreich sind. Oder anders formuliert: Wenn das Tafelsilber verkauft ist, bleibt der Staat oft auf den Problemunternehmen sitzen. Sie zu verkaufen, ist gerade in der jetzigen Rezessionsphase nicht nur in Holland schwierig. So werden sie, mit Steuergeldern, saniert in der Hoffnung, sie eines Tages doch noch loszuwerden.

Die Position des Finanzplatzes Amsterdam

Die Umsätze an der Amsterdamer Effektenbörse sind im zurückliegenden Viermonatszeitraum sprunghaft gesteigen. Stimuliert durch den in dieser Periode anhaltenden Zinsrückgang kletterte der Umsatz bei den Rentenpapieren gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 73 Prozent auf 237 Milliarden Gulden. Die Aktienumsätze stiegen in dieser Periode um rund 25 Prozent auf 70 Milliarden Gulden. Das gab der Amsterdamer Börsenpräsident Baron van Ittersum anläßlich der Präsentation des Geschäftsberichts 1992 bekannt.



Von ihrem Aussichtspunkt auf dem Dach des königlichen Palastes überblickt die Jungfrau des Friedens den Dam. In den Händen hält sie den Stab des Hermes und einen Olivenzweig, Symbole des Handels und des Friedens.

Van Ittersum sagte ferner, daß das Kursniveau am »Damrak«, wie die älteste Effektenbörse der Welt in der Umgangssprache heißt, zwischen 1. Januar 1993 und 21. Mai um durchschnittlich 8,5 Prozent zulegte. Diese Performance der Amsterdamer Börse sei besser als die Kursentwicklung in derselben Phase an Börsenplätzen wie London, New York oder Frankfurt.
Gefragt bei den Anlegern war vor allem der niederländische Blue Chip schlechthin – die Aktien der Royal Dutch/Shell-Gruppe. Die Shell-Aktie setzte sowohl an der Amsterdamer Börse als auch an Wall Street im Juni zu einer Kursrally an und erreichte Ende Juni mit einem Kurs von weit über 170 Gulden je Aktie ein historisches Allzeithoch.

Das zurückliegende Jahr 1992, so führte Börsenpräsident van Ittersum in seinem Jahresbericht weiter aus, sei »ein bewegtes Jahr gewesen«. Obwohl es beunruhigend sei, daß namentlich in London immer mehr niederländische Titel verhandelt würden, habe Amsterdam den Umsatz 1992 auf 486 (358) Milliarden Gulden steigern können. Der offizielle CBS-Kursindex legte 1992 jedoch nur geringfügig auf 198 (191,4) Punkte zu.

Um die verlorengegangenen Marktanteile im Handel mit niederländischen Titeln nach Amsterdam zurückzuholen, kündigte van Ittersum eine Reihe von Reformmaßnahmen an. Unter anderem auch die, ausländischen Banken künftig den Handel in niederländische Staatsanleihen in Amsterdam zu gestatten. Weitere Reformen seien in Vorbereitung. Darunter die Aufhebung des bisherigen »Parallelmarktes« an dem die Papiere kleinerer und mittelgroßer niederländischer Aktiengesellschaften gehandelt wurden. Der offizielle Markt und der Parallelmarkt sollten integriert werden.
Auch die Zusammenarbeit mit der Amsterdamer Terminbörse European Options Exchange (EOE) solle viel enger werden, unterstrich van Ittersum. Es gebe keinen Grund dafür, »die Hände in den Schoß zu legen«, aber insgesamt sei die Position des Finanzplatzes Amsterdam »relativ günstig«. □

Balkan-Krieg

Ein neues weiteres Vietnam?

Mike Blair

Die 300 amerikanischen Soldaten, die US-Präsident Bill Clinton zum Balkan beordert hat, sind nur die Vorhut für eine größere US-Streitmacht, die unter einer Befehlsstruktur der Vereinten Nationen operieren wird. Amerika läuft somit Gefahr, in einen weiteren Vietnam-ähnlichen Schlamassel hineingezogen zu werden.

Nach amerikanischen Presseberichten gibt es in Washington Pläne, zwei Brigaden der 101st Airborne Division, die in Fort Campbell, Kentucky, stationiert ist, auf den explosiven Balkan zu entsenden, wo derzeit in Bosnien, ehemals ein Teil von Jugoslawien, ein blutiger Bürgerkrieg zwischen serbischen, kroatischen und moslemischen Streitkräften tobt.

Der Präsident bricht ein weiteres Versprechen

Die Exklusiv-Berichte wurden von einem Großteil der Medien des Establishments, die auf die Schwierigkeiten im Kongreß durch Clintons Wirtschaftspaket »Steuer und Ausgaben« eingestellt waren, mit Skepsis aufgenommen. Vor Erscheinen dieses Berichtes war allgemein angenommen worden, der Präsident habe von seinem Wahlkampfversprechen, amerikanische Streitkräfte einzusetzen, um das Blutbad in Bosnien zu beenden, Abstand genommen.

Die Regierung verkündete jetzt, sie werde eine Streitmacht von 300 »Kampfsoldaten« in die Balkan-Republik Mazedonien, die früher ebenfalls zu Jugoslawien gehörte, entsenden. Damit hat Clinton sein nach seiner Amtsübernahme häufig gemachtes Versprechen, keine amerikanischen Bodentruppen in den Schlamassel auf dem Balkan zu entsenden, gebrochen.
Außerdem gab die Regierung bekannt, daß amerikanische Luftstreitkräfte eingesetzt werden, um Streitkräfte der Vereinten Nationen am Boden zu schützen, falls sie angegriffen werden. In den Berichten heißt es auch, daß US-Flugzeuge aus NATO-Stützpunkten in Europa und des Flugzeugträgers »Theodore Roosevelt«, der im Adriatischen Meer vor der Küste des ehemaligen Jugoslawiens liegt, auch in den Plänen der Clinton-Regierung, in die Kämpfe auf dem Balkan, einzugreifen, enthalten seien.

Die Washingtoner Journalisten berichteten auch, daß Rußland sich verpflichtet habe, eine 12000 Mann starke Division auf den Balkan zu entsenden. Nach der Bekanntgabe über den Einsatz von US-Truppen verkündete das russische Außenministerium, es sei bereit, Streitkräfte auf den Balkan zu entsenden, obwohl es nicht im Einzelnen darlegte, wieviele Soldaten.

US-Außenminister Warren Christopher erklärte, die 300 amerikanischen Frontsoldaten würden als »Abschreckung« gegen weitere Angriffe serbischer Streitkräfte entsandt.

In Mazedonien werden die Amerikaner die Blauhelme der Beobachter der Vereinten Nationen aufsetzen und unter einem dänischen Kommandeur an der Seite von 750 dänischen Soldaten, die bereits dort sind, dienen.

Wie von 1000 Soldaten erwartet werden kann, »abschreckend« für einen Einmarsch der Serben in Mazedonien zu sein, ist lächerlich. »Ungeachtet dessen, worin die Bedrohung besteht, sind 1000 Soldaten nicht sehr viele, wenn es darum geht, Massen daran zu hindern, über den Hügel zu stürmen«, meinte ein Beamter des US-Verteidigungsministeriums.
»Die Vereinigten Staaten werden ihre Soldaten in Mazedonien nicht unverteidigt lassen«, äußerte Christopher. »Dessen können Sie gewiß sein.«

Verlagerung der US-Truppen aus Deutschland

Es wird damit gerechnet, daß die amerikanische Streitmacht aus einer 200 Mann starken Kompagnie schwerer Infanterie, plus 100 Soldaten zur Unterstützung, die jetzt alle in Deutschland stationiert sind, bestehen wird.

Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Bob Hall, sagte, die amerikanischen Soldaten werden »zur Selbstverteidigung befugt sein, aber es ist nicht vorgesehen, daß sie direkt eingreifen«.

Laut Informationen aus dem Verteidigungsministerium sind bereits uniformierte US-Soldaten auf dem Balkan, von denen rund 180 der Sanitätseinheit der Vereinten Nationen in Zagreb, Kroatien, zugeteilt sind; 20 amerikanische Offiziere in Bosnien, von denen sich einige im Hauptquartier der Vereinten Nationen in Kiseljak befinden, und etwa 20 amerikanische »Überwacher« in Mazedonien und Kosovo.

Unsere Korrespondenten haben jedoch erfahren, daß die Vereinigten Staaten seit Monaten Soldaten der Army Special Forces (Einsatzgruppe) in verschiedenen ehemaligen Provinzen Jugoslawiens stehen haben, die meisten davon verdeckt, um mögliche serbische Ziele auszuspionie-

Der Vietnam-Krieg ist noch heute ein Traum für die Amerikaner. Ihre US-Marines lieferten sich während der Tet-Offensive 1968 Straßenschlachten mit dem Vietcong.



ren. Diese Soldaten werden fast auf die gleiche Weise eingesetzt, wie es vor der Operation Wüstensturm geschah. Die Soldaten der Einsatzgruppe sollen zu einer Einheit der 10th Special Forces gehören und lange speziell für ihren möglichen Einsatz auf dem Balkan ausgebildet worden sein.

Es gibt auch Spekulationen darüber, daß die unter dem Kommando der Vereinten Nationen auf dem Balkan kämpfenden US-Streitkräfte, die den Planern im US-Verteidigungsministerium zufolge im Endstadium 25 000 bis 34 000 Mann stark sein und zu einer Gesamtstreitmacht der Vereinten Nationen von 100 000 Mann gehören könnten, Soldaten der 10th Mountain Division (Gebirgs-Division) in ihren Reihen zählen werden, die derzeit im nördlichen Teil des Staates New York in Fort Drum, nahe der kanadischen Grenze, stationiert sind.

Militärfachleute sagen, die Elite-Gebirgssoldaten seien auf dem gebirgigen Terrain Bosniens und anderer Gebiete auf dem Balkan besser zur Kriegsführung gegen Guerillas geeignet als andere Soldaten, einschließlich der Angehörigen der 101st Airborne Division.

Das Vietnam-Syndrom der Amerikaner

Der derzeitige Plan der Vereinten Nationen besteht darin, sechs »sichere Häfen« oder Enklaven in Bosnien zu schaffen, die von Streitkräften der Vereinten Nationen geschützt werden, für etwa 1,2 Millionen zivile moslemische Flüchtlinge.

Ein Militärfachmann sagte zu unseren Korrespondenten: »Wer auch immer dies ausgebrütet hat, leidet unter dem Vietnam-Syndrom.« Er erläuterte, daß bei dem Einsatz von Soldaten der 101st Airborne sowie der 82nd Airborne, die in Fort Bragg, North Carolina, stationiert ist und laut »New York Newsday« auch zum Einsatz auf dem Balkan bestimmt ist, die gleiche fehlgeschlagene Strategie zum Tragen kommt, die von amerikanischen Kommandeuren in Vietnam angewendet wurde.

Er sagte, diese Soldaten, besonders die der 101st Airborne, seien luftbewegliche Truppen, die mit schwerbewaffneten Hubschraubern zu Brennpunkten geflogen werden, wo »die Hölle los ist«. Die Strategie bestehe darin, die Zivilisten in befestigten Enklaven zu schützen, wo durch das übrige Land dem Feind überlassen wird, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit in die »sicheren Häfen« eindringt, oder sie aus der umgebenden Landschaft heraus mit Granaten befeuert. Die luftmobilen Einheiten wagen sich dann hinaus, um die angreifenden Stellungen des Feindes zum Schweigen zu bringen.

»Diese Strategie der Enklaven oder ›sicheren Häfen‹ war ein Fehlschlag für Vietnam, und sie wird auch in Bosnien in die Hose gehen«, sagte er.

Er wies warnend darauf hin, daß nirgendwo auf Erden, mit der möglichen Ausnahme Afghanistan, die Menschen sich mehr dazu eignen, einen langen guerilla-ähnlichen Krieg zu führen, als die Menschen auf dem Balkan.

»Sie kämpfen schon so seit Jahrhunderten«, setzte er hinzu. Er sagte, daß während des Zweiten Weltkriegs jugoslawische Partisanen in der Lage waren, hunderttausende von erstklassigen deutschen Soldaten zu binden.

»Nehmen Sie zur Kenntnis«, sagte er abschließend, »daß die Deutschen diejenigen sind, die sich am meisten dagegen sträuben, in die Kämpfe auf dem Balkan verwickelt zu werden. Sie wissen genau warum.«

Obwohl andere NATO-Verbündete der Vereinigten Staaten sich dazu bereit erklärt haben, Soldaten zur Aktion der Vereinten Nationen in Bosnien beizusteuern, haben die Deutschen sich bislang geweigert und nur angeboten, für den Bahntransport für US-Soldaten, die dort eingesetzt werden, und für Nachschub zu sorgen. □





Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Balkan-Krieg

Bosnien als nächste Station für US-Soldaten

Mike Blair

Während die Nachrichtenmedien des Establishments mit der kürzlichen Reihe von Fauxpas, die US-Präsident Bill Clinton beging, vollbeschäftigt sind, werden im US-Verteidigungsministerium Pläne geschmiedet, amerikanische Bodentruppen nach Bosnien, der vom Krieg heimgesuchten abgespaltenen Provinz des ehemaligen Jugoslawiens, zu entsenden.

Aus zuverlässigen amerikanischen Militärkreisen verlautet, daß Pläne gemacht worden seien, zwei Brigaden der 101st Airborne Division, plus Soldaten zur Unterstützung, die in Fort Campbell, Kentucky, stationiert sind, nach Wiesbaden zu fliegen, das als Auffangraum für die Soldaten benutzt werden soll.

Die Brigaden, die aus Luftangriffsverbänden mit Hubschraubern zum schnellen Einsatz bestehen, gehören zu einer amerikanischen Streitmacht, die im Endstadium mindestens 25000 und möglicherweise sogar 34000 Soldaten umfassen wird, die ausgesandt wird, um in den blutigen Krieg zwischen den moslemischen und serbischen Streitkräften in Bosnien einzugreifen.

Wie aus anderen Quellen verlautet, bereiten sich amerikanische, britische, französische und russische Soldaten darauf vor, sich denen der 101st Airborne in dem geplagten Balkanland anzuschließen. Die kombinierten Streitkräfte werden voraussichtlich insgesamt 100000 »friedenserhaltende« Soldaten umfassen.

Aus dem US-Verteidigungsministerium verlautete, daß die Russen erwartungsgemäß eine 12000 Mann starke Division entsenden werden, die in den von Serben beherrschten Gebieten ausschwärmen werden. Die Russen werden vermutlich Straßenkorridore durch moslemische und kroatische Gebiete, die von serbischen Streitkräften dominiert werden, unterhalten.

Von unseren Informanten erfuhren wir, daß militärische Führungspersönlichkeiten der USA, darunter General Colin Powell, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, sehr zurückhaltend seien, amerikanische Truppen bei den Kämpfen auf dem Balkan einzusetzen. Wie die »New York Newsday« berichtete, hat Powell versucht, eine Gesamtstreitmacht von 150000 Soldaten bereitzustellen, was, wie der General glaubt, die Mindeststärke wäre, um zu vermeiden, in den militärischen Morast auf dem Balkan hineinzugeraten.

Wir erhielten auch bislang noch unbestätigte Berichte darüber, daß Elemente der 82nd Airborne Division, die in Fort Bragg, North Carolina, stationiert ist, einen Vorausstützpunkt auf dem internationalen Flughafen Zagreb, im neuen unabhängigen Land Kroatien, einrichten werden.

Es ist damit zu rechnen, daß zu der 101st Airborne Division eine Erstschlagtruppe gehört, die sich schnell bewegen kann, um den Flughafen in der vom Krieg verwüsteten Stadt Sarajewo von einem Stützpunkt in Deutschland aus zu sichern.

Laut »Newsday« soll eine US-Division von rund 13000 Soldaten, die bereits in Deutschland ist, per Bahn, zusammen mit Panzern, Bradley-Kampffahrzeugen, Hubschrauber vom Typ Apache und Artillerie, nach Bosnien transportiert werden. Der Bahntransport wird vermutlich von den Deutschen gestellt werden, die keine Truppen zum Einsatz bringen, wohl aber umfangreiche logistische Unterstützung leisten werden.

Brigaden britischer und französischer Soldaten von jeweils 5000 Mann werden sich den amerikanischen und russischen Truppen anschließen. Die Briten und Franzosen haben bereits 7400 Soldaten als Friedenserhalter in Bosnien stehen, und Kanada hat eine kleine Truppe von 1500 Beobachtern auf dem Boden.

Wie verlautet, ist die Operation durch einen Streit zwischen amerikanischen und französischen Truppenführern über die Kommandostruktur ins Stocken geraten. Die Franzosen, die nicht der NATO angehören, widersetzen sich dagegen, daß die Operation unter einer Kommandostruktur der NATO unter Führung von US-Admiral Jeremy Boorda, Kommandeur der NATO-Streitkräfte in Südeuropa, durchgeführt werden soll. Die Russen haben anscheinend darauf hingewiesen, daß sie unter NATO-Kommandeuren dienen werden.

»Das wird noch ausgearbeitet«, sagte ein Offizieller des Pentagon, »und die Vereinten Nationen könnten einen Oberkommandierenden ernennen«.

Der Einsatz der Russen ist eine Überraschung

Die mit Hubschraubern ausgerüstete 101st Airborne Division »wird eine maximale Beweglichkeit und Flexibilität haben«, erfuhren wir von unseren Korrespondenten, die sie in die Lage versetzen wird, Brennpunkte zu umgehen und direkt zu potentiellen Konflikten geflogen zu werden, die irgendwo ausbrechen. Hunderte von Hubschraubern zum Truppentransport, die sich zum Teil schon in Deutschland befinden oder in Kürze auf dem Luftwege nach Deutschland transportiert werden, werden von den Soldaten benutzt.

Der Einsatz einer russischen Division kommt als Überraschung, da die Russen in der ganzen Geschichte stets enge Verbündete der Serben waren. Die Einzelheiten der russischen Beteiligung wurden jedoch anscheinend von US-Außenminister Warren Christopher während seines Besuches in Rußland Anfang Mai ausgearbeitet.

Die »Sunday Times of London« bestätigte, daß ein größerer Militäreinsatz geplant ist und berichtete, daß 250 Flugzeuge aus Stützpunkten in der Türkei, Italien und Deutschland heraus Brücken, Straßen und serbische Artilleriestellungen bombardieren werden, die moslemische Streitkräfte beschossen haben.

Die »Times« berichtet weiter, daß sich Britannien auch dazu bereit erklärt habe, Luftunterstützung bereitzustellen, aber vermutlich nicht bei den Erstschlägen.

Zusätzliche Luftunterstützung für die Operation wird von Flugzeugen des US-Flugzeugträgers »Theodore Roosevelt« geleistet, der bereits mit anderen US-Schiffen im Adriatischen Meer auf Station ist.

Wenn die Gesamtstreitkraft von 100000 Mann an Ort und Stelle ist, dann wird sie, wie berichtet wird, auch Soldaten aus Spanien, den Niederlanden, Indien und Nigeria in ihren Reihen zählen.

Die meisten amerikanischen Militärfachleute, sowohl im aktiven Dienst als auch im Ruhestand befindlich, haben nachdrücklich vor den Gefahren gewarnt, die mit dem Einsatz amerikanischer Bodentruppen in Bosnien verbunden sind und darauf hingewiesen, daß der Krieg leicht zu einer langen und blutigen Operation eskalieren könnte.

»Sie können sicher sein«, sagte ein Offizier zu unseren Korrespondenten, »dies wird kein anderes Panama oder Operation Wüstensturm sein. Wenn wir dort hingehen, können wir mit einem langen Aufenthalt rechnen, und er wird sehr wahrscheinlich kostspielig sowohl an Menschenleben als auch an Dollar sein.« □

Schmutzige Geschäfte mit Vietnam

Mike Blair

Aussagen eines Vietnamesisch-Amerikaners werden untersucht. Hat ein prominenter Washingtoner Interessenvertreter und politischer Insider mit vietnamesischen Kommunisten ein Abkommen getroffen, um von der Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos zu profitieren?

Ein vietnamesisch-amerikanischer Geschäftsmann hat angeklagt, daß Ron Brown, ehemaliger Vorsitzender des Democratic National Committee, Interessenvertreter und jetzt amerikanischer Handelsminister, mit der Regierung von Vietnam ein Abkommen getroffen und versprochen habe, sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen das kommunistische Land einzusetzen.

Das FBI untersucht den Fall

Die Beschuldigungen beziehen sich auf Millionen von Dollar an Zahlungen der vietnamesischen Regierung als Gegenleistung dafür, das Weiße Haus dazu zu bringen, das derzeitige Handelsembargo gegen die Regierung in Hanoi aufzuheben. Aus Kreisen, die mit diesem Fall vertraut sind, verlautet, daß dieser derzeit von einer Mannschaft von FBI-Agenten aus Südflorida und aus der Hauptgeschäftsstelle des Dienstes in Washington untersucht werden, und daß er in einen Skandal von gewaltigen Proportionen ausbrechen könnte.

Nach Aussage des vietnamesischen Geschäftsmannes, der anfangs selbst an dieser Intrige beteiligt war, sind folgende Personen in diesen Fall verwickelt: US-Handelsminister Ron Brown; Nguyen Van Hao, ein ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident der früheren Republik Südvietnam; der Parteichef der Kommunistischen Partei Vietnams Du Muoi und der Ministerpräsident von Vietnam Vo Van Kiet.

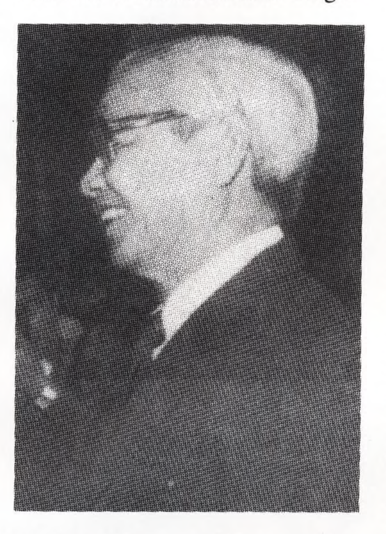


Du Moi, Parteichef der Kommunistischen Partei Vietnams, ist in die Intrige mit dem US-Handelsminister verwickelt.

Geld und Provision als Gegenleistung

Der Geschäftsmann aus Florida, Ly Tranh Binh, behauptet, er habe als stellvertretender Vorstandsvorsitzender einer Fassaden-Organisation, der Vietnam Development Corporation, gedient, die von Hao für Hanoi gegründet wurde, um Vereinbarungen mit der amerikanischen Regierung zur Aufhebung des Embargos gegen Vietnam zu treffen und die wirtschaftlichen Bindungen zwischen den beiden Ländern zu festigen. Schließlich, so Binh, sollte Hao, der als Vorstandsvorsitzender der Firma, die ihren Sitz an der Wall Street Nr. 67 in New York City hat, diente, direkte Kontakte zwischen Brown und Kiet herstellen.

Binh sagte in einem umfangreichen Interview mit »The Spotlight« und in einer eidesstattlichen Erklärung gegenüber dieser Zeitung, daß Brown als Gegenleistung für 700000 Dollar, die von der vietnamesischen Regierung auf ein Sonderkonto einer Bank in Singapur gezahlt wurden, und für einen prozentualen Anteil an den Einkünften, die sich aus Deals zwischen amerikanischen Ölgesellschaften und anderen US-Großfirmen und der vietnamesischen Regierung auf Grund seiner Bemühungen ergeben, der Clinton-Regierung dringend nahelegen sollte, das Handelsembargo gegen Vietnam aufzuheben und diplomatische Beziehungen zu Hanoi aufzunehmen.



Vo Van Kiet, Ministerpräsident von Vietnam, förderte die Bemühungen, um das Handelsembargo gegen sein Land aufzuheben.



Ly Tranh Binh, Geschäftsmann in Florida, berichtete, daß Brown als Gegenleistung 700000 Dollar von den Vietnamesen erhielt.

Binh möchte die Gelegenheit bekommen, seinen Bericht vor den zuständigen Kongreßausschüssen abzugeben.

Binh sagte zu unseren Korrespondenten, er sei im Juli vergangenen Jahres bei einer Zusammenkunft in der Wohnung des ehemaligen Ministerpräsidenten in 1362 NW 97 Terrace in Coral Springs, Florida, mit Hao zusammengetroffen, nachdem er diesem von seiner (Binhs) Schwester, die eine Bekannte von Haos Frau war, vorgestellt worden sei. Später bat Hao Binh, sich ihm anzuschließen, um die Vietnam Development Corporation zu gründen, deren Einzelheiten sie häufig zusammen am Frühstückstisch in Haos Wohnung in Coral Springs erörterten. Am 13. November 1992 erhielt Brown von Hao ein Eilpaket, das etwa 40 Seiten enthielt, auf denen die Vietnam Development Corporation beschrieben und Haos und Binhs Biographien und Beglaubigungspapiere umrissen wurden.

Laut Binh charterte Brown während des Wochenendes vom 21. zum 22. November 1992 eine Düsenmaschine von seinem Urlaubsort in St. Thomas auf den Jungfern-Inseln nach Florida, wo er in einem Restaurant in der Gegend von Fort Lauderdale mit Hao zusammengetroffen sei. Dort wurde vereinbart, daß Brown exklusive Interessenvertretungsrechte für die vietnamesische Regierung bekommen und Hao der exklusive Agent sein sollte, über den Kontakte zwischen Brown und der vietnamesischen Regierung aufgenommen werden sollten.

Wie Binh das Arrangement, das ihm am darauffolgenden Montag von Hao erläutert wurde, beschrieb, »war es der Kanal einer zum anderen, und zu niemand anders«.

Binh berichtet, daß Hao ihm erläutert habe, daß Brown eine

Schmutzige Geschäfte mit Vietnam

»Tagesordnung« darüber angeboten habe, was er alles in die Wege leiten werde, sobald Kiet ihm seinen »Interessenvertretungs-Vertrag« gibt. Binhs Anmerkungen zu dieser Tagesordnung, wie von Hao beschrieben, enthalten folgende fünf Punkte: 1. Öl und Benzin; 2. Fernverbindungen; 3. Wohnungsbau und Immobilien; 4. Bankwesen; 5. Tourismus, einschließlich Entwicklung von Restaurants und Hotels.

Befragt, ob er wisse, was Brown unter der Kategorie »Öl und Benzin« im Sinne hatte, sagte Binh: »den Rockefeller-Konzern«. Unter »Fernverbindungen« wurden AT&T und John Scully (ein Hauptförderer Clintons) von Apple Computers erwähnt.

Binh sagt, Hao habe ihn angewiesen, »damit zu beginnen, Leute anzuwerben, so daß wir nach Kalifornien fliegen und uns dort mit John Scully und Ron Brown treffen können«.

Es wurden keine spezifischen Firmen erwähnt, an die Binh sich in bezug auf »Wohnungsbau und Immobilien« erinnern konnte.

Hao habe ihm gesagt, die erwähnten Firmen seien daran interessiert, mit Vietnam Geschäfte zu tätigen.

Zum Punkt »Bankwesen« sagte Binh, daß 50 Millionen Dollar aus einem Schweizer Bankkonto des gestürzten Präsidenten von Haiti Jean-Claude Duvalier kommen sollten, was Brown, der einst als Interessenvertreter für das Duvalier-Regime gedient hatte, arrangieren sollte.

Es wurde alles gründlich vorbereitet

Dies sollte ihn in die Lage versetzen, sagte Binh, »in Vietnam sofort eine Privatbank zu eröffnen, die sich um die Finanzierung und, wissen Sie, um all die neuen Details kümmern sollte, die in Angriff genommen werden, sobald das Embargo aufgehoben worden ist«.



Barbara Walters interviewt Jean-Claude (»Baby Doc«) Duvalier. Von seinem Bankkonto sollten 50 Millionen Dollar für den Deal kommen.



Ronald Brown, US-Handelsminister der Clinton-Regierung, diente vorher als Interessenvertreter für das Duvalier-Regime auf Haiti.

Was den Punkt Tourismus betrifft, so wurde Binh gesagt, Brown habe darauf hingewiesen, daß Hyatt Hotels daran interessiert wären.

Binh sagte zu unseren Korrespondenten, Hao habe ihm gesagt, »bereit zu sein, weil er (Hao) will, daß ich sofort nach Washington ziehe ... in die Büros der Anwaltspraxis, die entweder mit Brown in Verbindung steht oder ihm angeschlossen ist; und meine Funktion, als stellvertretender Vorstandsvorsitzender, bestehe darin, die von Brown angeheuerten Kontaktpersonen zu koordinieren, zu leiten und in einem Pool zusammenzuführen, um ihnen zu helfen, den Prozeß, nach Vietnam zu gehen, zu glätten und auch zu erleichtern«. Auch was den Tourismus betrifft, sagte Binh, gab es einen Plan von Kiet, »in der Nähe von Hanoi ein riesiges Spielkasino zu bauen«.

Am 28. November 1992 verließen Hao, Binh und zwei Geschäftsfreunde von Hao, Nguyen Huu Tan und Le Xay, die Vereinigten Staaten, reisten nach Vietnam und trafen zwei Tage später in Ho-Chi-Minh-City ein, wo sie sich in Haos Haus aufhielten, das, wie Binh sagte, von Dienern in dessen Abwesenheit bestens geführt worden sei. Eine Woche nach ihrer Ankunft fuhren sie nördlich nach Hanoi, wo sie im Gästehaus der vietnamesischen Regierung in der Le Thach Street Nr. 2 untergebracht wurden und am darauffolgenden Tag von 9 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags mit Kiet zusammentrafen, sagte Binh.

Laut Binh besuchte Hao Brown entweder am 26. oder 27. Dezember 1992 in dessen Wohnung, und zu diesem Zeitpunkt sei über Browns »Gebühr« gesprochen worden, unter anderem über 700 000 Dollar, die auf »ein Konto vor der Küste gezahlt werden sollten ... plus Öl-Konzession und Anteile an allen Geschäften«. Als Gegenleistung dafür sollte Brown die Aufhebung des Handelsembargos und den Status der meistbegünstigten Nation (MFN) für Vietnam in die Wege leiten, behauptet Binh.

»Später«, sagte Binh, »ging ich auf einige Handelssitzungen hier in Fort Lauderdale ... und das FBI bat mich, das zu tun ... Man gab mir Informationen, die es

mir ermöglichen sollten, einige ihrer Seminare zu besuchen.«

»In den Seminaren blinzelten einige der Leute aus der Handelswelt, die mit dem US-Commerce Department (Handelsministerium) in Verbindung standen, einander zu und sagten, nun, Vietnam könnte den MFN-Status bekommen, und das ist kein Zufall.«

Nach seiner Rückkehr aus Vietnam, sagte Binh, habe er damit begonnen, über seine Beziehungen zu Brown, der inzwischen als Auserwählter des damaligen Präsidentschaftskandidaten Clinton für den Posten des Handelsministers in Erscheinung getreten war, tief beunruhigt zu sein.

Er sei dann mit Hao in der Wohnung des ehemaligen Ministerpräsidenten aneinandergeraten und habe die »moralische und ethische« Seite des Arrangements in Frage gestellt.

Hao habe versucht, ihn zu beruhigen und erklärt: »Machen Sie sich keine Sorgen, vertrauen Sie ihm (Brown) nur. Haben Sie Geduld mit ihm. Er will immer noch, daß ich (Hao) der Leiter der Firma sein soll. Er will immer noch, daß ich alle Geschäfte führe, die er mit Vietnam betreibt.«

Tatsächlich sagte er im Einzelnen, daß es »150 amerikanische Firmen gebe, die ihm ... oder vielmehr unserem Konzern ... auf der nächsten Reise nach Vietnam folgen werden, und ich sollte Vorbereitungen treffen, um Leute hereinzuholen, die Bürotürme bauen, so daß wir diese an die 150 Firmen verpachten können«.

Dies geschah, nachdem der damalige US-Präsident George Bush zugestimmt hatte, amerikanischen Firmen zu gestatten, in Vietnam Büros einzurichten, als Vorbereitung, um dort in Zukunft Geschäfte betreiben zu können, sobald das Handelsembargo aufgehoben worden ist.

Laut Binh habe Hao sich ihm gegenüber damit gebrüstet, den Wahlkampf zur Wiederwahl von Bush mit politischen Spenden unterstützt zu haben.

Am 1. Januar dieses Jahres, erzählte Binh, habe Hao ihm gesagt, er habe von Brown einen Eilbrief bekommen, den er an Kiet übergeben sollte, in dem anscheinend ihre Vereinbarung zum Abschluß gebracht wurde.

Ein Geschenk für den Genossen Vorsitzenden

Um 10 Uhr an diesem Abend, sagte Binh, rief Hao ihn an und sagte ihm, er möge sofort bei ihm vorbeikommen und seinen größten Koffer mitbringen.

Hao plante, am nächsten Tag nach Vietnam zurückzukehren, um Kiet den Brief zu überreichen und die Pläne weiter zu verfolgen.

Er wollte den großen Koffer, weil er in Walmart eine Badminton-Ausrüstung gekauft habe, die er dem Vorsitzenden des Volkskomitĕs von Ho-Chi-Minh-Stadt, Ba Huan, als Geschenk überreichen wolle. Die Ausrüstung sei zu groß für seinen eigenen Koffer.

Der Vorsitzende der Stadt, sagte Binh, »hat die Befugnis, einen 100-Millionen-Dollar-Vertrag zu bewilligen«.

Kiet hatte diesen Posten inne, bevor er Ministerpräsident wurde, und Ba Huan hatte als sein Sekretär gedient und war zum Vorsitzenden aufgestiegen, als Kiet in Vietnam die oberste Stufe der Hierarchie erklomm.

Nachdem Hao abgereist war, hätten ihn weitere schwere Zweifel hinsichlich des soeben abgeschlossenen Deals gepeinigt, sagte Binh. Er sei von Florida nach Lafayette, Louisiana, gereist, wo er einst für kurze Zeit das College besucht hatte, bevor er an die Tulane University in New Orleans ging, die er mit dem akademischen Grad in Wirtschaftswissenschaft abschloß.

Dort habe er zwei langjährige und vertraute Freunde zu Rate gezogen und mit ihnen über das Abkommen mit Brown und seine diesbezüglichen Befürchtungen gesprochen. Sie seien mit ihm einer Meinung darüber gewesen, daß das Abkommen zumindest fragwürdig war.

»The Spotlight« hat sich mit einem der beiden Männer, ein im Ruhestand lebender Vizepräsident einer großen amerikanischen Ölgesellschaft, getroffen. Dieser bestätigte, daß Binh Anfang Januar mit ihm über das Abkommen mit Brown gesprochen habe.

Nachdem Hao aus Vietnam zurückgekehrt war, sagte Binh, wurden die 700000 Dollar für Brown in einer Bank deponiert.

In seiner eidesstattlichen Erklärung gegenüber »The Spotlight« sagte Binh: Hao »sagte mir, das Geld sei unterwegs und werde auf ein Konto der Banque Indosuez in Singapur transferiert. Dieses Konto wurde von Mr. Le Quang Uyen, ein Partner unserer Firma und ein derzeitiger Vizepräsident der Zweigstelle der Banque Indosuez in Bangla Desh, eröffnet«.

»Er sagte zu mir, außer den 700000 Dollar für Brown kommen hunderttausende von überschüssigen Geldern vom Ministerpräsidenten Vietnams, Vo Van Kiet, zur Deckung der Kosten unserer Firma, und daß ich mit Stammaktien und Geld entschädigt würde.«

Binh sagte, Hao habe ihm während einer seiner Sitzungen an Haos Frühstückstisch eine Bestätigung von LeQuang Uyen gezeigt, daß das Geld auf Browns Konto transferiert worden ist.

Aber nach Haos Rückkehr aus Vietnam stieg die Spannung zwischen den beiden Männern, Hao drohte mehrmals damit, Browns Einfluß gegen ihn geltend zu machen, sagte Binh zu unseren Korrespondenten. Einmal habe Hao sogar damit gedroht, die vietnamesische Reigerung zu veranlassen, Agenten zu schicken, »die sich um mich kümmern«, sagte Binh.

Binh erzählte seine Geschichte Polizeibeamten sowohl in Florida als auch in Washington, die seine Geschichte im Rahmen ihrer Möglichkeiten untersuchten und sich für die Ehrlichkeit des Vietnamesisch-Amerikaners verbürgten.

Binh erzählte, er habe sich mit der FBI-Dienststelle in North Miami Beach in Verbindung gesetzt, und der aufsichtsführende Sonderermittler Steven H. Gurley und der Sonderermittler Michael W. Lowe hatten eine Untersuchung eingeleitet. Der Sonderermittler Dale A. Pruna, ein Spezialist der Dienststelle für Angelegenheiten, die Vietnam betreffen, der fließend Vietnamesisch spricht, wurde vom Hauptsitz des FBI in Washington hinzugeholt.

Im Laufe der Ermittlungen, sagte Binh, händigten sie ihm ihre Visitenkarten aus und schrieben ihren direkten Telefonanschluß, den ihrer Wohnungen und die Nummer ihres Funktelefons darauf. Binh händigte »The Spotlight« Kopien aller Karten der Agenten aus, die ihm überreicht worden waren.

Außerdem erhielt Binh, dem sie den Decknamen »Radar« gaben, ein besonderes Funktelefon, damit er mit ihnen in Verbindung bleiben konnte. Dies wurde inzwischen zurückgenommen, sagte Binh, der glaubt, die Dienststelle sei unter Druck gesetzt worden, von der Sache abzulassen.

Die US-Presse schweigt zu diesem Thema

Obwohl Binhs Enthüllungen in einigen kleinen vietnamesischsprachigen Zeitungen in den Vereinigten Staaten, darunter die Mai-Ausgabe von »Van Thang«, die in Alexandria erscheint, veröffentlicht wurden, konnte er bislang noch keine landesweite Zeitungen dazu bringen, seinen Bericht abzudrucken.

Offiziell will das FBI weder bestätigen noch dementieren, daß es eine Untersuchung durchführt.

Anfragen an das Handelsministerium wurden entweder ignoriert oder den Reportern wurde nahegelegt, ihre Fragen schriftlich zu formulieren. CNN sandte eine Reportermannschaft, um Binh über dessen Behauptungen zu befragen, hat aber bislang noch nichts ausgestrahlt. Binh sagte auch zu »The Spotlight«, er habe sich an viele andere Nachrichten-Organisationen gewandt, von denen aber keine seinen Bericht gebracht habe.

Die Vietnam Development Corporation hat anscheinend ihr Büro an der Wall Street in New York geschlossen. Binh glaubt, daß Hao nach Vietnam zurückgekehrt ist. □

Nordkorea

Mit einem Atomschlag die USA erpressen

Mike Blair

Nordkorea, eines der gefährlichsten und unberechenbarsten Länder der Welt, droht mit einem atomaren Wutanfall der Weltklasse, falls die Vereinigten Staaten von Nordamerika das Land nicht anerkennen wollen.

Nordkorea greift zu nuklearen Erpressungsmethoden, um Anerkennung und wirtschaftliche Bindungen sowie Hilfe von den Vereinigten Staaten zu erzwingen.

Zur Befriedigung des alten Ehrgeizes

Das kommunistische Regime des harten Kurses nutzt die Tatsache aus, daß es ein Arsenal an unfertigen Atomwaffen entwickelt hat, um die Regierung von Bill Clinton dazu zu veranlassen, erstens einmal diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Seitdem die Vereinbarung zum Waffenstillstand von 1953 den Korea-Krieg beendet hatte, weigern sich die Vereinigten Staaten, diplomatische Beziehungen zur nordkoreanischen Regierung aufzunehmen.

Unter der Drohung, seine Atomschlagkraft weiter zu entwickeln und den Vereinigten Staaten und Südkorea den Krieg zu erklären, ist es der nordkoreanischen Regierung bereits gelungen, die Clinton-Regierung dazu zu zwingen, diplomatische Verhandlungen auf hoher Ebene mit ihr aufzunehmen. Amerikanische und südkoreanische Regierungsbeamte befürchten, daß das unberechenbare Regime in Nordkorea schließlich seine Atomwaffen einsetzen könnte, um ihren Jahrzehnte alten Ehrgeiz zu befriedigen, die beiden Korea unter einer vom kommunistischen Norden dominierten Regierung zu vereinigen.



US-General Robert W. RisCassi: »Das Regime Nordkoreas sieht sein Atomprogramm als lebenswichtig für sein Fortbestehen an.«

Gespräche bei den Vereinten Nationen

Der assistierende amerikanische Außenminister für politische und militärische Angelegenheiten, Robert L. Gallucci, hatte in der amerikanischen Mission bei den Vereinten Nationen in New York mit dem nordkoreanischen stellvertretenden Außenminister Kang Sok Ju Gespräche geführt, um die Nordkoreaner dazu zu bewegen, die Entwicklung ihrer Atomwaffen einzustellen, und sie davon abzuhalten, aus dem Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen auszuscheiden.

Bislang haben die Vereinigten Staaten zugestimmt, gemeinsame Manöver mit Südkorea, die wie die Nordkoreaner behaupten Vorbereitungen für einen Krieg gegen sie sind, einzustellen. Außerdem hat die Clinton-Regierung versprochen, niemals Atomwaffen gegen Nordkorea einzusetzen und den Nordkoreanern zu gestatten, amerikanische Militärstützpunkte in Südkorea zu inspizieren, um sich zu vergewissern, daß die Vereinigten Staaten dort keine nukleare Streitmacht unterhalten.

Als Gegenleistung dafür haben die Nordkoreaner nicht angeboten, den Aufbau ihrer Atomstreitmacht zu stoppen und haben in der Tat nichts geboten, um die derzeit bestehende brisante Situation zu beenden, abgesehen davon, ihre Absicht zu erklären, sich noch in diesem Monat aus einer internationalen Vereinbarung über die Nichtverbreitung von Atomwaffen auszuscheiden erst einmal in der Schwebe zu halten.

Über die atomare Aktivität tief besorgt

General Robert W. RisCassi, der Kommandeur der US-Truppen in Südkorea, hat dem Armed Services Committee des US-Senats mitgeteilt: »Das Regime Nordkoreas sieht sein Atomprogramm als lebenswichtig für sein Fortbestehen an, und es gibt gute Gründe dafür, zu glauben, daß es alles tun wird, um es zu schützen.«

Derzeit sind Experten, die Nordkoreas atomare Aktivität überwachen, tief besorgt darüber, daß das Land sich darauf vorbereitet, 50 Tonnen Uran, das jetzt benutzt wird um einen großen Reaktor in Yongbyon zu betreiben, 90 km nördlich der Hauptstadt des Landes, Pjöngjang, und gleichweit vom Yalu und der rotchinesischen Grenze gelegen, umzuwandeln, um genügend Plutonium zum Bau von mindestens drei Atombomben zu gewinnen.

Unter Druck der International Atomic Energy Agency, einer Behörde der Vereinten Nationen, eine Vollinspektion seiner Einrichtungen in Yongbyon zuzulassen, gab Nordkorea bekannt, es werde sich aus dem Nuclear Non-Proliferation Treaty (Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen) zurückziehen. Dieser Austritt aus dem Vertrag sollte am 12. Juni wirksam werden, wonach zu erwarten war, daß der nukleare Treibstoff aus dem Reaktor entfernt und zum Zwecke der Herstellung von Atomwaffen umgewandelt werde.

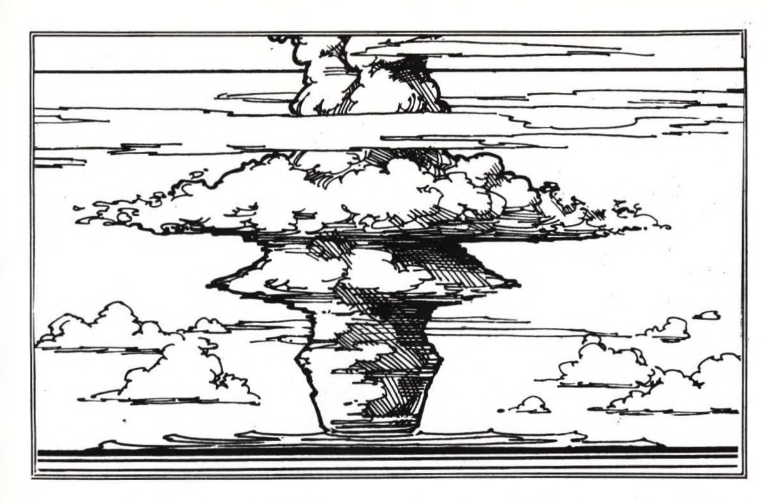
Es wird jedoch angenommen, daß der nukleare Treibstoff bereits aus dem Reaktor entfernt worden ist. Hochauflösungs-Fotografien amerikanischer Spionagesatelliten haben gezeigt, daß die Nordkoreaner ihre Aktivität am Standort des Reaktors verstärkt haben, seitdem sie im März bekanntgegeben hatten, daß sie sich aus dem Vertrag zurückziehen werden.

Unberechenbar und gefährlich

RisCassi wies dem Armed Services Committee des US-Senats, dessen Vorsitzender Senator Sam Nunn ist, gegenüber warnend darauf hin, daß die Vereinigten Staaten »sich von der Zuversicht, die wir während des Kalten Krieges gewannen, man könne Nordkorea in den Griff bekommen, abbringen lassen müssen«.

Der General der US-Army sagte, er sei »mehr und mehr besorgt darüber, daß Nordkorea als unkontrollierbare Folge völliger Verzweiflung oder interner Unstabilität sich zu einem Angriff hinreißen lassen könnte«.

Andere Militärfachleute, die Nordkorea als eines der unberechenbarsten und gefährlichsten Länder der Erde erachten, befürchten, daß das Regime in Pjöngjang sich eine weitere Weltkrise zunutze machen könnte, um einen Angriff auf Südkorea und auf die tausende amerikanische Soldaten, die dort stationiert sind, vom Stapel zu lassen. Nordkorea hat eine der größten Armeen in Asien, insgesamt 1,2 Millionen Mann unter Waffen, eine ziemlich große Luftwaffe, und entwickelt rasch eine mäch-



tige Mittelstreckenraketen-Schlagkraft. Die Raketen, die die Nordkoreaner in Kooperation mit dem Iran entwickeln, können mit nuklearen oder chemisch-biologischen Sprengköpfen ausgerüstet werden.

Die Nordkoreaner erprobten kürzlich eine Rakete, die in Japan einschlagen kann.

Die Warnung der Russen vor biologischen Waffen

Die Russen haben gewarnt, daß ihr Geheimdienst festgestellt hat, daß die Nordkoreaner ein furchterregendes Arsenal zur biologischen Kriegsführung entwickelten, das so tödliche Seuchen wie Milzbrand und Beulenpest einschließt. Außerdem sei bekannt, daß die Nordkoreaner an der Entwicklung verschiedener Waffen zur chemischen Kriegsführung arbeiten.

Die Südkoreaner fürchten, daß Nordkoreas schwer einschätzbares Regime, an dessen Spitze Präsident Kim Il Sung und dessen Sohn, Kim Jong Il, stehen, auch zu einer Angriffsaktion provoziert werden könnte, wenn die Vereinten Nationen auf Grund dessen, daß Nordkorea sich weigert, eine Inspektion seiner Atomeinrichtungen zuzulassen, Handelssanktionen gegen den kommunistischen Staat verhängen.
Der Luftwaffen-Oberst Robert Gaskin, ehemaliger assistierender Direktor des Office of Net Assessment des US-Verteidigungsministeriums, gab bekannt, er habe eine zweijährige Studie der Situation in Nordkorea durchgeführt, aus der hervorgeht, daß die Nordkoreaner unter Verwendung konventioneller Waffen die südkoreanischen Verteidigungsstellungen überwältigen und die Hauptstadt Seoul in »zwei oder drei Tagen« erobern könnten.

Er warnte weiter davor, daß die in Südkorea stationierten 35000 amerikanischen Soldaten »entweder hinweggefegt oder ausgelöscht würden«.

Rotchina ist der große Verbündete

Da Nordkorea bereits von einem Großteil der übrigen Welt isoliert und sein einziger großer Verbündeter Rotchina ist, bezweifeln sowohl die Südkoreaner als auch Japan, daß Handelssanktionen einen sehr großen Einfluß darauf haben werden, die Nordkoreaner dazu zu zwingen, ihre nuklearen Produktionseinrichtungen aufzugeben. Rotchina wird wahrscheinlich seine Vetomacht im Sicherheitsrat geltend machen, um etwaige Handelsbeschränkungen zu verhindern.

»Tatsache ist, daß alle Optionen schlecht sind«, erklärte ein hochstehender japanischer Diplomat. »Militärische Lösungen für das Atom-Problem sind zu gefährlich. Und selbst wenn wir sie durchbringen könnten, würden Wirtschaftssanktionen wahrscheinlich auch nicht viel nützen.« □



Naher Osten

US-Präsident Clinton läßt seine Pläne darlegen

P. Samuel Foner

»Die Annäherung der Clinton-Regierung an den Nahen Osten ist eine nach der Demokratie orientierte Außenpolitik, die mit unseren Freunden und Alliierten sowie mit Gegendrohungen radikaler Regime funktioniert«, äußerte Martin Indyk, der Verantwortliche für die amerikanische Außenpolitik dem Nahen Osten gegenüber.

Mit dem altgedienten israelischen Agenten Martin Indyk als Verantwortlicher für die nahöstliche-islamische Außenpolitik der Clinton-Regierung sind weitere Unruhen in diesem lebenswichtigen Bereich der Welt unvermeidlich.

Mit Hilfe des Mossad

Der Schlüssel für den Indyk-Plan ist das Wort »Demokratie«, das bei Amerikanern Eindruck machen soll. Aber so wie dieser Begriff von der Clinton-Regierung im Nahen Osten offenbar verstanden wird, ist dies gleichbedeutend mit Regimen, die überhaupt keinen Kontakt mehr mit ihren islamischen Wählergemeinschaften haben, unterstützt mit amerikanischen Steuergeldern und geschützt von Sicherheitskräften, die vom Mossad, Israels Geheimpolizei, ausgebildet wurden.

Solche Regime stehen Amerikas Lieblingsverbündetem – das heißt Israel – freundschaftlich gegenüber. Speziell nannte Indyk in seiner Rede vor dem Washington Institute – ein Israel-Zuerst Think Tank – Ägypten und Saudi-Arabien.

Dies sind zwei der »Demokratien« auf die Indyk sich bezieht. Und natürlich Israel wird oft als »einzige Demokratie im Nahen Osten« bezeichnet.

Politik zur Schaffung von Diktaturen

»Welch eine Heuchelei«, sagte ein in Washington ansässiger Politologe, der darum bat, daß seine Identität geschützt wird. »Die Politik der Clinton-Regierung besteht darin, Diktaturen zu schaffen, die den Vereinigten Staaten wohlgesonnen sind und von Israel geleitet werden.«

Und, wie in der vergangenen Zeit erörtert wurde, erklärte Indyk, daß die Vereinigten Staaten die Wirtschaften sowohl des Irans als auch des Iraks zerstören werden. Wenn auch militärische Aktionen nicht direkt angeregt wurden, so waren diese doch stillschweigend eingeschlossen. Es gibt kein Übereinkommen mit Saddam Hussein, erklärte Indyk. Die Vereinigten Staaten werden nicht eher zufrieden sein, bis ein »demokratisches« Regime vom irakischen Nationalkongreß (INC) »als demokratische – hier ist das Wort schon wieder – Alternative zum Saddam-Hussein-Regime geführt wird«, sagte Indyk.

Aber wer war oder ist der INC? Es ist eine Gruppe von Politikern, die blindlings von amerikanischen Steuerzahlern unterstützt werden und denen kürzlich

Naher Osten

US-Präsident Clinton läßt seine Pläne darlegen

30 Millionen Dollar ausgezahlt wurden, um je nach Erfolg der amerikanisch-israelischen Pläne, Saddam Hussein zu stürzen, als »demokratische Führer« in »Wartehaltung« zu verharren. Sie waren schon seit 30 Jahre nicht mehr im Irak. Die Gruppe führt seit Jahren in London ein »high life« und unternahm kürzlich eine Stippvisite nach den USA zu einer sehr geheimen Sitzung mit US-Vizepräsident Al Gore.

Indyk räumte ein, daß ein starker Iran und Irak »einen bedeutenden Einfluß auf unsere Fähigkeit, den Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu fördern, hat«.

Natürlich. Eine nationalistische arabische Regierung, kein Lakei für die Vereinigten Staaten und Israel, wird keiner Friedensvereinbarung, die Israel zum einzigen Land macht, das in diesem Gebiet der Welt einen Angriffskrieg führen kann, ihre Zustimmung erteilen.

Mubarak sitzt auf einem Vulkan

Aber »Demokratien«, wie Clinton und Indyk sie sich vorstellen, werden bei dem Programm mitziehen. Wir haben bereits die »Demokratie« Ägypten unter die Lupe genommen. Hosni Mubarak verliert seinen festen Griff.

Seine Sicherheitskräfte werden vom Mossad ausgebildet und dirigiert. Er hat keinen Kontakt mehr zu seinem Volk und sitzt auf einem Vulkan.

Ein weiteres Beispiel dafür, was Indyk unter »Demokratie« versteht, ist Algerien. Es gab unter den unterdrückten islamischen Massen dort für kurze Zeit Hoffnung darauf, daß die Clinton-Regierung die Unterstützung des korrupten diktatorischen Regime durch Amerika beenden würde. Falsche Hoffnung.

Während der Bush-Regierung unterwanderte eines der erfolgreichsten Joint-Ventures zwischen CIA und Mossad Algerien. Nach dem Sturz des Führers der algerischen Unabhängigkeit, Ahmed Ben Bella, Algeriens erster Präsident, wurde den Algeriern der vom CIA unterstützte Houari Boumedien aufgezwungen, der den Vorsitz über eine korrupte



Martin Indyk: »Die Annäherung der Clinton-Regierung an den Nahen Osten ist eine nach der Demokratie orientierte Außenpolitik.«

Elite von Profitmachern und moslemfeindlichen Elementen führte.

Eine Mißwirtschaft stürzte 90 Prozent der Bevölkerung in bittere Armut. Boumedien wurde dann von einem anderen CIA-Mann, Chadli Bendjedid, abgelöst. Chadli führte Algerien zum Wohlergehen der korrupten Elite, die ihre Taschen mit den Ressourcen des Landes vollstopften. Die Verfolgung von Moslems ging unvermindert weiter und führte schließlich zu einer Gegenreaktion gegen Korruption.

Während die Arbeitslosigkeit sich auf 50 Prozent belief, reiste Chadli mit seinem Entourage beauftragter Agenten, die von angehenden Unternehmern in Algerien Bestechungsgelder erhielten, um die Welt. In den Vereinigten Staaten wurde Chadli zwei Monate, nachdem seine Armee auf protestierende algerische Studenten geschossen hatten, wobei 746 von ihnen getötet wurden, mit großem Pomp im Weißen Haus empfangen.

Chadli wurde auch von allen Lichtgestalten der zionistischen Interessengruppen in Amerika auf einem roten Teppich empfangen.

Unabhängigkeit Algeriens verraten

So hatte Chadli die algerische Unabhängigkeit verraten und 90 Prozent der Bevölkerung in permanente Armut gestürzt. Aber es war Chadlis Verachtung gegenüber dem Islam, die die Niedergetretenen zu einer machtvollen islamischen Koalition, bekannt als Islamische Heilsfront (FIS) vereinigten. Am 27. Dezember 1991, bei den ersten Mehrparteienwahlen, die jemals in Algerien abgehalten wurden, errang die Koalition einen niederschmetternden Sieg und holte 80 Prozent der Sitze im Parlament. Die FIS sagte, sie habe 92 Prozent der Stimmen des Volkes errungen, aber es gab keine Zeit mehr zum Nachzählen.

In großer Panik wandte Chadli sich um Hilfe an seine Freunde in Tel Aviv und Washington. Aber das Vertrauen in die vom CIA von Hand ausgesuchte Marionette war dahingeschwunden. Er »trat zurück«, zugunsten einer Militärjunta, die sich der Hohe Staatsrat nannte. Der Hohe Staatsrat annullierte die Wahlergebnisse vom 14. Januar 1992. Mohamed Boudiaf wurde aus seinem 35jährigen Exil in Marokko zurückgerufen, um als Frontmann für den Rat an die Spitze des Landes zu treten.

Kurz darauf wurde die Heilsfront verboten und offiziell aufgelöst. Bekannte Mitglieder wurden zusammengetrieben und in Konzentrationslager gesteckt, wenn sie nicht getötet wurden. Beobachtern der Szene zufolge gibt es heute in Algerien etwa 200000 Menschen in Konzentrationslagern. Sie werden als gefährlich für das Regime, das heißt, als Nationalisten, erachtet.

Seltsamerweise – oder vielleicht auch nicht – wurden diese massiven Menschenrechtsverletzungen, wenn überhaupt, in den großen Zeitungen der Welt, einschließlich der »New York Times« und der »Washington Post«, kaum beachtet.

Heute ist die Junta immer noch im Geschäft, unterstützt von Tel Aviv und Washington; der Mossad ist für die Sicherheit verantwortlich, es gibt keine Wahlen und es herrscht ein Klima der Angst.

Diktatoren von den USA geliebt

Dies ist eine Demokratie im Stil von Indyk. Ebenso wie die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten sich bei den kommunistischen Diktatoren in Europa – wie zum Beispiel Nicolae Ceausescu in Rumänien vor seinem Sturz und Hinrichtung – einschmeichelten, so segnen die Vereinigten Staaten Diktatoren in islamischen Ländern.

Und die Lage in Tunesien, nordöstlich von Algerien, ist die gleiche wie im großen Nachbarland. Der Präsident ist ein Mann namens Ben Ali, der nach dem Staatsstreich von 1987, bei dem Habib Bourgiba gestürzt wurde, an die Macht kam. Obwohl letzterer nicht gerade ein Musterbeispiel für demokratische Tugend war, war er zumindest mild und nationalistisch. Er mußte gehen.

Ali ist ein Kumpel von Amerika und Israel, hat einen vom Mossad ausgebildeten Sicherheitsdienst, und verfolgt aktiv die islamische Mehrheit. Moslemische Führer werden von »Todesschwadronen«, die vom Mossad ausgebildet werden, ermordet, und wie in Ägypten werden islamische Fundamentalisten festgenommen und in Konzentrationslager verfrachtet, wo sie festgehalten werden, ohne irgendwelche Verbindungen aufnehmen zu können.

Tunesien ist somit ein weiteres Beispiel für die Art von »Demokratie«, wieder einmal die »Demokratie«, auf die die Clinton-Regierung – wie von Indyk artikuliert – ihre Außenpolitik stützt. Können islamische Aufstände noch weitere vier Jahre unterdrückt werden? Das ist die Frage, die unter gutunterrichteten Beobachtern des Nahen Ostens und des Islam erörtert wird. Die allgemeine Antwort darauf ist »Nein«. □



Adnan Khashoggi

Ereignisse im Nahen Osten sind kein Zufall

Naim Giladi

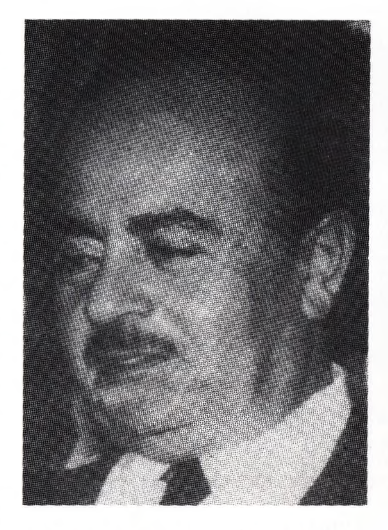
Eine Kooperation zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor ist in der Welt der Geheimdienste nichts Neues, wie der seltsame Fall des internationalen Waffendealers Adnan Khashoggi erhellt. Naim Giladi ist der Vorsitzende der World Conference of Jews in den islamischen Ländern.

Der allgemeinen Öffentlichkeit ist Adnan Khashoggi als im Wohlstand lebender Unternehmer bekannt, der für seine großzügigen Stiftungen an Universitäten und anderen karitativen Einrichtungen gesellschaftliche Prominenz erreicht hat. Und dennoch hat dieser saudische Waffenhändler und undurchsichtige Geheimagent den gewöhnlichen Amerikanern – zusammen mit Krisen-Schlagzeilen – mehr verschleuderte Steuergelder aufgehalst als irgendein amerikanischer Senator.

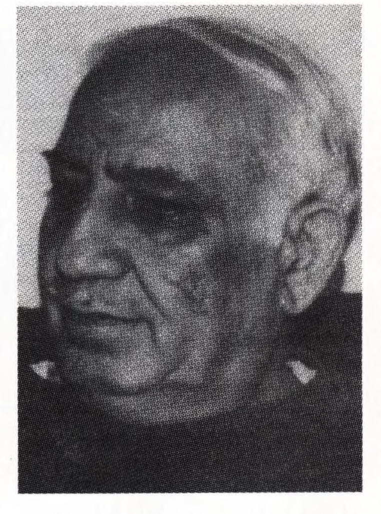
Hinter den offiziellen Statements und den Leitartikeln des Establishments sind es finstere Waffenhändler, verdeckte Agenten, Bestechungs-Broker und Söldner wie Khashoggi und seine Verbündeten, die den Verlauf der Ereignisse im Nahen Osten und fast überall in Afrika bstimmt haben.

In enger Zusammenarbeit mit dem CIA und dessen Verbündeten, dem Mossad, Israels Geheimdienst, stürzt dieses unsichtbare Netzwerk von Betrügern, Gebrauchsgüter-Spekulanten, »Konflikt-Bewältiger« und einflußreichen Straßenhändlern Regierungen und setzt sie ein, entfacht Rebellion und Bürgerkrieg, sahnt Milliarden verborgener Gewinne ab und läßt Unruhen, Verwüstung und Hungersnot in ihrem Kielwasser zurück.

Nachdem ich mein ganzes Leben mit Journalismus und mit öffentlichen Angelegenheiten sowohl im Osten als auch im Westen verbracht habe, kam ich nach Monaten von Interviews mit kenntnisreichen Beobachtern aus diesen heimgesuchten Regionen zu dieser Schlußfolgerung. Ich habe hunderte von Dokumenten in arabischer und hebräischer Sprache studiert und kam im Laufe der Zeit zu einem Bild, das Bände spricht.



Adnan Kashoggi, internationaler saudischer Waffendealer und undurchsichtiger Geheimagent.



Naim Giladi, Vorsitzender der World Conference of Jews in den islamischen Ländern.

Ein geheimnisvolles Foto

Eine Fotografie, die 1981 aufgenommen, aber hierzulande niemals gesehen wurde, zeigt Khashoggi in einer Geheimsitzung mit Ariel Sharon »Der Schlächter«, damals Israels Verteidigungsminister, und Gafaar Nimeiry, seinerzeit Präsident des Sudans. Das Gesprächsthema auf jener Sitzung war eine geheime, im Sudan ansässige Operation, geplant von Khashoggi und Sharon, organisiert vom Mossad und darauf abzielend, Irans fundamentalistisches Regime zu stürzen. Die Finanzierung kam von der Familie des entmachteten und mittlerweile verstorbenen Schah von Persien und anderen wohlhabenden iranischen Exilanten, in der Größenordnung von etwa 240 Millionen Dollar. Die Verschwörung ging in die Hose, zum Teil deswegen, weil Khashoggi und seine Verbündeten das halbe Budget in die eigene Tasche steckten.

Aber es gab noch einen anderen Grund: Obwohl Khashoggi dieses terroristische Unternehmen förderte, schloß er auch Abkommen mit der islamischen Regierung des Irans, die er eigentlich unterminieren sollte, ab. Khashoggi verkaufte an Irans fundamentalistische Führung Waffen und Sicherheitsgerät, das dazu bestimmt war, ihr Verteidigungswesen – einschließlich den Schutz gegen solche Verschwörungen – aufzubessern.

Beide Seiten gegeneinander auszuspielen, ist seit langem eine der gerissensten Taktiken Khashoggis, verlautet aus Kreisen, die über seine Tätigkeiten bestens informiert sind. Ende der siebziger Jahre ebnete er den Weg für das, was als die Abkommen von Camp David zwischen Israel und Ägypten bekannt geworden ist, indem er beträchtliche Bargeld-»geschenke« an Anwar Sadat, damals Präsident von Ägypten, und einige seiner Schlüssel-Gehilfen fließen ließ.

Die Schmiergelder, die wie berichtet wird, von der saudischen Monarchie kamen, gaben dem ägyptischen Führer ein lebhaftes Gefühl für eine noch größere Goldgrube, die er einstreichen könnte, indem er zu einer »gemäßigteren« Politik übergehen und sich an Israel verkaufen würde. Dieser fehlgeschlagene Plan hat die amerikanischen Steuerzahler bislang 50 Milliarden Dollar gekostet, während Ägypten in eine »Hölle« der Korruption, Unterdrückung und sich ausbreitende Revolte verwandelt wurde, wie selbst das stark israelfreundliche »Wall Street Journal« Mitte Juni dieses Jahres einräumte.

Jetzt wurde Khashoggi als der undurchsichtige Manipulator hinter einer ähnlichen Intrige, die darauf abzielt, eine »Annäherung« zwischen Israel und Libyen zu vermitteln, erkannt. Aber der starke Mann Libyens braucht sich nur die Folgen anderer Förderungen Khashoggis noch einmal vor Augen zu führen, um jegliche Deals abzulehnen, die von diesem schlüpfrigen Vermittler angeregt werden.

Nachdem der Präsident des Sudan Bestechungsgelder in Höhe von einer Million Dollar angenommen hatte, um dem Mossad zu gestatten, von seinem Land aus verdeckte Operationen zu inszenieren, wurde seine eigene Regierung destabilisiert und er wurde schließlich entmachtet. Der Sudan versank in Anarchie, Bürgerkrieg und Hungersnot. Heute ist dieses einst vielversprechende Land, das in seiner Region der größte Empfänger von amerikanischer Hilfe war, ein hoffnungsloses Ödland.

Ägypten ist, wie schon gesagt, ebenfalls in eine katastrophale rückläufige Entwicklung geraten, nachdem seine Führer Khashoggis Schmeicheleien verfielen. Und es gibt noch weitere Länder, darunter Marokko, Algerien, Liberia und die Philippinen, wo Khashoggis geschmeidige Unterwanderung Regierungen korrumpiert und anschließend zu Fall gebracht hat. □

Südafrika

Kuddelmuddel als Politik

Deirdre Fields

Eine neue Bewegung, die sich als Bastion gegen eine Übernahme Südafrikas durch Kommunisten darstellt, ist vielleicht nicht das, was sie zu sein vorgibt.

»Tötet den Farmer, tötet den Buren«, war die anläßlich der Beerdigung des kommunistischen Führers Chris Hani vom African National Congress (ANC) ausgegebene unmißverständliche Direktive. Weiße Farmer sind seit Beginn des vergangenen Jahres die Zielscheiben eskalierter terroristischer Aktionen des ANC; und als Reaktion auf die letzten Tötungen ließen 15000 Farmer am 6. Mai dieses Jahres auf einer Massenversammlung in Potchefstroom ihre Wut aus und drohten damit, im Falle auch nur eines weiteren Mordes an einem Farmer, den sie als Kriegserklärung gegen sich auffassen würden, zu den Waffen zu greifen.

Süd-Afrikas Präsident F.W. DeKlerk mit dem Vorsitzenden des African National Congress (ANC) Nelson Mandela.

In seiner Ansprache rief General Constand Viljoen – kürzlich in Ruhestand getretener Chef der südafrikanischen Verteidigungsstreitkräfte – zur Solidarität unter den Afrikanern auf. Am darauffolgenden Tag wurde in Prätoria die Bildung einer »Volksfront« (Front der nationalen Solidarität der Afrikaner) unter der Führung des Ausschusses der Generale – vier im Ruhestand lebende Generale – bekanntgegeben. Die Front nahm für sich in Anspruch, 21 pro-weiße politische Gruppen, Parteien und kulturelle Organisationen zu vereinigen. Viljoen fungiert als Vorsitzender.

Der Aktionsverlauf der südafrikanischen Regierung, von der Befreiung des kommunistischen, terroristischen Führers des ANC Nelson Mandela bis zu Verhandlungen mit dem ANC/South African Communist Party (SACP), die mit der kürzlichen Ankündigung von Ein-Mann-eine-Stimme-Wahlen am 27. April kommenden Jahres ihren Höhepunkt erreichten, hat Südafrika auf Kollisionskurs mit Bürgerkrieg gebracht. In diesem Klima ist eine nationale Solidarität dringend erforderlich, und eine solche ruhmreiche militärische Führung muß für die verratenen und im Stich gelassenen Weißen Südafrikas attraktiv sein.

Versagen der Vereinigten Front

Der Kampf der Weißen ist im letzten Jahrzehnt durch das Versagen der Conservative Party (CP) und der Herstigte Nasionale Party (HNP), eine vereinigte Front darzustellen, gekennzeichnet. Der Führer der CP, Andries Treurnicht, das einzige größte Hindernis gegen eine solche pro-weiße Einheit, ist jedoch soeben verstorben. Die Bedingungen für eine Einheit zwischen der CP und der HNP, und, wenn Wahlen nur für Weiße abgehalten werden, für den Sturz von F. W. DeKlerk, Südafrikas Premierminister von der Nationalist Party, scheinen derzeit günstiger als je zuvor zu sein.

Seit 1991 strebt die HNP eine Volksfront an, die pro-weiße Gruppen nur über zwei grundlegende Fragen einigen würde.

Wahlen nur für alle Weißen zu fordern, wie es die derzeitige Verfassung – das DeKlerk-Regime arbeitet derzeit ohne Mandat – verlangt; und DeKlerk und die Nationalist Party zu schlagen, um damit Verhandlungen zwischen ANC/SACP (»Codesa-Gespräche«) zu vereiteln.

Die vier Generale haben diesen Gedanken an eine Volksfront jedoch von der HNP »entführt«, und die neue Organisation soll sich im Prinzip grundsätzlich unterscheiden:

In einem Brief an Jaap Marais (Führer der HNP) konnte Vilgoen sich nicht dazu durchringen, zu sagen, daß DeKlerk gehen muß; auch in seiner Ansprache in Potchefstroom lehnte er zwar Verhandlungen ab, trat jedoch für die Wiederherstellung der »D.F. Malan-Vereinbarung« mit dem ANC ein. Diese Vereinbarung unterscheidet sich wenig von dem bei den Codesa-Gesprächen ausgearbeiteten Verfassungsentwurf und kann kaum als Grundlage für einen Widerstand der Weißen gegen ihren Verrat angesehen werden.

Von daher gesehen, müssen diese beiden wichtigen Gesichtspunkte so betrachtet werden, daß sie der regierenden Nationalist Party in die Hände spielen.

Die neue Volksfront

Die neue Volksfront wird stark von der CP dominiert sein, mit 40 Repräsentanten dieser Partei in der »Politik machenden Körperschaft«, und weiteren 15 bis 20, die aus anderen kleinen kulturellen oder politischen Gruppen ausgewählt wurden. Die andere große politische Partei, die HNP, soll als »besorgte politische Gruppe« mit nur einem Repräsentanten auf die gleiche Stufe gestellt werden.

Trotz ihrer militärischen Führung ist diese neue Organisation nicht als militärische Organisation gedacht, sondern sie wäre de facto eine neue politische Partei, die den beiden politischen Parteien, deren Autonomie damit ein Ende finden würde, ihre Bedingungen auferlegt.

Im derzeitigen Stadium haben sich zumindest zwei wichtige politische Mitspieler nicht angeschlossen: Die Afrikaner Resistance Movement hat sich von der Volksfront distanziert und sagt, der Plan der Generale müsse mit »Argwohn« betrachtet werden. Die HNP will der Bewegung beitreten, vorausgesetzt, daß die Volksfront sich über zwei Punkte einigen kann, die sie als Grundlage zur Einigung vorgetragen hat (siehe oben), und es besteht kein Zweifel darüber, daß sie dann eine ausgewogene Vertretung bekommen wird.

Die Medien befassen sich bereits mit der neuen Bewegung, und diese verspricht, das einzige Spiel an der pro-weißen Front zu werden, so daß jede Gruppe, die eine Beteiligung ablehnt, dazu verurteilt zu sein scheint, für die Geschichte Südafrikas zu einer Fußnote zu werden. Der gut unterrichtete Beobachter kann jedoch nicht umhin, ernsthafte Bedenken zu haben, ob diese Organisation die Funktion erfüllen wird, die weiße Gegenbewegung zu erorbern und sie aus einer Sackgasse zu führen, jetzt, wo das Land sicher an ein kommunistisches, terroristisches Regime ausgeliefert wird. □

Ägypten

Das Dilemma wird immer größer

Warren Hough

Die prekäre wirtschaftliche und politische Lage der ägyptischen Regierung, dank ihrer brutalen Unterdrückung und massiven Korruption, wird immer offensichtlicher. Jetzt greifen auch die Medien des Establishments das Thema auf.

Ägypten, das lange Zeit als »demokratischer Verbündeter des Westens« und »Partner für den Frieden« im Nahen Osten dargestellt wurde, weil es einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet hat, wird endlich als das korrupte und brutal regierte Land entlarvt, das es in Wirklichkeit ist.

Die Zeit für Mubarak ist abgelaufen

Mitarbeiter des nationalen Sicherheitsdienstes des Weißen Hauses waren über die ersten Hinweise auf diese unerwartete Wende der Ereignisse, wie sie aus einem Leitartikel im »Wall Street Journal«, einer Tageszeitung des Establishments, dessen Hingabe an Israels Interessen von den Lobbyisten des Kleinstaates oft mit ausgewählten durchgesickerten Informationen belohnt wird, hervorgeht, »völlig verblüfft«.
In dem Bericht wird die Einschätzung der Lage, in der sich das Land befindet, detailliert beschrieben. Es heißt in dem Leitartikel: »Ägyptens Hosni Mubarak steht kurz davor, von einer Flut des islamischen Fundamentalismus hinweggespült zu werden, trotz massiver Auslandshilfe aus den Vereinigten Staaten und trotz der vom Mossad, Israels Geheimdienst, geleisteten Sicherheitsdienste.«

Schon im Frühjahr 1980, weniger als ein Jahr, nachdem die sogenannten Camp-David-Abkommen unter lautstarkem Jubel seitens der Medien des Establishments unterzeichnet wurden, warnte CODE davor, daß eine Trennung Ägyptens von seinen arabischen Nachbarn »nur den unehrlichen Bürokraten und israelischen Agenten, die den Pakt hauptsächlich arrangierten, um die Brieftaschen der amerikanischen Steuerzahler zu leeren«, nutzen werde.

Die Folgen von Korruption und Heuchelei

In den darauffolgenden Jahren waren nach einer Reihe von Exklusiv-Interviews mit Edwin Wilson, ein ehemaliger Spitzenagent des CIA, der wegen illegaler Waffenexporte im Gefängnis saß, und anderen Untersuchungsergebnissen »The Spotlight« und CODE die ersten landesweit erscheinenden Blätter, die im Einzelnen dokumentierten, daß »Verschwendung, Heuchelei, systematische Korruption und Schmiergelder in Millionenhöhe für intrigierende Bürokraten« die einzigen »Erfolge« des durch den Camp-David-Deal produzierten Techtelmechtels zwischen Israel und Ägypten waren.

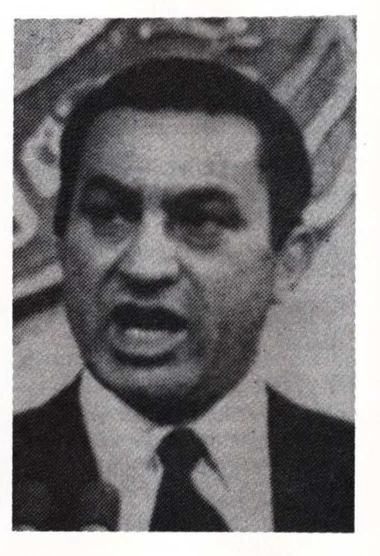
Fünf hochrangige Washingtoner Beamte, darunter der oberste Leiter für die Beschaffung von Kriegsgerät des US-Verteidigungsministeriums, der stellvertretende Direktor des CIA und Generalmajor Richard Secord, seinerzeit verantwortlich für nahöstliche Angelegenheiten im US-Verteidigungsministerium, verloren unter den Nachwirkungen der Entlarvung ihre Ämter.
In ihren analytischen Berichten und Leitartikeln erklärten »The Spotlight« und CODE die strategische Bedeutung derartiger Amtsmißbräuche. CODE Stellte erst kürzlich fest: »Hosni Mubarak gehört jetzt zu den Staatschefs, deren Überleben an der Macht nur durch massive amerikanische Hilfe und grausame Unterdrückung ermöglicht wird.«



Am 17. September 1978 wurde das Camp David-Abkommen zwischen Israels Menachem Begin (mit Brille), Ägyptens Anwar Sadat und US-Präsident Jimmy Carter unterzeichnet.

Die Medien des Hauptstroms

Aber die Medien des Hauptstroms, stets um die Interessen Israels besorgt, stimmten mit den Washingtoner Bürokraten des nationalen Sicherheitsdienstes darin überein, daß eine Entlarvung des zugrundeliegenden Betrugs, der Amtsmißbräuche und der steigenden Kosten für die Unterstützung des Mubarek-Regimes »die Camp-David-Allianz destabilisieren« und »wir Ägypten verlieren« könnten, wie der ehemalige Herausgeber der »New York Times«, Richard Burt, es formulierte.
Nach mehr als einem Jahrzehnt der Verteidigung der ägyptisch-israelischen Mesalliance als »große diplomatische Errungenschaft«, setzte das »Journal« Mitte Juni dieses Jahres seine Leser urplötzlich davon in Kenntnis, daß die Folge der »30 Milliarden-Dollar (Mindestschätzung), die Amerika nach Ägypten hineingepumpt habe, nichts anderes als eine kleine Hölle ... des Betrugs, der Begünstigung, des Versagens und der durchdringenden Korruption auf Regierungsebene sei«.



Hosni Mubarak und seine Regierung scheint von einer Flut des islamischen Fundamentalismus hinweggespült zu werden.

Mubaraks Hoffnung, sich an der Macht halten zu können, beruhe nicht auf der Unterstützung des »Volkes« oder der »Demokratie«, räumte das »Journal« ein, sondern auf »brutale Unterdrükkung« durch bewaffnete Streitkräfte. Bei immer größer werdender Unruhe und aufflammendem islamischem Eifer breiten sich jedoch gewalttätiger Aufruhr wie ein Buschbrand aus, gab der ägyptische General Mourad Dessouki zu.
»Dieses Land steht am Abgrund einer Explosion, wie der Libanon im Jahre 1975«, warnte Dessouki die Tageszeitung an der Wall Street. Und im Falle eines allgemeinen Aufstands »bezweifle ich sehr, daß ägyptisches Militär um einer derart unpopulären Regierung willen auf die Menschen schießen wird«, sagte der General abschließend. □

Hintergrund-Journal

Südost asiatische Verbindungen vorgeschlagen

Die Transportminister von Vietnam, Laos und Thailand trafen sich in Thailand, um einen Plan zum Bau einer Straße, die die drei Länder miteinander verbindet, zum Abschluß zu bringen, berichtet die in Hanoi erscheinende »Voice of Vietnam«. Die Minister entschieden, welche der bereits genehmigten Straßen am besten geeignet sind.

Eine Sprecherin für die Beratungsfirma, die das Projekt bearbeitet, sagte, daß die drei Länder darüber sprechen müssen, wie die Verantwortlichkeiten aufzuteilen sind und wie die Gelder beschafft werden sollen. Aber sie war zuversichtlich, daß die Arbeiten an der Straße Anfang 1994 beginnen und nicht länger als zwei Jahre zur Fertigstellung benötigen werden.

Kooperation zwischen China und Rußland geplant

Laut Meldung der offiziellen chinesischen Nachrichtenagentur Xin-hua werden China und Rußland bei der Verwendung von Atomenergie zusammenarbeiten und eine gemeinsame Forschung zur Konstruktion von Reaktoren betreiben, wobei Rußland plane, zehn Wissenschaftler für dieses Projekt nach China zu entsenden, berichtete UPI.

Die zehn russischen Wissenschaftler sollen sich an gemeinsamen Forschungsarbeiten für einen hybriden Fusions-Spaltungs-Reaktor beteiligen, der als leistungsfähigerer Erzeuger von Kernenergie angesehen wird, und werden Vorplanungskonstruktion und Technologie-Zweckmäßigkeitsforschung betreiben.

Auf einer Konferenz in Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan, führten chinesische und russische Wissenschaftler kürzlich Gespräche über verschiedene nukleare Fragen, darunter Konstruktion, Technologie, Abfallbeseitigung und Umweltschutzssicherheit.

China hat bereits Verträge zum Kauf eines in Rußland gebauten Kernkraftwerks abgeschlossen, das in der nördlichen Provinz Liaoning seinen Standort haben soll, hat aber dementiert, daß es eine große Anzahl von russischen Wissenschaftlern anheuern wolle. □

Laos will Thailand in ein gemeinsames Energie-Projekt einbinden

Laos wünscht, daß die thailändische Regierung, über die Electricity Generating Authority of Thailand (EGAT) Mit-Investor bei dem gigantischen hydroelektrischen Projekt Nam Theun in der Zentral-Region wird, berichtet die »Bangkok Post«. Die laotische Regierung hat über die Möglichkeit diskutiert, das Projekt in Angriff zu nehmen, dessen Kosten auf über eine Milliarde Dollar geschätzt werden und an dem sich Privatfirmen aus einer Reihe von Ländern, darunter Thailand, Australien und Skandinavien, beteiligt werden.

Das Projekt würde stufenweise durchgeführt, mit einer Stromerzeugungskapazität von zuletzt 810 Megawatt in der Endstufe. Das Gesamtprojekt, gegenüber von Nakhom Phanom in Thailand gelegen, soll im Jahr 2000 fertiggestellt sein.

Der laotische Minister für Industrie, Kkammon Phonkeo, sagte, der Wunsch, Thailands EGAT als Mit-Investor zu gewinnen, beruhe auf der Annahme, daß der gesamte Ausstoß an elektrischer Energie aus dem geplanten Großkraftwerk nach Thailand exportiert wird, ebenso wie der Strom aus anderen hydroelektrischen Großprojekten in Laos, die von Vientiane geplant werden.

Thailand, das die Importe von elektrischer Energie aus seinen beiden Nachbarländern – Malaysia und Laos – in die Höhe treiben möchte, um seinen schnell wachsenden Strombedarf zu dekken, stimmt diesem Ziel im allgemeinen zu. Die Regierungen von Thailand und Laos stehen kurz davor, ein Abkommen zu treffen, nach dem Thailand im wesentlichen dazu verpflichtet würde, in Zukunft 1000 bis 1500 MW aus Laos zu importieren.

Eine dementsprechende Denkschrift des gegenseitigen Verständnisses, die bereits unterzeichnet wurde, wird Laos einen Markt für die elektrische Energie sichern, die von rund einem halben Dutzend hydroelektrischen Großprojekten erzeugt wird, die Laos in diesem Jahrzehnt in Angriff zu nehmen plant. Die zusammengefaßte Kapazität dieser Projekte beträgt mehr als 2500 MW, was weit über Laos' Eigenverbrauch, dessen Höhepunkt bei 60 KW liegt, hinausgeht. Exporte von elektrischer Energie aus diesen hydroelektrischen Projekten soll für diesen von Land umschlossenen Staat eine Haupteinnahmequelle von Devisen werden.

Kirgistan tauscht Rubel gegen nationale Währung ein

Die zentralasiatische Republik Kirgistan plant, den Rubel zugunsten einer eigenen nationalen Währung abzuschaffenn. Der Premierminister des Landes, Tursunbek Tschengischew, sagte vor einer Versammlung des Parlaments, der einzige Weg für die Republik nach vorne bestehe darin, ihre eigene Währung zu emittieren und die Rubelzone zu verlassen.

Tschengischew wies darauf hin, daß die ganze Arbeit seiner Regierung wegen der wütenden Inflation, die der schnell abgewertete Rubel ausgelöst hat, zu nichts geführt habe. »Alle unsere Bemühungen, dem wirtschaftlichen Rückgang ein Ende zu bereiten, haben wegen des unkontrollierten Geld- und Kreditsystems zu keinen Ergebnissen geführt«, sagte Tschengischew zu den 313 Deputierten. »Der einzige Weg, unsere Krise zu lösen, besteht darin, unsere eigene nationale Währung in Umlauf zu bringen.«

Nach seiner Rede unterstützte der Vorstandsvorsitzende der Nationalbank, Kemil Nanajew, den Vorschlag und rief dazu auf, daß die neue Währung »sobald wie möglich« eingeführt wird. □

Minister-präsident von Malaysia nach Nordkorea eingeladen

Der nordkoreanische Präsident Kim Il-Sung hat Malaysias Ministerpräsident, Dr. Mahathir Mohammad, nach Nordkorea eingeladen. Die Einladung wurde Anfang Mai ausgesprochen, als eine sechsköpfige Delegation des nordkoreanischen Informations-Ausschusses Dr. Mahathir und den stellvertretenden Ministerpräsidenten Ghafar Baba in Kuala Lumpur aufsuchte. Unter anderen Dingen wurde über den Austausch von Informationen zwischen den beiden Ländern gesprochen, auch über den Austausch von Fernsehprogrammen. Der malaysische Informationsminister Datuk Mohammed Rahmat wird von der Nachrichtenagentur Bernama dahingehend zitiert, daß der Austausch von Nachrichten zwischen den beiden Ländern besonders wichtig sei, da Berichte über Nordkorea und Malaysia meistens über ausländische Nachrichtenagenturen laufen und »manchmal unrichtig« seien.

In seiner Ansprache in Malaysia nannte der nordkoreanische Informationsminister Kim Ki-yong die Bedingungen, die erfüllt werden müssen, wenn Nordkorea dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NPT) beitreten soll, teilt Japans Nachrichtendienst Kyodo mit. Nordkorea will: Erstens, eine neutrale Delegation der International

Atomic Energy Agency und Zusicherungen, daß seine Militäranlagen für ausländische Kontrollen geschlossen bleiben; und zweitens, daß die USA garantieren, keine Atomkraft gegen Nordkorea einsetzen zu wollen, und Atomwaffen und entsprechend Einrichtungen aus Südkorea abziehen. Kim sagte, Nordkorea werde eine IAEA-Inspektion eines Kernkraftwerkes in Youngbyon, aber nicht auf einem nahegelegenen Militärstützpunkt der nach dem Vertrag ausgeschlossen ist, zulassen.

Es gibt weitere Hinweise darauf, daß Malaysia versuchen könnte, in bezug auf Nordkorea eine Vermittlerrolle zu spielen. Vor drei Wochen war Mahathir im Iran, ein Land zu dem Nordkorea starke Bindungen unterhält. Unter welcher Schirmherrschaft Malaysia als Vermittler handeln könnte, ist nicht bekannt. □

Papst fordert Iraks Christen zum Bleiben auf

Papst Johannes Paul II. hat in einer Botschaft, die von dem päpstlichen Gesandten Kardinal Achille Silvestrini, Präfekt der Orientalischen Gemeinden, der in Bagdad war und sich mit Präsident Saddam Hussein treffen wollte, übermittelt wurde, den irakischen Christen dringend nahegelegt, nicht zu emigrieren. Die Botschaft wurde an den chaldäanischen Patriarchen, Raphael I Bidawid, übermittelt, der den Aufruf des Papstes in einer Messe verlas.

»Ich teile die Hoffnung, daß sie in diesem Lande bleiben, um das Vermächtnis ihrer Ahnen zu verewigen«, sagte Johannes Paul II., laut einer arabischen Übersetzung seiner Botschaft, die er speziell an irakische Christen gerichtet hatte. Der Papst fuhr fort, er hoffe, daß »die derzeitigen schmerzlichen Zustände sich in Wohlstand für Irak verwandeln werden«, und daß seine Christen im Lande bleiben können, »um die Botschaft Christis auszuführen ... Mir sind die harten Bedingungen, unter denen irakische Bürger leben müssen, bekannt. Um ihretwillen habe ich häufig meine Stimme auf unterschiedliche Weise für ein Ende ihrer Pein erhoben«, äußerte Papst Johannes Paul II. Die von den Vereinten Nationen verursachten Härten gehören zu den Gründen, warum Christen sich dazu entschlossen haben zu emigrieren, erkennt Reuter in dem Bericht an. □

Ehemaliger polnischer Botschafter verurteilt Schocktherapie

Zdzislaw M. Ruraz, ein ehemaliger Botschafter Polens in Japan, griff in einem Leserbrief in der »Washington Post« die Politik des internationalen Währungsfonds (IWF) der »Schocktherapie« und deren Auswirkungen in Polen an. Die Zeitung gab ihm die Schlagzeile: »Polens Lektion für Rußland«.

»Michael Mandelbaums ›polnisches Modell für Rußland‹ (ein Kommentar in der »Washington Post«) steht außerhalb der Realität«, schrieb Ruraz.

»Mr. Mandelbaum lobt die polnische marktorientierte Reform und empfiehlt sie für Rußland zu einem Zeitpunkt, wo Polen sie vollständig fallenlassen könnte, weil sie ganz erbärmlich versagt hat. Die in Polen am 1. Januar 1990 vom Stapel gelassene ›Schocktherapie‹ hat das Land in eine tiefe Wirtschaftsflaute gestürzt, und ihr geistiger Vater, Leszak Balcerovicz, wurde schon vor langer Zeit gefeuert.«

»Die vielgepriesene Konvertierbarkeit des Sloty hat das Land sieben Milliarden Dollar gekostet und der Wirtschaft nichts Gutes getan. Polens Exporteinkünfte gegen Devisen im Jahre 1990 beliefen sich nur auf 7,5 Milliarden Dollar. Außerdem wurde der Sloty rapide abgewertet und könnte bald unkonvertierbar werden.

Die Inflation liegt bei 40 Prozent pro Jahr und könnte noch höher liegen, wenn das Haushaltsdefizit größer wird, und das wird zweifellos der Fall sein, weil dies im Februar genehmigt wurde.
Was die Privatisierung der Wirtschaft anbelangt, so besteht diese größtenteils auf dem Papier. Abgesehen von ›Ein-Mann-Firmen‹, hauptsächlich im Einzelhandel, die in der Tat privat sind, sind alle anderen Firmen, mit sehr wenigen Ausnahmen, nur dem Namen nach Privatfirmen. Der traditionelle Privatsektor, wie Landwirtschaft, Handwerk und Kleinbetriebe, steckt in einer tiefen Krise. Falls sie keine Spekulation betreiben, geht es neu entstandenen Privatbetrieben sehr schlecht. Die durchschnittliche jährliche Gewinnquote ist nur 0,4 Prozent, und die meisten dieser Firmen gehen in Konkurs.

Mit anderen Worten, fast alles hat einen Kurs eingeschlagen, der dem, was ursprünglich geplant war, entgegensteht. Und die jüngste Zurückweisung des ›Massenprivatisierungs-Gesetzes‹, falls es nicht rückgangig gemacht wird, beendet praktisch die marktorientierten Reformen Polens. Wenn Rußland das von Mr. Mandelbaum empfohlene polnische Modell kopieren soll, dann sollte es dessen Abschluß und nicht dessen Beginn kopieren.«

Gleichsam als Bestätigung dieser Einschätzung sahen sehr viele Polen 1992 ihr Realeinkommen um sieben Prozent fallen, heißt es in dem neuen Jahresbericht des staatlichen Amtes für Statistik. Die größten Faktoren bei der Senkung des Lebensstandards waren Preissteigerungen von 400 Prozent bei der privaten Stromversorgung, Mieten und Heizkosten, die vom IWF als Teil seiner Forderung nach »Haushalts-Konsolidierung« und »Abbau der staatlichen Unterstützung« empfohlen worden waren«. □

Brasilianische Separatisten planen Spaltung im Süden

»Folha de Sao Paulo« berichtete, daß der Separatist Irton Marx im Mai die Gründung der »Pampa Gaucho Republic« im südlichen Brasilien verkündet hat. Marx hebt hervor, daß die Tatsache der Ausrufung der neuen Republik nicht bedeutet, daß sie sich schon von der Bundesunion trennen wird. Das, so sagt er voraus, wird nach einer Volksabstimmung entschieden, die von den Versammlungen in drei südlichen Staaten durchgeführt wird. Für dieses Plebizit ist jedoch noch kein Datum festgesetzt worden.

Fortlaufende Berichte über separatistische Bewegungen im Süden haben starke Statements der Besorgnis hervorgerufen. Bischof Dom Aloisio Sineso Bohn aus Santa Cruz del Sul, im nördlichen Staat Rio Grande del Sul, warnte zuvor, »es besteht die Gefahr eines Bürgerkrieges, wenn wir uns nicht damit befassen«. Er klagte an, daß internationale separatistische Interessen hinter diesen Bemühungen in Brasilien stecken, und daß dies unter anderem die Widerspiegelung eines tiefgehenden Rassismus sei.

»Dies ist ein Gedanke, der in Krisenzeiten sich schnell verbreiten kann«, sagte er. Dom Luciano Mendes de Almeida, Präsident der Katholischen Bischofskonferenz, verurteilte die Propagierung separatistischer Gedanken und sagte, daß Egoismus und Rassismus zum Zerfall des Landes führen könnten. □

Islamische Staaten wollen Begriff Terrorismus klären

Die Außenminister islamischer Länder, die sich in Karachi, Pakistan, trafen, riefen zu einer international vereinbarten Definition des Begriffs Terrorismus auf, um ihn von Freiheitskämpfen zu unterscheiden, und schlugen die Einberufung einer Konferenz der Vereinten Nationen zur Erörterung dieser Frage vor.

Die Außenminister gaben die Einrichtung einer islamischen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer solchen Definition bekannt. »Wir sind alle gegen Terrorismus in all seinen Formen. Wir wollen lediglich festlegen, was Terrorismus ist«, sagte der pakistanische Außenminister Shaharyar Khan, ein hoher Beamter auf der Konferenz. □

CIA

Terror-anschläge gegen Iran enthüllt

Warren Hough

Jetzt, wo die Vereinigten Staaten als Reaktion auf den Druck Israels als Sponsor des Terrorismus sich den Iran zur Zielscheibe gemacht haben, wirft das amerikanische Strafregister von Morden in diesem Land neues Licht auf die schwer angeschlagenen Beziehungen der USA zur islamischen Republik.

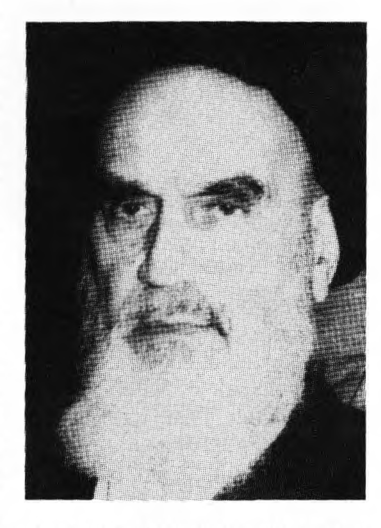
Mit einer der umfassendsten und geheimsten verdeckten Aktionen förderte der CIA eine Reihe von terroristischen Anschlägen, bei denen von 1980 bis 1982 fast 200 Schlüsselfiguren der iranischen Regierung getötet wurden.

Der geheime Krieg des CIA

1986 wurde in einer vertraulichen Untersuchung von britischer Seite, von Berichten darüber, der CIA habe Informationen, die er von Kontaktleuten des britischen Geheimdienstes bekam, mißbraucht, festgestellt, daß die US-Regierung »eine Kampagne der Desinformation, der Wirtschaftsverbote, der schwarzen Propaganda und der direkten Aktionen eingedrungener Agenten führe, um das iranische Regime zu dezimieren und destabilisieren«.

Der geheime Krieg des CIA gegen den Iran begann 1979, kurz nachdem der Sturz des Schahs zur Annullierung mehrerer zweifelhafter Deals zwischen amerikanischen Banken und Rüstungsfirmen sowie den notorisch korrupten Courtiers der gestürzten Monarchie führte, heißt es in dem britischen Bericht.

Die Reaktion der islamischen Führer des Irans – eine lautstarke Verurteilung der amerikanischen Angriffe – führte zur Intensivierung der verdeckten Kampagne des CIA, sie zu eliminieren, wird in der britischen Studie bestätigt.



Ayatolla Ruhollah Khomeini sollte im geheimen Krieg des CIA von einer Verschwörung ehemaliger iranischer Luftwaffenoffiziere ermordet werden.

Mitgeholfen habe, eine Verschwörung unter ehemaligen iranischen Luftwaffenoffizieren zu organisieren, um Ayatolla Ruhollah Khomeini, oberster Führer des islamischen Regimes des Iran, zu ermorden. Unter der Führung von Generalmajor Reza Mahdoun, ein entlassener Pilot der iranischen Luftwaffe, planten die Verschwörer, Jagdmaschinen vom Typ F-14 auf dem Luftstützpunkt Sharoki, westlich von Teheran, für einen Überraschungsangriff auf Khomeinis Wohnung und Raketen zur Tötung des alternden Iman an sich zu bringen.

»General Mahdouns Gruppe verwendete rund 16 Millionen Dollar, die ihr vom CIA zugeschleust wurden, um ein Untergrundnetz mit dem Decknamen ›Neqab‹ zu organisieren«, erzählte der angesehene iranische Historiker Amir Taheri, dessen unabhängige Forschung die Untersuchungsergebnisse des britischen Berichts bestätigt.

»Aber ihr Plan schlug fehl. Sie wurden verraten und verkauft – wie berichtet wird von einem Mossad-Agenten, der vom CIA in das Netzwerk eingeschleust wurde – und festgenommen. Einige ihrer Führer kamen vor ein Kriegsgericht und wurden erschossen.«

Der Verrat der Konkurrenz

Als diesem Rückschlag allgemeine Wahlen im Iran folgten, aus denen Khomeinis Bewegung, die Islamic Republic Party (IRP), als klarer Sieger hervorging, mischte der CIA sich »mit beiden Fäusten schwingend« ein, wie Anthony Hoyne, ein ehemaliger britischer Rundfunkkorrespondent im Iran, berichtete.

Um ihre Tagesordnung nach den Wahlen aufzustellen, hielt die IRP im Januar 1981 in der heiligen Stadt Qom eine Konferenz der nationalen Führung ab. Schlägermannschaften des CIA, die von einem geheimen Stützpunkt in Frankreich aus operierten, legten Plastikbomben, wie berichtet wird als Fernseh-Sendegerät getarnt, um den Konferenzort. Als Ayatollah Mohammed-Hossein Beheshti, Vorsitzender der IRP, sich zu einer Eröffnungsansprache erhob, ertönte ein rollender Donner von Explosionen.

Die getötete Regierung

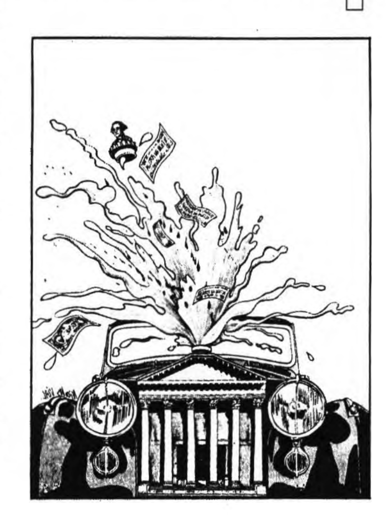
Irans gesamte neue Regierung – etwa 27 hohe religiöse und politische Führer der IRP – wurde durch die Explosion getötet. Zu den Toten zählte: Beheshti, neben Khomeini die populärste Figur des islamischen Regimes.

Als ihnen klar wurde, daß sie belagert wurden, versammelten sich die überlebenden Reste der nationalen Führung der IRP, um einen neuen Präsidenten zu ernennen. Sie wählten Sadrieh Rajai, einen gemäßigten und weithin respektierten islamischen Theoretiker.

Trotz verschärfter Sicherheitsmaßnahmen gelang es Agenten des CIA, eine kleine, höchst ausgeklügelte Bombe in eine unförmige Brieftasche, die einer der persönlichen Gehilfen bei sich trug, zu plazieren. Die Explosion tötete Irans neuen Präsidenten und seine Mitarbeiter.

»Um zu verstehen, wie die Iraner, die mit dieser Welle des Terrorismus konfrontiert wurden, über Amerika dachten«, erläuterte Hoyne, »müssen wir uns vergegenwärtigen, was geschehen wäre, wenn nach den jüngsten Wahlen Bill Clinton und Al Gore, zusammen mit ihrem gesamten Kabinett und dem Democratic National Committee von Agenten einer fremden Macht ermordet worden wären. Es besteht kein Zweifel daran, daß wir dies Krieg nennen würden. Das tat auch der Iran.«

In diesem Sommer, ein Jahrzehnt nach diesen tragischen Ereignissen, hetzen der CIA und die israelische Interessensgruppe – Washingtons mächtigste ausländische Pressure Group – wieder einmal zu einem verdeckten Krieg auf, unter der heuchlerischen Beschuldigung, der Iran betreibe »Staatsterrorismus« gegen seine Gegner. »Dieser Schuß wird nach hinten losgehen«, warnte Hoyne, »wenn sich die Leute Israels eigenes Strafregister – und das des CIA – einmal näher anschauen.« □



Israel

Was kostet der Frieden?

Victor Marchetti

Es gab einmal eine Zeit, da pflegten die Israelis ihren amerikanischen Vettern unmißverständlich zu sagen, sie möchten doch bitte ihr großes Maul halten und ihre fetten Brieftaschen öffnen. Die Israelis wußten, was gut für Israel und den Zionismus war. Es war die Aufgabe des amerikanischen Judentums, das Geld in den Judenstaat fließen zu lassen, und wenn sie sich wohlverhalten, dann würde Israel nicht ständig darauf herumreiten, daß echte Juden Aliah machen – das heißt, nach Israel heimkehren sollten – oder noch heiklere Fragen darüber aufwerfen, wer Jude ist.

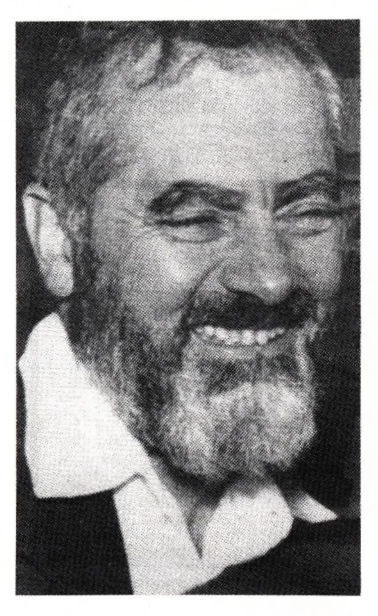
Diese Zeiten scheinen nun für immer vorbei zu sein. Jetzt mischen sich amerikanische Juden tief in die Politik Israels ein. Einige glauben sogar, es sei ihr gutes Recht, die derzeitige Regierung des Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin zu kritisieren – gegen sie zu arbeiten.

Wer wird brotlos?

Die »Jerusalem Post« erhellt das sich entwickelnde Verhältnis zwischen der Diaspora und dem Judenstaat. Dort stehen nebeneinander die Meinungsäußerungen von Norman Podhoretz, Chefredakteur der neokonservativen Monatszeitschrift »Commentary« des American Jewish Committee, und des landesweiten Direktors der Anti-Defamation League (ADL) Abraham Foxman.

Foxman vertritt die herkömmlich dienerische Haltung des amerikanischen Judentums: »Die israelische Demokratie soll Entscheidungen treffen, Juden in der Diaspora sollen Unterstützung leisten; dies ist keine Frage des Rechts, sondern der Verantwortung.«

Wir sollten uns jedoch daran erinnern, daß Foxmans ADL sich in ernsthaften Schwierigkeiten krimineller Natur befindet und kurz davor steht, vom Distrikt-Staatsanwalt von San Francisco wegen Diebstahls der vertraulichen Polizeiakten ihrer Kritiker und politischen Rivalen – und der Weiterleitung von mindestens einigen dieser Daten an israelische Geheimdienste – auf die Anklagebank gesetzt zu werden.



Die Anhänger des toten radikalen Rabbis Meier Kahane bilden in mehreren Lagern in den USA Kämpfer aus, mit der Absicht in Israel Militärverbände aufzustellen, um gegen die Übergabe von Territorium an die Araber Widerstand zu leisten.

Andererseits vertritt Podhoretz, der – nach seiner Zeit als Marxist – durch Unterstützung der Großisrael-Strategie des Likud-Blocks Menachem Begins und Yitzhak Shamirs Karriere machte, eine gegenteilige Meinung. Ein Israel im Frieden mit seinen arabischen Nachbarn würde Podhoretz und »Commentary« brotlos machen. Er schreibt: »Die politischen Gefahren, die mit der Kritik amerikanischer Juden in Israel verbunden sind, sind verblaßt. Inzwischen kann es sein, daß Israel das sehnsüchtige Verlangen nach Frieden mit Opportunität verwechselt.«

Die Diskussion dreht sich eigentlich nicht um das Recht amerikanischer Juden. Auf der einen Seite stehen jene Israelis – Rabins Arbeits-Block, ein Großteil des Großgeschäfts und der Kapitalanlage – und die Diaspora-Juden, die glauben, es sei ein nützliches Geschäft, die besetzten Gebiete des Gazastreifens, der Golan-Höhe und des Westufers im Austausch für Frieden und die Chance, Israel zu einem Staat mit einer lebensfähigen Wirtschaft – vielleicht sogar das Silicon-Tal des Nahen Ostens – zu machen, aufzugeben.

Auf der anderen Seite stehen jene Israelis – der Benjamin des Likuds Netanyahu und die zionistischen Eiferer – viele von ihnen bereits auf besetztem arabischem Land verankert – und die jüdisch-amerikanischen neokonservativen Interessenvertreter, deren Gehaltschecks und Karrieren von einem Israel unter Belagerung durch feindliche Nachbarn abhängen. Frieden und Wirtschaftswachstum für den Judenstaat haben für diese Fanatiker keinerlei Bedeutung. Ihr Israel ist ein Land überholter zionistischer Träume, romantisierter Masada-Selbstmorde und glorreicher Bar-Kochba-Schlachten – jüdischer Todeswünsche.

Widerstand gegen einen Frieden

Jetzt, wo der Friedensprozeß ins Stocken geraten ist und US-Präsident Clintons Führung der »vollen Partnerschaft« den Ereignissen hinterherhinkt, verschlechtert sich die Situation rapide – besonders in Israel. Der Likud schickt sich an, sich in dem Augenblick draufzustürzen, wo Labor ins Taumeln gerät. Widerstandsbewegungen gegen den Frieden schießen überall im Judenstaat wie Pilze aus dem Boden.

Die israelische Zeitung »Ha'aretz« berichtet über die Bildung einer halb-geheimen Selbstregierungs-Bewegung unter jüdischen Siedlern in »Judäa und Samaria [das Westufer] und Gaza«.

»Al Hamishmar« berichtet, daß die Anhänger des toten radikalen Rabbis Meier Kahane in mehreren Lagern in den USA Anhänger ausbilden, mit der Absicht, nach Israel zurückzukehren und dort Militärverbände aufzustellen, um gegen die Übergabe von Territorium an die Araber Widerstand zu leisten.

Und dann gibt es noch andere neue aktivistische Gruppen, die gegen die Friedenspolitik der Rabin-Regierung hetzen. »Frauen für das Morgen Israels« gibt sich als nationale Basisbewegung gegen die Rückgabe der Golan-Höhen an Syrien. »Pro Israel« ist eine in New York ansässige Bewegung, die sich dem Widerstand gegen die Rückgabe der besetzten Gebiete und der Bekämpfung der Ansichten solcher jüdischer Gruppen wie »Americans for Peace Now« verschrieben hat.

Der Konflikt spiegelt sich auch anderswo innerhalb der jüdisch-amerikanischen aktivistischen Gemeinde wider. Offiziell vertritt das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) die Haltung, sich weder an die Seite der Arbeits-Regierung noch an die des Likud-Blocks zu stellen.

Aber wie die Zeitung »Davar« schreibt, griff Harvey Friedman, Vizepräsident der Florida-Abteilung von AIPAC, der kürzlich in Israel war, die Friedenspolitik des Ministerpräsidenten Rabins auf bösartige Weise an. Friedman äußerte, Rabins Politik beruhe auf israelischen Zugeständnissen. Er glaube, daß die Palästinenser nach Jordanien umgesiedelt und Jordanien als palästinensischer Staat deklariert werden sollte.

Anders als alte Soldaten schwinden alte Zionisten nicht einfach dahin. □



Freihändler verwandeln Osteuropa in ein Schmuggler-Paradies

John Springfield

William Webster, damaliger Leiter des amerikanischen Geheimdienstes CIA, hielt 1989 vor dem World Affairs Council in Los Angeles eine Rede über die Neuorientierung der strategischen Ziele des CIA. »Unsere politischen und militärischen Ziele«, hob er hervor, »sind auch unsere wirtschaftlichen Konkurrenten.« Er sagte, die Spionagetätigkeit des CIA sei zum großen Teil darauf gerichtet, dieser angeblichen Bedrohung entgegenzutreten. Webster bezog sich dabei speziell auf Deutschland und dessen Potential, Westeuropa in ein Wirtschaftsverhältnis mit dem Osten zu führen, auf der Grundlage der Entwicklung der Infrastruktur und der produktiven Gebiete der Wirtschaft. Am 30. November 1989 wurde der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, Architekt einer aufkeimenden produktiven Entwicklungspolitik für Polen und dem übrigen, sich stets verändernden Osten, ermordet. Die anglo-amerikanischen Architekten der Webster-Doktrin hätten darüber nicht mehr erfreut sein können.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus nutzten die Vereinigten Staaten die Kreditembargo-Macht des Internationalen Währungsfonds (IWF), um Osteuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eine katastrophale Politik der »Schocktherapie« aufzuzwingen. Über die drei Jahre seit der Bildung der deutschen Währungsunion im Juli 1990 hinweg, sind vorher bestehende Handelsbeziehungen des Comecon auseinandergerissen worden, mit der Folge einer steigenden Arbeitslosigkeit und schrumpfenden Industrieproduktion.

Das Ziel dieser Politik, das geopolitische Diktat, eine kontinentale eurasische Entwicklungszone zu verhindern, hängt für dessen Umsetzung in die Tat auch von der schwarzen Wirtschaft des organisierten Verbrechens ab, das seit Jahrzehnten in Symbiose mit anglo-amerikanischen Finanzinteressen lebt.

Schwarzes Geld statt Kredite

Bei Nichtvorhandensein einer realen Wirtschaftshilfe wurde eine koordinierte Palette von kriminellen Leistungen und Produkten, von Geldwäsche bis zum Alkohol-, Zigaretten- und Drogenschmuggel gehegt und gepflegt, um eine schwarze »Freimarkt«-Wirtschaft zu schaffen, die das Vakuum ausfüllen soll. Statt produktiver Kredite und Investitionen wurde heißes Geld, zusammen mit einem großen Anteil an gewaschenen Geldern von kriminellen Elementen, hineingeschickt, um reale Vermögenswerte, in der Form von privatisierten staatseigenen Konzernen und Immobilien, abzusichern.

Nach den Grundsätzen des »Manchester-Kapitalismus« des Freihandels wurden in Osteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) Tausende von import- und exportbezogenen Firmen gegründet, die gewöhnlich westliche Partner mit Elementen der kommunistischen Nomenklatura verbinden, um den Osten mit westlichen Verbrauchsgütern zu überfluten.

Das viel diskutierte Thema des organisierten Verbrechens im Osten, die sogenannte »russische« Mafia, konzentriert sich zu oft auf die ethnisch unterschiedlichen kleinen Gauner auf der Straße, die die schmutzige Arbeit des Einzelhandelsverkaufs in kriminellen Unternehmen erledigen, und übersieht dabei die Infrastruktur, den geschützten Geldstrom und die Planung die das Händler»geschäft« blühen lassen.

Die alten Strategien des Opium-Krieges

Dies wäre das Gleiche, als wenn man die verschiedenen Volksgruppen, die in den asiatischen illegalen Heroinhandel verwickelt sind, dokumentieren und dabei verschweigen würde, daß dieser Markt eine bewußte Schöpfung der als Opium-Kriege gegen China bekannten britischen imperialen geopolitischen Expansion des 19. Jahrhunderts ist. Die britischen Schöpfer dieses Marktes spielen bis zum heutigen Tage eine beherrschende Funktion durch die Rolle der Kronkolonie Hongkong, die das Finanzzentrum für den Heroinhandel des Goldenen Dreiecks ist.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß Theodore Shackley, ehemaliger stellvertretender Einsatzleiter des CIA, der sich darin verbissen hat, einen illegalen Heroin-Handelsbetrieb auf die Beine zu stellen, der dazu benutzt wurde, während des Vietnam-Krieges verdeckte Aktivitäten zu finanzieren, in Osteuropa sehr eng in eine »Beratungstätigkeit« verwickelt ist. Auf der Konvention der Association of Former Intelligence Officers (AFIO) in den Vereinigten Staaten im Jahre 1990 hielt Shackley eine Ansprache, in der er hervorhob, daß die finanzielle Beteiligung der USA in Mitteleuropa wichtig sei, weil man nicht zulassen könne, daß Deutschland diese Region beherrscht. Da die Vereinigten Staaten ernsthafte Hilfsleistungen bewußt behindert haben, wie häufige Proteste aus Moskau und osteuropäischen Ländern belegen, stellt sich die Frage, was genau ist dann die »finanzielle Beteiligung« der USA?

»Freihandel« und politische Korruption

Einer der wichtigsten Gesichtspunkte dieser Politik ist nicht so sehr der illegale Bargeldstrom an sich, sondern der Ausverkauf und Korruption politischer Vermögenswerte. Warum sollen Rußland und andere GUS-Staaten eine Politik betreiben, sich selbst mit im Westen produzierten Zigaretten und Alkohol zu überschwemmen, wie das seit 1990-91 der Fall ist? Die amerikanische Firma Philip Morris, der größte Zigarettenhersteller der Welt und Nummer Sieben auf der Fortune 500-Liste für 1991, und die Firma Seagram's der Familie Bronfman sind in Moskau keine unbekannten Größen. Die Eigenartigkeiten dieses Handels bestehen darin, daß die Regierung in Moskau Ende 1992 speziell von der deutschen Regierung forderte, daß Exportkredit-Garantien, die gewährt werden, damit Rußland in Mitteldeutschland hergestellte Maschinen kaufen kann, verlagert werden, um die Einfuhr westlicher Zigaretten zu decken.

Aus russischen Kreisen verlautet, daß es jetzt weit verbreitete Praxis sei, daß Zigaretten, importiert zu Großhandelspreisen, kalkuliert zu gängigen Einzelhandelspreisen, an Arbeiter in staatseigenen Unternehmen ausgezahlt werden. Tatsächlich wird die Monitarisierung von Zigaretten als kurzfristiger Schutzwall gegen Haushaltsdefizite und Inflation des Rubel benutzt.

Geschäftsführer von Staatsbetrieben investieren in Zigaretten-

verkäufen und schlagen Profite aus der Spanne zwischen Großhandels- und Einzelhandelspreis heraus. Vom begrenzten Standpunkt der Geschäftsführung aus gesehen, scheinen sie mehr Abrechnungsfreiheit zu schaffen, obwohl russische Informanten hervorheben, daß der »Profit« nicht in den Kauf neuer Maschinen für die verzweifelt benötigte Modernisierung geht.

Schlimmste Formen des Manchester-Kapitalismus

Tatsächlich importiert die Volkswirtschaft immer mehr verhältnismäßig nutzlose Verbrauchsgüter, die bestenfalls zum sozialen Frieden beitragen, so wird argumentiert, aber nichts zur Erhöhung der nationalen Produktivität beisteuern.

Obwohl Philip Morris und andere Zigarettenfirmen Pläne haben, in Rußland und anderen GUS-Staaten Zigarettenfabriken zu bauen, sieht indessen eine immer größer werdende Schicht des Management-Apparats seine unmittelbaren Interessen und Gewinne in den schlimmsten Formen des Manchester-Kapitalismus.

Im Jahresbericht der Firma Philip Morris von 1990 heißt es: »1990 einigten wir uns, mehr als 20 Milliarden Zigaretten in die Russische Republik zu liefern. Wir verdoppelten auch unsere Geschäfte sowohl in Polen als auch in Jugoslawien.«

Für 1992 wurde der Jahresverbrauch an Zigaretten in Rußland auf 190 Milliarden Zigaretten geschätzt. Und der damalige Vorstandsvorsitzende und leitende Direktor, Hamish Maxwell, erklärte: »Und im September 1990 kamen wir zu der bedeutsamen Einigung, Zigaretten an die Russische Republik, die größte Republik auf dem drittgrößten Zigarettenmarkt der Welt – die Sowjetunion – zu verkaufen.«

Von 1975 bis 1990 hatte Philip Morris ein offizielles Beraterverhältnis zur sowjetischen Tabakindustrie. Obwohl das Auseinanderbrechen der Sowjetunion teilweise den Zusammenbruch der sowjetischen Tabakindustrie erklärt, ist nicht auszuschließen, daß unter dem Deckmantel vom IWF geförderter westlicher Reformen hinter den Kulissen Abmachungen getroffen und wirksam wurden, mit denen die an sich geschützte staatseigene Produktion sich zum Nutzen des Deals mit Philip Morris selbst vernichtete.

Die Seagram's Connection bei Alkohol

Die Flut von Alkohol in den Osten wirft ebenfalls interessante Fragen auf. Laut Arkady Vaksberg, russischer Verfasser des 1991 veröffentlichten Buches »The Soviet Mafia«, waren Elemente der Nomenklatura der Kommunistischen Partei, die tief in Schwarzmarktgeschäfte mit knappen Waren verwickelt ist, mit der von Gorbatschows weithin publizierten Anti-Alkohol-Kampagne, die prompt Verringerungen in der staatlichen Produktion mit sich brachte, durchaus zufrieden. Unter dem Mitglied des Politbüros Jegor Ligatschow wurden Jahrhunderte alte Weingärten unersetzlich zerstört. Wodka wurde zu einem Hauptartikel des Schwarzmarktes, und sein Preis ging steil in die Höhe. Gleichzeitig entwickelte sich eine Kleinbauernhof-Industrie, die jedoch stets von der Fähigkeit der »Handels-Mafia« des Schwarzmarktes abhängig war, mehr Zukker aus Kuba – im Austausch für Waffen – herauszuholen und ihn zu Destillationszwecken von normalen Kanälen abzuzweigen.

Es wäre hoch interessant, einmal Seagram's Verkäufe von 1989 bis zur Gegenwart näher unter die Lupe zu nehmen. Zu dem Zeitpunkt als Edgar Bronfman vom kommunistischen Parteichef der DDR, Erich Honecker, 1988 eine hohe Auszeichnung erhielt, wurden unter der Aufsicht von Alexander Schalck-Golodkowskis »Kommerzieller Koordination« (KoKo) auch Abkommen für eine verstärkte Rolle der Firma Seagram's in der damaligen DDR unterzeichnet. Vermutlich kam Bronfman in Moskau zu ähnlichen Abmachungen, als er mit den dortigen Machthabern über die Kanalisierung russischer Juden weg vom Westen und nach Israel hinein verhandelte.

Es war nichts zufällig an dem Strom von Alkohol und Zigaretten in den Osten, der 1990 einsetzte, und es ist nichts Zufälliges an den mehr und mehr professionellen Syndikaten des Verbrechens, die eine Stufe unter den östlichen Handelspartnern von Philip Morris und Seagram's operieren, die einen Teil dieser Punkte nach West- und Osteuropa zurückschmuggeln.

Die Familie Bronfman aus Kanada war zur Zeit der Prohibition als einer der Hauptlieferanten von Whisky und anderen Alkoholika in die Vereinigten Staaten bekannt. Sie erreichte ihre beherrschende Position über die amerikanischen Schmuggel-Syndikate kraft dessen, daß ihr von der Londoner Distillery Company, die 50 Prozent des Weltmarktes für schottischen Whisky in Händen hielt, ein großer Batzen des Geschäftsvolumens überlassen wurde.

Die skandinavischen Länder und Deutschland, früher nicht für große inländische Schwarzmärkte in Zigaretten und Alkohol bekannt, erlebten seit 1990 eine bedeutsame Steigerung der Schmuggeltätigkeit. Schwedische und norwegische Zollbehörden berichten, daß 1990 der Wendepunkt für die Expansion illegaler inländischer Verkäufe von Alkohol war. Norwegen hat das größte Problem. Dort stammten mehr als 20 Prozent des heimischen Verbrauchs aus dem Schwarzmarkt.

Im Januar 1993 arbeiteten schwedische Zollbeamte an einem Fall, bei dem 100 Schiffs-Container, jeder mit einem Inhalt von 20 000 Litern Alkohol, im Westen unter Vertrag genommen, nach Reval, Estland, und dann weiter nach St. Petersburg verschifft wurden. Ein Teil dieser Ladung wurde vom schwedischen Zoll in dem Augenblick abgefangen, als er in den schwedischen Schwarzmarkt abgezweigt werden sollte.

Mehr Schwarzmarkt- als Freimarkt-Wirtschaft

Der amerikanische Chemie-Gigant Union Carbide hat große Mengen 96prozentige reine Spirituosen von seinen Einrichtungen in den Niederlanden in den Osten versandt. Aus einer russischen Informationsquelle verlautet, daß ein Großteil des westlichen Alkohols, der in den Osten verbracht wird, unter Verbrauchsgüter-Etiketten verkauft wird, von denen man bis dahin niemals etwas gehört hatte.

Schon 1989 wurde Polen das Musterbeispiel dafür, wie radikal der Freihandel und die Schocktherapie eine Wirtschaft an Verbrecher ausliefert. Nach Mitteilung des Krakauer Professors der Rechte, Michael Plachta, importierten zwischen Januar 1989 und Mitte 1990 etwa 146 neue GmbH's das Äquivalent von 30 Millionen Liter reine Spirituosen. Dieses Volumen entsprach einem Sechstel der offiziellen staatlichen Produktion des Landes für 1989. Etwa 75 Prozent aller Rechnungen, die sich auf diesen Import bezogen, waren getürkt. Die meisten Importe kamen aus der Bundesrepublik. Professor Plachta sagte: »Die derzeitige [1991] Flut von Verbrauchsgütern, meistens durch ein Heer von Straßenhändlern in ganz Polen importiert und vertrieben, hat mehr mit einer Schwarzmarkt- als mit einer Freimarkt-Wirtschaft zu tun.«

Zigaretten und Sprit wurden auch eingeführt. Hatte Edgar Bronfmans Aufenthalt in der DDR im Jahre 1988 etwas mit der Flut von Alkohol aus der Bundesrepublik, über die DDR, nach Polen hinein zu tun? Schalck-Golodkowskis »KoKo«, unter Aufsicht des Stasi stehend, hatte oft im Westen produzierten Alkohol wieder in den Westen zurückgeschmuggelt und dabei beträchtliche Provisionen in harter Währung eingestrichen.

Zigaretten und Heroin auf der Balkan-Route

Philip Morris hat eine lange und unheilvolle Geschichte eigener Verwicklung in den Ostblock, mit Schwerpunkt auf den gegenseitigen Beziehungen zwischen Zigarettenschmuggel und illegalem Heroin-Handel, den Geheimdiensten des Ostblocks und der Beherrschung der Sizilianischen Mafia sowie des in Italien nach dem Zweiten Weltkrieg wieder hergestellten Camorra-Apparats durch die USA. Kontakte aus dieser Zeit sind die Grundlage für die derzeitige Expansion kommerzieller Verkäufe und der damit zusammenhängenden Entwicklung von Schmuggelsyndikaten im Osten.

Italien hat schon seit Jahrzehnten einen großen Schwarzmarkt für

Netzwerke

Freihändler verwandeln Osteuropa in ein Schmuggler-Paradies

Zigaretten, der von den Marken Philip Morris und Reynolds dominiert wird. Es bestehen zwei Hauptrouten für den direkten Schmuggel von amerikanischen Zigaretten nach Italien. Eine hat mit der Fälschung von TIR-Transportdokumenten, um Lkw-Transporte zu ermöglichen, ohne Zölle und Verbrauchssteuern auf Zigaretten zahlen zu müssen, zu tun. Eine andere Möglichkeit bestand darin, die Zigaretten in den Ostblock und dann hinunter zur jugoslawischen und albanischen Adriaküste zu befördern, wo in erster Linie in Neapel ansässige Camorra-Verbrecherfamilien sich um Schnellboote bemühten und die Zigaretten nach Italien hinein schmuggelten.

In den Jahren 1974 bis 1975 vollzog sich eine dramatische Entwicklung, die zu einem ungebrochenen Trend jährlicher Erhöhung der Zahl der Drogenabhängigen in den Vereinigten Staaten und Westeuropa führte. Aus zahlreichen Quellen verlautet, daß die sizilianische Mafia und die Camorra in Neapel ein Bündnis geschlossen haben, das dann türkische Mafia-Familien mit hineinzog und zu einer dramatischen Ausweitung des illegalen Handels mit Opiumprodukten aus dem Goldenen Halbmond des Nahen Ostens in den Westen führte. Das Startkapital für dieses Unternehmen kam aus einer Expansion des Zigarettenschmuggels.

Eine brauchbare Beschreibung dieses Tatbestands ist in dem Buch »The Mafia« von Claire Stelling enthalten. Leider gibt dieses Buch vor, dokumentieren zu wollen, daß die sizilianische Mafia selbst der weltweite führende Kopf des organisierten Verbrechens sei. Die Rolle der Regierung der Vereinigten Staaten, die den Geschäftspartner von Meyer Lansky, Charles »Lucky« Luciano, aus einem amerikanischen Gefängnis entließen und nach Italien zurückschickten, um dort die Mafia, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges unter Aufsicht der amerikanischen Streitkräfte neu gegründet wurde, zu koordinieren, wird von Sterlin nur kurz angesprochen, dann in einer kurzen Fußnote verworfen. Stelling, eine enge Vertraute des Beraters der US-Geheimdienste Michael Ledeen, versäumt auch, die direkte Rolle von Philip Morris herauszustellen.

Unter dem Schirm des KGB

Im Dezember 1991 vertrat die italienische Regierung eine andere Auffassung. Auf Anweisung des damaligen Finanzministers Formica verbot die Regierung den legalen Verkauf von Philip-Morris-Produkten in Italien und klagte an, daß die Firma mit den Schmuggel-Netzwerken, die von der Marke Marlboro von Philip Morris dominiert wurden, unter einer Decke steckte. Auf der Grundlage einer von Italiens Guardia di Finanza (Finanzpolizei) zusammengetragenen Dokumentation wurde auch angeklagt, daß das Zigarettenschmuggel-Netzwerk und das für den Heroinschmuggel über die Balkanroute verantwortliche einunddieselbe Organisation war. Ebenso wie dies eindeutig für die berühmte »Bulgarian Connection« feststand, spielten die östlichen Geheimdienste, unter dem Schirm des KGB, eine große Rolle, um diesen ungesetzlichen Handel zu erleichtern.

Sofia, Bulgarien, war eines der Zentren für den illegalen Handel mit Zigaretten und Heroin. Philip Morris hatte eine konzessionierte Produktionseinrichtung in Bulgarien, die auch Schmuggler versorgte. Der Journalist Egmont Koch beschreibt in dem Buch »Grenzenlose Geschäfte« einen Fall aus dem Jahre 1979, in dem Philip Morris Zigaretten an die in der Schweiz ansässige Algrado AG, im Besitz von Werner Denz, ein Mann der 1992 in italienischen Presseartikeln als Bindeglied zwischen Philip Morris und der Camorra bezeichnet wurde, verkaufte.

Die Zigaretten wurden von Antwerpen nach Lissabon befördert, auf einen griechischen Frachter verladen und Verschiffung nach Burgas an der bulgarischen Schwarzmeerküste weitergeleitet. Griechische Beamte, die sich darüber im klaren waren, daß Bulgarien es nicht nötig hatte, Marlboros zu importieren, da Philip Morris dort eine Fabrik betrieb, vermuteten, daß die Zigaretten in Wirklichkeit für den italienischen Schwarzmarkt abgezweigt werden sollten und beschlagnahmten das Schiff, als es in einem griechischen Hafen im Dock lag.

Albanien war ebenfalls in derartige Schmuggelringe verwickelt, wobei Marlboro die Lieblingsmarke war und die Geschäftsstellen von Philip Morris in New York und Lausanne mit Werner Denz als Mittelsmann in Verbindung standen.

Cyprische Häfen spielen auch eine Rolle als Zentralisierungs- und Verteilerstellen für Schiffs-Container mit Zigaretten. Nicosia, Zypern, ist gleichzeitig ein großes, vor der Küste liegendes Bankenzentrum, unter anderem dazu bestimmt, daß serbische Banken schmutziges Geld zur Finanzierung des Krieges kanalisieren können.

Die verzweigten Schmuggelrouten in Europa

Ebenso wie Bulgariens staatseigene Handelsfirma Kintex waren auch die staatseigenen Firmen der DDR darin verwickelt, Marlboros in den italienischen Schwarzmarkt zu schmuggeln. Der »KoKo«-Apparat von Schalck-Golodkowski kanalisierte im Westen hergestellte Zigaretten, unter Verwendung von falschen Dokumenten, in den italienischen Schwarzmarkt. Eine DDR-Firma, Asimex, befaßte sich routinemäßig mit dem Zigarettenschmuggel.

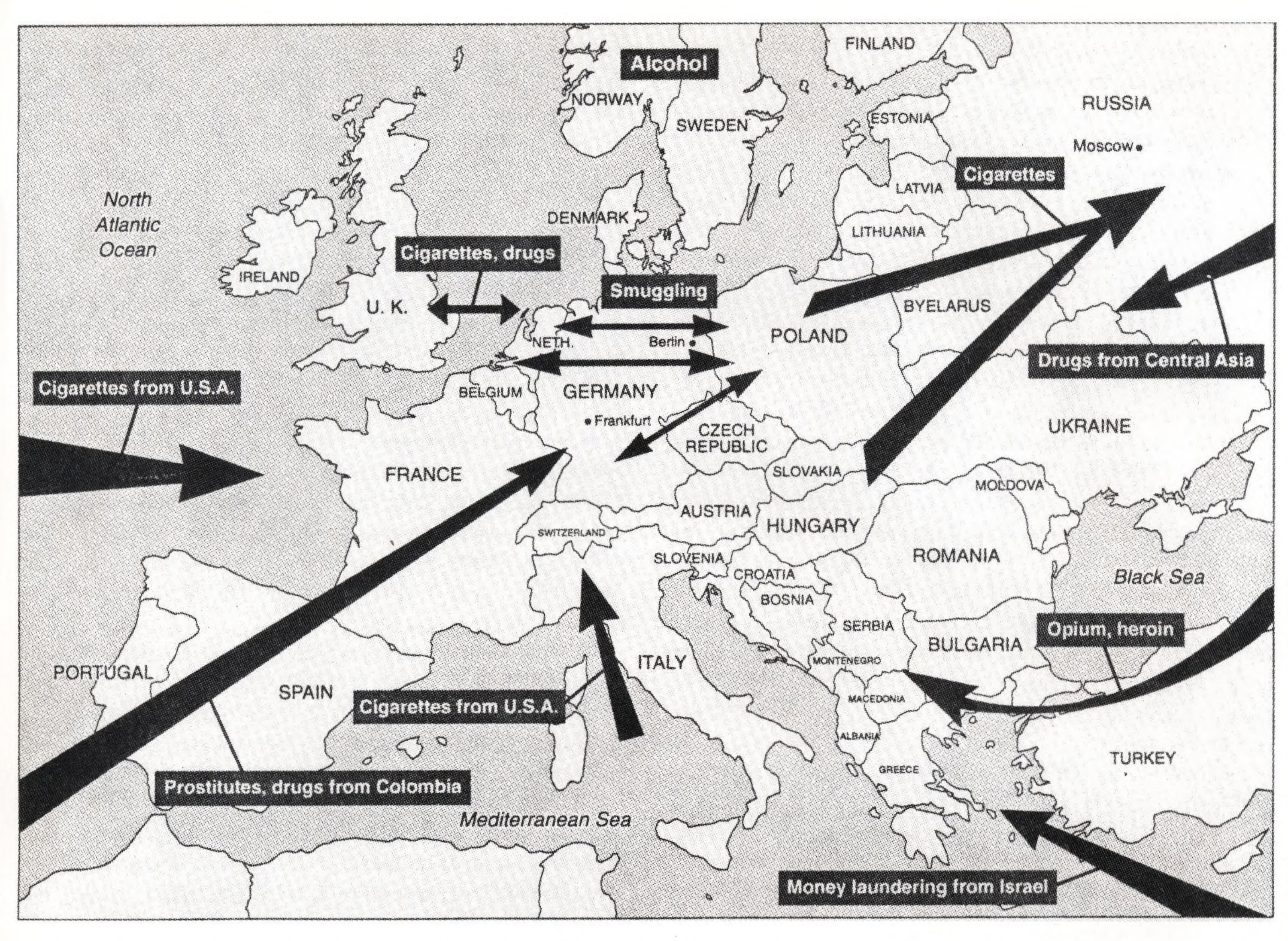
In einem Fall, der im Jahre 1980 in Darmstadt zur Gerichtsverhandlung stand, versandte ein Schmugglerring 100 Millionen Zigaretten in die DDR, wo sie neu dokumentiert und falsch deklariert und die Lkw unter Verletzung des internationalen Fracht-Vertrags TIR vom Zoll der DDR versiegelt und wieder in den Westen zurückgeschickt wurden, ohne die entsprechenden Steuern zu entrichten. Die Zigaretten waren in der Schweiz hergestellt, durch die Bundesrepublik zur DDR, von dort zurück in die Bundesrepublik und dann über Österreich nach Italien verschickt worden. Ein Großteil des Materials über die Rolle des Ostblocks beim Zigaretten- und Drogenschmuggel kam durch die Ermittlungen des Richters Germain Sengelin aus Mülhausen (Elsaß) ans Tageslicht.

In einem Bericht von 1982 über Zigarettenschmuggel identifizierte die französische Militärmission in Berlin die Firma Asimex. In einem Artikel in der Berliner »Tageszeitung« vom 5. Oktober 1992 wird berichtet, daß es Hinweise dafür gebe, daß zahlreiche westliche Geheimdienste ihre eigenen Leute an hohen Stellen im KoKo-Apparat sitzen hatten, die mit dem Stasi kooperierten, und daß viele der kriminellen Aktivitäten, in die KoKo verwickelt war, wahrscheinlich gemeinsame Projekte waren. Richter Sengelin jagte persönlich hinter der Nummer Zwei des französischen Zolls, Roger St. Jean, her, weil dieser die gemeinsamen ost-westlichen kriminellen Aktivitäten schützte. Deutsche Polizeidienststellen überprüfen derzeit die Dokumente des von Schalck-Golodkowski überwachten Handelsapparats, um den Verdacht zu erhärten, daß Personen, die in den heutigen Schwarzmarkt-Syndikaten identifiziert wurden, eine Stasi-Vergangenheit haben.

Marlboros auf dem deutschen Schwarzmarkt

Deutsche Zoll- und Polizeibeamte beschlagnahmen jetzt täglich riesige Mengen von Schwarzmarkt-Marlboros, die Hauptmarke auf dem Markt. Sie rechnen damit, bis Ende 1992 300 Millionen Zigaretten zu beschlagnahmen, und es wird geschätzt, daß in Deutschland drei bis fünf Millionen Schwarzmarkt-Zigaretten pro Jahr im Einzelhandel verkauft werden.

Es gibt drei Hauptlieferquellen für die Zigaretten. Erstens: Freihandelszonen-Lagerhäuser in Antwerpen, Hamburg oder in anderen Häfen; zweitens, die konzessionierte Philip-Morris-Fabrik in Polen; und drittens Garnisonen der Roten Armee in Mitteldeutschland. Philip Morris be-



nutzt das Lagerhaus der Firma Padhoek in Antwerpen für seine in den USA hergestellten Zigaretten. Dieses Lagerhaus wird in vielen der italienischen Untersuchungsberichten über den Schweizer Mittelsmann, der damit befaßt war, der Camorra und der Mafia Marlboros in die Hände zu spielen, erwähnt.

Es gibt vielfache Routen, Zigaretten auf den deutschen Schwarzmarkt zu bekommen. In eine derartige Operation ist eine Firma in Polen oder in der GUS verwickelt, die einen Auftrag erteilt, der dann zum zollfreien Transitverkehr durch Deutschland dokumentiert, aber auf Grund von vorherigen Abmachungen auf den Schwarzmarkt dirigiert wird. Im August 1992 beschlagnahmten brandenburgische Zollbeamte 9,4 Millionen Schwarzmarkt-Zigaretten. Leiter der Operation war ein polnischer Geschäftsmann in Hamburg, der die Zigaretten von einem Hersteller in Deutschland kaufte, und sie zum Export per Lkw nach Litauen als zollfrei erklärte. Der Lkw wurde an der Umladestelle in einem Wald südöstlich von Berlin sichergestellt.

Gleichermaßen war im Mai 1992 in einem anderen Fall in Brandenburg eine weitere polnische Gruppe beteiligt, die 100 Lkw-Ladungen der englischen Marke »Golden American« aus Zevenaar, Holland, beorderte. Aus sichergestellten Dokumenten gehen die angeblichen Bestimmungsorte auf den Frachtpapieren als Litauen, Polen, GUS und Tschechoslowakei hervor. Eine dieser Sendungen, die von einer tschechischen Transportfirma abgewickelt wurde, wurde in Glau, Brandenburg, entladen, und der leere Lkw weiter zum Grenzübergang Frankfurt/Oder nach Polen gefahren. Käufer der Zigaretten war ein Russe, der eine vietnamesische Gruppe von Straßenhändlern leitete.

Die British-American Tobacco Co. (BAT), Deutschlands drittgrößter Tabakhersteller, taucht über seine Hamburger Fabrik auch auf dem Schwarzmarkt auf. 1991 verzeichnete die Firma BAT eine Steigerung von 60 Prozent in ihrem Auslandsgeschäft, weitgehend auf Grund von Verkäufen in Osteuropa und den neuen Bundesländern. BAT ist das Produkt einer weltweiten Monopolstruktur, die in den zwanziger Jahren von den hinter den verschiedenen britischen und amerikanischen Tabakfirmen stehenden Finanzinteressen aufgebaut wurde.

Die Preisspanne ist der Anreiz

Die konzessionierte Produktion von Philip Morris in Polen macht den Zugang zum deutschen Schwarzmarkt verhältnismäßig leicht: Der Schmuggler kann Zigaretten zum angeblich inländischen Verbrauch kaufen, und sie dann mit falschen Frachtpapieren nach Deutschland schmuggeln, oder sie als zollfrei zum Transitverkehr durch die Bundesrepublik erklären, und sie dann abzweigen. Wie inländische Zigarettensteuern in Polen im Vergleich zu Deutschland immer noch niedrig sind, ist die Preisspanne hoch genug, um einen Schmuggelgewinn zu erzielen, selbst wenn man legal einkauft und Steuern auf die polnischen Marlboros zahlt.

Die internationalen Routen innerhalb Europas für die alten Strategien: Schmuggel, Geldwäsche, Drogen.

Britische und amerikanische Zoll- und Polizeibehörden tragen zur Zeit dazu bei, Philip Morris' Lieferungssystem zu osteuropäischen Schmugglern zu schützen. Nach einem Bericht des International Maritime Bureau in London setzte sich eine Gruppe Knackis mit Insider-Kenntnissen über Philip Morris' Schwarzmarktgeschäfte mit Zigaretten mit osteuropäischen und südostasiatischen Schmuggelkunden mit günstigen Angeboten zur Lieferung von Marlboros in Verbin-

Netzwerke

Freihändler verwandeln Osteuropa in ein Schmuggler-Paradies

dung. Die Schmuggler, die glaubten, die Knackies gehörten zu Philip Morris' »paralleler« Handelsstruktur, nahmen Sendungen an. Die Täter legten gefälschte Frachtpapiere darüber vor, daß die Sendungen per Schiff unterwegs seien, und die Schmuggler transferierten das Geld. In Wirklichkeit kamen die Zigaretten niemals an und die Knackis verschwanden auf Nimmerwiedersehen.

Nur wenige solcher Opfer wenden sich um Hilfe an die Polizei. Aber Philip Morris ist besorgt darüber, daß kleine Gauner ihre Schwarzmarkt-Verkaufsstruktur in Mißkredit bringen könnten. Die Kooperation des Gesetzesvollzugs mit Philip Morris ist der von J. Edgar Hoovers FBI mit der »Murder Inc.« von Meyer Lansky und »Lucky« Luciano nicht unähnlich.

Verwendung von Stützpunkten der Roten Armee

Der von der russischen Armee betriebene Versorgungszweig ist interessant und Gegenstand vieler Untersuchungen, auch von Moskau aus. Die Westgruppe der Roten Armee in Mitteldeutschland darf ebenso wie ausländische NATO-Einheiten in der Bundesrepublik Waren für die Soldaten zoll- und steuerfrei einführen. Beschaffungsoffiziere begannen damit, massive Bestellungen von Zigaretten für die Westgruppe aufzugeben, wobei Marlboros wiederum am meisten gefragt waren, und die Zigaretten auf Militärstützpunkten zu lagern. Von diesen Stützpunkten aus, oder auf dem Wege vorangegangener Abzweigungen, betreiben Straßenhändler, oft Vietnamesen, die Einzelverkäufe und stellen somit das unterste Glied in der Kette dar. 1993 überwachte der Zoll einen Lkw mit polnischem Kennzeichen, der in einen Stützpunkt der russischen Armee in Schönow, nördlich von Berlin, hineinfuhr. Kurz danach wurden mehrere mit Zigaretten beladene Kleinlaster sichergestellt, als sie den Stützpunkt verließen.

Obwohl der von Stützpunkten der Roten Armee aus betriebene Schmuggel oft einzelnen Offizieren und Soldaten zugeschrieben wird, die versuchen, Hartgeld zu verdienen, bevor sie in das Wirtschaftselend in Rußland zurückgeschickt werden, ist es wahrscheinlicher, daß kriminelle Fähigkeiten zum Zwecke des »Hierbleibens« entwickelt und von denjenigen KGB- oder GRU-Kreisen dirigiert werden, die an den gemeinsamen west-östlichen kriminellen Unternehmungen vor 1990 beteiligt waren.

Vom Standpunkt einer russischen Befehlsstelle, die an der Beibehaltung der militärischen Disziplin interessiert ist, aus gesehen, bringt dieses Betreiben der Moskauer Elite, die Schnittstelle mit der anglo-amerikanischen »Freihandels«-Politik, mit allen ihren kriminellen Möglichkeiten, zu chartern, ernsthafte Herausforderungen mit sich. Bis spätestens August 1994 soll die Westgruppe vollständig aus Deutschland abgezogen sein, und sie hat es bereits mit ernsthaften Problemen der Moral zu tun, die noch verschlimmert werden, wenn einzelne Soldaten, die mit den Zigarettenschmugglern im großen Stil wenig zu tun haben, die Unsummen von DM betrachten und erörtern, die auf unbekannten Konten eingezahlt werden.

Auf einer Pressekonferenz im Februar 1993 bestritt der Kommandeur der Westgruppe, General Burlakow, daß es Bindungen zu einer »Russischen Mafia« gebe, die um die Stützpunkte herum und aus ihnen heraus operiert. Er stellte fest, daß die Westgruppe keinen Einfluß auf den Einkaufs- und Versorgungshandel habe, der weitgehend von Moskau aus betrieben werde.

Es ist ein Körnchen Wahrheit in dieser Erklärung, weil die Schaffung eines Schwarzmarktes in Deutschland zeitlich mit Philip Morris' Arrangements in Moskau zusammentraf, mit denen die Schleusen für die Zigarettenflut in die damalige UdSSR geöffnet wurden, waren wahrscheinlich die ersten Zigaretten, die zur Westgruppe verschickt wurden, eine Entwicklung, die mit einer Milliarde amerikanischer Zigaretten aus der UdSSR ihren Anfang nahm.

Ein Handbuch für den Schmuggel

Inzwischen werden Bestellungen auch in Freihandelszonen-Häfen aufgegeben. Von oben aus wurde ein breites Netzwerk von logistischen Möglichkeiten für den Großhandel und Einzelhandel ins Spiel gebracht, von denen die Militärbasen der Westgruppe nur eine sind. Deutsche Zollexperten berichten, daß bei Razzien Handbücher beschlagnahmt wurden, die gewöhnlich an Kriminelle ausgehändigt werden, die man für das Schmuggelgeschäft angeworben hatte. Die Handbücher waren Anweisungen für alle Gesichtspunkte des Schmuggels und wie man Handelsfirmen gründet. Das Startkapital für solche Geschäfte wurde auch von »internationalen Finanzkanälen« bereitgestellt. Es wäre eine interessante Untersuchung, die Rechtsträger in der ehemaligen Comecon-Zone zu identifizieren, die in die Ausstellung falscher Rechnungen verwickelt waren, um in dem nach der Währungsunion vom Juli 1990 in Mittel- und Westdeutschland vom Stapel gelassenen »Transfer-Rubel-Betrug« Deutsche Mark zu produzieren.

Die Bundesregierung stimmte zu, alle Obligationen der DDR gegenüber der Comecon in bezug auf Außenstände zu honorieren. Der Transfer-Rubel war das Verrechnungsmittel zum Ausgleich der gegenseitigen Handelsgeschäfte zwischen den Comecon-Ländern und den entsprechenden Währungen. In dem Betrug bis zu einer Größenordnung von acht Milliarden DM stellten staatseigene oder vom Staat geförderte Firmen im ganzen Osten gefälschte Transfer-Rubel-Ansprüche auf der Grundlage von nicht vorhandenen oder zurückdatierten Handelsaufträgen.

Es ist kaum damit zu rechnen, daß viele der ausgezahlten DM-Beträge jemals wieder zurückerstattet werden. Die mitteldeutschen Betriebe nahmen ihre Transfer-Rubel-Ansprüche wahr und teilten sich das Geld insgeheim mit den Rechtsträgern in den ehemaligen Comecon-Ländern, die bei der betrügerischen Rechnungslegung ihre Komplizen waren.

Über das Geld wurde nicht ordentlich Rechenschaft abgelegt, und es mußte gewaschen werden; zum Beispiel bei der Gründung neuer Import-Export-Firmen. Die zeitliche Abstimmung der Betrügereien traf mit den Anfangsphasen der Expansion des Zigaretten-Schwarzmarkts zusammen.

Die »russische« Mafia

Letztenendes bestimmt der Schutz durch Geheimdienste und der Zugang zu neuen »Produkt«-Zweigen, wie zum Beispiel Zigaretten und Drogen, das Tempo der finanziellen Expansion und somit die Dominanz der vielen Syndikate, die daheim und im Ausland in dem kriminellen Milieu der sogenannten russischen Mafia operieren. Einer, der von der Berliner Staatsanwaltschaft, die in der Transfer-Rubel-Sache ermittelte, bearbeiteten Fälle wirft ein bezeichnendes Licht auf die Beziehungen zwischen russischen Exilanten in Berlin und dem Stasi der DDR. Vier Personen wurden festgenommen, als die Polizei die Gruppe in dem Augenblick umzingelte, als sie gerade dabei war, mehrere Hundertmillionen DM auf ein Konto in Singapur zu transferieren. Drei der vier Männer standen auf der Gehaltsliste des Stasi, und einer von ihnen, Elmer Tanner, war Steuerberater für russische Emigranten in West-Berlin.

Anfang der achtziger Jahre ließen sich Tausende Emigranten aus der Region von Odessa in der Sowjetunion in Berlin nieder. Ein ähnlicher Exodus vollzog sich im Raume Brighton Beach in New York City, Heimat für 45000 sowjetische Emigranten; nordöstlich von Philadelphia, mit 7000 bis 8000; und Los Angeles-West Hollywood. Laut Mitteilung des Bundeskriminalamtes (BKA) waren 85 der Kasino-Diskotheken von West-Berlin in Händen von russischen Emigranten und wurden zum Waschen der Erlöse aus Waffen- und Drogengeschäften und Fälschungsoperationen benutzt.

Die Berliner Staatsanwaltschaft arbeitete an der »Icon Mafia«, seinerzeit weitgehend dominiert von Tschetschenen, die in die Prostitutions- und Schutzgeld-Kriminalität verwickelt waren, und es vor allem auf Läden russischer Exilpersonen abgesehen hatten. Die Tatsache, daß Moskau keine ernsthaften Maßnahmen gegen die angeblich rebellische autonome Republik Tschetschenien in der Russischen Föderation unternommen hat, deutet darauf hin, daß die Tschetschenen ein Sonderabkommen getroffen und bei der kriminellen Arbeitsaufteilung eine Rolle als Killer, Muskelmänner und Vollstrecker übernommen haben könnten.

Eine Reihe von Morden in den Jahren 1991-92 in Berlin und im Bezirk »Little Odessa« in Brighton Beach, wohin professionelle Killer aus Rußland geschickt worden waren, erlaubt Rückschlüsse auf den Grad der ausgeübten zentralisierten Gewalt über diese Vorgänge. Es wäre eine bittere Ironie, wenn die Mehrheit ehrlicher russischer Emigranten von der modernen Version der »Murder Inc.« des inzwischen verstorbenen amerikanischen Verbrecher-Chefs Meyer Lansky (geborener Suchowlansky), der selbst aus dem vor-bolschewistischen Rußland stammte, terrorisiert wurde.

Die Witwe von Andrej Kuznetsow, der im Januar 1992 von einer umherreisenden russischen Schlägerbande ermordet wurde, erklärte: »Einige Leute sagen, daß kein Zweifel darübe bestehe, daß die Mafia, der KGB und bezahlte Killer daran beteiligt waren.«

Die russischen Truppen gehen die Mafia bleibt

Aus amerikanischen Polizeikreisen verlautet, daß die Erlöse aus den Betrügereien und Verbrechen russischer Emigranten eine wichtige Rolle spielen, wenn sie in die ehemaligen Sowjetrepubliken zurücktransferiert werden, wo Hartgeld den Verbrecher-Syndikaten in dem Chaos der Wirtschaftsreformen der Schocktherapie Oberwasser gibt. Die Kooperativen in Rußland, die ersten, der von Gorbatschow privatisierten Gebilde, sind in einem hohen Ausmaß in die Gewalt der Verbrecher-Syndikate geraten.



William Webster, ehemaliger CIA-Chef: »Unsere politischen und militärischen Ziele sind auch unsere wirtschaftlichen Konkurrenten.«

In ganz Osteuropa und Deutschland ist eine wachsende, sichtbare Präsenz der russischen Mafia zu verzeichnen. Aus Presseberichten von 1992 ging hervor, daß die Russen jetzt bei den Aktivitäten des organisierten Verbrechens in Prag, wo bis zu 3000 ehemalige Sowjetbürger illegal leben, eine dominierende Rolle spielen. Obwohl Einheiten der Roten Armee die Tschechoslowakei im Sommer 1991 verlassen haben, bleibt die russische Mafia präsent, ihre Mitgliederschaft aufgeteilt zwischen den in der ehemaligen UdSSR aktiven zehn bis zwölf Banden. Schwindelspiele auf Bürgersteigen, oft von Rumänen, Albanern oder Jugoslawen betrieben, werden von den GUS-Banden kontrolliert.

Wegen des Krieges im ehemaligen Jugoslawien wurden die Tschechische Republik und Slowakei zu Durchgangsstellen für bis zu 80 Prozent des Drogenhandels nach Europa über die Balkan-Route. Die Prager Polizei berichtet, man nehme an, daß 120 unter Beteiligung von Russen neu gegründete Firmen ihr Startkapital aus dem illegalen Drogen- und Waffenhandel bezogen haben. Die Wiener Polizei, die mit den entsprechenden Behörden von Budapest, Prag und Preßburg zusammenarbeitet, berichtete 1992, daß ein Drittel der Neugründungen von Gesellschaften auf die russische Mafia zurückzuführen sind. Aus anderen Berichten geht hervor, daß es eine Kooperation zwischen der polnischen und russischen Mafia beim Diebstahl von Autos der Luxus-Klasse gibt, die dann in den östlichen und GUS-Staaten verkauft werden



Meyer Lansky, ein eifriger Spender für Israel, reorganisierte das organisierte Verbrechen in den Jahren 1968 bis 1976.

In einem Pressebericht über Görlitz, an der deutsch-polnischen Grenze, wird behauptet, daß die »polnischen Märkte« auf der polnischen Seite der Neiße fest in der Hand der russischen Mafia seien. Aus Offenbach bei Frankfurt am Main wird berichtet, daß 100 Russen mit krimineller Vorgeschichte oder Neigungen sich dort niedergelassen hätten.

Kontrolle über Prostitution ändert sich

Ein von der Mafia aus Rußland und dem Osten heraus geleiteter Prostitutionsring entwickelt sich auf Grund der im Verhältnis zu westlichen oder asiatischen Prostituierten niedrigeren Einkaufskosten sehr rasch. Dies konnte auch zu neuen Beziehungen und zu Gemeinschaftsunternehmen mit den etablierten deutschen Bordells führen. Man sollte dabei im Gedächtnis behalten, daß die Geschäftsführer des Rotlicht-Bezirks im Frankfurter Hauptbahnhof, die Gebrüder Beker, in den sechziger Jahren selbst aus der Sowjetunion kamen. Dieser Distrikt war, zusammen mit Berlin, eines der Zentren des Verbrechens und des illegalen Drogenhandels in Deutschland über die letzten 20 Jahre hinweg, und von daher gesehen spiegeln die Entwicklungen hier neue Arrangements im organisierten Verbrechen wider.

Laut Mitteilung der Polizei vom Miami, Florida, ist das Vorhandensein von kolumbianischen und anderen lateinamerikanischen Prostituierten in Frankfurt am Main wahrscheinlich ein direktes Arrangement, das sich auf den illegalen Kokainhandel von Kolumbien nach Frankfurt bezieht, wobei Prostituierte als Teil der Infrastruktur zum Transport der Drogen benutzt werden. Miami ist der erstrangige Koordinationspunkt für den weltweiten Handel mit lateinamerikanischen Prostituierten.

Die Bekers und deren Mentor, der Frankfurter Immobilien-Magnat Yossef Buchman unterhalten in den alten Meyer-Lansky-Bastionen in Miami und Las Vegas gute Beziehungen und haben angeblich einen Teil ihrer Erlöse aus Immobilien in Südflorida angelegt. Die Knochenarbeit auf Straßenebene für die Bekers wird von der »Jugo«-(eigentlich serbischen) Mafia von Rade Caldowitsch gehandhabt, die aus Belgien, Holland, Luxemburg und Deutschland bis hinunter nach Österreich aktiv ist.

Nach dem Buch »Die Verbrecher Holding« von Jürgen Roth und Marc Frey wurde Caldowitschs Bande von den Belgrader Geheimdiensten überwacht, die die monarchistische Exil-Organisation Ravna Gora als Fassade gründeten, um ihren kriminellen Agenten mittels des Status politischer Flüchtlinge in Deutschland Wohnrecht zu verschaffen. Auf der Grundlage von Fahndungsberichten auf Bundes- und Landesebene hat Roth auch im ZDF-Magazin die Rolle, die diese serbische Mafia beim Aufbau eines Kokain-Vertriebssystems in Deutschland für das Kartell in Cali, Kolumbien, gespielt hat, dokumentiert.

Die Verflechtung mit den Geheimdiensten

Der in Wiesbaden ansässige Promoter Ebby Thust, vorbestrafter Erpresser des Vaters des Tennis-Stars Steffi Graf, wurde im November 1989 in einem exklusiven Wiesbadener Hotel von Dan Reichartz, Kopf des amerikani-

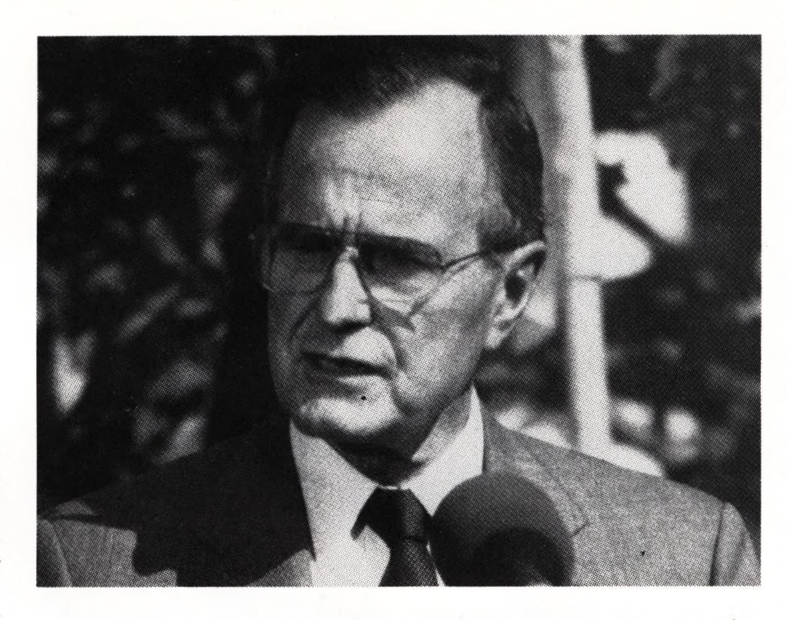
Netzwerke

Freihändler verwandeln Osteuropa in ein Schmuggler-Paradies

schen Glückspiel-Konsortium Caesar's World International, zu einer Party eingeladen. Thus steht in dem Ruf, einen Anteil an einem Kasino in Las Vegas zu haben, und die Party hatte lediglich den Zweck, Glücksspiel-Vergnügungsfahrten nach Las Vegas zu organisieren. Thust, der seinen Start als Zuhälter in Bekers Bordellen bekam, ist auch ein enger Freund von Caldowitsch.

Belgrad war ein Zentrum des Zigaretten- und Heroinschmuggelgeschäfts auf dem Balkan, und somit wird die Verflechtung zwischen Geheimdiensten und dem organisierten Verbrechen, die für die Untersuchung der heutigen Entwicklungen bedeutsam ist, klar erkennbar. Hersch Beker entzieht sich derzeit einer Strafverfolgung in Deutschland wegen Korruption und Steuerbetrug; er floh durch Intervention des israelischen Geheimdienstes Mossad nach Israel, um der Untersuchungshaft in Frankfurt zu entgehen.

Eine gründliche Untersuchung dieser kriminellen Sammelstellen für Arbeitskräfte dürfte eine Art von Hierarchie aufdecken, durch welche diejenigen, die schon einmal gewisse Dienste geleistet haben, die wichtigsten Rollen zugeteilt bekommen. Meyer Lansky hat diese Rolle nicht entworfen, ihm wurde seine Position von der anglo-amerikanischen Elite zugeteilt, die Verbrecher-Syndikate entwickelte, um in der Zeit der Prohibition – völliges Alkoholverbot in den USA Anfang der dreißiger Jahre – den Strom von britischem und kanadischem Schnaps zu handhaben und ihn dann, nach Ende der Prohibition, zu rationaliseren. Der Murder Inc.-Apparat, der die »Rationalisierung« durchsetzte, arbeitet in Verbindung mit und unter dem Schutzschirm von J. Edgar Hoovers FBI. Der Zigarettenschmuggel-Markt ist eine Art Kennzeichen für den Mechanismus der Ost-West-Kooperation beim Aufbau einer neuen syndikatartigen Verbrechens-Struktur im wirtschaftlich verwüsteten Osten.



In die Amtszeit des ehemaligen US-Präsidenten George Bush fiel der Beginn der Feindseligkeit durch die serbischen Behörden, dies war nur mit Rückdeckung aus Moskau und Washington möglich.

Finanzierung des serbischen Angriffskriegs

Der Beginn der Feindseligkeiten durch die serbischen Behörden in Belgrad im Jahre 1991 war nur mit Rückendeckung von Moskau und der Bush-Administration möglich. Lawrence Eagleburger, seinerzeit stellvertretender Außenminister und prominentes Mitglied in Henry Kissingers Beratungsfirma Kissinger Associates, arbeitete mit einem anderen Partner von Kissinger Associates, Lord Carrington, zusammen, um Serbien bei der Durchführung der ethnischen Säuberung und des Völkermords freie Hand zu geben. Zur gleichen Zeit wurden zur Finanzierung des Krieges Mechanismen geschaffen, um große Mengen schmutzigen Geldes in Belgrads Hand zu dirigieren, damit die Kosten für die Einfuhr von Waffen, Öl und andere unbedingt notwendige Güter gedeckt werden konnten. Der serbische Diktator Slobodan Milosevic war Eagleburger sehr gut bekannt. Als ehemaliger Leiter der Beo Banka in Belgrad war Milosevic in Geschäfte direkt mit Eagleburger um das jugoslawische Autoexport-Projekt »Yugo Car« und andere Finanzabkommen herum verwickelt.

Über die letzten 18 Monate hinweg tauchten in Belgrad Privatbanken und Banker auf, die auf Hartgeld-Sparkonten in ihren Zweigstellen 15 Prozent Zinsen pro Monat, und 200 Prozent pro Monat auf Dinar-Einlagen anboten, und das angesichts einer jährlichen Inflationsquote von 25000 Prozent. Bei der großen Arbeitslosigkeit und den vielen serbischen Staatsbürgern ohne Einkommensquelle laufen die Zinszahlungen auf Einlagen in diesen Banken auf politisch motivierte Auszahlungen hinaus, um die Unzufriedenheit zu dämpfen, die andernfalls wegen der wirtschaftlichen Härten durch die Kriegsanstrengung um sich greifen könnten.

Ein Experte drückte das so aus: »Irgendjemand finanziert ein verborgenes Wohlfahrtswesen.«

Wo kommt das harte Geld her?

Gesichtspunkte davon kamen ans Tageslicht, nachdem Belgrads Jezdomir Vasiljevic, der Leiter der Jugoskandic Bank, im März 1993 nach Israel floh. Laut Presseberichten hatte diese Bank bis zu vier Millionen Konten mit rund zwei Milliarden Einlagen in harter Währung. Wo kam dieses Geld her? Obwohl Jugoslawien vor dem Kriege eine blühende Tourismus-Industrie und Exportgeschäfte für Kleinwaffen hatte, saugte die prompte Zahlung der Auslandsschuld des ehemaligen Jugoslawiens von 14 Milliarden Dollar die meisten Staatseinkommen auf. Seitdem ist die Tourismus-Industrie zusammengebrochen, und die für die ethnische Säuberung benötigte Waffenproduktion läßt nur begrenzte Mengen zu Exportzwecken zu.

Kriegsbeute aus eroberten Gebieten hat einen gewissen Wohlstand in die Hände der serbischen Regierung verlagert, aber wiederum nicht genug, um anderswo auftretende Mängel wettzumachen. Die russische Unterstützung der serbischen Kriegsanstrengung mit Öl und Waffen ist im allgemeinen ein Arrangement über Zahlungen aus laufenden Verkäufen. Treibstoff aus dem Westen, zum Beispiel aus der griechischen Raffinerie der Mobil Oil Corporation, kommt zu Schwarzmarktpreis-Notierungen bis zu 400 Prozent herein.

Belgrads Rolle beim illegalen Heroinhandel über die Balkan-Route verschaffte ihm das Entrée in das internationale Geldwäschesystem vor der Küste und weist auf die Quelle des Bargeldstroms hin. Die zunehmenden Aktivitäten der von Belgrad geleiteten serbischen Mafia, die in Westeuropa aktiv ist, sind sicherlich eine Quelle von Hartgeld. In Belgrad wird eine Schule für Einbrecher unter dem offensichtlichen Schutz der Geheimdienste betrieben, deren »Absolventen« über ganz Europa »rotieren«, das heißt, deren Stellen in einem bestimmten Turnus immer wieder neu besetzt werden, und das Diebesgut aus Einbrüchen zuvor etablierten Netzwerken von »Schutzwällen« in die Hände spielen. Es ist jedoch zweifelhaft, daß diese Quelle von Hartgeld hätte ausreichend erweitert werden können, um die Kosten für den Krieg zu decken, selbst wenn man der verstärkten Rolle Belgrads und der serbischen Mafia auf dem westeuropäischen Drogenmarkt Rechnung trägt.

In einigen reichlich naiven Presseberichten wird behauptet, daß die Pläne von Jugoskandic und ihres größten »Konkurrenten«, Dafiment Banka, in der Tat je-

nem typischen Investitionsbetrug ähneln, um an das Geld anderer Leute heranzukommen, indem man ihnen regelmäßige hohe Gewinne auf Immobilien- oder Verbrauchsgüter-Geldanlagen verspricht. Ein solcher Pyramiden- oder Kettenbrief-Betrug funktioniert nur solange wie expandierende Geldvolumen eingezogen werden, die es dem Gauner ermöglichen, die immer größer werdende Anzahl von monatlichen Auszahlungen zu decken, sowie eine große Summe für eigene Zwecke zurückzubehalten.

Hat Serbien die Banker hereingelegt?

Der Trick besteht darin, genug zusammenzuraffen und in dem Augenblick zu verschwinden, wo neues Bargeld weniger wird. Angeblich hat das kleine Serbien die Professionellen auf den internationalen Heißgeldmärkten hereingelegt.

In der Tat haben die gleichen Leute, die Serbien das grüne Licht gaben, den Krieg vom Zaune zu brechen, auch dessen Finanzierung arrangiert. Serbien ist nicht der Organisator dieses Bargeldstroms – es ist der Nutznießer. Dies geschah teilweise dadurch, daß Vereinbarungen getroffen wurden, nach denen von Belgrad geleitete inländische und vor der Küste ansässige Bank-Kanäle gegen Provision benutzt werden konnten, um einen Teil der Milliarden an Bargeld aus dem in erster Linie internationalen illegalen Drogenhandel, die Monat für Monat sprudeln, zu waschen.

Die Rolle des Mossad

Für diesen »Service« bekam Belgrad seinen Anteil. Standardsätze für Bargeldwäsche können drei bis sieben Prozent betragen, aber unter Bedingungen, unter denen große Mengen an Bargeld durch internationale illegale Drogenverkäufe herbeigeschafft werden können, kann es vorkommen, daß Dealer über 30 Prozent bezahlen und sich dennoch nicht darüber beschweren. Der teuerste Schritt ist fast immer der erste: Das Geld in das System einbringen. Wenn es sich erst einmal darin befindet, dann sind elektronisches Geld und der Unterhalt von Schwindelfirmen in Bankzentren vor der Küste verhältnismäßig billig.

Defina Milanovic, Leiterin der Dafiment Bank in Belgrad, teilt sich den Besitz der Bank mit Israel Kelman aus Tel Aviv, der 25 Prozent der Anteile besitzt. Jugokandics Vasiljevic verbirgt sich derzeit in Tel Aviv, was darauf hindeutet, daß der Mossad, und die schmutzigen Finanzkanäle, an die er angeschlossen ist, bei der Inszenierung der Finanzierung des Krieges durch die Anglo-Amerikaner eine bedeutende Rolle gespielt hat. Informanten, die mit der anglo-amerikanischen Politik gegenüber dem ehemaligen »Puffer-Staat« Jugoslawien vertraut sind, behaupten, daß Israels Militär und dem Mossad eine Aufsichtsrolle über die Entwicklung des militärischen und Geheimdienst-Establishments und der Waffenindustrie Jugoslawiens zugeteilt worden sei.

Der Bankier Vasiljevic hat 15 bis 20 Jahre im Ausland gelebt, hauptsächlich in Australien, und war ein »Kriegszonen-Kaufmann im Fernen Osten«, schreibt der Londoner »Observer«. Ist er vielleicht ein alter Freund von Theodore Shackley?

Auf der finanziellen Seite wäre das Arrangement vergleichbar mit der Methode, mit der amerikanische Handelsbanken, von der lateinamerikanischen Schuldenkrise von 1982 von Bankrott bedroht, durch den verstärkten Strom von Kokain-Dollar in die Schuldenrückzahlung gerettet wurden. Dieser Prozeß wurde gemeistert und hatte wenig mit dem »freien Markt« zu tun.
Wie die deutsche Polizei in Fällen, in denen serbische Mafiosi in Deutschland operierten, herausfand, bietet Belgrad keine internationale Kooperation zum Gesetzesvollzug an und ist daher wahrscheinlich ein besseres schwarzes Loch zur Wäsche von ungesetzlich verdientem Geld als die Schweiz. Zypern, ein gut entwickeltes, vor der Küste liegendes Geldzentrum, ist eine erstklassige Operationsbasis für Belgrader Banker. Eine gründliche Untersuchung würde wahrscheinlich ergeben, daß Belgrads Banker eine privilegierte Position bekamen, um ihre Hartgeld-Anteile an den orchestrierten Spekulationsgeschäften der letzten 18 Monate richtig anzulegen.

Das geopolitische Interesse der Anglo-Amerikaner daran, diesen Krieg in Europa anzuheizen, ungeachtet des laut hörbaren Aufschrei in der Öffentlichkeit, ist dergestalt, daß die Finanzinteressen hinter Eagleburger und Carrington auch die Ströme von schwarzem Bargeld für Darlehen an Serbien und dessen Banken-Apparats verfügbar machten.

Der offensichtliche Erfolg der Finanzierung des Krieges auf diese Art und Weise ist nicht auf Geheimhaltung, sondern auf Untätigkeit westlicher Interessen zurückzuführen. Nach sechsmonatiger Beobachtung der völligen Regelmäßigkeit der Auszahlungen von 15 Prozent, wußte jedermann in Belgrad, einschließlich Diplomaten, daß hier etwas ganz besonderes vor sich ging. Die Zypern-Präsenz der Banken war ebenfalls bekannt. Nichts wurde unternommen, trotz der Tatsache, daß die Sanktionen der Vereinten Nationen auch Geld-Transfers nach Serbien, es sei denn für medizinische und damit zusammenhängende Dinge, verboten.

Ab Anfang April 1993 räumte der Sanktions-Ausschuß der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien ein, daß man sich bezüglich der serbischen Banken nicht an die zyprischen Behörden gewandt hatte. Die Entschuldigung lautete: »Wir hatten keine konkreten Informationen.«

Die »polnische« Mafia

Es ist interessant, zu beobachten, welche Firmen in der Handels- und Finanzwelt Polens unter den Bedingungen der Schocktherapie-Reformen des Harvard-Professors Jeffrey Sachs zu aufgehenden Sternen wurden.

1989 führte der damalige Finanzminister Leszek Balcerowicz die Schocktherapie ein, indem er das Staatsmonopol beseitigte und Privatfirmen gestattete, Import-Export-Geschäfte und Geld-Transfers durchzuführen. Einer der großen, frühen Stars der Schocktherapie war die Handelsfirma Art B, 1989 von polnischen Jazz-Musikern in ihren dreißiger Lebensjahren gegründet, mit finanzieller Rückendeckung aus Australien, Britannien und Israel. Zunächst von der Flut westlicher Konsumgüter nach Polen hinein profitierend, expandierte Art B bald, so daß sie Fabriken erwerben und über Gemeinschaftsunternehmen verhandeln konnte, und beteiligte sich gleichzeitig an Plänen, ähnlich wie die der Belgrader Banker.

Art B diente als Kanal für die Einzahlung von Devisen, angeblich zu günstigen Zinssätzen von ausländischen Finanzquellen geliehen, auf Devisenkonten auf polnischen Banken mit höheren Zinszahlungen auf Einlagen.

Bank Leumi in Israel und ein australischer Milliardär, Jack Libermann, hatte einen Teil dieser finanziellen Rückendeckung bereitgestellt. Dementsprechend erhielt Art B von polnischen Banken Darlehen zu günstigen Zinsätzen. Mit diesem Geld machte sich Art B, mit interner Kooperation seitens der Polnischen Nationalbank und der Staatsbank, die Verzögerung von mehreren Tagen im Abwicklungssystem der Bank zunutze, um Geld einzuzahlen und abzuziehen, so daß sie doppelte Zinszahlungen kassierten, letztenendes auf Kosten des Staatshaushalts.

Als der Plan im August 1991 entlarvt wurde, flohen die drei Besitzer nach Israel. Die Geschäftsführung von Art B wurde einem Posener Millionär, Aleksander Gawronski, und die Anteile der Drei an die Handelskreditbank von Ryszard Jamzweski in Kattowitz übertragen. Diese Bank, ein großer »Gläubiger« von Art B, wird seit dem von der Polnischen Nationalbank am Leben erhalten.

Gawronski ist der bevorzugte Repräsentant mehrerer Firmen des Ölkartells der Sieben Schwestern.

Einen Freibrief für einen Informanten

Anfang 1992 schlug ein weiterer Banken-Skandal in Polen ein. Ein gewisser David Bogatin, ein russischer Emigrant und Flüchtling vor einer Verurteilung im Jahre 1987 wegen Betrugs in New York City, hatte 1990 in Lublin die First Commercial Bank gegründet. Die Bank, mit 100 Millionen Dollar an Einlagen, hatte den Kontoinhabern über dem Marktwert liegende Zinssätze an-

Netzwerke

Freihändler verwandeln Osteuropa in ein Schmuggler-Paradies

geboten und führte Geschäfte mit harter Währung. Es war eine der ersten Banken, die auf dem Warschauer Börsenmarkt Anteile anbot. Bogatin war 1987 vor einem Bundesgericht in New York City wegen seiner Verwicklung in einen Benzin-Verbrauchssteuer-Betrug verurteilt worden, den russische Emigranten im Bezirk »Little Odessa« von Brighton Beach in Zusammenarbeit mit den Mafia-Familien Gambino und Colombo begangen hatten.

Hier wird die Geschichte über Bogatin sehr verdächtig. Als er auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Gericht gegen Bürgschaft auf freiem Fuß war und auf seine Verurteilung zu fünf Jahren Freiheitsstrafe wartete, floh Bogatin aus den Vereinigten Staaten nach Wien. Sein Aufenthaltsort war kein Geheimnis, denn er wurde in Wien mehrmals von Interpol festgenommen, aber anschließend wieder freigelassen.

Die Briten hatten ebenfalls einen Haftbefehl gegen ihn erwirkt, der aber nicht vollstreckt wurde. Aus Wiener Polizeikreisen verlautet, daß Bogatin sich den Briten als Informant zur Verfügung gestellt habe. Die gleichen Kreise hoben auch hervor, es bestehe seitens der Vereinigten Staaten kein großes Interesse an Bogatin. Aus Wien heraus organisierte Bogatin, der praktisch eine Stütze amerikanischer und britischer Dienste war, 1990 die Gründung der Lubliner Bank mit sechs Millionen Dollar. Polnische Bankaufsichtsbeamte, immer noch weitgehend die alte Nomenklatura, bemühten sich seltsamerweise niemals, sich in Wien nach seiner Vorgeschichte zu erkundigen, als sie ihm seine Bankkonzession erteilten, vielleicht deswegen, weil die »russische Mafia« von Brighton Beach oft als gemeinsame Stütze des KGB und der amerikanischen Verbrecherszene erachtet wird.

Die »Little Odessa«-Mafias von Berlin und Brighton Beach üben einen Würgegriff auf das Schmuggeln von Ikonen aus den Ländern der GUS aus. Die polnische Mafia ist für ihre Rolle beim Tausch von im Inland hergestellten illegalen Amphetaminen für in Deutschland gestohlene Luxusautos bekannt. Die russische Mafia beschafft viele dieser Wagen zum Verkauf in der GUS und zahlt oft mit Ikonen.

Lawrence Eagleburger, unter Bush US-Außenminister, kennt den serbischen Diktator Slobodan Milosevic von gemeinsamen Geschäften her.

Die Geldwäsche-Dienste

Laut Mitteilung eines Informanten des deutschen Zolls kam ein Großteil des Geldes, das in den Osten geströmt ist, lediglich zum Zwecke des Waschens dorthin.

Es fließt hinein und wieder heraus. Wie bei den Polen und Serben wird ein gewisser Anteil davon dort »geparkt«, um Anschaffungen, gewöhnlich in der Art der widerrechtlichen Entnahme von Vermögenswerten, und schmutzige politische Operationen zu erleichtern. Valentin Roschschin, Leiter des Moskauer Interregionalen Drogengesetzesvollzugs, sagt: »Sobald das Geld die Grenze der ehemaligen Sowjetunion passiert, wird es automatisch sauber. Handelsläden und Banken, staatliche Geldinstitute tauschen alle freizügig Geld. Niemand fragt auch nur danach, wo man das Geld überhaupt her hat.«

Roschschin identifizierte Joint-Ventures als eines der Hauptgebiete für kriminelle Aktivitäten in der neuen Geschäftswelt. »Sie stellten den bequemsten Kanal zur Geldwäsche dar, wenn es sein muß«, sagte er, da 25 bis 27 Prozent der Drogendealer in Moskau für Kooperative oder Joint-Ventures arbeiten. Er beschrieb eine der vielen Techniken, die angewendet werden können. Bei einem nicht vorhandenen Kupfer-Ausfuhr-Deal, zum Beispiel »wendet man sich an Ihr Joint Venture, um eine gewisse Menge Kupfer zu verkaufen. Sie und Ihr ausländischer Partner machen einen Vertrag. Sie bekommen das Kupfer niemals selbst zu Gesicht, sondern die Firma, die es angeblich über Ihr Unternehmen gekauft hat, transferiert das ›saubere Geld‹ auf deren Bankkonto.

Die monetären High-Zustände

Ihr Joint-Venture bekommt 15 Prozent für die Vermittlung«. Die Variationen sind vielfältig, solange die russische und westliche Seite einen gemeinsamen Zweck verfolgen.

Der rücksichtslose, ungebrochene Vorstoß seit Anfang der siebziger Jahre in Richtung auf finanzielle Liberalisierung oder »Globalisierung« beruht auf der Gleichung Liberalisierung gleich Nichteinmischung durch die Regierung, das heißt, nichts soll transparent oder nachvollziehbar sein. Mit der Schaffung von Märkten für exotische Derivate und computerisierte weltweite Geld-Transfers in der Größenordnung von Billionen Dollar wird die Nützlichkeit von Bank- und Steuerhäfen vor der Küste aufgebauscht. Der Niedergang der eigentlichen Wirtschaft und die damit einhergehende Rubel-Inflation hat eine Situation herbeigeführt, wo jener kleine prozentuale Anteil der russischen Bevölkerung und/oder Institutionen, der Finanzen anhäufen könnte, Zugang zu den Mechanismen des Fluchtkapitals haben muß.

Wie jedes Land der Dritten Welt, das durch den IWF fortwährend durch Geldabwertungen getrieben wird, zahlt es sich aus, die Finanzen und Geschäfte so zu strukturieren, daß das meiste davon in Hartwährung und vorzugsweise im Ausland ist, besonders wenn es aus Schwarzmarktquellen stammt.

Der Anfall im Jahr 1991 von gegenseitigen Beschuldigungen über undurchsichtige Finanzgeschäfte zwischen Boris Jelzins Kreis und der Kommunistischen Partei dokumentiert, in welchem Ausmaß alle Parteiungen dazu verführt werden, ihre Geldanhäufungen in den Ecken und Winkeln der internationalen Finanzmärkte im Inland und im Ausland zu waschen, soweit sie direkt in Rußland zustandegekommen sind. Wie der Übergang von »weichen« auf »harte« Drogen, werden die Beteiligten an diesem Prozeß, wenn sie erst einmal damit begonnen haben, von den kurzfristigen monetären »High-Zuständen« immer abhängiger. Die russische Industrie und der Bergbau werden derzeit abgeräumt und auf die internationalen Märkte geworfen, um harte Devisen anzuhäufen, um sich weiter an solchen Machenschaften beteiligen zu können. Im wesentlichen laufen die Banken im Osten Gefahr, ebenso nützlich für die Länder, in denen sie Gastrecht genießen, zu sein, wie die Banken in Panama, als dieses Land zu einem Bankzentrum vor

der Küste wurde. Dutzende von Milliarden Dollar waren angeblich dort deponiert worden, hatten jedoch keine nützliche Wirkung auf die Volkswirtschaft. In dem Ausmaß, wie Banken im Osten als Teilnehmer am internationalen Casino Mondiale auftreten, dienen sie dazu, Liquidität aus dem Gastland zu saugen, und dabei eine bankrotte Wirtschaft und eine wertlose Währung zu hinterlassen.

Die Umstellung auf Drogen

Es ist die veröffentlichte Meinung der meisten Beamten des deutschen Gesetzesvollzugs, die sich mit dem Problem des Zigarettenschmuggels befassen, daß die eigentliche Gefahr die Entwicklung krimineller Expertisen und Netzwerke sei, die leicht auf Drogen umgestellt werden können. Ein primäres Hindernis für die Erweiterung direkter Dealer-Netzwerke in die ehemalige Sowjetunion hinein ist die Nichtkonvertierbarkeit des Rubel. Natürlich hat die illegale heimische Produktion für den Verkauf im Inland einen anderen Stellenwert, aber das eigentliche Problem besteht darin, ob die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion Drogenproduzenten und Exporteure werden und verstärkt sogar die Sucht nach einem illegalen Exportartikel gegen Bargeld fast auf die gleiche Weise wie Peru und Bolivien vom Kokain abhängig geworden sind.

Der Leiter der russischen Drogengesetz-Vollzugsbehörde Valentin Roschschin sagte: »Ich bin der Meinung, daß in etwa zehn Jahren die zentralasiatische Region für Rußland das werden wird, was Kolumbien jetzt für die Vereinigten Staaten ist.«

Die Republiken Zentralasiens, Tajikistan, Usbekistan und Kirgisistan, mit vielen kleinen Opium-Poppy-Feldern, könnten zu einer Quelle für den Weltmarkt werden. Wenn weltweite Abmachungen getroffen würden, dann könnten die Kontrolleure der verschiedenen Verbrecher-Syndikate in den GUS-Staaten Rubel in die Herstellung von Opium und Heroin investieren und ihre Schmuggelringe, die sich über ganz Osteuropa erstrecken und bis nach Westeuropa hineinreichen, einsetzen. In einem gewissen Ausmaß hatte die UdSSR bereits als Transit-Route für Heroin und Haschisch gedient, das aus dem Goldenen Halbmond von Iran, Pakistan und Afghanistan kam.



Bei Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, laufen alle Fäden zusammen. Zu seiner Beratungsfirma gehören sowohl Eagleburger als auch Lord Carrington; es geht wie immer um das große Geld.

Der Liberalismus des freien Marktes

Um das Verbrechen zu bekämpfen, muß der Liberalismus des freien Marktes beendet werden. Zahlreiche Gespräche des Verfassers mit Beamten des Gesetzesvollzugs machen deutlich, daß das Problem der Bekämpfung der neuen Verbrecher-Syndikate, die sich im Osten entwickeln, nicht gelöst werden kann, es sei denn, die fraglichen Länder übernehmen gleichzeitig eine gesunde Wirtschaftspolitik, die den radikalen freien Markt in der Handels- und Finanzsphäre austrocknet. Andernfalls wird keine Polizeidienststelle in der Lage sein, die Kontrolleure der jetzt auftauchenden Syndikate anzugreifen und gleichzeitig die graue und schwarze Wirtschaftszone zu respektieren, die gleichbedeutend mit dem radikalen freien Markt ist.

Dies ging äußerst klar aus den Bemühungen der italienischen Regierung vom Dezember 1991 hervor, Philip Morris' jahrzehntelange Rolle auf dem italienischen Zigaretten-Schwarzmarkt zu zerschlagen. Die amerikanische Regierung drosch zusammen mit Philip Morris heftig auf Italien ein. Diskussionen über organisiertes Verbrechen und Heroin- und Zigarettenschmuggel seien eine rein »interne« Angelegenheit, wurde den Italienern gesagt – und Philip Morris dürfe nicht angetastet werden und wurde auch nicht angetastet.

»Man kann Philip Morris nicht dafür verantwortlich machen, was Dritte mit ihren Zigaretten machen, nachdem sie verkauft worden sind, das behindert den Handel«, lautete das Argument.

Die Frage ist, wer kommmt auf die schwarze Liste

In Deutschland geben Beamte in Privatgesprächen zu, daß Philip Morris voll in die Schaffung des Schwarzmarktes verwickelt ist, aber sie konzentrieren dennoch ihre Bemühungen auf das Straßen-Verteilersystem.

Es ist pure Heuchelei, daß die Vereinigten Staaten, die lauthals fordern, daß unsere Länder die Geldwäsche kriminalisieren, zusammen mit Britannien das führende Land bei der Förderung der Ultra-Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte sind. Ein Gespräch mit einem führenden amerikanischen Beamten im Geldwäschezentrum FOPAC in der Hauptdienststelle von Interpol in Lyon, Frankreich, machte dies sehr deutlich.

Dieses Zentrum wurde von Amerikanern aus dem Internal Revenue Service (Einkommensteuerbehörde) gegründet und teilweise geleitet. Man hatte sich an den Beamten mit der Frage gewandt, welche Rolle der Jung Bond-Markt in den Vereinigten Staaten Mitte der achtziger Jahre dabei gespielt habe, Ströme von heißem, illegalem Bargeld in Milliardenhöhe, in erster Linie die gewaschenen Erlöse aus illegalem Drogenhandel, aufzusaugen. Der Beamte konnte nur sagen: »Das mag der Fall sein, aber das geht weit über unsere Köpfe hinaus.«

Die anglo-amerikanischen Finanzinteressen bauen ein System auf, wo Kriminalität gefördert wird, in dem sie aber das Recht haben, zu entscheiden, welche Verbrecher beteiligt sein dürfen. Die Rolle privater Geheimdienstfirmen, wie zum Beispiel Kroll Associates, die weitgehend mit ehemaligen Geheimdienst- und Polizeibeamten aus Britannien und den Vereinigten Staaten besetzt ist, besteht darin, darüber zu wachen, welche kriminellen Netzwerke auf die schwarze Liste gesetzt werden und welche nicht.

Offizielle Polizeiinstanzen, mit begrenzten Ressourcen und oftmals politisch umschriebenen Untersuchungsvollmachten, schlagen lediglich den letzten Nagel in den Sarg einer auf der schwarzen Liste stehenden Gruppe.

Die Verwicklung von Philip Morris und ähnlicher Firmen in den Osten, mit Elementen des KGB, korrupten Elementen in der russischen Armee und zu Apparatschicks gewordenen »Manchester-Kapitalisten«, muß aus dem Weg geräumt werden, wenn sich jemals ein gesunder Industrie-Kapitalismus zum Wohle der Bürger der Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion entwickeln soll. □

Kryptosporidium kann überall auftreten

Die Präsenz von Kryptosporidium, die Bakterie die Anfang April dieses Jahres in Milwaukee, Wisconsin, den Ausbruch einer Krankheit verursacht hatte, ist jetzt verhältnismäßig weit verbreitet in offenen Gewässern überall in den Vereinigten Staaten, und überall wo die Filtrierung des Wasserversorgungssystems versagt oder Anlagen abgebaut werden, bricht eine ähnliche Seuche aus, bekannten Experten.

Dr. Herbert DuPont, ein Experte für Infektionskrankheiten an der Medizinischen Fakultät der University of Texas, äußerte zum »Houston Chronicle«, daß Kryptosporidium mit niedrigem Gehalt in vielen Wassersystemen auftritt und das Problem bestehe darin, daß die Forscher noch nicht festgestellt hätten, welche Mengen dieses Organismus erforderlich sind, um Einzelpersonen zu infizieren oder den Ausbruch einer Seuche zu verursachen.

Die Environmental Protection Agency (EPA = Umweltschutzbehörde) hat eine Studie von DuPont finanziert, bei der Freiwillige verschiedenen Mengen Kryptosporidium ausgesetzt werden, um festzustellen, wie hoch die Schwelle ist, über die hinaus eine Infektion verursacht wird.

DuPont sagte, der Organismus sei 1976 erstmals in einem drei Jahre alten Kind festgestellt worden. Gesunde Erwachsene, die mit Kryptosporidium infiziert sind, erleiden etwa zehn Tage lang einen gewöhnlichen Durchfall, Krämpfe und Schmerzen. »Es trifft Kleinkinder und AIDS-Patienten am härtesten«, sagte er.

Der erste bekannte Ausbruch von Ruhr verursacht durch Kryptosporidium in einem gefilterten Wassersystem ereignete sich 1987 in Carrolton, Georgia, wo 13000 Menschen davon betroffen wurden. Die Centers for Disease Control (Zentrum zur Seuchenbekämpfung) in Atlanta berichteten seinerzeit, daß der Organismus sehr widerstandsfähig gegen Chlor sei, und daß gewöhnliche Techniken zur Desinfektion des Wassers versagt haben. Jener Ausbruch wurde durch die Entfernung einer Anlage zur Wasserfiltrierung ausgelöst. Das Wasser schien seinerzeit allen EPA-Normen zu entsprechen. Es liegt auf der Hand, daß viele Gemeinden in den USA bei dem Zusammenbruch oder bei dem schlechten baulichen Zustand der entsprechenden Infrastruktur Seuchenausbrüche erleben können. □

China und Taiwan unterzeichnen Vertrag für bessere Beziehungen

Die Volksrepublik China und die Republik China auf Taiwan unterzeichneten, nach mehr als vier Jahrzehnten der Feindschaft, eine Reihe von Vereinbarungen über einen offiziellen Kommunikationskanal.

In den Vereinbarungen wurden Richtlinien zur zukünftigen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit festgelegt, sowie spezifische Möglichkeiten, gegenseitig Dokumente zu beglaubigen und eingeschriebene Post zuzustellen, erörtert.

Die Gespräche wurden um einen Tag verlängert, als die beiden Seiten Meinungsunterschiede über andere Fragen – vor allem Forderungen seitens Taiwans zum Schutz seiner Investition auf dem Festland China – nicht überbrükken konnten. In der Frage der direkten Handels- und Luftverkehrsverbindungen lehnte es Taiwan rundheraus ab, zu diskutieren, wegen der Sensibität solcher »politischen Fragen«.

Die sich festigenden Verbindungen haben in der Haupt-Oppositionspartei in Taiwan einige Besorgnisse ausgelöst. Die Demokratic Progressive Party (DPP), die will, daß die Insel ihre Unabhängigkeit erklärt und den Gedanken an eine Wiedervereinigung aufgibt, demonstrierte außerhalb der Konferenz, um dagegen zu protestieren, was sie politische Deals mit Peking nennt.

Die Gespräche in Singapur wurden von dem Leiter der Delegation aus Peking, Wang Daohan, begrüßt, der sagte: »Wir haben gute Fortschritte erzielt und freuen uns auf noch bessere.« Die beiden Seiten stimmten darin überein, mindestens viermal im Jahr zusammentreten zu wollen.

Die italienische Tageszeitung »Corriere della Sera« zitierte Wang wie folgt: »In Singapur werden wir uns mit dem Schutz der Interessen nicht nur unserer Landsleute auf Taiwan, sondern der ganzen chinesischen Rasse befassen.« Die chinesische Diaspora, etwa 50 Millionen Menschen, übernimmt eine Schlüsselrolle bei Investitionen sowohl in Südchina als auch in Südostasien, berichtet die »International Herald Tribune«. Etwa 80 Prozent der »Auslands«investitionen in Südchina werden von überseeischen Chinesen aus Taiwan, Hongkong, Singapur und den Philippinen getätigt. □

Jelena Bonner ruft zur weltweiten Aufhebung der Todesstrafe auf

Dr. Jelena Bonner, Witwe des verstorbenen sowjetischen Dissidenten Andrej Sacharow, gab in Washington eine Pressekonferenz über das Thema der Menschenrechts-Konferenz der Vereinten Nationen. Sie rief zu internationalen Bemühungen zur Abschaffung der Todesstrafe bis zum Jahr 2000 auf.

Frau Bonner sagte: »Einer der Hauptgründe, warum die Todesstrafe abgeschafft werden sollte, besteht darin, daß ein Fehler gemacht und eine unschuldige Partei hingerichtet und dann der Fehler nie wieder gutgemacht werden kann.«

Was die Anwendung der Todesstrafe in Rußland betrifft, sagt sie: »Innerhalb des vergangenen Jahres wurden 223 Menschen zum Tode verurteilt. Es stellte sich heraus, daß fünf Menschen völlig unschuldig waren; acht Menschen wurden nach Überprüfung ihrer Fälle zu lebenslanger Haft verurteilt; und 208 Menschen wurden letztes Jahr hingerichtet, und das ist eine furchtbare Anzahl ... Dieses System ist alt und in diesen Fällen wird der Gerechtigkeit nicht wirklich Genüge getan, und ich verstehe diese Anzahl als Schande für das neue Rußland.« □

Kritik an der Privatisierung der Bank von Frankreich

Der Führer der französischen Sozialisten Jean-Pierre Chevènement verurteilte in einem Interview mit der Rundfunkstation RTL die Privatisierung der Bank von Frankreich. »Es wird eine Privatisierung der Geldmacht geben«, meinte er, und setzte hinzu, daß die Zentralbank von »einem kleinen Ausschuß, der keiner demokratischen Kontrolle unterliegt, beherrscht wird ... Sie werden eine monetaristische Politik betreiben, mit der Tendenz, die Zinssätze anzuheben, die schon jetzt für unsere Gesellschaft eine schwere Bürde darstellen«. In diesem System, warnte er, »herrscht das Gewicht der Finanz über jede andere Erwägung, einschließlich der Industrie, vor«.

Zu den französisch-deutschen Beziehungen kommentierte er: »Ich hätte niemals gedacht, daß französisch-deutsche Freundschaft mit einem Wechselkurs verwechselt würde. Das legitime nationale Interesse sollte mit den Interessen der Deutschen übereinstimmen ... Wir sollten Europa nicht mit einer rein monetaristischen Vision verwechseln, die auf den Anfang der siebziger Jahre zurückgeht.«

Als Alternative drängte Chevènement auf »eine neue Front, ein Projekt von europäischen Ausmaßen«, das »mit Projekten, die mit den Vereinigten Staaten oder Japan entwickelt werden, artikuliert wird«, und das »Ländern Mittel- und Osteuropas so-

wie Entwicklungsländern weitgehend offenstehen wird«.

Chevènement machte die Vereinigten Staaten dafür verantwortlich, mit dem veränderlichen Wechselkurs das System von Bretton Woods zerstört und den Öl-Schock und andere Krisen heraufbeschworen zu haben, die in Volkswirtschaften des Westens ein Chaos verursacht hätten. »Wir haben keinen Grund, uns unseren Lebensstandard von anderen Ländern aufzwingen zu lassen ... Wir sollten den Verlust aller unserer Produktionskapazitäten nicht hinnehmen.« □

Geburtenbeschränkung bedroht Wirtschaft in Thailand

Die »Bangkok Times« brachte einen Artikel mit der Überschrift: »Rückgang der Fruchtbarkeitsquote bedroht das thailändische Volk«. In dem Artikel wird über die Arbeit des thailändischen Demographen Dr. Tieng Pardthaisong an der medizinischen Fakultät der Universität Chiang Mai berichtet, dessen Untersuchungsergebnisse über die verheerende Auswirkung der Regierungspolitik zur Geburtenbeschränkung schon 1991 veröffentlicht wurden.

Die Tatsache, daß die demographische Krise Thailands jetzt in der größten englischsprachigen Tageszeitung Thailands der Öffentlichkeit bekannt gemacht wird, deutet darauf hin, wie ernsthaft die Krise ist. In den großen Städten wie Bangkok, Chiang Mai und Nakhon Ratchasima sowie in den ländlichen Gebieten, herrscht ein ernsthafter Mangel an Arbeitskräften, und es ist an der Tagesordnung, daß überall Schilder an allen möglichen Läden, Fabriken und Restaurants zu sehen sind, auf denen »unbegrenzte« Arbeitsplätze angeboten werden. Einige Etablissements mußten wegen Mangel an Arbeitskräften schließen.

Obwohl die Abwanderung in die Großstädte die Knappheit an Arbeitskräften in den Dörfern zum Teil erklärt, hat Tieng eine nicht ersetzbare negative Fruchtbarkeitsquote seit Einführung der Regierungspolitik zur Geburtenbeschränkung Anfang der sechziger Jahre dokumentiert. Thailands Gesamt-Fruchtbarkeitsquote – die durchschnittliche Anzahl von Kindern, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt – beträgt nur 2,21, liegt also unterhalb des Ersatzniveaus von 2,3. Das Bevölkerungswachstum beträgt jetzt nur 1,2 Prozent, im Vergleich zu drei Prozent vor Einführung des Programms zur Geburtenbeschränkung, und Thailands Bevölkerung altert rasch. Bei diesem Tempo, und da die zahlreichere ältere Generation ausstirbt, würde Thailands Bevölkerung von rund 55 Millionen in nur wenig über 100 Jahren auf 17,5 Millionen sinken. Zu dem Zeitpunkt betrage der Anteil an älteren Menschen 25 Prozent. Schon um 2035 herum werde die Bevölkerung Thailands rückläufig sein.

Tieng kritisierte den weitverbreiteten Gebrauch des einspritzbaren Verhütungsmittel DMPA, das von Upjohn in Chiang Mai, produziert wird. Jenes Programm, sagte er, das 1963 in Angriff genommen wurde, wurde sieben Jahre vor dem nationalen Programm der Regierung gestartet, und die Fruchtbarkeit fiel Mitte der siebziger Jahre unter das Ersatzniveau. Ab 1990 lag sie bei 1,47. □

ANC-Führer fordert Marshall-Plan für Südafrika

Tokyo Sexwade, Vorsitzender der Region des African National Congress (ANC) im industriellen Kernland Johannesburg-Pretoria von Südafrika, rief zur internationalen Unterstützung auf und meinte, daß ein Progamm nach den Richtinien des Marshall-Planes erforderlich sei, um nicht nur sein Land, sondern auch Afrika im allgemeinen zu retten. Er sprach anläßlich eines Mittagessens bei der Foreign Correspondents' Association (Verband der Auslandskorrespondenten).

Südafrika sitzt auf einer »Zeitbombe«, falls keine langfristige Wirtschaftsentwicklung die Bedürfnisse von Millionen unterprivilegierter Schwarzer deckt, sagte er. »Es ist eine Frage der Lieferung, die mir Angst einjagt Wie werden wir liefern?«

Sexwade sagte, daß die Forderungen des Volkes – »das Parlament der Straße« – an der Führung des ANC vorbeigehe. Sich auf den Zorn nach der Ermordung des Führers der Kommunistischen Partei beziehend, meinte er, der Führung des ANC sei es gelungen, ihre Anhänger im Zaum zu halten, »aber was wir getan haben, war lediglich eine Verzögerung dessen, was ich eine Zeitbombe nenne«. □

Der neue iranische Wirtschaftsplan

Die iranische Regierung gab Einzelheiten eines Fünfjahres-Wirtschaftsplans bekannt, der im März 1994 beginnen soll. Massoud Roghni Zanjani, Leiter der Organisation für Planung und Haushalt, berichtete, der Oberste Wirtschaftsrat habe beschlossen, daß der zweite Fünfjahresplan die Privatisierung, Kürzungen im öffentlichen Dienst und Verringerung von Subventionen vorantreiben werde.

Unter dem neuen Plan werden Banken aus technischen Gründen über Darlehensgesuche des privaten und öffentlichen Sektors entscheiden und Diskriminierung zugunsten von staatlichen Unternehmen beenden. Der öffentliche Dienst werde verringert, die Regierung wird weiter Industriebetriebe verkaufen und Subventionen für diejenigen, die sie behält, straffen. Die Preise für Heizöl, Strom und Wasser werden allmählich steigen, während Subventionen abgebaut werden.

Zanjani sagte, der Rat habe auch beschlossen, daß »während das Defizit auf Null gehalten wird, die Regierung ihren allgemeinen Haushalt durch Steuereinnahmen bestreiten und das Einkommen aus Ölgeschäften für infrastrukturelle Projekte verwenden muß. Dies bedeutet, daß Steuern angehoben werden müssen. Im Haushalt für das laufende Jahr bringen Ölexporte mehr als 66 Prozent der Staatseinnahmen herein, während Steuern nur 23 Prozent ausmachen.« Rund 60 Prozent der Staatsausgaben sind für laufende Ausgaben und 40 Prozent zur Entwicklung bestimmt.

Das iranische Parlament ratifizierte auch ein radikales Gesetz zur Geburtenbeschränkung, was den islamischen Staat ein Stück näher an das drakonische »China-Modell« heranbringt. Nach dem Gesetz werden alle besonderen behördlichen Zuschüsse für die ersten drei Kinder einer Familie, nicht mehr für das vierte Kind, das ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes geboren wird, gewährt, berichtete die Iranian News Agency. □

Die Probleme des russischen Militärkomplexes

General Juri Jaschin erklärte in einer Sendung des Deutschen Fernsehens, daß die Kapazitäten des russischen militärisch-industriellen Komplexes nicht demontiert werden, und daß jede »Umwandlung« nur nach den Richtlinien des Transfers von High-Tech-Anlagen und Knowhow zur Anhebung des technologischen Standes und der Produktivität der zivilen Wirtschaft erfolgen werde.

Jaschin, ein Doktor der technischen Wissenschaften, der ehemalige zweite Mann in den strategischen Raketen-Streitkräften, ein ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister, der für die Koordinierung von streng geheimer High-Tech-Militärforschung verantwortlich war und der ein bedeutender Militärberater für den russischen Präsidenten Boris Jelzin ist, sagte, es solle ja niemand versuchen, solche Anlagen zu demontieren.

Erich Riedl, ehemaliger Experte für Raumfahrt der CSU im Deutschen Bundestag, der in der gleichen Sendung zu sehen war, sprach über die Stärke, Qualität und Bedeutung der russischen Kapazitäten. Riedl meinte, mit mehr als einer Million Wissenschaftler sei der russische militärisch-industrielle Komplex der größte in der Welt. □

Briefe

Betr.: Deutschland »Die Umerziehung seit 1945«, Nr. 8/93.

Wir sollten ihnen dankbar sein, den Mördern Herrhausens und Rohwedders! Denen, die einen fähigen deutschen Wirtschaftsführer nach dem anderen aus dem Weg geräumt haben. Rechtzeitig aus dem Weg geräumt haben, ehe der Unwillen unsere angloamerikanischen Freunde zu härteren, vielleicht militärischen, Maßnahmen veranlaßt hätte. Dankbar auch den drei Buchstaben R, A und F, die es uns ermöglichen, die Mörder anderswo zu suchen als in den Reihen unserer Freunde; die es uns somit erlauben, sie auch weiterhin unsere Freunde nennen zu können, ohne auch noch den letzten Rest an Selbstachtung zu verlieren, den sie uns großzügigerweise gelassen haben, und den wir nun mittels fortgesetzter kleiner Lügen am Leben zu erhalten versuchen.

Der beachtliche Spielraum, den unsere atlantischen Freunde uns gestatten, sollte uns nicht dazu verleiten, zu vergessen, daß wir immer noch ein besetztes Land sind. Und das heißt: Ein tributpflichtiges Land!

Es ist daher töricht, darüber zu murren, wenn sie uns immer wieder einmal – zu ihrem Vorteil – eine gute Chance vor der Nase wegschießen oder wegbomben; wenn sie uns mittels unserer gewählten Vertreter zu Auflagen zwingen, die – für sie gewinnbringend – uns Milliarden kosten; wenn sie uns – zu ihren Gunsten – eine Politik aufempfehlen, die unserem Volk schweren Schaden zufügt. Bedenken wir doch jedesmal, wenn uns dabei der Unmut befällt, daß dies eben der Tribut des Tributpflichtigen ist! Den wir bereitwillig entrichten sollten, damit man nicht gezwungen ist, ihn mit Waffengewalt einzutreiben!

Und wie unvernünftig wäre es doch, unsere Politiker »Erfüllungsgehilfen« zu nennen, die deutsche Interessen um angloamerikanische Interessen verraten, um angloamerikanische Interessen zu befriedigen! Was anderes kann denn heutzutage eine deutsche Regierung tun, als sich darin zu üben, amerikanische Wünsche in deutsche Belange umzuinterpretieren? Wie sonst wohl könnte sie unter diesen Umständen ihre Existenzberechtigung unter Beweis stellen, als allein dadurch, daß ihre vom Volk gewählten Vertreter dem Volk unaufhörlich den Eindruck vermitteln, es hätte bei lebenswichtigen Entscheidungen noch mitzureden? Welche deutsche Regierung würde auch nur einen Monat überleben, wenn sie aufhörte die Tatsache zu verschleiern, daß wir, selbst nach 48 Jahren, letzten Endes immer noch ein besetztes Land sind und den Weisungen der Sieger Folge zu leisten haben? Weisungen, die, diskret, durch gelegentliche Morde die Richtung weisen, in die allein unser Weg zu führen hat!

Bei der Ausarbeitung der technischen Einzelheiten hingegen, bei der Überwindung der durch die aufgezwungene Richtung entstehenden Schwierigkeiten, da dürfen die vom Volk gewählten Vertreter auf eigene Verantwortung handeln, in einem erweiterten Spielraum. Dabei kann sich dann eine Partei vor den anderen durch ihre größere Geschicklichkeit auszeichnen, dem Volk so etwas wie Souveränität vorzugaukeln.

Doch warum lassen wir es nicht bei dieser Täuschung? Wem würde denn die bittere Wahrheit nützen, die man uns barmherzigerweise vorenthält? Ist es da nicht besser, die tributpflichtigen Einwohner des besetzten Landes mit »wohltätigen Lügen« bei Laune und bei der Arbeit zu halten? Wäre es vielleicht für den deutschen Steuerzahler angenehmer, wenn uniformierte Schutzgeldeintreiber durch die Straßen patroullierten und jedem einzelnen von ihnen das Geld aus der Tasche prügelten? Anstatt wie bisher durch Transaktionen, die fast unbemerkt vor sich gehen? Kurz: Wäre es angenehmer, diese Amputation ohne das Betäubungsmittel »Lüge« durchzuführen?!?

Richard Helm, München

Betr.: Deutschland-Journal »Gerüchte um Schönhuber«, Nr. 7/93.

Als Stellvertretender Landesvorsitzender in Baden-Württemberg verwahre ich mich gegen die von Ihnen verbreiteten »Gerüchte über Franz Schönhuber« auf Seite 7 mit Entschiedenheit.

Genau so betreibt man Desinformation. Dieselbe Desinformation, die Sie sonst immer angreifen. Welche Offiziere, die bei den Republikanern ihre Mannschaft im Stiche ließen, stecken denn dahinter?

Zur Sache: Wenn Franz Schönhuber 1951 für die »Deutsche Woche« arbeitete, so als Sportjournalist ohne sich um Politik zu kümmern. Sicher ging es ihm zunächst einmal, wie jedem anderen auch, nach den Erfahrungen aus einem verlorenen Krieg, um Arbeit und Brot. Bekanntlich steht auch heute noch auf keinem Titelblatt, wer der Geldgeber des jeweiligen Magazins ist. Auch bei Ihnen steht das nicht darauf, wäre aber sicher interessant.

Fest steht: Als Sportjournalist hatte er mit der Politikredaktion nichts zu tun. Als Korrespondent im Ostblock tat er nichts anderes, als alle anderen Ostkorrespondenten auch. Und wenn er aus Erfahrung mit dem linken Politestablishment die richtigen Lehren gezogen hat, ist ihm dies nicht vorzuwerfen, sondern hoch anzurechnen. Immerhin hat es bisher niemand anders so erfolgreich geschafft, dem deutschen Patriotismus wieder zu Ansehen zu verhelfen, wie er.

Es erstaunt daher nicht, daß nun vor dem Superwahljahr 1994 wieder alle Varianten der Dreckschleuder gegen die Republikaner zum Einsatz kommen, einschließlich dem Einsatz der Gerüchteküche zum Zwecke der Spaltung und Schwächung. Daß Sie dabei ebenfalls eine Rolle spielen, macht klar, weshalb Sie als vorgeblich patriotisches Magazin unsere Presseerklärungen ebensowenig abdrucken wie die übrige Journaille. Doch seien Sie sicher: Uns dividiert man nicht auseinander.

Alfred Dagenbach, Heilbronn

Betr.: Leserbrief zu Parteien »Die Schuldenkünstler«, Nr. 8/93.

Zu obigem Leserbrief, in welchem der Verfasser die mit Zitaten belegte Ansicht äußert, daß Inflation und Welt-Wirtschaftskrise am Aufkommen Hitlers schuld seien und es ohne diese Ereignisse einen Zweiten Weltkrieg nicht gegeben hätte, erscheinen mir folgende Bemerkungen notwendig.

Es gehört offensichtlich zu den totalen Tabu-Themen unserer Zeit, daß es nach dem Ersten Weltkrieg nie die Alternative Nationalsozialismus/Parlamentarische Demokratie gab, sondern nur die zum Kommunismus. Wirtschaftskrisen sind kein Naturereignis, sondern sie werden bewußt – wie auch die derzeitige – und mit bestimmtem Ziel herbeigeführt; und zwar von den gleichen Leuten, die seinerzeit Hitler und Stalin finanzierten. Die Ziele waren einerseits die Errichtung des Staates Israel und letztlich die Zerstörung Deutschlands, wenn nicht Europas.

Ob allerdings Hitler und Stalin bewußt und die ganze Zeit ihrer geplanten Rolle entsprechend agierten und nicht zumindest Hitler sich ab einem bestimmten Zeitpunkt abkoppelte, muß offen bleiben. Auf jeden Fall war mit Sicherheit nicht plangemäß, daß Hitler Stalin bei seinem Angriff 1941 zuvorkam; am Ende und bis heute hatten und haben »sie« wieder alles im Griff! Vielleicht oder wahrscheinlich ist der abgrundtiefe Haß, der Hitler und Deutschland bis heute – und wohl für alle Zeiten – entgegenschlägt, ein Zeichen dafür, daß diese Hintergrundkräfte sich doch ernstlich bedroht sahen .

Daß dann Deutschland nicht gleich ganz zerstört und »von der Landkarte gestrichen« wurde (Walesa), verdanken wir wohl der Einsicht, wie sie aus dem Zitat in einem anderen Leserbrief in CODE hervorgeht und das lautet: »Wir werden nicht denselben Fehler machen wie in der Weimarer Republik ... Wir werden jetzt dem Arbeiter einen sehr guten Lebensstandard bieten. Dann verhält er sich ruhig und wir können ungestört den ganzen Staat ausbeuten. Am Schlusse werden wir dem ganzen Volke wieder alles nehmen, was wir ihm für seine politische Interessenlogiskeit gegeben haben.«

Georg Maier, Esslingen

Betr.: Deutschland-Journal »Billige Ablenkungsmanöver der Politiker«, Nr. 6/93.

Die Vermutung, es solle mit der Berichterstattung über die Skandale und Skandälchen unserer Politiker vom Eigentlichen und Wesentlichen abgelenkt werden, ist sicherlich eine Fehldiagnose. Ablenkung ist genug da, zum Beispiel durch die Affären der Fürstenhäuser und der Sportprominenz sowie last not least den ganzen Umweltschwindel.
In Wahrheit dürfte es sich so verhalten: Über jeden Spitzenpolitiker wurde und wird laufend recherchiert, so daß genügend Material über die meisten jederzeit vorliegt. Die Schublade wird immer dann geöffnet, wenn der Betroffene sich unbeliebt gemacht hat und erledigt werden soll. Das dann mit Getöse wohldosiert veröffentlichte Belastungsmaterial, das oft Jahre alt ist, verdeckt die Hintergründe der Kampagne, über die man nur Mutmaßungen anstellen kann. Mit am lehrreichsten ist hier der Fall Streibl. Der Mann war in dem Augenblick politisch tot, als er sich weigerte, an der Berliner Großkundgebung gegen Ausländerfeindlichkeit teilzunehmen. Seine spätere Wallfahrt nach Dachau nützte ihm nichts mehr.

Dr. Helmut Fasbender,
Bergisch Gladbach

Betr.: Naher Osten »Ein schockierendes Eingeständnis«, Nr. 8/93.

Für den Angriff auf die Zentrale des irakischen Geheimdienstes in Bagdad gibt es keine Rechtfertigung. Wenn diese Attacke, bei der es auch zahlreiche Tote unter der Zivilbevölkerung gab, »gerechtfertigt« war, weil angeblich der irakische Geheimdienst einen Mordanschlag auf George Bush plante, müßten die Zentralen der Macht in Washington schon längst in Schutt und Asche liegen. Denn der US-Geheimdienst war in Mordkomplotte gegen ausländische Regierungschefs und Politiker involviert.

Es ist bemerkenswert, wie blauäugig die offizielle US-Darstellung zum Raketenangriff auf Bagdad wiedergegeben wird, so als hätte es die zahlreichen Enthüllungen über Propagandalügen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg nie gegeben. Zum Beispiel das angebliche Verbrechen der Irakis, in Kuwait Kinder aus dem Brutkästen gerissen zu haben. Was sich in Wahrheit als eine frei erfundene Meldung erwies, die vom Scheich von Kuwait bei einer amerikanischen Agentur in Auftrag gegeben worden war.
Kaum von der Weltmeinung beachtet wird auch, daß auf Betreiben der USA der Irak weiter einer intensiven Blokkade ausgesetzt ist.
Terror muß auf Ablehnung eines jeden rechtsstaatlich denkenden Menschen stoßen, von wem auch immer er ausgeht.

Gerd Wedemeyer, Wiesbaden